

VIII. 2. 383

1862.

UB Braunschweig

84



10262-205-6

Das
Successionsrecht

im
Gesammthause Braunschweig-Lüneburg
und
der ausschliessliche Anspruch Hannovers
auf das zur Erledigung kommende
Herzogthum Braunschweig.

Mit XIII urkundlichen Beilagen.

Von

Dr. H. A. Zachariae,
Professor d. R. zu Göttingen.



Leipzig.

Hahn'sche Verlagsbuchhandlung.

1862.

V o r r e d e.

Wenn ich es unternehme, in der nachstehenden historisch-dogmatischen Erörterung das im braunschweig-lüneburgischen Gesammthause bestehende Successionsrecht, und damit zugleich den alleinigen und ausschliesslichen Anspruch des Mannsstamms der hannoverschen Linie zur Erbfolge in das nach Gottes Rathschluss zur Erledigung kommende Herzogthum Braunschweig-Wolfenbüttel zu beleuchten, so war es keineswegs ein irgendwie begründeter oder zu begründender Zweifel an der Existenz dieses Rechts, welcher mich dazu bestimmen konnte, für dasselbe in die Schranken zu treten.

Es giebt aber in dieser sublunaren Welt Zeiten und Umstände, die es, wenn nicht als nothwendig, doch als räthlich erscheinen lassen, frivoler Anzweiflungssucht gegenüber, selbst den Beweis zu übernehmen, dass es Tag ist, wenn die Sonne am Himmel steht, dass Schwarz nicht Weiss und Weiss nicht Schwarz ist. Und diess ist gegenwärtig der Fall in Betreff der s. g. Braun-

IV

schweigischen Successionsfrage. Diese, an sich gar nicht vorhandene, sondern blos gemachte und im politischen Treibhaus gross gezogene Frage ist seit Anfang des vorigen Jahres in Broschüren und Zeitschriften, mit unverkennbarer Speculation auf die vorhandenen politischen Sympathieen und Antipathieen, in einer Weise behandelt worden, dass sich Jeder, dem der Sinn für Wahrheit und Recht noch nicht abhanden gekommen ist, wozu Gott sei Dank noch die grosse Mehrheit der Glieder der deutschen Nation gehört, dadurch empört fühlen musste. Ja, schliesslich hat man sogar versucht, — unter scheinheiliger Protestation gegen eine s. g. Annexionspolitik und die allerneueste politische Universalmedizin einer Volksabstimmung, — die Frage mit dem Deckmantel des historischen Rechts zu umhüllen und mit mühsam zusammengestoppelten geschichtlichen Fetzen die völlige Nacktheit s. g. prioritätischer Ansprüche vor der Königlichen Linie des braunschweig-lüneburgischen Fürstenhauses zu bedecken ¹⁾, vielleicht um auf diese Weise nach der einen Seite hin das lebendige Rechtsgefühl zu verwirren, anderer Seits aber auch die in der Sache urtheilslose Masse, besonders in Braunschweig selbst, glauben zu machen, dass sie ohne Widerspruch mit den be-

¹⁾ »Denkschrift über die prioritätischen Ansprüche Preussens an das Herzogthum Braunschweig-Wolfenbüttel. Nach den Quellen bearbeitet von Otto Bohlmann, Doctor der Philosophie und beider Rechte.« Berlin 1861. Früher (1860) ist von demselben Verfasser in einer gedruckten Dissertation „*de spe succedendi Borussiae in terras Brunsvico-Luneburgenses ex privilegio Maximiliani II. a. 1574 repetenda*“ gehandelt worden. Der Verf. hatte damals die Entdeckung prioritätischer Ansprüche Preussens vor Hannover auf Braunschweig noch nicht gemacht und vindicirt Preussen nur eine *spe succedendi* nach dem Aussterben des braunschweig-lüneburgischen Mannsstammes auf Grund der Expectanz von 1574.

gründeten Rechten und Pflichten ihrem politischen Herzenszug folgen könne.

Da es sich hier nur um Feststellung und Documentirung des unbestreitbarsten Rechts handelt, so konnte ich um so williger der mir durch meinen Beruf als deutscher Staatsrechtslehrer und durch meine Stellung zu dem Lande und Fürstenhause, dessen althergebrachtes Recht in so frivoler und rabulistischer Weise angefochten worden ist, aufgelegten Pflicht genügen, in einer wissenschaftlichen Ausführung den Bestand und die Unanfechtbarkeit dieses Rechts auch für alle diejenigen zu documentiren, welche den frommen Wunsch hegen sollten, dass es gelungen seyn oder noch gelingen möchte, für prioritätische Ansprüche einer anderen Krone gewisse, wenn auch nur einiger Maassen plausible Gründe aus dem Staube der Archive hervorzuziehen.

Als rein wissenschaftliche, nur die Wahrheit und das Recht als Zielpunkt ins Auge fassende, Deduction ist jede Einmischung polemischer Erörterungen wider die Aufstellungen der neuern politischen Literatur möglichst vermieden worden und ich habe mich durchweg bestrebt, der Schrift den Character einer ruhigen, rein objectiven Darlegung der historischen Rechtsentwicklung und Rechtsfeststellung zu bewahren. Was Bohlmann's s. g. Denkschrift über die prioritätischen Ansprüche Preussens an das Herzogthum Braunschweig-Wolfenbüttel betrifft, so ist diesem, gleich nach seinem Erscheinen mit mehr Eifer als Verstand gepriesenen, Elaborat bereits in den Götting. gel. Anzeigen 1861 St. 52 sein Recht zu Theil geworden ²⁾. Materiell findet natürlich

²⁾ Ein neuer Abdruck dieser Recension, in Verbindung mit einem Aufsatz in der Augsb. Allgem. Zeitung (20. 21. Octbr. 1861). ist »Leipzig, Hahn'sche Verlagsbuchhandlung 1862«, erschienen.

VI

Alles, was in jener „Denkschrift“ vorgebracht worden ist, in den nachstehenden Abhandlungen seine vollständigste Widerlegung, und zwar in einer ausführlicheren, das historische und juristische Material umständlicher erörternden Weise, als diess in einer auf verhältnissmässig wenige Blätter beschränkten Recension möglich war. Die in der letzteren schliesslich zusammengefassten Hauptpunkte, zu welchen sich die vorliegende Schrift wie eine urkundliche und actenmässige Beweisführung und Rechtsdeduction verhält, mögen in dieser Vorrede noch einmal eine Stelle finden. Sie dienen dem Leser zur Uebersicht und bilden den Kern dessen, was die im Zusammenhang mit einander stehenden sieben Abhandlungen umschliessen.

„1. Der Anspruch der Krone Hannover auf die „Thronfolge im Herzogthum Braunschweig für den „Fall, dass die dasige Speciallinie im Mannsstamm erlöschen sollte, beruht auf der alten und rechtlich vollkommen feststehenden Successionsordnung des welfischen „Fürstenhauses. Das Recht Hannovers ist in seiner historischen Basis Jahrhunderte älter, als irgendwie von „hohenzollern - brandenburgischen Anwartschaften die „Rede sein konnte. Unleugbar ist der Vorzug des „Mannsstamms vor Töchtern und allen Cognaten; unleugbar aber auch das durch das *pactum investiturae* „von 1235 anerkannte und rechtlich nie erloschene eventuelle oder subsidiäre Erbrecht der Cognaten.“ (Abhandl. I. S. 3—16 und Abhandl. II. S. 19—32).

„2. Das Successionsrecht der agnatischen Seitenverwandten konnte durch die Theilungen nicht gebrochen werden und ist in Wahrheit niemals gebrochen worden. Die *unio perpetua* der braunschweig-lüneburgischen Lande, die fortdauernde Rechtsgemeinschaft der „Zweige des welfischen Hauses steht unwiderleglich fest. „Sie wird im Laufe einer länger als sechshundertjähri-

VII

„gen Geschichte erwiesen durch den Inhalt und Character der Theilungen selbst, durch den von Jahrhundert zu Jahrhundert sich wiederholenden Wiederausammenchluss getrennter Theile, durch eine ganze Reihe von „Präcedenzfällen, in welchen das agnatische Successionsrecht der Seitenverwandten geltend gemacht worden ist, durch die zu allen Zeiten dieses gegenseitige Successionsrecht anerkennenden Hausverträge, und seit dem 16. Jahrhundert, auch dem Reich gegenüber, durch die ununterbrochen fortbeobachtete Form der Gesamtbelehnung.“ (Abhandl. III. S. 35—76. Abhandl. IV. S. 79—118. Abhandl. V. S. 121—140).

„3. Die Auflösung des deutschen Reichs im Jahre 1806 hat in der hier in Betracht kommenden Beziehung keine andere Wirkung gehabt, als die völliger Erlöschung der lehensherrlichen Rechte von Kaiser und Reich in Betreff des Herzogthums Braunschweig-Lüneburg und seiner Pertinenzen und des Wegfalls aller Ansprüche, die ihrer Natur nach nur gegen Kaiser und Reich als das verpflichtete Subject geltend zu machen waren. Das Successionsrecht und die Successionsordnung in der bis dahin vasallitischen Familie des welfischen Hauses hat, einem ganz allgemein anerkannten Rechtssatz gemäss, durch die eingetretene Appropriation des Reichslehens, gar keine Aenderung erfahren, und die hannoverschen und braunschweigischen Haus- und Landesverfassungsgesetze der neuern Zeit haben nur das uralte Recht des Gesamtthauses bestätigt, wenn sie das gegenseitige Successionsrecht der hannoverschen und braunschweigischen Speciallinie ausdrücklich anerkennen und eine Sanction des Vorzugs des Mannstammes, sowie den eventuellen Eintritt eines cognatischen Successionsrechts aussprechen.“ (Abhandl. VI. S. 143—168. Abhandl. VII. S. 171—199).

VIII

Hiernächst wiederhole ich im Nachstehenden die schon in den Gött. gel. Anzeigen gezogenen Conclusionen:

„Sowie hiernach überhaupt Niemand existirt, der „prioritätische Ansprüche auf Braunschweig vor der Krone „Hannover geltend machen könnte, so sind insbesondere „die für Preussen ans Licht gestellten s. g. Rechtsgründe „völlig nichtig und unhaltbar. Kaiserliche Expectanzen können überhaupt heutiges Tages keinen Rechtstitel mehr bilden zur Begründung eines Successionsrechts; die Expectanzen von 1564 und 1574 verletzen beide das Recht des welfischen Hauses und waren schon deshalb von vornherein nichtig; die zum Präjudiz dieses Hauses erschlichene Expectanz von 1564 ist durch die Anwartschaft von 1574 aufgehoben und könnte, auch wenn sie noch in rechtlicher Wirksamkeit bestände, keinen Anspruch auf Braunschweig geben, da sie gar nicht dieses, sondern das Fürstenthum Grubenhagen zum Gegenstand gehabt hat. — Wo möglich noch leerer und unerfindlicher aber ist die Berufung auf die cognatischen Erbrechte Preussens. Ein cognatisches Erbrecht, welches, wie es hier vorausgesetzt wird, vor gänzlicher Erlöschung des Mannsstamms wirksam werden könnte, hat im welfischen Hause niemals in anerkannter Wirksamkeit bestanden. Hätte es aber auch existirt, so ist es unbestreitbar seit 1235 in ein durchweg subsidiäres verwandelt worden. Nimmt man dagegen an, mit der Errichtung des Reichslehens Braunschweig-Lüneburg sei überhaupt das cognatische Erbrecht ganz erloschen, so konnte es mit der Aufhebung der Lehensqualität nicht von selbst in der alten Gestalt wiederaufleben; es konnte den einmal zum geltenden Rechte gewordenen, im Verlaufe von sechs Jahrhunderten und darüber ohne Abweichung befolgten Grundsatz vom un-

IX

„bedingten Vorzuge des Mannsstammes durch sein Wiedererwachen nicht beeinträchtigen und nicht mit rückwirkender Kraft die Hausgesetze und Landesverträge über den Haufen werfen, welche, mit Ausschluss aller Töchter und Cognaten, den Mannsstamm des welfischen Hauses zur Succession berufen.“

„Verhielte sich aber endlich in Betreff des cognatischen Erbrechts im braunschweig-lüneburgischen Hause Alles anders, so würde damit doch noch kein prioritätischer Anspruch Preussens vor Hannover begründet sein. Denn wenn, wie allgemein anerkannt ist, beim Eintritt der cognatischen Erbfolge die Nähe des verwandtschaftlichen Grades zum letzten Besitzer vom Mannsstamm zwischen den mehrern cognatischen Prä-tendenten entscheidet, so würde sich natürlich auch bei einer Beerbung des letzten Herzogs von Braunschweig, in Ermangelung einer lebenden Prinzessin des braunschweigischen Hauses, fragen, wer (abgesehen von den cognatischen Beziehungen anderer Fürstenhäuser) der nähere Blutsverwandte des Herzogs Wilhelm sei, ob Se. Majestät der König von Hannover, oder Se. Majestät der König von Preussen? Nun lässt sich aber für Letzteren kein näheres blutsverwandtschaftliches Verhältniss geltend machen, als dass die Urgrossmutter desselben, die Gattin des Prinzen August Wilhelm von Preussen (des Bruders Friedrichs d. Gr.), die Prinzessin Louise Amalie von Braunschweig war, von deren Vater, dem Herzog Ferdinand Albrecht II. von Braunschweig († 1735), Se. Hoheit der jetzt regierende Herzog Wilhelm von Braunschweig auch im vierten Grade abstammt. Hieraus ergibt sich eine cognatische Seitenverwandtschaft im achten Grade civiler, oder im vierten Grade gleicher Seitenlinie canonischer Compu-

„tation. Dagegen ist Se. Majestät König Georg V. von „Hannover mit Sr. Hoheit dem Herzog Wilhelm von „Braunschweig, abgesehen von der, auf Ernst den „Bekannter als gemeinschaftlichen Stammvater der beiden „Linien des welfischen Hauses zurückzuführenden, zur „Begründung des Thronfolgerechts Hannovers allein schon „genügenden, agnatischen Verwandtschaft, auch cognatistisch näher verwandt, als König Wilhelm von „Preussen, nämlich im sechsten Grade civiler oder „dritten Grade canonischer Computation. Denn in „cognatischer Beziehung treffen König Georg V. und der „Herzog Wilhelm in Friedrich Ludwig, Prinzen von „Wales († 1751), zusammen, dessen älteste Tochter, „Prinzessin Auguste, Schwester Georg III., 1764 mit „dem damaligen Erbprinzen Karl Wilhelm Ferdinand von „Braunschweig, dem Grossvater des Herzogs Wilhelm, „vermählt wurde. Die Prinzessin Auguste ist die Grossmutter des Herzogs Wilhelm von Braunschweig und „die Grosstante Königs Georg V., womit die nähere „cognatische Verwandtschaft des Letzteren zur Genüge „erwiesen ist.“

Auf das besondere Verhältniss einzelner Landestheile und darauf bezügliche, mögliche Rechtsansprüche Dritter einzugehen, schien durch den Zweck der Schrift nicht gehoten. Das Königreich Hannover sowohl, als das Herzogthum Braunschweig bilden, jedes für sich, ein staatsrechtliches, in der bundesrechtlichen Garantie begriffenes, durch ihre Verfassung und die Hausgesetze geeinigtes Ganzes und es liegt durchaus kein Grund vor, etwaigen Rechtsansprüchen Dritter auf einen Theil des Staatsgebietes für den Fall des Erlöschens des regierenden Hauses, dem erbberechtigten Successor gegenüber, irgendwie eine andere rechtliche Bedeutung beizulegen, als ihnen gegenwärtig zukömmt. Insbesondere gilt diess

XI

auch von den, bei einigen frühern Gelegenheiten lautbar gewordenen, vermeintlichen Ansprüchen Preussens auf die Grafschaft Blankenburg-Reinstein, insoweit sie gegenwärtig noch einen Bestandtheil des Herzogthums Braunschweig-Wolfenbüttel bildet. Bei näherer Betrachtung der Sache würde sich die völlige Grundlosigkeit jener Ansprüche bis zur Evidenz ergeben und im Gegentheil nachweisen lassen, dass Brandenburg im Jahre 1670 unter dem Titel, dass Reinstein halberstädtisches Lehen sey, mehr an sich gerissen hat, als ihm auf Grund dieses Titels von den, vom Grafen von Tattenbach lehensweise besessenen, Stücken gebührte, wie auch die reichsgerichtliche Sentenz vom Jahre 1697 anerkannt hat ³⁾.

Der Blick in die Zukunft ist dem Auge des sterblichen Menschen verhüllt und der Gang der Geschichte lässt sich nicht mit mathematischer Sicherheit bestimmen. Soviel wird aber auf Grund der nachstehenden Ausführungen Jedem, welcher unpartheisch und unbefangen sein Urtheil fällt, schon jetzt als zweifellose Wahrheit sich aufdrängen, dass, wenn beim Erlöschen des braunschweig-wolfenbüttelschen Mannsstammes Gewalt nicht vor Recht geht, das Herzogthum Braunschweig seinen Landesfürsten nur nach der im braunschweig-lüneburgischen Gesammthause unanfechtbar be-

³⁾ Vergl. die im Ganzen richtige Darstellung des Sachverhältnisses in Manecke's, braunsch.-lüneb. Staatsrecht. §. 36 und die das. Note 93 angeführte Literatur. S. auch über die Eigenschaft der Grafschaft Blankenburg und Reinstein resp. Heimbürg als altes braunschweig-lüneburgisches Lehen jetzt H. Sudendorf, Urkundenbuch zur Geschichte der Herzoge von Braunsch. u. Lüneb. und ihrer Lande. Th. II. Hannov. 1860. Einl. S. VII, insbesondere das Lehenbuch der Herzoge Magnus und Ernst von Braunschweig v. J. 1344, das. p. 39.

XII

stehenden Successionsordnung, die auch von dem regierenden Herzog und der Landesrepräsentation hausgesetzlich und verfassungsmässig anerkannt und von jedem volljährigen Landeseinwohner durch Ableistung des Huldigungseides beschworen ist, erhalten wird und erhalten muss.

Für die Verfassung Braunschweigs und die rechtlich begründete staatliche Selbstständigkeit desselben solchen Falls irgend welche Besorgnisse zu hegen, dazu liegt meines Erachtens nicht der mindeste Grund vor und ich bin fest überzeugt, dass den Braunschweigern zum Ueberfluss auch jetzt schon jede, in dieser Hinsicht wünschenswerthe, Garantie bereitwilligst geleistet werden würde, welche nichts anderes als die Sicherung jener Selbstständigkeit und des unverletzten Fortbestandes der verfassungsmässigen Rechte des Landes bezieht, deren Beobachtung, Aufrechthaltung und Beschützung überdiess jeder Landesfürst in dem Patente, durch welches er seinen Regierungsantritt verkündigt und die allgemeine Huldigung anordnet, nach §. 4 des Grundgesetzes von 1832 zu versichern gehalten ist.

Göttingen im März 1862.

H. A. Zachariä.

Uebersicht des Inhalts.

I. Die welfischen Allodien in Norddeutschland und die Errichtung des reichslehnbaren Herzogthums Braunschweig-Lüneburg. §. 1—3.	Seite 3
II. Das Successionsrecht im braunschweig-lüneburgischen Hause seit 1235. §. 4. 5.	„ 19
III. Die, trotz der Theilungen fortdauernde, Rechtsgemeinschaft der braunschw.-lüneburgischen Fürsten und Lande. §. 6—11.	„ 35

Anmerk. Zum Beweise der fortdauernden Rechtsgemeinschaft und des anerkannten gegenseitigen Successionsrechts zwischen dem altlüneburgischen und altbraunschweigischen Hause hätte S. 51 f. auch noch ein Vertrag d. d. Pfingsten 1322 in Bezug genommen werden können, durch welchen Herzog Otto der Stränge nebst seinen Söhnen Otto und Wilhelm (mit Letzterem starb das altlüneburgische Haus aus) und ihre Vettern, Otto, Magnus und Ernst von Braunschweig (die Söhne Albrechts des Fetten) den unter ihren Vätern, den Herzogen Albrecht und Johann geschlossenen Erbvergleich bekräftigen, das gegenseitige Erbfolgerecht anerkennen und Austräge festsetzen für etwaige Streitigkeiten. (Königl. Archiv). Hierdurch erhält der, Note 42 referirte, Ausspruch von Winckelmann vielleicht eine indirecte Bestätigung.

XIV

- IV. Die Versuche, das Recht des welfischen Gesamt-
hauses zu brechen. Einführung und Ordnung der
Reichsgesamtbelehnung. Nichtigkeit und Un-
wirksamkeit der auf die braunschweig-lüneburgi-
schen Lande ertheilten kaiserlichen Expectanzen.
§. 12—17. Seite 79
NB. S. 89 am Rande und Note 90 ist statt Beil. V. zu
lesen Beil. VII.
S. 108 unten lies „aller Herzogen“ statt „allen
Herzogen“.
- V. Die Hausverträge zwischen Braunschweig (Wol-
fenbüttel) und Hannover (Celle) seit dem 17.
Jahrhundert bis zur Auflösung des Reichs. §. 18.19. „ 121
- VI. Die rechtlichen Folgen der Auflösung des deut-
schen Reichs in Betreff des Successionsrechts in
dem braunschweig-lüneburgischen Gesammthause.
§. 20—22. „ 143
- VII. Völkerrechtliche Anerkenntnisse und neuere, das
Recht des braunschweig - lüneburgischen Ge-
sammt-hauses betreffende, Haus- und Staats-
gesetze. §. 23—25. „ 171

Urkundliche Beilagen.

- I. Der Lehenbrief Kaisers Friedrich II. über das
neu errichtete Herzogthum Braunschweig - Lüne-
neburg v. 21. August 1235 Seite 203
Nach dem Facsimile des Originals in den Orig. guelf.
Tom. IV.
- II. Der Gesamtlehenbrief des Königs Ruprecht für
die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg v. 1403 „ 206
Archivalische Urkunde.
- III. Kaisers Maximilian II. Expectanzbrief für Bran-
denburg auf Grubenhagen von 1564 „ 208
Nach dem Abdruck in v. Rohrscheidt, Preussens
Staatsverträge.

XV

- IV. Vertrag über die Aufnahme der Herzoge von Grubenhagen in die Reichsgesamtbelehnung vom 13. März 1566 Seite 210
Archivalische Urkunde.
NB. Diese Urkunde beweist zugleich die Anerkennung des gegenseitigen Successionsrechts zwischen Grubenhagen und den andern Linien des braunschweig-lüneburgischen Gesamtthauses auf Grund der gemeinsamen Abstammung und der fortdauernden Rechtsgemeinschaft.
- V, Schreiben des Abgesandten Erichs II. zum Reichstag in Augsburg vom 23. März 1566, im Auszug „ 215
Archivalische Urkunde.
- VI. A. Gesamtlehenbrief Kaisers Maximilian II. für die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg d. d. Augsburg 1. Juni 1566 „ 217
Aus Lünig's Reichsarchiv. Tom. IX.
- VI. B. Erklärung Kaisers Maximilian II. über die von den Herzögen von Grubenhagen erbetene Aufnahme in die Reichsgesamtbelehnung d. d. Augsburg 1. Juni 1566 „ 220
Archivalische Urkunde.
- VII. Gesamtbelehnungsacte für alle Herzöge von Braunschweig-Lüneburg, einschliesslich der von Grubenhagen, vom 14. März 1570, nebst der Declaration Kaisers Karl V. vom 19. Juni 1555 . . „ 222
Archivalische Urkunde.
- VIII. Maximilians II. Expectanzbrief für Brandenburg auf die braunschweig-lüneburgischen Lande vom 10. Juni 1574 „ 228
Nach dem Abdruck in v. Rohrscheidt, Preussens Staatsverträge.
- IX. Ferdinands II. Decret wider Veräusserungen vom braunschweig-lüneburgischen Reichslehen vom 9. Juli 1625 „ 232
Aus Lünig's Reichsarchiv.
- X. Vergleich mit Wolfenbüttel über die GesamtbelehnungsDifferenzen in Betreff der Herzogthümer Lauenburg, Bremen und Verden vom 14. Nov. 1739 „ 234
Archivalische Urkunde.

XVI

- XI. Die letzte Lehnsmuthung für das Gesammthaus
Braunschweig-Lüneburg von 1793 Seite 239
Archivalische Urkunde.
- XII. Agnatische Disposition über die eingetretene Thron-
erledigung in Braunschweig und den Regierungs-
Antritt des Herzogs Wilhelm vom 24. October
und 13. Decbr. 1831 „ 242
Archivalische Urkunde.
- XIII. Das dritte und vierte Kapitel des K. hannover-
schen Hausgesetzes vom 19. November 1836 . . „ 246
Aus der hannoverschen Gesetzsammlung.
-

I.

Die welfischen Allodien in
Norddeutschland und die Errichtung des
reichslehnbaren Herzogthums
Braunschweig-Lüneburg.

§. 1.

Das fürstliche Haus der Welfen in seinen beiden gegenwärtig noch bestehenden Linien, der s. g. hannoverschen und braunschweig-wolfenbüttelschen Linie, darf sich im Vergleich mit den andern deutschen Fürstenhäusern des ältesten, seit dem 12. Jahrhundert ununterbrochen im Hause vererbten, Territorialbesitzes rühmen. Derselbe ist bekanntlich hervorgegangen aus einer allmählichen Vereinigung der Besitzungen von vier norddeutschen oder sächsischen dynastischen Geschlechtern, der Billungen, Brunonen, der Grafen von Nordheim und der Grafen von Supplingenburg und zwar auf die rechtmässigste und friedlichste Weise dadurch, dass die Erbtöchter der im Mannsstamm erloschenen Geschlechter ihr väterliches Erbe ihren Gatten zubrachten und auf ihre Descendenz vererbten. So kam zunächst das Erbgut der Billungen, insoweit es durch die ältere billungische Erbtöchter Wulfhild Heinrich dem Schwarzen zugebracht wurde, in welfischen Besitz. Das bereits zu Ende des 11. Jahrhunderts vereinigte Erbe der Brunonen und der Grafen von Nordheim war, ebenfalls durch Heirath, auf Lothar von Supplingenburg übergegangen und mit dessen eigenem Besitzthum durch die Tochter

Gertrud ihrem Gemahl, dem Welfen Heinrich den Stolzen, zugebracht worden. Ihr Erbe war Heinrich der Löwe. Die in seiner Hand vereinigten Besitzungen jener dynastischen Geschlechter waren unbestritten reines Eigen, freies, nicht lehenbares Eigenthum oder Allodium. Sie waren auch, trotz der über ihn im Jahre 1180 verhängten Reichsacht, welche ihm den Verlust alles dessen, was er vom Reiche besessen hatte und seiner schwäbischen Besitzungen zuzog, in seinem Besitze geblieben und bildeten für ihn und seine Söhne den Rest der grossen welfischen Besitzthümer in Deutschland ¹⁾.

Heinrich der Löwe vererbte das väterliche und mütterliche Erbgut bei seinem Tode († 1195) auf seine drei Söhne, den Pfalzgrafen Heinrich, Kaiser Otto IV. und Wilhelm von Lüneburg, welche sich im Jahre 1203 in Betreff der väterlichen Erbschaft auseinander setzten, wobei Braunschweig an Kaiser Otto kam ²⁾. Nachdem aber

¹⁾ Vergl. Eichhorn, deutsche Staats- und Rechtsgesch. Th. II. §. 235. 239. 240. Nr. X. Havemann, Gesch. der Lande Br. u. Lüneb. Th. I. S. 223 f. Wenn es für die Allodialqualität der welfischen Stammlande vor 1235 noch eines Beweises bedürfen sollte, so wird er hinreichend erbracht durch die Ausdrücke, deren sich Pfalzgraf Heinrich in der Urk. von 1203 (s. die folg. Note) bedient. Er spricht von „*patrimonium nostrum*“, „*quod patris nostri Henrici Ducis — fuit in praediis*.“ In Betreff des Otto zugewiesenen Theiles heisst es: „*Brunsvie suum est et omnia inibi attinentia*.“ Auch die Urkunde Kaisers Friedrich II. von 1235 (Note 3) bedient sich der Ausdrücke „*proprium suum castrum Luneborch quod idiomate theutonico vocatur Eigen*“, — „*proprium suum castrum de quo nemini tenebatur*.“

²⁾ Die Theilungsurkunden von 1203 s. in den *Origines guelficae* Tom. III. p. 626. Näheres über diese Theilung bei Havemann, Geschichte der Lande Braunschweig und Lüneburg. Th. I. S. 274 f. — Aus dieser Theilung lässt sich am besten der Umfang des, Heinrich dem Löwen verbliebenen, Besitzthums erkennen.

Letzterer ohne alle, und Pfalzgraf Heinrich ohne männliche Leibeserben gestorben war, wurde das gesammte, zwischen Elbe und Weser und theilweise darüber hinaus belegene, welfische Besitzthum in dem Sohne Wilhelms von Lüneburg, Otto, mit dem Beinamen das Kind, als dem einzigen Enkel Heinrichs des Löwen wieder vereinigt. Dieser trug dasselbe im Jahre 1235 dem Kaiser Friedrich II. zu Lehen auf und empfing es von demselben als ein reichslehenbares Ganzes, als das auf die Stadt Braunschweig und das Schloss Lüneburg mit allem Zubehör gegründete Herzogthum Braunschweig-Lüneburg (als Fahnlehen) zurück ³⁾. Die hierher gehörige Hauptstelle des kaiserlichen Lehenbriefes vom August 1235 lautet:

Beil. I.

„*Qua propter cum consilio, assensu et assistentia
Principum Civitatem Brunsvic et castrum Lüne-
borch, cum omnibus castris, hominibus et perti-
nentiis suis univimus et creavimus inde Du-
catum, et Imperiali auctoritate dictum Consanguineum nostrum Ottonem Ducem et Principem facientes, Ducatum ipsum in feudum Imperii ei concessimus, ad haeredes suos filios et filias haereditarie devolvendum et eum solenniter juxta consuetudinem investivimus per vexilla.*“ —

In diesem für das welfische Haus so wichtigen, die Basis der späteren Haus- und Staatsverfassung bildenden Acte, lag ein Friedensschluss, durch welchen dem

³⁾ S. die Urkunde über die Errichtung des Herzogthums Braunschweig-Lüneburg, mit einem Facsimile des Originals, in den *Orig. guelf. Tom. IV. p. 49.* Ferner z. B. bei Lünig, Reichsarchiv. *Part. spec.* Vierter Theil p. 1 seq. (*Tom. V.*): bei Rehtmeier, Braunschw.-Lüneb. Chronik. Th. I. p. 473 f. Unten Beilage I.

langjährigen Kampfe zwischen den beiden mächtigsten deutschen Fürstengeschlechtern der damaligen Zeit, den Welfen und den Hohenstaufen, endlich ein Ziel gesetzt wurde ⁴⁾. Der Friede wurde geschlossen im Interesse beider Theile, mit freiem Willen und ohne dass ihn der Sieger dem Besiegten dictirte. Erreicht wurde für den Enkel Heinrichs des Löwen vorzüglich zweierlei:

1. feierliche Anerkennung seines theilweise streitig gemachten aber thatsächlich bisher behaupteten Besitzrechts in Betreff der Lande Braunschweig und Lüneburg für sich und seine männliche und weibliche Nachkommenschaft als Fürst des Reichs und unter Uebernahme der Lehenspflicht gegen Kaiser und Reich;
2. feierliche Anerkennung der bisher geübten Rechte des Fürstenamtes über diese Lande und die von ihm abhängigen Vasallen durch Erhebung der Lande Braunschweig und Lüneburg zu einem selbstständigen Herzogthum des deutschen Reichs ⁵⁾.

Besonders in der erstern Beziehung hatte der Austrag von 1235 unbestreitbar die Natur eines Vergleichs und nicht den Charakter eines, über bestrittene Rechte erkennenden und dieselbe nach Maassgabe eines geführten Beweises feststellenden Richterspruchs, was bei der Beurtheilung der im kaiserlichen Lehenbrief nur re-

⁴⁾ Zur Herbeiführung einer dem Interesse beider Theile entsprechenden friedlichen Vereinbarung innerhalb eines Jahres hatte Kaiser Friedrich II. im September 1234, von Italien aus, eine aus geistlichen und weltlichen Fürsten gebildete schiedsrichterliche Commission beauftragt. Urk. in *Origg. guelf. Tom. IV. p. 141.*

⁵⁾ Vergl. Eichhorn deutsche Staats- u. Rechtsgesch. 5. Ausg. Th. II. §. 240. No. VI. S. 137—140. Ueberh. jetzt bes. J. Ficker, Vom Reichsfürstenstande. Bd. I. Innsbruck 1861.

ferirten, aber nicht für rechtmässig erklärten gegnerischen Ansprüche nicht vergessen werden darf.

§. 2.

Mit diesen Ansprüchen verhielt es sich kurz folgender Massen:

Pfalzgraf Heinrich, der älteste Sohn Heinrichs des Löwen, hatte die bei der Auseinandersetzung mit seinen Brüdern zu Paderborn im Jahre 1203 dem Kaiser Otto IV. zugewiesenen Theile der welfischen Stammlande, Braunschweig und Zubehör, nach dem Tode des Letztern († 1218) während der Minderjährigkeit seines Neffen Otto's des Kindes, für sich allein in Besitz genommen, was sich aus der mangelnden Anerkennung eines s.g. Repräsentationsrechts im älteren deutschen Rechte erklären lässt ⁶⁾. Seiner eigenen Rechtsanschauung gemäss gebührte aber das ganze von Heinrich dem Löwen herrührende Erbe, nach seinem (des Pfalzgrafen) Tode, in Ermangelung anderer männlicher Descendenz seines Hauses, seinem Neffen Otto. Heinrich, der selbst nur noch zwei lebende Töchter hatte (sein einziger gleichnamiger Sohn war ihm schon 1212 oder 1214 durch den Tod entrissen worden), erkannte daher schon vier Jahre vor seinem, 1227 erfolgten, Tode, im Julius des Jahres 1223, in einem feierlichen, urkundlich bestätigten, Acte, in Gegenwart und unter Zustimmung der Repräsentanten des Landes, seinen Neffen Otto als seinen „*heres et legitimus successor*“ an und trat ihm zugleich die, von verschiedenen geistlichen Corporationen inne habenden Lehen mit der Zusicherung ab, dass er die betreffenden

⁶⁾ Eichhorn, a. a. O. Th. I. §. 65. S. 378. Der Bruder schloss demnach im Nachlass des Bruders den Bruderssohn aus.

Prälaten ersuchen wolle, selbige auf Otto zu übertragen ⁷⁾. Allein die Töchter Heinrichs, Gertrud und Agnes, von welchen jene an den Markgrafen Hermann IV. von Baden, diese an den Herzog Otto von Bayern vermählt war, glaubten, ungeachtet der vom Vater erhaltenen reichlichen Ausstattung mit seinen pfälzischen und andern Besitzungen, dennoch Ansprüche auf Theile der weltlichen Erblände, insbesondere auf Braunschweig, machen zu können. Zu schwach, um ihre Prätionen gegen ihren Vetter Otto selbst durchzusetzen, verkauften sie ihre Ansprüche an Kaiser Friedrich II. ⁸⁾, der darin eine

⁷⁾ Die Urk. von 1223 ist abgedr. in *Origg. guelf. Tom. IV. p. 98* und in Rehtmeier's Br. Lüneb. Chronik. S. 1824. — Die bei *Rechenberg-Munchhausen, Successio in seren. dom. Guelf. Cap. II. §. 30. p. 45* und wiederholt *p. 64* vorkommende, aus v. Ludewig's *Germania princeps. Lib. VI. p. 23* entlehnte, Nachricht von einem frühern Testamente des Pfalzgrafen Heinrich zu Gunsten seiner Töchter, entbehrt aller historischen Beglaubigung. Vergl. Scheidt zu Moser's br.-lüneb. Staatsr. S. 46.

⁸⁾ Zur nähern Bestimmung der Zeit, wo dieser Verkauf erfolgte, dient Folgendes: Die Urkunde, oder das kaiserliche Comissorium von 1234 (Note 4.) gedenkt nur des Verkaufs der Ansprüche der älteren Tochter des Pfalzgrafen Heinrich an den Kaiser. In der Belehnungsurkunde von 1235 und in einer andern Urk. v. 1236, worin der Kaiser den Bürgern von Stade anbefiehlt, dem Herzog Otto Alles zu restituiren, was zur Braunschweigischen Erbschaft gehöre (*Origg. guelf. Tom. IV. p. 168*), ist von Erwerbung der Ansprüche beider Töchter die Rede. Hiernach muss der Ankauf der Ansprüche, welche die Herzogin Agnes von Bayern glaubte machen zu können, erst nach dem Septbr. 1234 erfolgt seyn. Dagegen ergibt sich aus einer Urkunde des Königs Heinrich von 1226, die Bestätigung einer Schenkung betreffend, welche Pfalzgraf Heinrich an das Kloster Walkenrieth gemacht hatte, dass damals der Vertrag über die Cession der Ansprüche der Markgräfin von Baden an Kaiser Friedrich II. schon abgeschlossen war, indem König Heinrich darin sagt: „*Et nos*

willkommene Handhabe für seine Bestrebungen finden mochte, theils für sich eine Hausmacht auch im nördlichen Deutschland zu begründen, theils die noch immer bedeutende Macht des Welfen zu schwächen. Auch

nomine nostro et Serenissimi patris nostri Friderici Rom. Imp. et semper Augusti, portionem ejus hereditatis, quae nos titulo emtionis factae a Marchione de Baden et sua conjuge spe vel re per successionem hereditariam contingit vel contingere poterit, ab omni jure advocacionis eidem Monasterio Walkenruden donavimus liberam et immunem.“ — In diese Schenkung, welche Pfalzgraf Heinrich zu Braunschweig 1225 urkundlich errichtet hatte (*Origg. guelf. Tom. III. p. 699*), hatten schon 1225 eingewilligt: Otto von Lüneburg (*Origg. guelf. Tom. III. p. 700*) und Agnes Herzogin von Bayern, die jüngere Tochter des Pfalzgrafen (*Origg. guelf. Tom. III. p. 703*). Letztere sagt, sie genehmige diese Schenkung, welche ihr Vater gemacht habe, und cedire und schenke den Theil der geschenkten Güter, welcher ihr gebühre, oder in Zukunft durch Erbfolge zufallen könnte. Auch hieraus ersieht man, dass Agnes damals ihre Ansprüche auf die braunschweigische Erbschaft noch nicht an den Hohenstaufen verkauft hatte. — Als ein auffallender Umstand bei der Urkunde Königs Heinrich von 1226 könnte erscheinen, dass Otto von Lüneburg sich unter den Zeugen befindet, welche die Urkunde mit unterschrieben haben. Hieraus möchte man ein Anerkenntniss der von der Markgräfin von Baden an den Kaiser verkauften Ansprüche abzuleiten versucht werden. Allein diese Schlussfolgerung würde schon an sich bedenklich seyn; auch kann man hiergegen die Erklärung gelten lassen, welche Oesterley, Geschichte Herzogs Otto I. Götting. 1786. p. 28. giebt: „Allein wenn man das künstliche „*spe vel re*“ erwägt, so bietet sich einem gleich ein anderer mehr wahrscheinlicher Zusammenhang der Sache dar. Otto war, als er diese Urkunde ausstellte, noch unverheirathet und, wenn es sich nun zugetragen hätte, dass er ohne Kinder gestorben wäre, so waren seines Oheims des Pfalzgrafen Töchter allerdings die nächsten Erben. Und diese Ansprüche konnte Otto, ohne seinen Nachtheil, billigen.“ —

wurde die Stadt Braunschweig wirklich von König Heinrich besetzt; aber nur auf kurze Zeit, indem es dem Herzog Otto ⁹⁾ noch 1227 gelang, unter Beihilfe treuer Bürger der Stadt, sich derselben wieder zu bemächtigen und forthin im Besitze Braunschweigs zu behaupten, auch die Kaiserlichen aus anderen in Besitz genommenen Orten seines Landes (aus Göttingen 1232) zu vertreiben ¹⁰⁾.

Auf diese Prätionen und Vorgänge bezieht sich in der Belehnungsurkunde von 1235 der Passus, in welchem der Kaiser, um sich selbst von dem Vorwurf des Eigennutzes zu reinigen, das Reich dazwischen schiebt

9) Es fehlt nicht an genügenden Beweisen, dass sich Otto schon vor dem Tode seines Oheims als Herrn der abgetretenen Lande betrachtete. Bereits 1226 nennt er sich *Dux de Brunswigk*. Urk. in den *Orig. guelf. Tom. IV. p. 104*. Von ihm verlangt das Stift St. Blasii zu Braunschweig noch bei Lebzeiten des Pfalzgrafen, welcher am 28. April 1227 starb, die Bestätigung der Schenkung der Scheverlingburgschen Güter, welche es mit des Pfalzgrafen Einwilligung von Kaiser Otto IV. erhalten hatte. Indem Otto diese Bestätigung ertheilt — Urk. v. Jan. 1227 in den *Orig. guelf. T. IV. p. 105* — nennt er sich wieder „*Dux de Brunswigk*“, bezeichnet den Kaiser Otto und Pfalzgrafen Heinrich als seine „*praedecessores*“ und sagt von sich selbst: „*nos tanquam eorum legitimi heredes et successores*.“

10) *Albertus Stadensis ad ann. 1227*: „*Henricus, Imperatoris filius, civitatem Brunsvig pro eo, quod Imperator eam a majore dicti principis filia comparaverat, emtionis titulo impetebat et Dux Bavariae pro eo, quod ejusdem junior filia filio suo nupserat, jus hereditarium allegabat. Cum interim Otto Dominus de Luneburg portas Brunsvig erupit et eam in ditionem recepit — Henricus Rex, ut Brunsvig obtineret, Saxoniam intrat cum Duce Bavariae sed regreditur sine sui propositi actione.*“ S. über diese verunglückte Unternehmung Havemann, Br.-Lüneb. Gesch. Th. I. S. 368.

und auch seine von den Töchtern des Pfalzgrafen Heinrich erkaufte Ansprüche als auf das Reich übergegangen hinstellt, was anderer Seits freilich auch im Interesse des Herzogs Otto liegen mochte, um dem Schein zu begegnen, als sey er nicht des Reichs sondern des Hohenstaufen Lehensmann geworden. „*Nos autem*“, sagt der Kaiser, „*qui tenemur modis omnibus Imperium augmentare, praedictum castrum de Luneborch cum omnibus pertinentiis et hominibus suis, quemadmodum ex ejusdem Ottonis assignatione in proprietatem accepimus, in praesentia Principum in Imperium transtulimus et concessimus, ut per Imperium infeudari debeat. Civitatem insuper de Brunsvic, cujus medietatem proprietatis dominii a Marchione de Baden et reliquam medietatem a Duce Bavariae, dilectis Principibus nostris emimus, pro parte uxorum suarum, quae fuerunt quondam filiae Henrici de Brunsvic, Comitis Palatini Rheni, patruum dicti Ottonis, similiter in eadem curia Imperio concessimus, proprietatem nobis debitam in dominium Imperii transferentes.*“

Eine Präension ist aber noch kein Recht und ein Vergleich zwischen streitenden Theilen keine Feststellung der Rechtmässigkeit des gegnerischen Anspruchs. Er beseitigt nur die fernere Geltendmachung dieser Ansprüche und, um diesen Zweck zu erreichen, kann sich der andere Theil gefallen lassen, dass sie so hingestellt werden, wie sie der Gegner glaubt geltend machen zu können. Für Herzog Otto war diess um so mehr entscheidend, als er in der Sache Alles erreichte, was seinem Recht und Interesse entsprach. Unpassend und zweckwidrig wäre die Forderung gewesen, der Kaiser, der freilich auch seiner Seits, besonders wegen seiner Handel mit dem Pabst, Motive genug zur Beilegung des Streits hatte, solle öffentlich die Ungerechtigkeit seiner gekauft-

ten und auf Braunschweig erhobenen Ansprüche zuge-
stehen. So konnte er, ohne seinem Rechte etwas zu
vergeben, den Kaiser sagen lassen: „Wir übertragen un-
sere gekauften Ansprüche auf Braunschweig auf das
Reich, vereinigen Braunschweig und Lüneburg und ma-
chen aus beiden ein neues Herzogthum.“ In Wirklich-
keit trug Otto auch Braunschweig dem Kaiser zu
Lehen auf. Denn er war im Besitze desselben und
hatte diesen, da er sich *in continenti* der von den Kai-
serlichen besetzten Stadt wieder bemächtigt hatte, in
Wahrheit gar nicht verloren. Es ist daher ganz unzu-
lässig, eine Unterscheidung zwischen *feudum datum*
(Braunschweig) und *feudum oblatum* (Lüneburg) in die
Urkunde hineinzutragen. Ein solcher Versuch wird durch
die thatsächlichen Verhältnisse vollständig widerlegt, ist
aber auch an sich ganz müßig, da sich in Betreff der
durch die Investitur von 1235 anerkannten Rechte des
welfischen Hauses durchaus keinerlei rechtliche Verschie-
denheiten darauf gründen lassen ¹¹⁾.

§. 3.

Die Frage, wie es im welfischen Hause vor 1235
um das Erbrecht der Töchter und Cognaten gestanden
habe? ist in Verbindung mit der ganz unrichtigen Be-
hauptung, dass nach Auflösung des deutschen Reichs
das alte cognatische Erbrecht, welches inzwischen erlo-
schen gewesen, von selbst wieder aufgelebt sey, dahin
beantwortet worden, dass nur zwischen Söhnen und

¹¹⁾ Denn die ältere Meinung von der rechtlichen Verschie-
denheit des *feudum datum* und des *feudum oblatum*, oder dass
durch den Lehensauftrag, im Gegensatz zum *feudum datum*, ge-
wisse Impropriäten begründet würden, ist ganz falsch. Eich-
horn, Einleitung in das deutsche Privatr. §. 204.

Töchtern des Erblassers das männliche Geschlecht einen Vorzug gegeben habe, in allen übrigen Fällen aber Agnaten und Cognaten gleichberechtigt gewesen und nach der Nähe der Sippzahl succedirt hätten. Dass diess auch im Welfenhause damals das geltende Recht gewesen sey, lässt sich aber durchaus nicht beweisen und der Ausgang, welchen die Präensionen der Töchter des Pfalzgrafen Heinrich gegen ihren Vetter Otto das Kind genommen haben, spricht entschieden für den Vorzug des Mannsstammes vor den Weibern und Cognaten. Diesen Vorzug erkannte auch die älteste deutsche Erbfolgeordnung ganz entschieden an. Später wichen einzelne Volksrechte mehr oder weniger von diesem unbedingten Vorzuge der Männer und der durch sie verwandten männlichen Blutsfreunde (der s. g. Schwertmagen) ab und namentlich war diess auch in der *Lex Saxonum* der Fall, welche aber doch auch noch die Tochter, nicht blos durch den Sohn, sondern auch durch den Enkel vom Sohne ausschliesst ¹²⁾. Es ist richtig, dass sich Otto das

¹²⁾ Im Ganzen übereinstimmend sind die Grundsätze der *Lex Bajuvariorum* und der *Lex Alamannorum*. Auf Letztere könnte man deshalb Nachdruck legen, weil die Welfen bekanntlich ihrer Abstammung nach zu den schwäbischen Geschlechtern gehörten. Vergl. über die Grundsätze des ältesten deutschen Rechts und die Abweichungen der spätern Volksrechte Eichhorn, deutsche St.- u. Rechtsgesch. Th. I. §. 65. und die sehr übersichtliche und genaue Darstellung von Walter, deutsche Rechtsgesch. §. 578 f. Die angezogene Bestimmung der *Lex Saxonum* lautet (*VII. 8.*): „*Qui filiam ac filium habuerit et filius uxore ducta filium genuerit et mortuus fuerit, haereditas patris ad filium filii, i. e. nepotem, et non ad filiam pertineat.*“ Dem Grundsatz des ältesten Rechts am nächsten steht das Recht der Thüringer, die *Lex Anglorum et Werinorum*, welche *Tit. VI. de Alodibus* §. 1. sagt: „*Hereditatem defuncti filius, non filia suscipiat. Si*

Kind nicht auf diese Bestimmung berufen konnte, weil es sich nicht um die Beerbung des Grossvaters, Heinrichs des Löwen, sondern um die Erbschaft des Pfalzgrafen Heinrich handelte, und die Aussprüche des in dieser Zeit gerade entstandenen Sachsenspiegels stimmen im Wesentlichen mit der *Lex Saxonum* überein. Allein von einem gemeinen Rechte konnte bei der hervortretenden Abweichung der verschiedenen Volksrechte gar keine Rede seyn. Die lebendige und practische Rechtsweltung vollzog sich überhaupt mehr in den engeren Krei-

filium non habuit qui defunctus est, ad filiam pecunia et mancipia, terra vero ad proximum paternae generationis consanguineum pertineat.“ Dieses Volksrecht erkennt mithin den Vorzug des Mannsstamms im Grundbesitz überhaupt an, während das Recht der Franken das Weib nur von der Succession in die *terra salica*, d. h. das ererbte Landeigenthum, die *terra aviatica*, ausschliesst. — Die hier in Betracht kommenden Bestimmungen des Sachsenspiegels finden sich Buch I. Art. 5. Art. 17. Dass aber ganz gleichzeitig die Hallischen Schöffen anderer Meinung als der Verfasser des Sachsenspiegels waren, beweist ihr Weisthum von 1235, welches sie dem schlesischen Herzog Heinrich I. für seine Stadt Neumarkt zusendeten. (Abgedr. bei E. Th. Gaupp, das alte Magdeburgische u. Hallische Recht. Breslau 1826. S. 223 f. u. in Tschoppe's Urkundensammlung S. 294 f.) Dasselbe enthält folgende den Vorzug des Mannsstamms (der nächsten Schwertmagen) bekundende Sätze: (20) „*Si aliquis moriens bona dimiserit, si pueros habuerit, si pares in natione, bona ipsius ad pueros spectabunt.*“ (21) „*Si vero pueros non habuerit, proximus ex parte gladii bona ipsius possidebit.*“ Dass hier der Existenz von Töchtern nicht ausdrücklich gedacht wird, kann die Interpretation gewiss nicht zweifelhaft machen. Denn die erste Bestimmung wäre ganz sinnlos, wenn sie nicht die Concurrenz von Töchtern mit Söhnen im Auge hätte; und dasselbe gilt dann auch von der zweiten Bestimmung, die ja unbedingt sagt, wenn keine Söhne da sind, so folgt der nächste Schwertmagen.

sen der verschiedenen Stände und es liegt nahe, dass gerade für die dynastischen Geschlechter die Anerkennung des Satzes, dass Weiber und Cognaten nur in Ermangelung von Mannsstamm zur Nachfolge in das Erbe berufen werden könnten, von der höchsten Wichtigkeit war. Die Adoption desselben war die sich von selbst aufdringende Voraussetzung für die Vererbung des grossen Grundbesitzes in der Familie und diese wieder die nothwendige Bedingung für die Erhaltung des Namens und Glanzes des fürstlichen Hauses. So kann es nur höchst natürlich erscheinen, dass auch im welfischen Hause die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit, den Uebergang des Erbgutes oder eines Theiles desselben in eine fremde Sippe auszuschliessen, bereits herrschend oder zum geltenden Familienrecht geworden war, als Pfalzgraf Heinrich die vom Vater auf ihn übergegangenen Lande, in Ermangelung eines Sohnes, auf seinen Nefen, den Enkel Heinrichs des Löwen, übertrug. Dafür spricht, dass er ihn dabei ausdrücklich als seinen *heres* und *legitimus successor* bezeichnete und dass die feierliche Uebertragung der Gewehre mit ungetheilter Zustimmung des Landes („*communicato fidelium nostrorum consilio*“) stattgefunden hat, wie denn auch das Land grösstentheils in dem darauf folgenden Kampfe treu auf Seiten des einzigen noch vorhandenen männlichen Nachkommens von Heinrich dem Löwen gestanden hat, was gewiss nicht der Fall gewesen seyn würde, wenn man die Ueberzeugung gehabt hätte, dass das Recht auf Seiten der Töchter des Pfalzgrafen sey. Alle Ministerialen, Bürger und Landbewohner werden in der betreffenden Urkunde an Otto als ihren rechtmässigen Herrn — „*tantumquam suo legitimo Domino*“ — verwiesen. Von einem Rechte der Töchter, oder einem Verzicht derselben, ist gar keine Rede und keine Andeutung findet sich, dass

durch diesen Uebertragungsact ein Recht der Töchter gekränkt werde. Und offenbar haben auch diese Töchter selbst oder deren Gatten kein grosses Vertrauen in die Gerechtigkeit ihrer Prätensionen gehabt und ebenso wenig Kaiser Friedrich II. in den durch Kauf erworbenen Titel. Denn sonst würden jene ihre Erbschaftsansprüche nicht für eine so geringe Summe (4000 Mark Silber) verkauft, der Kaiser aber seinen angeblichen Rechtstitel nicht so leicht auf das Reich übertragen und durch die Belehnung Otto's der Sache nach aufgegeben haben. Nicht einmal von einem Ersatz des Kaufschillings ist dabei die Rede; ja der Kaiser gab sogar noch den Goslar'schen Zehnten dazu.

Wir dürfen es daher mindestens als höchst wahrscheinlich betrachten, dass bereits vor der Verwandlung der welfischen Allodien in ein Reichslehen der Vorzug des Mannsstamms bei der Erbfolge anerkannt war und dass den Töchtern und den von ihnen abstammenden Cognaten nur für den Fall des Erlöschens des Mannsstamms ein Successionsrecht in Land und Leute zustand ¹³⁾.

¹³⁾ Vergl. hierüber auch die übereinstimmende Ausführung von Scheidt in den *Orig. guelf. Tom. IV. p. 10—12.*

II.

Das Successionsrecht im
Braunschweig-Lüneburgischen Hause
seit 1235.

A. Die rechtliche Grundlage desselben.

§. 4.

Der Investiturvertrag zwischen Kaiser Friedrich II. und Herzog Otto dem Kinde von 1235 bezeichnete das neu errichtete Reichslehen (*feudum Imperii*) als ein solches, welches erbrechtlich auf die männlichen und weiblichen Nachkommen des ersten Herzogs von Braunschweig-Lüneburg übergehen sollte, als „*feudum ad haeredes suos filios et filias haereditarie devolvendum*.“ Wenn also auch durch die nun vollzogene Aufhebung der bisherigen Allodialqualität die durch das deutsche Lehenrecht anerkannten Rechte und Pflichten auf lehensherrlicher und vasallitischer Seite im Allgemeinen begründet wurden, so geschah diess doch nur mit denjenigen Einschränkungen, welche jene Hauptbestimmung des Investitur-Vertrags in sich schloss. Der Kern derselben ist aber offenbar die Feststellung und Sicherung des welfischen Familienrechts in der Form des Reichslehens. Es sollte damit ausgesprochen

und anerkannt werden, dass, so lange noch männliche oder weibliche Nachkommen Otto's des Kindes existirten, welche einen erbrechtlichen Anspruch darauf haben würden, von einer Befugniß des Lehensherrn, nach lehenrechtlichen Grundsätzen die braunschweig-lüneburgischen Lande als heimgefallen zu betrachten, sie für sich einzuziehen, oder durch eine neue Verleihung auf ein anderes Geschlecht zu übertragen, nicht die Rede seyn konnte, oder mit andern Worten, dass die als lehenrechtliche Form und Pflicht allerdings nothwendige Belehnung immer an den- oder diejenigen geschehen musste, welche nach dem im welfischen Hause geltenden Successionsrechte als die rechtmässigen Erben zu betrachten waren. Und damit erhielten zugleich die Haus-Erbverträge, was von besonderer Wichtigkeit ist, eine andere Bedeutung, als sie sonst bei Reichslehen in Anspruch nehmen können. Denn während es sonst feststeht, dass durch solche Verträge zwischen den Gliedern der vasallitischen Familie wirksam nichts festgesetzt werden kann, was zugleich die Rechte des Lehensherrn alterirt, falls dieser nicht consentirt, also, dass z. B. kein Vorbehalt eines Successionsrechts gegen den Heimfall des Lehens zu schützen vermag, wenn er bei stattgefundenener Theilung wegen mangelnder gesamelter Hand nach Lehenrecht eintreten musste, lag es hier in der Natur eines eben nicht nach Lehen- sondern nach Landrecht sich vererbenden Reichslehens, dass alle Hausverträge das Recht des Lehensherrn überall gar nicht berührten und deshalb auch vollständig wirksam seyn mussten, so lange das Lehen keiner in der ersten Investitur nicht begriffenen Person zugewendet werden sollte. Alles diess folgt mit Nothwendigkeit aus der Bestimmung, dass es ein *feudum „haereditarie“*, „*ad haeredes filios et filias devolvendum*“ seyn sollte. Wer diess leugnen wollte

würde damit behaupten, dass diese Worte überhaupt keinen Sinn und keine Bedeutung hätten. Auch wird, wie wir hoffen, Niemand den Einwand versuchen mögen, dass in dem Lehenbrief von 1235 doch nur von Söhnen und Töchtern des ersten Erwerbers, nicht aber von den spätern Nachkommen desselben die Rede sey. Denn dass unter *filii et filiae* nicht bloss Söhne und Töchter Otto's des Kindes zu verstehen sind, ergiebt sich von selbst aus der unzweifelhaften Absicht der Aufstellung einer dauernden Norm, aus der Verbindung mit dem allgemein die Nachkommen bezeichnenden Worte „*haeredes*“ und dem hinzugefügten „*haereditarie devolvendum*.“ Auch hätten dann nicht „*filii et filiae*“ zusammen genannt werden können, da es ganz fest stand, dass Herzog Otto nicht zugleich von Söhnen und Töchtern beerbt werden konnte, indem die letztern zweifellos von den erstern ausgeschlossen wurden. Ueberdiess hat man die Bestimmung nie anders als dahin verstanden, dass damit die gesammte Nachkommenschaft Otto's bezeichnet werden sollte ¹⁴⁾.

Aus der in ihrem eigentlichen und wahren Sinne festgestellten Hauptbestimmung des Investiturvertrags von 1235 über die Lehensfolge in die braunschweig-lüneburgischen Lande ergeben sich aber noch folgende höchst wichtige Folgesätze:

1. Ausgeschlossen wurde damit nothwendig die An-

¹⁴⁾ Der alte Streit, ob Braunschweig-Lüneburg ein *feudum haereditarium*, oder ein *feudum ex pacto et providentia majorum* sey — vergl. *Rechenberg-Munchhausen Success. in seren. guelf. domu Cap. II. §. 25* — bezieht sich auf ganz andere Fragen, namentlich auf die Verpflichtungen des Lehensfolgers im Verhältniss zum Vorbesitzer. S. Eichhorn, Einleit. in d. deutsch. Privatr. §. 353. 355.

wendung des Grundsatzes des deutschen Lehenrechts, wonach Lehen, wenn keine Söhne oder Sohnessöhne des Vasallen vorhanden waren, nicht auf Seitenverwandte desselben vererbt wurden, sondern dem Lehensherrn heim fielen.

2. Ausgeschlossen wurde ferner die Geltung des andern Prinzips des deutschen Lehenrechts, zufolge dessen, im Falle einer Theilung, wenn es eine wirkliche Theilung des Eigenthums und der Gewehre (Dat- oder Tottheilung) war, das Successionsrecht aufgehoben oder gebrochen wurde ¹⁵⁾. Denn ein *feudum-haereditarie devolvendum* liess offenbar die Anwendung dieses Grundsatzes nicht zu. Der Sache nach war vielmehr durch das *pactum investiturae* von 1235 der Grundsatz des longobardischen Lehenrechts ¹⁶⁾ adoptirt, welches allen lehensfolgefähigen Descendenten des ersten Erwerbers ein Successionsrecht beilegt, ohne dass dasselbe durch stattgefundene Theilungen oder Verzichte eines Berechtigten zu Gunsten von Mitberechtigten aufgehoben wird.

¹⁵⁾ Sächs. Lehenrecht. XXXII. §. 1. Keyserrecht B. III. Kap. 12. „*Eyn iglich man der sal wissen, der gemein lehen hat mit andern luten oder mit sinen gebornen magen, mutschart er sy mit des keisers gebot, wie es dan kunt, so beliben die lehen bi den ganerben; teilt er aber sie nach des keisers rechte, als er es dem lehen hat gesatz, irstirbt dan die ein site, si vellet in des keisers hant, vn han es die virlorn, von den es geteilt ist. Sint in des riches recht stet gesc.: geteilt lehen sal dem riche ersterben.*“ Vergl. Walter, deutsche Rechtsgesch. Th. II. §. 608. Eichhorn, deutsche St.- u. Rechtsgesch. Th. III. §. 364. 428.

¹⁶⁾ Vergl. I. F. 1. §. 1. 5. I. F. 14. §. 1. I. F. 19. §. 1. II. F. 11. II. F. 50. Eichhorn, Einleit. in das deutsche Privatr. §. 352.

3. Es ist demnach grundfalsch, was man gewöhnlich behauptet, dass durch die Verwandlung des welfischen Allodialbesitzes in ein Reichslehen die gesammte Hand Grund und Bedingung des Successionsrechts der abgetheilten Seitenverwandten geworden sey, und dass ohne dieselbe, im Fall der Erlöschung einer Seitenlinie, der von derselben besessene Lehensantheil dem Reiche habe zurückfallen müssen. Grund und Bedingung des Successionsrechts blieb vielmehr im braunschweig-lüneburgischen Hause die Abstammung vom ersten Erwerber, nach Maassgabe des *pactum investiturae* von 1235.
4. An diesem Prinzip, dessen Geltung auch thatsächlich von den braunschweig-lüneburgischen Fürsten durchgekämpft und mit dem Beistand ihrer getreuen Mannen (besonders nach dem Erlöschen des alten lüneburgischen Hauses) aufrecht erhalten worden ist, ist auch durch die, erst seit dem 15. Jahrhundert gewöhnlicher gewordene, Gesamtbelehnung der verschiedenen Glieder des Hauses und der Einrichtung des Seniorats für diesen Zweck nichts geändert worden; abgesehen davon, dass durch die stattgefundenen Theilungen, wie unten näher nachzuweisen seyn wird, die Rechtsgemeinschaft und der Gesamtbesitz der abgetheilten Glieder des Hauses niemals ganz aufgehoben worden ist.

Wir beschränken übrigens die Geltung dieser Sätze ausdrücklich auf die welfischen Stammlande, welche den Gegenstand der Investitur von 1235 gebildet haben. Dass in Beziehung auf andere Lehen, welche Fürsten des braunschweig-lüneburgischen Hauses von anderen Reichständen oder durch eine neue, besondere Belehnung vom Reiche erhalten hatten, die gesammte Hand Bedin-

gung des Successionsrechts seyn konnte und wirklich gewesen ist, soll damit nicht geleugnet werden, und es erklärt sich gerade aus dem Mangel der gesammten Hand zur Genüge, wie einige dieser Lehen dem Hause verloren gegangen sind. So verlor es z. B. beim Absterben der mittlern braunschweigischen Linie im Jahre 1634 die Herrschaften Lohra und Klettenberg, weil sich die andere Linie bei diesem halberstädt'schen Lehen nicht in die gesammte Hand hatte aufnehmen lassen. Ebenso war nur die braunschweig-wolfenbüttelsche Linie nach der s. g. grossen Stifts-Fehde und dem Quedlinburger Vertrag von 1523 mit den zum grossen Stift gehörigen Aemtern beliehen worden ¹⁷⁾, weshalb sie nach dem Tode Friedrich Ulrichs, dem sie das Reichskammergericht schon 1629 abgesprochen hatte, von den Agnaten nicht behauptet werden konnten. Sie wurden, mit Ausnahme der altbraunschweigischen Stücke, durch den Vergleich vom ¹⁷/₂₇. April 1643 dem Bischof von Hildesheim definitiv überlassen ¹⁸⁾.

B. Der Vorzug des Mannsstamms und das eventuelle cognatische Erbrecht.

§. 5.

Wir haben bereits gesehen, wie schon vor 1235 sich der im Interesse der fürstlichen Geschlechter begründete Vorzug des Mannsstamms practisch geltend gemacht

¹⁷⁾ S. den Lehenbrief Kayzers Ferdinand II. bei Lünig, Reichsarchiv *Pars. spec. Contin. II.* unter Braunschweig (Tom. IX.) p. 321 f.

¹⁸⁾ S. das Urtheil von 1629 u. den Vertrag v. 1643 bei Lünig, l. c. Spic. eccl. II. (Tom. XVII.) p. 274. u. Pars spec. (Tom. V.) p. 523 f. — Vergl. Havemann, Gesch. II. S. 602. 737 f.

hatte. Seit der Errichtung des Herzogthums Braunschweig-Lüneburg als Reichslehen hat aber über diesen Vorzug nicht der mindeste Zweifel geherrscht und es sind so viele Fälle nachweisbar, dass Töchter, wo keine Söhne oder Enkel da waren, durch die agnatischen Seitenverwandten bei der Succession in Land und Leute ausgeschlossen worden sind, dass es in der That unmöglich ist, die Geltung jenes Satzes irgend wie zu bestreiten ¹⁹⁾.

Dagegen ist öfters die Behauptung aufzustellen versucht worden, dass nach der Verwandlung des welfischen Allodiums in ein Reichslehen das Erbrecht der Töchter und Cognaten überhaupt erloschen sey, dass zur Zeit des Reichs den Prinzessinnen des braunschweig-lüneburgischen Hauses gar kein Successionsrecht mehr zugestanden habe. Sollte damit weiter nichts gesagt seyn, als dass, so lange Mannsstamm vorhanden war, die Töchter und Cognaten keinen irgendwie wirksamen Successionsanspruch geltend machen konnten, so ist diess vollkommen richtig; wollte man aber damit behaupten, die braunschweig-lüneburgischen Lande seyen ein reines Mannlehen zur Zeit des Reichs gewesen, so ist eine solche Behauptung als entschieden unrichtig zu verwerfen ²⁰⁾. Nach der feststehenden Usual-Interpretation des

¹⁹⁾ Den einzigen Fall, wo Cognaten dem Mannsstamm die Succession bestritten, bildet der des Aussterbens des altlüneburgischen Hauses. In allen spätern Fällen, beim Aussterben der Linien Göttingen 1463, Calenberg 1584, Grubenhagen 1596, Braunschweig 1634, Harburg 1642, Celle 1705 ist auch nicht einmal der Versuch gemacht worden, auf Grund näherer Cognation Successions-Ansprüche auf Land und Leute zu erheben.

²⁰⁾ Widerlegt wird die Behauptung von der Beseitigung des eventuellen cognatischen Erbrechts im braunschweig-lüneburgischen Hause, wie sie z. B. von Ludewig, Erläuterung der gold.

pactum investiturae von 1235 waren sie ein s. g. *feudum foemininum subsidiarium*, und von einer entgegenstehenden Observanz kann aus dem ganz einfachen Grunde keine Rede seyn, weil es seit der Errichtung des Reichslehens niemals an successionsberechtigtem Mannsstamm gefehlt hat ²¹⁾).

Die Gründe, welche man gegen die Fortdauer des eventuellen cognatischen Erbrechts im braunschweig-lüneburgischen Hause in der Zeit des Reichs geltend gemacht hat, sind durchaus unstichhaltig. Zunächst hat man sich darauf berufen, dass die spätern Lehenbriefe keine Erwähnung oder Anerkennung desselben enthalten. Allein diess ist rechtlich ohne Bedeutung. Entscheidend war und blieb in dieser Beziehung der Inhalt des *pactum investiturae* oder des ersten Lehenbriefs von 1235 und für eine Absicht, die Bestimmung, dass es ein *feudum ad filios et filias haereditarie devolvendum* seyn solle, abzuändern oder eine Novation in dem Sinne eintreten zu lassen, dass das alte subsidiäre Weiberlehen in neues reines Mannlehen verwandelt werde, kann aus allen spätern Lehenbriefen nicht der mindeste Beweis

Bulle Th. I. p. 698 hingestellt und auch von Moser, deutsch. Staatsr. Th. XVI. p. 323, braunsch.-lüneb. Staatsr. p. 660, gebilligt wird, — schon von Struben, rechtl. Bedenken Bd. II. Nr. 55. Ausg. von Spangenberg Th. II. S. 298 f. Vergl. auch H. A. Zachariä, deutsches Staats- u. Bundesrecht. Th. I. §. 66. Note 2. Manecke, br.-lüneb. Staatsrecht §. 79. Ribbentrop's Beyträge S. 140 f. v. Liebhaber's Beyträge No. I. §. 6.

²¹⁾ Schon *Rechenberg - Munchhausen, Succ. in ser. guelf. dom. Cap. II. §. 30* sagt sehr richtig: „*Foeminis tamen celsissimis hujus domus per non usum quinque seculorum nihil detractum, sed quae in favorem illarum semel condita sanctio, talis adhuc in iis, quae unione perpetua composita sunt, per manet.*“

entnommen werden. Entweder gedenken sie überhaupt nur der zur Zeit vorhandenen Glieder des Mannsstamms, welche die Erneuerung der Investitur nachgesucht hatten, oder sie schliessen wenigstens, wenn sie auch der Verpflichtung zur Belehnung „ihrer männlichen Leiber- und Lehnserben“ gedenken, das in der ersten Investitur anerkannte, auf dem alten Familienrecht beruhende, Lehens-Erbrecht der Töchter und Cognaten nicht aus ²²⁾. Es ist eine anerkannte Regel des Lehensrechts, dass der Inhalt der älteren Lehenbriefe dem der abweichenden jüngern Lehenbriefe vorgeht, sofern keine absichtliche Veränderung des Lehenscontracts nachgewiesen werden kann ²³⁾, und da die Weiber, so lange Mannsstamm vorhanden ist, gar kein Erbrecht haben und es demgemäss auch bei den seit dem 16. Jahrhundert gewöhnlich ge-

22) Der älteste, noch vorhandene, Gesamtlehenbrief ist vom Jahre 1403, ausgestellt von König Ruprecht, den Herzögen Bernhard und Wilhelm, den Stiftern der mittleren braunschweigischen und mittleren lüneburgischen Linie. Er gedenkt nur der genannten Herzöge selbst und ihrer Söhne Otto und Wilhelm. (S. Beilage II.) Ebenso noch in dem Lehenbrief Max II. von 1566, bei Lünig, Reichsarchiv *Tom. IX. p. 1014 f.* Später, als die Belehnung zur gesammten Hand geordnet war, werden in den Lehenbriefen der *Senior* des Hauses und sämtliche vorhandene Vettern genannt und dann wird auch ihrer „männlichen Lehnserben“ gedacht, z. B. in dem Lehenbrief von 1651 heisst es: „— leihen — was wir von Billigkeit und Rechtswegen obbesagten Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg, Vettern und Gebrüdern und ihren männlichen Lehens-Erben daran verleihen sollen und mögen.“ S. diesen Lehenbrief bei Lünig a. a. O. p. 1017 f.

23) Eichhorn, Einleit. in das deutsche Privatr. §. 216. Nr. III. — Den Grundsatz erkennt bei Reichslehen ausdrücklich an die Wahlcapitulation Art. XI. §. 1.

wordenen Gesamtbelehrungen gar nicht zulässig war, der Cognaten auch nur eventuell zu gedenken, weil die Frage, wer von ihnen zu berufen seyn werde, sich erst im Augenblick des Aussterbens des gesammten Mannsstamms bestimmen liess, so lässt sich auch von einer aus den Umständen zu entnehmenden stillschweigenden Einwilligung in eine Abänderung des *pactum investiturae* von 1235 in keiner Weise reden.

Noch viel weniger lässt sich aus der auf die jüngere Linie des braunschweig-lüneburgischen Hauses beschränkten Erwerbung der Kurwürde, welche dem Herzog Ernst August 1692 für sich und seine männliche Descendenz vom Kaiser verliehen wurde, ein Grund für die Aufhebung des eventuellen cognatischen Erbrechts in Betreff der braunschweig-lüneburgischen Lande entnehmen. Diese Kurwürde war ein ganz neues besonderes Lehen und es verstand sich nach der allgemeinen Bestimmung der goldenen Bulle von selbst, dass in dieselbe kein Weib succediren konnte; für die Dauer derselben also auch nicht in die durch den s. g. Kurtractat als Kurlande bezeichneten Fürstenthümer und Grafschaften. Diess war aber schon durch den unbedingten Vorzug des Mannsstamms gesichert und für die Geltung des Rechts der Primogenitur hatte Ernst August selbst bereits durch hausgesetzliche Bestimmung zur Genüge gesorgt. Obwohl nun der reichsständische Territorialbesitz der hannoverschen Linie einen nothwendigen Titel für die Verleihung der Kurwürde bildete, so war und blieb doch die Nachfolge in die Kur und das später für Hannover ausgemittelte Reichserzamt von dem unverändert fortbestehenden Successionsrecht in Land und Leute des braunschweig-lüneburgischen Hauses rechtlich unabhängig. Sowie die Kurwürde nur der damit beliehenen hannoverschen Linie gebührte und

wenn diese zur Zeit des Reichs erloschen wäre, die braunschweig-wolfenbüttelsche Linie (welche ungeachtet wiederholter Versuche eine Aufnahme in die Belehnung nicht hat erreichen können) darauf keinen rechtlichen Anspruch gehabt haben würde, ohne deshalb ihres Successionsrechts in den Territorialbesitz der erloschenen Linie verlustig zu gehen, so konnte auch das eventuelle Successionsrecht der Cognaten nach gänzlicher Erlöschung des welfischen Mannsstammes in keiner Weise dadurch beeinträchtigt werden, dass sie von der Succession in die, auf einer besondern Belehnung beruhende Kurwürde ausgeschlossen waren. Uebrigens ist die Frage eine sehr müssige, was wohl beim Aussterben der jüngern oder hannoverschen Linie des braunschweig-lüneburgischen Hauses aus der Kurwürde derselben im deutschen Reiche geworden seyn würde.

Ist aber das eventuelle cognatische Erbrecht niemals aufgehoben oder erloschen gewesen, so brauchte es auch nach Auflösung des deutschen Reichs und der damit verbundenen Aufhebung des Reichslehens nicht wieder aufzuleben, wie es vor 1235 bestanden hatte. Jedenfalls würde ein solches Wiederaufleben nicht von selbst eingetreten seyn, da erloschene Rechte überhaupt nicht von selbst revivisciren, wenn auch der Grund ihrer Erlöschung cessirt. Es bedarf dazu vielmehr einer neuen Begründung und so würde es auch für die Wiederherstellung des cognatischen Erbrechts einer ausdrücklichen hausgesetzlichen Feststellung bedurft haben. Die Behauptung, welche von einigen Publicisten, z. B. von Maurenbrecher, aufgestellt worden ist, dass in frühern Reichsmannlehen die Cognaten mit der Aufhebung der Reichslehensherrlichkeit von selbst ein (eventuelles) Thronfolgerecht erhalten hätten, ist durchaus falsch und

entbehrt jedes rechtlichen Grundes ²⁴⁾. Die Appropriation des Lehens ändert an sich nichts in Betreff der rechtlich begründeten Successionsordnung. Denn wenn auch bei Privatmannlehen die Annahme, dass bei Erlöschung des Mannsstamms das appropriirte Lehen auf die Töchter oder andere Blutsverwandte des letzten Besitzers vom Mannsstamm übergehe, kein Bedenken gegen sich hat; so wird man doch nicht verkennen können, dass die Thronfolgeordnung zugleich *juris publici* ist und einen Bestandtheil des Staatsverfassungsrechts bildet, und dass also da, wo die Successionsfähigkeit sich, sey es auch in Folge der Anwendung eines lehenrechtlichen Prinzips, auf Männer vom Mannsstamm des ersten Erwerbers, beschränkt, Weiber und Cognaten nicht dadurch von selbst ein Successionsrecht erhalten können, dass die Rechte des Lehensherrn erloschen sind. Natürlich besteht aber von jetzt an kein Hinderniss nach aussen hin, in der Form und Weise, welche zur Aenderung des Thronfolgegesetzes beobachtet werden muss, auch Weibern und männlichen Cognaten ein Successionsrecht beizulegen. In Hannover und Braunschweig haben aber die neuern hausgesetzlichen und Verfassungsbestimmungen das cognatische Erbrecht wiederherzustellen gar nicht nöthig gehabt, da es, wie gezeigt wurde, niemals aufgehoben oder erloschen gewesen ist. Die Bestimmungen der Hannoverschen Verfassungsgesetze von 1833 §. 11 1840 §. 12 und des Braunschweigischen Grundgesetzes von 1832 §. 14 bestätigen nur das alte Recht des welfischen Hauses und der braunschweig-lüneburgischen Lande, wenn sie festsetzen, dass nach Erlöschung des Mannsstamms des fürstlichen Gesamthauses die Regie-

²⁴⁾ Vergl. mein Deutsches Staats- u. Bundesrecht. Th. I. §. 66. S. 311 der 2. Aufl.

rung auf die weibliche Linie desselben übergehe, und das, in Betreff aller, die Verhältnisse des Gesamthauses berührenden, Bestimmungen im Einverständniss mit Braunschweig errichtete, Königliche Hausgesetz v. 19. November 1836 hat nur der vielhundertjährigen Usual-Interpretation und Staatspraxis des braunschweig-lüneburgischen Gesamthauses einen Ausdruck verliehen, wenn es im §. 4 des vierten Kapitels sanctionirt:

„Wenn der Fall einträte, dass der Mannsstamm „des Gesamthauses Braunschweig-Lüneburg erlöschte, möge nun die Königliche Manns- „linie oder die Herzoglich Braunschweig-Wolfenbüttelsche die zuletzt erlöschende seyn, so geht die „Thronfolge in Gemässheit des ursprünglichen „Erb-Lehnbriefes Kaiser Friedrichs II. vom „Jahre 1235, auf die weibliche Linie, ohne „Unterschied des Geschlechts — — über — —“.

Die dabei gegebenen nähern Bestimmungen über die cognatische Thronfolgeordnung, die, weil der Fall noch nie vorgekommen, natürlich nicht aus der Observanz des Hauses entnommen werden konnten, schliessen sich theils den gemeinrechtlichen Prinzipien, theils der, in andern fürstlichen Hausgesetzen herrschenden, Auffassung an, wenn sie bestimmen, dass, unter Ausschluss jeder Regredient-Erbchaft, die Nähe der Verwandtschaft zu dem zuletzt regierenden König entscheiden soll u. s. w. Bemerkenswerth ist aber jedenfalls, dass auch in diesem Hausgesetz die Zurückführung der Geltung des eventuellen cognatischen Erbrechts auf das *pactum investiturae* von 1235 ausdrücklich ausgesprochen worden ist.

Zweierlei haben wir hiernach in Betreff des Successionsrechts im braunschweig-lüneburgischen Hause nach

1235 als feststehend zu betrachten: den unbedingten Vorzug des Mannsstamms vor den Töchtern und anderer cognatischer Sippschaft und das eventuelle Erbrecht der Töchter und Cognaten nach gänzlich erloschenem Mannsstamm. Die andern, auf die Successionsberechtigung bezüglichen, Fragen, über welche in einzelnen Successionsfällen (z. B. in dem Process wegen Grubenhagens, und bei Erlöschung der mittlern braunschweigischen Linie) gestritten worden ist, wie über Lineal- oder Gradualsuccession, Vorzug der Erstgeburt u. s. w., berühren uns hier nicht und haben ihre, nur für die innere Geschichte des Hauses erhebliche, practische Bedeutung verlohren.

Um so wichtiger ist für uns die Frage von dem gegenseitigen Successionsrecht der abgetheilten Linien des Gesammthauses, zu deren näherer Erörterung wir in dem Folgenden übergehen.

III.

Die, trotz der Theilungen
fortdauernde, Rechtsgemeinschaft der
braunschweig - lüneburgischen Fürsten
und Lande.

§. 6.

Die gesammten, vom Enkel Heinrichs des Löwen besessenen, Lande waren durch den Lehensact von 1235 vom Kaiser zu einem Herzogthum des Reichs erhoben worden ²⁵⁾. Hätte sich nun die ursprüngliche Idee des Reichsamtes im Herzogthum und in der Grafschaft erhalten, so wäre damit auch das Gesetz der Untheilbarkeit, wie es beim Kurfürstenthum auch später kraft

²⁵⁾ Schon Erath, histor. Nachricht. S. 3. Note 11 bemerkt sehr richtig: „Es machen sich Viele von dem Herzogthum Braunschweig-Lüneburg einen ganz irrigen Begriff, indem sie sich einbilden, als ob Braunschweig ein besonderes und Lüneburg ein besonderes Herzogthum wäre, so nur mit einander in einer gewissen Verbindung ständen, wie etwa die beiden Herzogthümer Schleswig u. Holstein. Diese Meinung streitet mit den dürren Worten des kaiserlichen Lehenbriefs. Soviel ist indess gewiss, dass durch die geschehenen Erbtheilungen im Herzogthum Braunschweig-Lüneburg verschiedene von einander ganz abgesonderte, doch wieder in dem einen Wort Herzogthum begriffene Fürstenthümer entstanden, deren jedes auch seinen eigenen Sitz und Stimme auf dem Reichstag hatte.“

der Bestimmung der goldenen Bulle bestehen blieb, gegeben gewesen. Allein schon in der Zeit der Errichtung des Herzogthums Braunschweig-Lüneburg war das Reichsamt sehr in den Hintergrund getreten und durch die als eigenes Recht ihrer Inhaber aufgefasste, wenn auch im fortdauernden Subjectionsverhältniss zum Reiche bleibende, Landeshoheit der Fürsten und Grafen verdrängt worden. Hatte doch Kaiser Friedrich II. selbst, wenige Jahre vorher, die Landeshoheit in ihrem damaligen Umfang und Bestand in der bekannten Constitution über die Rechte der weltlichen Fürsten von 1232 ausdrücklich anerkannt, nachdem er bereits 1220 die geistlichen Herren durch eine ähnliche Versicherungsacte, welche die Selbstständigkeit derselben in ihren Territorien anerkannte, für sich gewonnen hatte ²⁶⁾. Nach dieser Verwandlung des Reichsamts in ein eigenes und erbliches Recht konnte nichts mehr im Wege stehen, die landeshoheitlichen Rechte mit den Landen, über die sie sich erstreckten, und ohne Rücksicht auf die alten Reichs-Amtssprengel als theilbar in dem Sinne zu betrachten ²⁷⁾, dass sie auf jeden Miterben in Betreff des

26) Vergl. F. M. Oertel, die Staatsgrundgesetze des deutschen Reichs. Leipz. 1841. S. 11 f. S. 34 f. u. mein Deutsches Staats- u. Bundesrecht. Th. I. §. 29. S. 103 f.

27) Vergl. Eichhorn, deutsche Staats- u. Rechtsgesch. Thl. III. §. 428. — In der *Const. Friderici I.* in *II. F. 55. §. 4.* ward *ducatus, marchia* und *comitatus* für untheilbar erklärt. Auch die deutschen Rechtsbücher des Mittelalters wollen die Theilbarkeit des Fürstenamtes noch nicht anerkennen. — Noch im 17. Jahrhundert wird mehrfach auf die *Const. Friderici I.* als ein noch geltendes Reichsgesetz Bezug genommen. Man berief sich wieder darauf, als es galt, dem, den fürstlichen Häusern ebenso wie Land und Leuten nachtheiligen, Theilungsprincip ein Ende zu machen und das Primogeniturgesetz für die Zukunft hausgesetzlich fest-

ihm zufallenden Landestheils vollständig übergiengen; und wenn auch der ursprüngliche Charakter der Landeshoheit in manchen Beziehungen noch lange fortwirkte und das Recht, die Erblande zu regieren, nicht als völlig zusammenfallend mit den sonstigen rein privatrechtlichen Erbansprüchen betrachtet wurde, wofür insbesondere die Geschichte der braunschweig-lüneburgischen Lande mehrfache, recht schlagende, Belege an die Hand giebt ²⁸⁾, so wurde doch die Theilung der väterlichen Besitzungen mit der darauf ruhenden Landeshoheit im Allgemeinen für rechtlich zulässig gehalten, insoweit nicht aus andern Gründen, namentlich den verbrieften Landesrechten gegenüber, sich ein rechtliches Hinderniss ergab ²⁹⁾.

zustellen. So geschah diess auch vom Canzler Hugo in der für den Herzog Ernst August abgefassten Schrift: „Von der Succession nach dem Primogenitur-Recht in den Herzogthümern und dergleichen Fürstenthümern des Reichs teutscher Nation. *In specie* Von solchem Successions-Recht im Hause Braunschweig-Lüneburg Zellischen Linie. Gedruckt zu Hannover Im Jahr 1691. Fol. *Sect. IV—VIII. Part. gen.* S. 11 f.

²⁸⁾ Vergl. H. Schulze, Das Recht der Erstgeburt in den deutschen Fürstenhäusern. Leipz. 1851. S. 55 f. S. 69 f. S. 95—120.

²⁹⁾ Verträge zur Feststellung der Untheilbarkeit der Lande sind, wie sich später noch näher ergeben wird, im braunschweig-lüneburgischen Hause schon seit dem 13. Jahrhundert mehrfach gemacht worden. Insofern es aber reine Hausverträge, nicht zugleich Landesverträge waren, konnte *mutuo dissensu* der Betheiligten immer wieder davon abgegangen werden. Anders verhielt sich die Sache, wenn zugleich den Ständen die Untheilbarkeit des Landes, zugesichert war. Dergleichen Zusicherungen kommen aber hier nur den Ständen einzelner Fürstenthümer gegenüber vor, weil der corporative Abschluss der Stände nur innerhalb derselben erfolgt ist. Eine solche, den Ständen gegebene Zusicherung enthält z. B. die von den Söhnen des Magnus Torquatus 1374 ausgestellte Urkunde (Lünig, Reichsarchiv, *Par.*

So ist denn auch gleich zwischen den Söhnen Otto's des Kindes († 1252), den Herzögen Albrecht und Johann, 1267 getheilt worden und unter den Nachkommen des Ersteren haben forthin weitere Theilungen stattgefunden, dergestalt, dass bis gegen das Ende des 17. Jahrhunderts, nach vorübergehender Vereinigung zeitweise getrennter Landestheile unter einem Herrn, immer wieder Absonderungen in Betreff der Regierungen und der Landesnutzungen beliebt wurden. Niemals ist aber die rechtliche Einheit des Hauses und des Ländersbesitzes desselben ganz aufgehoben, verkannt oder vergessen worden, und die göttliche Fügung, welche die Gesicke des Hauses lenkte, hat dafür gesorgt, dass immer nur einer von den mehreren, aus dem Stamme erwachsenen, Aesten übrig blieb, aus dem sich alsdann neue Zweige bildeten. Denn keineswegs haben seit der ersten Theilung von 1267 oder 1269 zwei von einander getrennte Aeste des braunschweig-lüneburgischen Stammes fortbestanden und leben noch fort in den beiden gegenwärtig bestehenden Linien des Gesammthauses. Mit der Erlöschung des altlüneburgischen Hauses in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts blühte der Stamm der Welfen nur in dem altbraunschweigischen Hause fort, welches sich inzwischen in die grubenhagensche, göttingische und braunschweigische Linie getheilt hatte. Aus letzterer, welche nach dem Aussterben des göttingischen Mannsstammes mit Otto dem Einäugigen im Jahre 1463

spec. Cons. II. unter Braunschweig S. 252 f.), worin der Ritterschaft und den Städten der „Herschop to Brunswigk“ zugesagt wird, dass letztere „ewiglicken und ümmer en vngetwyot Herschop schall bliuen, unnde we noch use Eruen schollen noch enwillen de mit nichte delen noch twyen.“

und des grubenhagenschen Mannsstammes mit Philipp II. († 1596), allein übrigblieb, hatte sich zu Anfang des 15. Jahrhunderts die mittlere lüneburgische und die mittlere braunschweigische Linie abgesondert. Diese bestanden aber auch nur bis in das 17. Jahrhundert neben einander fort, wo die braunschweigische Linie mit Friedrich Ulrich († 1634) erlosch. So war es wieder nur ein Ast des welfischen Stammes, welcher mit seinen schon vorhandenen Ausläufern die gesammten welfischen Lande wieder umfasste und aus ihm, welcher jetzt mit Ernst dem Bekenner und dessen Descendenz den Hauptstamm bildet und fortsetzt, während der gleichzeitig entstandene Nebenzweig der Harburger Linie bald wieder abstirbt, sind die beiden gegenwärtig noch vorhandenen Hauptzweige des welfischen Hauses entsprossen, von welchen der ältere in den Nachkommen Heinrichs von Dannenberg auf dem Boden von Braunschweig-Wolfenbüttel fortblühte, der andere (die Wilhelmische oder jüngere Linie) die übrigen Bestandtheile der welfischen Stammlande allmählig in einer Hand zusammenschloss und durch neue Erwerbungen, zum Theil auch altwelfischen Besitzthums, vermehrte; sowie es auch ihr beschieden war, durch die Erlangung der Kurwürde und Besitznahme eines der mächtigsten Königsthronen der Welt den Glanz des Hauses zu erhöhen.

§. 7.

Sowie nun im Laufe einer mehr als sechshundertjährigen Geschichte das Bewusstsein der Einheit des Hauses, beruhend auf der Gemeinschaft des Blutes und des gesammten Familienrechts, nie verschwunden ist und bei der erst im zweiten Viertel des 17. Jahrhunderts eingetretenen letzten, also verhältnissmässig jungen, Abzweigung im fürstlichen Hause selbst und nicht minder

in der Anschauung und Ueberzeugung des Volks lebendig bleiben musste, so ist auch dem Reiche gegenüber die durch den Lehenbrief v. 1235 begründete rechtliche Union der braunschweig-lüneburgischen Lande nie aufgehoben worden; und wenn auch, besonders mit der Erwerbung der Kurwürde durch die jüngere Linie, vorübergehende Missstimmungen obgewaltet und das herzliche Einverständniss zeitweise gestört haben, stets hat jenes Bewusstseyn sich wieder geltend gemacht und in gemeinsam errichteten Hausverträgen, wie zuletzt noch in Folge der Vorgänge von 1830, Ausdruck gefunden. Die Rechtseinheit der gesammten welfischen Lande ist durch alle Theilungen der verflossenen Jahrhunderte nur suspendirt, aber nicht gelöst oder gebrochen worden und wie in allen früheren Fällen beim Absterben eines Zweiges des Gesammthauses dessen Besitzthum stets dem andern fortblühenden Zweige von selbst wieder zuge wachsen ist, so wird und muss diess auch in Zukunft der Fall seyn, wenn nach Gottes Willen die eine der jetzt bestehenden Linien des welfischen Gesammthauses im Mannsstamm erlöschen sollte. Die Wirkung eines solchen Ereignisses in Betreff der bisher getrennten Landestheile wird sich dann aber auch gerade deshalb nicht mit der Terminologie einer blossen Personal-Union im Sinne einer zufälligen Verbindung zweier Staaten unter einem Staatsoberhaupt bezeichnen lassen; sondern die ursprünglich und rechtlich begründete Realunion ³⁰⁾,

30) Schon *Rechenberg-Munchhausen Success. in seren. quelf. domu. Cap. II. §. 23* bezeichnet die durch den Lehenbrief von 1235 begründete Vereinigung der braunschweig-lüneburgischen Lande als eine „*unio perpetua*“, und bezieht sie auch auf die „*Comitatus et dominia, quae postmodum obvenerant*.“ Erst später, seit dem 16. Jahrhundert, sind die dem Hauptlehen annectirten Graf- und Herrschaften in die kaiserlichen Lehenbriefe

die niemals aufgehoben worden ist, tritt vielmehr dadurch, dass der äussere Grund der Scheidung cessirt, von selbst wieder in Kraft; selbstverständlich aber, ohne die inzwischen begründeten wohlerworbenen Rechte der Unterthanen und die besonderen, in anerkannter Wirksamkeit stehenden, Landesverfassungen zu alteriren.

Es hat, wie schon hervorgehoben werden musste, immer nur ein Herzogthum Braunsch.-Lüneburg gegeben, welches aber eine Mehrzahl von Fürstenthümern, Graf- und Herrschaften, bald von einander getrennt bald wieder vereinigt unter einem Herrn, umfasste ³¹⁾ und wie diess durch das *pactum investiturae* von 1235 und durch den ersten Gesamtlehenbrief von 1403 bekundet wird, Beil. II. so lässt sich auch aus spätern Documenten erkennen, wie man Gewicht darauf legte, dass die aus den Lehen-

aufgenommen worden; aber niemals vollständig. Selbst die erworbenen Allodien, wie z. B. Lüchow, hatten durch die Verbindung mit den reichslehenbaren Hauptlanden insofern deren Natur angenommen, dass sie nicht nach gemeinem Landrecht, sondern, mit Ausschluss der Cognaten, im Mannsstamm vererbt worden sind, wie diess auch in vielen andern deutschen Fürstenhäusern der Fall gewesen ist. S. jedoch noch den Vorbehalt in Betreff etwaiger Allodialgüter in dem Kaiserl. Decret vom 9. Jul. 1625. Beil. IX. Die Verhältnisse der einzelnen mit den Hauptlanden verbundenen Graf- und Herrschaften können hier nicht erörtert werden.

31) Schon Struben, rechtl. Bedenken Th. I. Nr. 95. §. 1. bemerkt, alles im Lehensauftrag von 1235 Enthaltene und später dazu Erworbene sey als eine *universitas sine expressione pertinentiarum* beim Reiche zu Lehen gegangen. Manecke, braunschw. lüneb. Staatsr. §. 67. sagt richtig: „Es leidet keinen Zweifel, dass die braunschw. lüneburg. Lande — ein Ganzes ausmachen, worin zwar der Geniessbrauch, nicht aber das Erb-
»folgerecht getheilt ist —.“

briefen verschwundene Bezeichnung „Herzogthum“ wieder in dieselben aufgenommen werde³²⁾. Es haben sich ferner seit Albrecht und Johann, den Stiftern der altbraunschweigischen und altlüneburgischen Linie, alle Glieder des Hauses „Herzöge von Braunschweig“, oder später gewöhnlich „Herzöge von Braunschweig und Lüneburg“ genannt³³⁾, ohne Unterschied, welcher Speciallinie sie angehörten, mochten sie auch von dem Landestheil, welcher ihnen bei der Theilung zugefallen war und auf ihre Descendenz übergieng, zur genauern Bezeichnung, noch einen besondern Titel oder Namen führen, oder zeitweise auch einen Titel von andern Herrschaften beifügen³⁴⁾. Die Fürsten von Grubenhagen behielten auch

32) So wird in einem von „Georg Ludwig Cuhrfürst“ unterzeichneten „Neben-Memorial für Unsere zu der auf den 8ten *hujus* (1706) zu Burgtorff mit Wolfenbüttel angesetzten *Conferenz* gehende Geheimbte Rächte“ unter Bezugnahme auf „den Lehn-Brieff des Römischen Königs *Ruperti de Ao* 1403, welcher der erste förmliche Keyserliche Lehn-Brieff ist, den Unsere Vorfahren bekommen“ Anweisung zu einer Verständigung mit Wolfenbüttel ertheilt, damit die Ausdrucksweise jenes Lehenbriefs „Herzogthumb und Fürstenthümer“ wieder beobachtet werde. Diess ist später auch geschehen. Noch in der letzten Gesamtlehnsmuthung von 1793 ist nur vom „Herzogthum Braunschweig-Lüneburg sammt den dazu gehörigen Fürstenthümern, Graf- und Herrschaften als einem lehnrechtlichen Ganzen“ die Rede. Sie wurde nachgesucht vom Herzog Carl Wilhelm Ferdinand als Senior des Gesamnthausen am 17. Mai 1793. Der Muthschein ist vom 2. Septbr. 1793.

33) Vergl. Moser, braunsch.-lüneburg. Staatsrecht. Kap. I. §. 4 f. und dazu Scheidt, Anmerk. u. Zusätze S. 13 f. Die Fortführung des Titels Herzog von Braunschweig von beiden Linien wurde bei der Theilung von 1267 ausdrücklich stipulirt. „*Urben Brunsvic tenebunt ambo et de ea debent principes nominari.*“ S. die Nachweisungen der Urk. v. 1267 unten Note 41.

34) S. Ribbentrop, Beyträge I. S. 15 f. und Scheidt a. a. O.

in der Zeit, wo (nach dem Aussterben des altlüneburgischen Hauses) der Titel „Herzog von Braunschweig und Lüneburg“ der allgemeine geworden war, den älteren (bei der Theilung von 1267 ausdrücklich stipulirten) gemeinsamen Namen bei, indem sie sich nur „Herzöge von Braunschweig“ („zum Grubenhagen“) zu nennen pflegten, wie sie auch in kaiserlichen Ausfertigungen des 16. Jahrhunderts noch genannt werden. Durch den Vertrag vom 13. März 1566, dessen wir später noch näher gedenken Beil. IV. müssen, wurde aber auch diese Abweichung beseitigt und in dem Erbtheilungs-Recess vom 14. Decbr. 1635 erinnern sich „ihre allerseits fürstlichen Gnaden als nahe Blutsfreunde“, dass sie „von einem fürstlichen hohen Stamme entsprossen und posteriren, einen Titul, Schild und Helm führen, auch dafür in- und ausserhalb des Reiches rühmlich erkennenet, geehret und reputiret worden.“ So hat also die familienrechtliche Einheit der verschiedenen Speciallinien des Gesamthauses schon in der Gleichheit des Namens, Titels und Wappens ³⁵⁾ forthin und bis auf die neuesten Zeiten einen keineswegs bedeutungslosen Ausdruck gefunden. Es giebt aber noch viele andere und bei weitem stärkere Beweise der ununterbrochen fortbestandenē Rechtsgemeinschaft der braunschweig-lüneburgischen Fürsten und Lande.

§. 8.

Wir haben bereits oben die Ansicht vertreten müssen, dass der Grundsatz des deutschen Lehenrechts,

³⁵⁾ Ueber das Wappen des braunschweig-lüneb. Hauses s. Moser a.a.O. §. 6. Scheidt, Anmerk. u. Zusätze S. 28. Ribbentrop, Beyträge S. 17 u. H. Böttger, Die allmähliche Entstehung der welfischen Lande. Hannov. 1858. S. 65 f.

wonach durch Theilung die Erbfolge im Lehen gebrochen wurde, weil das Lehen nur in gerader Linie vererbt wurde und deshalb nicht auf abgetheilte Seitenverwandte übergehen konnte, wenn diese nicht die s. g. gesammte Hand conservirten³⁶⁾, auf das. 1235 als Reichslehen errichtete, Herzogthum Braunschweig-Lüneburg keine Anwendung finden konnte. Vorausgesetzt aber, diess wäre dennoch der Fall gewesen, so ist bekannt, dass nicht jede Art von Theilung oder Absonderung jene Wirkung äussert, sondern nur diejenige, welche mit der Absicht einer Aufhebung der bisherigen Rechtsgemeinschaft vollzogen wird. Einer solchen s. g. Dateilung oder Todtheilung wird die Mutschirung (auch Oerterung genannt) gegenübergesetzt. Letztere lässt die Gemeinschaft des Rechts bestehen und bringt nur eine Scheidung oder Absonderung der mehrern Berechtigten in Betreff der Ausübung des Rechts hervor; die erstere ist eine Theilung des Rechtes selbst, dergestalt, dass die Theile zu ganz selbstständigen, von einander völlig gelösten, ausschliesslich eigenen, Rechten werden.

Fragt man nun, welchen Charakter die im braunschweig-lüneburgischen Hause vorgekommenen Theilungen gehabt haben, wobei es selbstverständlich nur auf die nach 1235 gemachten Theilungen ankommen kann, so ist die Behauptung, dass diess eben Todtheilungen in jenem Sinne gewesen seyn, eine völlig unbegründete. Im Gegentheil, die wahre oder materielle gesammte Hand, von welcher die spätere Gesamtbelehrung wohl zu unterscheiden ist, hat niemals aufgehört und die Glieder des braunschweig-lüne-

36) Vergl. hierüber und über die an sich verschiedene gesammte Hand des ältern Rechts und die neuere Gesamtbelehrung: Duncker, das Gesamteigenthum. Marb. 1843. S. 80 f.

burgischen Hauses haben zu allen Zeiten das lebendige Bewusstseyn davon gehabt und gegen die von Aussen gemachten Versuche, in ihr Familienrecht störend einzugreifen, gemeinsam und mit Ausdauer und Beharrlichkeit vertreten. Auch haben bisher die der Geschichte und Rechtsverhältnisse der welfischen Fürsten und Lande Kundigen für die Fortdauer der gesammten Hand unter den verschiedenen Zweigen des Gesamthauses vermöge des Inhalts der Theilungsrecesse in übereinstimmender Weise sich ausgesprochen, wenn sie auch zum Theil der Sache die Fassung geben, dass man die Wirkung einer s. g. Todtheilung durch verschiedene, die fortdauernde Gemeinschaft bekundende, Stipulationen ausgeschlossen habe ³⁷⁾. Noch mehr Gewicht dürfen wir aber in dieser Hinsicht auf ein älteres Zeugniß legen, welches dafür spricht, dass auch ohne die Gesamtbelehrnung des Kaisers die Fürsten von Braunschweig und Lüneburg Gesamthänder seyen. Als es sich darum handelte, in Folge des zwischen den Herzögen von Grubenhagen und andern Gliedern des Hauses am 13. März 1566 abgeschlossenen Vertrags, die Aufnahme der Grubenhagenschen Fürsten in die Gesamtbelehrnung des Reichs auf dem damals eröffneten Reichstag zu Augsburg zu erwirken, berichtet der vom Herzog Erich II. von Calenberg dahin abgesandte Andreas Krause, Hofrichter zu Pattensen, in einem Schreiben d. d. Augsburg den 23. März 1566 auch über Beil. V. diese Angelegenheit. Er bemerkt: „Es seyen der Kanz-

37) Vergl. (Koch's) Versuch einer pragm. Gesch. S. 188. S. 240 f. Ribbentrop, Beyträge S. 65. Manecke, Braunsch.-Lüneb. Staatsrecht herausgeg. von v. Lenthe §. 67. — Havemann, Gesch. der braunsch.-lüneb. Lande Th. I. S. 464 erklärt sich auch ausdrücklich dafür, „dass eine Todtheilung nie stattgefunden.“

ler Dr. Joachim Mynsinger und Dr. Joachim Müller in Augsburg eingetroffen, hätten sich zu ihm in die Herberge begeben und berichtet, dass auf der jüngst in Braunschweig gehaltenen Zusammenkunft verabschiedet worden sey, vom Kaiser die Belehnung zu gesinnen; auch seyen sie angewiesen, „die Samptbelehnunge von wegen Hertzogk Ernsten und Gebrüdern Anthails (*i. e.* der Grubenhagenschen Fürsten) zu suchen, auch denselben hinwider die Samptbelehnunge zu gestaten, in Betrachtung dass I. f. G. mit E. f. G. allerseits von einem Stamm entsprossen.“ Er habe dagegen die Bedenken des Herzogs Erich von wegen der Präcedenz im fürstlichen Gesammthause geltend machen müssen, worauf die braunschweigischen und lüneburgischen Abgesandte erwiedert: Es habe die Samptbelehnung nur den Zweck, das gegenseitige Successionsrecht dem Reiche gegenüber sicher zu stellen. „Ueber das“ fährt der Calenbergsche Reichstagsgesandte fort, „hat es auch bey den gedachten fürstl. braunschw. und lüneburg. rethen den verstand, das Hertzog Ernst und seine brudern mit ihren (der Abgesandten) gnedigen hern und E. f. G. (Erich II.) ohne das in samptlehen sitzen und dass es allein darahn mangelt, dass es in brieffen und siegeln nicht vorsehen.“

Diess Zeugniß ist, unseres Erachtens, von der allergrössten Bedeutung. Es erkennt ausdrücklich an, dass auch die Grubenhagenschen Herzöge mit den andern Fürsten des Gesammthauses „in samptlehen sitzen“, auch ohne die Form der Reichsgesamtbelehnung, oder eines gemeinsamen Lehenbriefs. Und dieses Zeugniß wird abgegeben von Männern, denen präsumtiv die genaueste Kenntniß der Rechtsverhältnisse des braunschweig-lüneburgischen Hauses innewohnte; unter ihnen eine der hervorragendsten juristischen Autoritäten der damaligen

Zeit, der Canzler Dr. Joachim Mynsinger ³⁸⁾, welcher damals in Diensten des Herzogs Julius von Braunschweig-Wolfenbüttel stand. Es kann daher auch rechtlich keine Bedeutung in Anspruch nehmen, wenn Kaiser Maximilian II. bei der auf demselben Reichstag zu Augsburg erfolgten Belehnung in den Lehenbrief von 1566 die Grubenhagenschen Fürsten noch nicht mit aufnahm, was erst im Jahre 1570 geschah, obwohl er schon damals ausdrücklich anerkannte, dass auch letztere „von Rechts- Natur- und Verwandnuss wegen in eine Sammtbelehnung gehörten“; ein Punkt, auf den wir unten noch näher zu sprechen kommen werden.

Wir brauchen uns aber nicht mit einem solchen formellen Zeugniß zu begnügen. Die ganze Geschichte der Theilungen, der Inhalt der Theilungsrecesse, die dabei gemachten Stipulationen und Vorbehalte, geben uns eine Masse der unbestreitbarsten Belege für den von uns aufgestellten Satz, dass es nicht in der Absicht der sich in Betreff der Ausübung der Regierungsrechte über ihre Lande auseinandersetzenden Fürsten lag, die zwischen ihnen bestehende Rechtsgemeinschaft aufzuheben, und dass sie im Gegentheil die gesammten braunschweig-lüneburgischen Lande als in ihrem gemeinsamen landeshoheitlichen Eigenthum ungetheilt fortbestehend betrachtet haben. Nur auf diese Weise wird auch in

38) Joachim Mynsinger von Fründeck, geb. zwischen 1511 und 1517 zu Stuttgart, Schüler und Nachfolger von Ulr. Zasius, wurde 1548 Cammergerichtsassessor, 1556 Canzler in Wolfenbüttel. 1573 legte er dies Amt nieder, behielt aber doch noch Einfluss, namentlich bei der Stiftung von Helmstädt 1576. Er starb im Jahre 1588. Bekannt ist unter seinen Schriften sein Commentar zu den Institutionen und sein Buch: *Observationes camerales*. Hugo, Lehrb. der civ. Litterair-Gesch. S. 141.

der Geschichte des Hauses Manches in Betreff seiner innern und äussern Verhältnisse erklärlich, was mit einer Todtheilung im eigentlichen Sinne sich nicht in Einklang bringen lässt. Es gehören dahin die sich mehrfach wiederholenden Wechsel in Betreff der bei einer Theilung zugewiesenen Objecte, z. B. 1409 und 1428; das zeitweise wieder vorkommende Einrichten einer gemeinschaftlichen Regierung; die Erklärung, dass sie ihre „Land vnd Lude erflicken wedder tho hope gesat vnde vereynen“ hätten u. s. w., was alles bei einer durchgreifenden und unwiderruflichen Theilung des Rechts selbst nicht hätte vorkommen können. Auch würden die Kaiser sich gewiss nicht so leicht zur Einführung der Gesamtbelehnungen im 16. Jahrhundert verstanden haben, wenn sie den Satz hätten geltend machen können, dass durch die Theilungen die Rechtsgemeinschaft zwischen den abgetheilten Linien aufgehoben und das gegenseitige Successionsrecht wegen Mangels der gesammten Hand gebrochen sey.

Fassen wir aber die Dinge jetzt etwas näher ins Auge und suchen aus dem reichen Material der urkundlichen Geschichte des braunschweig-lüneburgischen Hauses die schlagendsten Belege für die fortdauernde Rechtsgemeinschaft der abgetheilten Linien zusammen, so können wir uns dabei auf die Zeit vor Einführung der alle Glieder des Hauses umfassenden Gesamtbelehnungen beschränken, weil durch diese spätere Form der Coinvestitur jeder materielle Beweis des gegenseitigen Successionsrechts ersetzt wird, woraus sich zugleich erklärt, weshalb man seitdem auf die zur Documentirung der fortdauernden Gemeinschaft sonst nothwendigen Stücke nicht mehr den Werth gelegt hat, den sie früher in Anspruch nehmen konnten.

Auf zweierlei ist besonders in der hier in Betracht kommenden Beziehung das Augenmerk zu richten: erstens auf den bei allen Theilungen vorkommenden Vorbehalt gewisser auch *quoad exercitium juris* gemeinsam bleibender Stücke; zweitens auf die Einrichtung der gegenseitigen Erbhuldigung der Unterthanen. In Verbindung damit tritt aber, zur Ausschliessung jedes Zweifels, drittens, der sich immer wiederholende ausdrückliche Vorbehalt des gegenseitigen Successionsrechts.

§. 9.

Das Bestreben, der Annahme einer mit Aufhebung der Rechtsgemeinschaft verbundenen Todtheilung zu begegnen, begegnet uns schon bei der ersten Theilung von 1267 zwischen Albrecht und Johann, den Stiftern der alten braunschweigischen und lüneburgischen Linie. Auch sie hatten nach dem Tode ihres Vaters Otto d. K. († 1252) erst Jahre lang in ganz ungetheilter Gemeinschaft gesessen ³⁹⁾. Als sie nun in der hier

³⁹⁾ Anfangs regierte Albrecht allein, nämlich zugleich in seiner Eigenschaft als Vormund seiner Brüder. Die beiden jüngern Brüder Otto und Conrad traten in den geistlichen Stand; jener wurde Bischof von Hildesheim, dieser Bischof von Verden. Die Verzichtsurkunde Conrad's von 1266 und eine andere Urkunde über seine Abfindung *d.d. Munden in die Johannis et Pauli* 1269 s. in den *Origg. guelf. Tom. IV. p. 18 seq.* Albrecht und Johann versprechen darin ihrem Bruder Conrad „*Bremensis ecclesiae Praeposito*“, dass er jährlich 500 Mark Silber Bremisch, 300 Mark aus dem Goslarischen Zehnten („*montis Ramensberg*“), 200 Mark aus dem Zoll zu Celle und Lüneburg und ausserdem noch 50 Mark aus der „*Advocatia in Asseboorch*“ erhalten soll. Die Präbende über das *Allare St. Mariae* zu *St. Blasii* in Braunschweig, wird noch bestimmt, solle Herzog Johann zu vergeben haben.

nicht näher zu erörternden Weise theilten, wurden ausdrücklich von der Theilung ausgenommen und dem gemeinschaftlichen Besitz (*resp.* der nach Turnus sich bestimmenden Rechtsausübung) vorbehalten: die Probsteien und Präbenden, soweit sie nicht einem allein zugewiesen seyen, „ihre freien Leute“ und die Vasallen ausserhalb Landes, der Gieselwerder ⁴⁰⁾, die Rechte an Hameln und Höxter, vornämlich aber die Stadt Braunschweig, von der sie forthin beide ihren Namen führen wollten ⁴¹⁾. Alles das hat offenbar seine Bedeutung. Man wollte gerade nach Aussen hin den Fortbestand des ungetheilten Familienrechts bekunden, deshalb wurden die auswärtigen Lehen ausgenommen und wohl auch die Rechte an Hameln und Höxter; man wollte zeigen, dass das Fahnlehen ungetheilt fortbestehe und nimmt darum „die freien Leute“ aus; man wollte endlich ein noch greifbareres Symbol der ungetheilten Rechtsgemeinschaft festhalten und schloss deshalb die Stadt Braunschweig (später, wie wir sehen werden, auch Lüneburg) als Hauptort und Grundstein des welfischen Besitzthums, wozu sich nach dem *pactum investiturae* von 1235 alles Uebrige nur als Pertinenz

⁴⁰⁾ S. darüber Manecke br.-lüneb. Staatsr. S. 56. Note 77.

⁴¹⁾ Die Original-Theilungsurkunde existirt nicht. Die Abschrift einer, den Inhalt referirenden, lateinischen Urkunde, welche Leibnitz angeblich in Berlin genommen haben soll, bringt Scheidt in den *Origg. guelf. Tom. IV. §. 5. p. 13 seq.* S. aber auch H. Sudendorf, Urkundenbuch zur Gesch. der Herzöge von Brschw. u. Lüneb. Th. I. Hannov. 1859. p. 42. — Was Rehtmeier, br.-lüneb. Chronik, in den Nachträgen p. 1834 berichtet, ist eine Relation des Inhalts. ohne Angabe der Quelle. Erath, histor. Nachricht. p. 5, giebt wörtlich Rehtmeier's Bericht wieder. Vergl. auch Manecke, br.-lüneb. Staatsr. §. 67. (Koch's) Versuch einer pragm. Gesch. S. 96. S. 242.

verhielt, also die *res principalis* von der Theilung aus. — Dass, auch abgesehen hiervon und von dem wahrscheinlich dabei ausdrücklich gemachten Vorbehalt des gegenseitigen Successionsrechts ⁴²⁾, die engsten Beziehungen zwischen den abgetheilten Herren fortbestanden, lehrt die Geschichte. Nach dem Tode Johann's (1277) führte Albrecht wieder die Vormundschaft über seinen minderjährigen Neffen Otto den Strengen; auch wurde durch eine Erbeinigung des Letzteren mit seinem Vetter Albrecht dem Feisten von Göttingen (von 1292) der Fortbestand der Gemeinschaft und des gegenseitigen Erbrechts ausdrücklich anerkannt, unter idealer Vereinigung und Zusammensetzung aller ihrer Lande und Leute ⁴³⁾; woraus sich zugleich erklärt, wie Otto

42) Nach Winckelmann, Stamm- und Regentenbaum von Braunschw.-Lüneb. p. 85 und *Rechenberg-Munchhausen, Success. in seren. guelf. dom. Cap. II. §. 47*, haben Johann und Albrecht ausdrücklich festgesetzt, „*ut una forsitan linea deficiente altera dein agnationis et pacti jure succederent.*“ In der, Note 41 nachgewiesenen, Urkunde steht dieser Satz nicht.

43) Die bezügliche Urk. v. 1292, *feria sexta prox. post Ascens. Domini*, 'ist auch abgedr. in den *Origg. guelf. Tom. IV. p. 20*. Besonders bemerkenswerth ist die Stelle: „— *terras nostras, munitiones, oppida, homines sic inter nos et se univimus et composuimus, ut aequali jure, honore ac libertate et tuitione a nobis in perpetuum sortiantur; tali conditione notoria intermixta, quod si unum nostrorum absque heredis fruitione mori contingeret, superstes illius defuncti terras, munitiones, oppida, homines sibi libere et hereditarie usurpabit.*“ S. übrigens das. (*Origg. guelf. IV. p. 21*) noch die zweite Urkunde aus demselben Jahre 1292, *feria secunda ante Penthecostem*, welche eine Bestätigung der vorigen enthält und worin sich die beiden Fürsten wie Brüder dauernde Freundschaft geloben. „*Nos Dei gratia Otto et Albertus Duces de Brunszwig recognoscimus et profiteamur, quod omnia bona no-*

als Herr von Lüneburg dazu kam, Städten, wie Göttingen und Nordheim, Reverse oder Versicherungsurkunden ihrer Privilegien und Rechte auszustellen ⁴⁴⁾. Auch verdient hier noch besonders hervorgehoben zu werden, dass Albrecht der Feiste mit seinem Bruder Heinrich dem Wunderlichen, welcher nach der väterlichen Bestimmung v. 1279 u. der Auseinandersetzung von 1286 Grubenhagen mit Zubehör erhalten hatte, während der dritte Bruder Wilhelm († 1292, kinderlos) Braunschweig und Wolfenbüttel bekam, bei Gelegenheit der Theilung von 1286, einen ähnlichen auf Conservation der gesammten Hand gerichteten Vertrag gemacht hat ⁴⁵⁾, welcher sogar auf die von ihren Frauen ihnen zugebrachten Güter sich erstreckte, („*bona cum uxoribus nostris nobis data tenere volumus simul communi manu ad lucrum et ad damnum*“). Die traurige und landverwüstende Fehde, welche bald darauf zwischen den beiden Brüdern ausbrach, entzog aber diesem Vertrag theilweise die beabsichtigten Wirkungen und war zugleich der Grund, weshalb Heinrich von Grubenhagen von der Erbschaft des Bruders Wilhelm von Braunschweig († 1292), die grössten theils Albrecht von Göttingen hinnahm, nur kleinere Stücke (Vorsfelde, Brome, Lutter am Barenberge) er-

stra, omnem hereditatem nostram composuimus (das Deutsche „to hope setten“) *et eam unam esse volumus, sine dolo. Temporibus vitae nostrae omnibus munitionibus nostris, oppidis et subditis, sicut fratres, debemus equaliter dominari.*“ Entstände Streit unter ihnen, so sollen die Unterthanen ihnen nicht beistehen. Die Stände sollen den Streit gütlich vermitteln u. beilegen.

⁴⁴⁾ *Orig. guelf. l. c. p. 21.* Noten. S. auch eine Urk. Wilhelm's für Duderstadt bei Wolf, Gesch. der Stadt Duderstadt. Urk. VII.

⁴⁵⁾ Die *Orig. guelf. Tom. IV. p. 19* bringen einen Abdruck dieser Urkunde *d. d. Brunswick Ao. Dom. 1286 in die beator. Petri et Pauli Apost.*

hielt. Allein niemals ist die durch den Vertrag von 1286 gesicherte Rechtsgemeinschaft aufgehoben worden und niemals sind Verhältnisse eingetreten, die irgendwie zu der Annahme berechtigten, dass sich die Herzöge von Braunschweig - Grubenhagen von der Rechtsgemeinschaft des Gesamtthauses losgelöst, oder den andern Zweigen desselben ihre eventuellen Ansprüche auf das Fürstenthum Grubenhagen entzogen hätten. cf. Unten §. 14.

§. 10.

In ähnlicher Weise wiederholen sich in den folgenden Zeiten die Feststellungen über die ganz ungetheilt bleibenden Stücke und werden noch durch andere, die fortdauernde Rechtsgemeinschaft bezeichnende und dieselbe sichernde, Verabredungen erweitert. — Als die Söhne Albrechts des Feisten († 1318), Magnus der Aeltere und Ernst, nach dem Tode ihres älteren Bruders Otto's des Mildn († 1344), welcher von 1318 — 1327 die väterlichen Lande allein regiert hatte, im Jahre 1345 sich über eine Theilung der Regierung und Einkünfte verglichen, wobei Magnus das Braunschweigsche, Ernst das Land Oberwald oder Göttingen erhielt (Anfang der Göttinger Speciallinie, erloschen mit Otto Cocles 1463), wurden wieder eine Mehrzahl von Gütern, Rechten und Einkünften als solche bezeichnet, welche gemeinschaftlich bleiben oder von der Theilung nicht berührt werden sollten; namentlich die geistlichen und weltlichen Lehen in Braunschweig, die Vogteien daselbst, die Präbenden *Sct. Blasii* und *Sct. Cyriaci*, das „Moss-
haus“ in der Burg, die Kemnaden dabei, der s. g. Tempelhof, alle Lehen „buten der Herscap und Gerichte“ und die Erbhofämter⁴⁶⁾. Auch verstand sich von selbst.

⁴⁶⁾ Der Vertrag von 1345 ist abgedr. in Rehtmeier's

dass die nach den frühern Erbeinigungen zwischen Braunschweig und Lüneburg gemeinsam bleibenden Stücke durch die Specialtheilung im Hause Braunschweig nicht alterirt wurden. Und wenn ferner alle Vorgänge, welche mit dem herannahenden Aussterben des alten lüneburgischen Hauses in Verbindung stehen, die Verträge zwischen Wilhelm von Lüneburg und Magnus von Braunschweig von 1355, die Festsetzung, dass Lüneburg und Braunschweig zukünftig unter einem Herrn vereinigt seyn und bleiben sollten, der Fortgang und Ausgang des Erbfolgekriegs mit den Sachsenherzögen, auf das Deutlichste die lebendig herrschende Ueberzeugung der weltlichen Fürsten und des Volks von der durch die Theilungen nicht gebrochenen und nicht zu brechenden dauernden und unzertrennlichen Rechtsgemeinschaft bekunden, — so kann man auch in der, dem einen oder andern Landestheil besonders gegebenen und verbrieften Versicherung, dass in Betreff seiner auch die Regierung ungetheilt immer bei Einem bleiben oder nur dem Aeltesten zustehen solle, wie es die Söhne von Magnus Torquatus, Friedrich, Bernhard, Heinrich und Otto der Mannschaft und den Städten der Herrschaft Braunschweig (Herscop to Brunswig) feierlichst in einem 1374 zu Braunschweig errichteten Vertrage zugesichert hatten ⁴⁷⁾, keinen Widerspruch finden wollen und diess

Chronik p. 1846 und verbessert bei Erath, histor. Nachricht. p. 12 f. Das. auch S. 17 f. der besondere Recess wegen der geistlichen und weltlichen Lehen.

⁴⁷⁾ Erath, histor. Nachr. S. 25 f. In diesem, unter Vermittelung der Frau Katharina, der Fürsten Mutter, mit den Ständen der Herrschaft Braunschweig errichteten Vertrage wird bestimmt, „dat vnse vorbenante Herscop to Brunswig mit allen Steden, Sloten, Landen und Lüden, mit allen Lehenen, geistlich vnd wertlich, vnd gemeynlicken und allen

um so weniger, als diese Zusicherungen der realen Union des Ganzen und der Wiedervereinigung unter einem Herrn in keiner Weise im Wege standen.

Der merkwürdigste Wechsel in Betreff der Vereinbarung über Regierung ihrer Lande und Theilung der Nutzungen tritt bekanntlich in der Zeit der Regierung von Friedrich, Bernhard und Heinrich, dann der beiden letztern (der Stifter der mittlern lüneburgischen und mittlern braunschweigischen Linie) und ihrer Söhne hervor. Schon 1385 hatten Friedrich, Bernhard und Heinrich Alles, was sie besaßen und noch erwerben würden, zusammengesetzt; allen Nutzen und Schaden

ören Tobehörungen ewiglichen vnd immer eyn vngetweyet Herscop scal bliuen. vnd wy noch vse Eruen schollen noch en willen dy med nichte deylen noch tweyen, vnd schollen vnd willen dat ewiglich holden, als hir nach steyd geschreuen, dat dy eldeste Broder vnder vns vorbenanten Hertoghen vnsrer vorgenannten Herscop to Brunschwig Stede. Slot. Lande vnd Lüde, geystlich vnd wertlich, dy nun darto höret, edder dar noch to mögen komen, med all örer Tobehörung schall mechtig wesen. vnd schall dy truweliken vorstan und vorwaren, vns allen to Gude vnd to Nutt, vnd unsen Eruen, dy Wyle dat he leuet.“— Ähnliche, der schon entwickelten corporativen Verfassung der Stände gegenüber ertheilte, sie vor einem Zerreißen schützende, Zusicherungen kommen auch in Betreff der Herrschaft Lüneburg vor und haben später noch ihre staatsrechtliche Bedeutung behauptet. Für Braunschweig-Wolfenbüttel ist jener Vertrag von 1374 von besonderer Wichtigkeit und bildet die Basis des später die Primogenitur sanctionirenden, unterständischer Garantie stehenden, *Pactum Henrico-Wilhelmianum* vom 16. Novbr. 1535; welches hiernach, abgesehen davon, dass es das Gesetz der Primogenitur an die Stelle des Seniorats setzt, gar nicht als eine, dem gefangenen Bruder Wilhelm von Herzog Heinrich d. J. abgedrungene, Neuerung betrachtet werden kann. Vergl. übrigens Havemann, Gesch. der Lande Br. u. Lüneb. Th. II. S. 210. S. auch oben Note 29.

wollten sie zusammen stehen und nach dem Tode sollte einer dem andern succediren ⁴⁸⁾. Drei Jahre darauf, nach dem Siege bei Winsen an der Aller und dem Friedensvertrag und der Erbverbrüderung mit den sächsischen Herzögen, machen sie (13. Juli 1388) einen andern Vertrag, kraft dessen Herzog Friedrich das Braunschweigische allein, Herzog Bernhard und Heinrich zusammen das Lüneburgische erhält ⁴⁹⁾, unter Vorbehalt des gegenseitigen Successionsrechts und Verbot aller Veräusserung oder Verpfändung ohne Einwilligung der Andern; und einige Jahre nachher errichten sie zu Gifhorn 1394 einen neuen Vertrag, der den Plan der Herzöge Wilhelm und Magnus von 1355 zur ewigen Vereinigung der beiden Herrschaften Braunschweig und Lüneburg zu realisiren verspricht und das schon früher eingeführte Seniorat-recht bestätigt ⁵⁰⁾. Nach dem gewaltsamen Tode des

⁴⁸⁾ Origgg. guelf. Tom. IV. p. 47.

⁴⁹⁾ Vergl. Erath, histor. Nachr. S. 28. Die Urkunde ist datirt: Uellessen 1388. Montag nach St. Ulrici; gedr. bei Kleinschmidt, Samml. v. Landtags-Abschieden. Th. II. S. 2 f. u. im vaterländ. Archiv. 1830. S. 19 f. Vergl. Havemann, Gesch. Th. I. S. 525. S. auch Rehtmeier's Chronik. p. 670. 682.

⁵⁰⁾ Abgedr. bei Erath, histor. Nachr. S. 29 f. Der Vertrag ist datirt: Gifhorn am Himmelfahrtstage 1394, und errichtet »dorch Mitwillen vnser Lande u. Lüde.« Die Herzöge bekennen, dass sie sich »vercinet hebben vnd tosamene gesettet mit den Landen to Brunschwig vnd to Lüneborg, also, also we darmede beeruet sint.« Nach dem Tode der in voller Gemeinschaft sitzenden drei Brüder soll »de Aeldeste ihrer Mannes-Erben dessen vorschreuenen Lande Herr wesen, — den andern Eruen gutlickken doen«; der regierende Herr soll aber ohne der andern Erben Wissenschaft und Genehmigung von den Landen nichts verlassen noch entfernen. »Wehren dar ock Erven Jungfrowen, de scholde man erlickken vnde wol beraden.« — Lehen sollen nicht ohne

zum römischen Kaiser designirten Herzogs Friedrich, welcher 1395—1396 auch als Vormund Otto's des Einäugigen über das Fürstenthum Göttingen regirt hatte, machten zwar die Brüder Bernhard und Heinrich der bisher geführten, auch Braunschweig umfassenden, gemeinschaftlichen Regierung dadurch wieder ein Ende, dass sie im J. 1409 sich über eine Theilung vertrugen, bei welcher Heinrich zu seinem Theile die Herrschaft Lüneburg wählte, Bernhard aber Braunschweig zufiel. Auch hierbei blieben aber ungetheilt in Huldigung und in Nutzen die Städte Braunschweig und Lüneburg, wie auch der Zoll zu Schnakenburg; ferner die Gesamthuldigung im Göttingischen, das Archiv zu Braunschweig und die *feuda extra curtem*. Auch wurde das gegenseitige Successionsrecht für den Fall des Todes ohne Mannes Leibeserben ausdrücklich vorbehalten ⁵¹⁾. Dasselbe stipulirte der im Jahre 1414 zwischen denselben Fürsten abgeschlossene und von ihren Söhnen anerkannte Vertrag und erklärt, was wieder besonders bemerkenswerth ist, ausdrücklich das Fahnlehen, also das Herzogthum oder Reichsfürstenamt selbst, für gemeinsam und ungetheilt. Auch wurde zugleich gegenseitiger Schutz und Vertheidigung von Land und Leuten stipu-

der andern Zustimmung wieder verliehen; Schlösser, Städte, Land und Leute nicht anders versetzt oder verlassen werden. »Ock en scholl we nenen Krieg angriepen edder betengen, noch vns mit nehmande vereinigen edder verbinden, we en don dat endrechlicken unser ein mit der ander Willen. Ock schulde we vogede vnd Amethlüde in dessen vorschreuenen vnsern Landen endrechlicken setten, de vns to likene Rechte darto loven vnd schweren schulden.«

⁵¹⁾ Erath. histor. Nachricht. S. 32 f. — Der Vorbehalt des Successionsrechts ergibt sich aus dem Vertrag von 1414, welcher sich auf den Theilbrief von 1409 zurückbezieht.

lirt, und, in Folge der 1403 gemeinsam empfangenen Reichsbelehnung verabredet, dass diese immer durch den Aeltesten empfangen werden sollte; das Verbot des Eingehens eines Bündnisses ohne des Andern Einwilligung erneuert u. s. w. ⁵²⁾. Ja im folgenden Jahre 1415 wurde durch einen der merkwürdigsten Verträge, welche die Geschichte des welfischen Hauses in der Zeit der sich immer wiederholenden Theilungen darbietet, durch den Erbeinigungs-Vertrag vom St. Jacobitag, zwischen Bernhard und Heinrich und ihren beiderseitigen Söhnen (Otto und Wilhelm) nach Rath ihrer Prälaten, Mannen und Städte, die vollständigste Vereinigung ihrer gegenwärtigen und zukünftigen Lande und Leute, mit gemeinsamer Erbhuldigung und Gesamtregierung durch die Aeltesten beider Linien begründet ⁵³⁾.

⁵²⁾ Der ganze Vertrag von 1414 ist abgedr. bei Rehtmeier br.-lüneb. Chronik p. 698 f. Die für unseren Zweck bemerkenswertheste Stelle lautet: »Ok also wie vnse **vanlene vnd hovet-stede Brunschwig vnd Luneborg** insament vnd **vngedelet** beholden hebben, So wille wy dat de Eldeste vnder unss vnd vnser Eruen to ewigen tyden, also dicke den behoff were, dat **Vanlene vnde Herschop** van dem Rike entfaen schall, to vnser beyder hande vnd behoff, vnde des brew erwerven under vnser beeder kosten. — Vnde were dat vnser welke vnde vnser eruen von dodeswegen vorfelle vnde nenen **Mannes** lues eruen nalete, Des **Herschop** vnde **Deil scholde dan an den andern vnd sine eruen wedder fallen vnde komen**, also dat in den deelebreve vtedrucket ist.«

⁵³⁾ Rehtmeier erwähnt diese Erbeinigung p. 702 nur ganz kurz, citirt aber die im Archiv der Stadt Braunschweig befindliche Urkunde. Erath S. 33 bringt blos den Anfang der Urkunde und die Bestimmung über die Erbhuldigung. Das Dokument ist sehr ausführlich und umfangreich und umfasst gegen 32 Positionen. Die Herzöge bekennen, dass sie ihre Lande und Leute »erflicken wedder to hope gesat vnde vereynet« haben

Bekannt ist, dass es nicht lange bei der gemeinsamen Regierung und gänzlichen Vereinigung der beiderseitigen Lande blieb. Herzog Heinrich starb bereits im folgenden Jahre 1416. Seine Söhne provocirten den Oheim Bernhard zu einer neuen Theilung und setzten sie, unter Vermittelung des befreundeten Landgrafen Ludwig von Hessen, im Jahre 1428 durch. Im Grunde blieb es dabei bei der Theilung von 1409. Bernhard erhielt aber statt der bei der Theilung von 1409 ihm zugewiesenen Herrschaft Braunschweig, nummehr das Lüneburgische und wurde so der Stifter der mittlern lüneburgischen Linie, während die Söhne Heinrichs, Wilhelm und Heinrich, die mittlere braunschweigische Linie eröffneten ⁵⁴⁾. Aber auch hier begegnen

und dass »alle vse Lande vnd Lüde, de wy rede hebben vnde an vns komen mögen, vnse vnde vnseren Eruen **semтлиken** to ewigen tyden wesen vnde blyven schüllen.« Es werden nähere Bestimmungen über die Einsetzung eines aus den verschiedenen Theilen des Landes gebildeten gemeinschaftlichen Regimentsrathes, über Primogenitur, Vormundschaft, Töchter-Aussteuer, Volljährigkeit, Apanagirung der Nachgeborenen, Berufung des Regimentsraths im Falle des Todes eines der regierenden Herren u. s. w. gemacht. Keiner soll vom Andern eine Theilung fordern; jedes Glied des Hauses den Vergleich beschwören, wenn es 14 Jahre alt geworden ist. Wer ihm zuwider handelt, soll auch vom Lande nicht als Herr anerkannt werden. In Betreff der Erbhuldigung heisst es: »Oek schüllen vnse alle Land vnd Lüde, de wy rede hebben vnde hierna vns kommen, in welcker Wyse dat geschege, vns ene samtlicke Erfhuldigung doen, vnde tho ewigen Tyden by vns vnde vnseren Eruen vnuerdelet bliven.« Das Fahulchen soll vom Reiche derjenige empfangen, welcher am besten dazu geschickt sey; natürlich aber im Namen Aller.

⁵⁴⁾ Die auf diese Theilung bezüglichen Urkunden finden sich vollständig zusammengestellt und abgedruckt bei Erath, histor. Nachr. p. 35—53.

wir wieder demselben Vorbehalt einer Mehrzahl gemeinsam und ungetheilt bleibender Stücke. Denn ausgenommen werden vor Allem wieder die beiden Hauptstädte Braunschweig und Lüneburg, denen jetzt auch noch Hannover, mit Ausnahme der Zölle und Gerichte, beigefügt wird. Gemeinschaftlich sollen auch bleiben die Zölle zu Schnakenburg und Hitzacker, die Pfandschaft an Hameln und Everstein. Alle anfallende Erbschaften an Land und Leuten sollen beiden Linien in gleicher Weise gehören, ebenso der Heimfall auswärtiger Lehen. Die geistlichen Lehen zu Braunschweig bleiben ferner gemeinschaftlich und werden abwechselnd von beiden Theilen verliehen. Das gemeinschaftliche Archiv soll zu Braunschweig im Kapitel St. Blasius seyn und die Erbhuldigung des Landes Göttingen beiden gebühren. Würde ein Theil ohne Mannes Erben sterben, so solle die Erbschaft an den andern Theil fallen, und diese Theilung daran nicht hinderlich seyn ⁵⁵⁾.

55) Bemerkenswerthe Stellen des Theilungsrecesses von 1428. Ausgenommen werden von den zur ausschliesslichen Herrschaft und Nutzung überwiesenen Theilen: »de Stat to **Brunswig**, vnnse friheit in der Borch, up Sant Ciriacus Berge. uppe Sunt Egidien Hofe, vnnd vnnsen Hof in der Borch to Brunsswig, de wy erfliken vnd sambtliken to ewigen Tyden hebben vnnd beholden willen vnnd darane vngedelet bliven; vnnd de Stat to **Lüneborg** mit vnnseme Huss vnd Hofe, vnnd mit dem Tollen darnebinnen, als vppe der Sülten vnnd in der Beckerstraten, vnd de Gülde by dem Rade vnd de Rente in dem Kalckberge, de wy vnd vnse Eruen erfliken vnnd sambtlicken hebben vnd beholden willen, also dat vnnser ein iuwelck so vele daruan vphue vnd neme als de anndere. Vnd also scülle wy vnnd vnse Eruen den Rath vnnd de Börger alle to ewigen Tiden

Was hiernach zwischen den beiden Linien Braunschweig und Lüneburg gemeinschaftlich blieb, wird als

in Huldunge vnd in trauer Bescriuunge hebben vnd beholden. Dessglick scülle wy vnnnd vnse Eruen den Tollen to der Schnakenborg vnd to Hitzacker erflicken hebben vnnnd beholden — vnd dessgelick ock de Stat to Hannover scullen wy in sodaner sambtliker Erfhuldunge hebben vnd beholden, sonder Gerichte, Tollen, Mölen, mit dem Houe vp der Nienstatt etc. — ; de scal beholden dejenne dem dat Lanndt to Brunswich tofelt. De Pandescup an Hameln vnnnd Euerstein scülle wy vnd vnse Eruen sambtliken hebben vnd beholden, als vorgerürt iss. — Störve vnns ock wes an van Eruetale, als Lande vnd Lüde, geistlick vnd wertlick, dat scholde wy to gelicke delen.“ — Dann folgt nach der Bestimmung über die Eröffnung der kleinen Aussenlehen, die der einen oder der andern Herrschaft zugetheilt werden: »Worde vns auer van densülven Butenlehen wes loss, als mit Namen Herschoppe, Slote, oder Stede, van welcher Herschup vnnnd Dele dat to Lene ginge, de scholden vnser beider vnd vnser Eruen wesen, vnd schulden vns gütliken darouer verdragen —.“ Ferner: »Ock vmme de geistlicke Lene in der Borch to Brunswick schüllen wy vnd vnse Eruen lenen eine Prouende vmb de anderen, als vaken vns dat gehören mag, van beide Lannde wegenne, van Brunswich vnd Lüneborch. Dessülven gelick schulde wy dat holden vmb de Vicarie darsülues, de van vns to Lene gan, vnd ock vm de Prouende vpp dem Berge to Sint Ciriacus vor Brunswich, ein vmb de andere.« (NB. Auch Grubenhagen und Göttingen hatten daran von den frühern Theilungen her ihre Rechte; deshalb sagen die Fürsten, so oft ihnen das gebühren möge von wegen der Laude Braunschweig und Lüneburg.) Privilegien und Urkunden, welche nur die eine oder die andere Herrschaft betreffen, soll jeder Theil für sich behalten. »Wat auer der Breue weren, de beiden Landen tospreken vnd anrörden, de scholde man leggen to vnser beide truwen Handt, by vnse leuen, getruwen, andechtigen, dat Capittel to Sünthe Blasiuss to Brunswich.« — »Vortmer. vmb Huldunge

Gemeingut auch bei den weitem Theilungen respectirt, welche im mittlern braunschweigischen und mittlern lüneburgischen Hause im Laufe des 15. und 16. Jahrhunderts hervorgetreten sind. So wird bei der Theilung zwischen Wilhelm dem Sieghaften und Heinrich dem Friedsamem, die im Jahre 1432 gemacht wurde, ausgenommen von dem, dem Herzog Wilhelm allein zufallenden, Theile: „die Erbhuldigung in Lüneburg und Hannover, welche nach den früher errichteten Verträgen Allen gemeinschaftlich bleiben sollte und anderer Seits ihm mit zugesprochen die Erbhuldigung in Braunschweig und was sonst in der Theilung mit den Vettern benannt sey. Schliesslich wird auch hier der im alten Familienrecht begründete Vorbehalt des Erbrechts des einen Theils für den Fall des Absterbens des andern Theils wiederholt ⁵⁶⁾.

der Mannschup, Stede, Lande vnd Lüde vnser Veddern Hertogen Otten, Hertogen Otten to Göttingen zeliger Son, de Huldunge schollen wi sambtlicken van öne nemen, vnd vnser nein sonderliken an dem andern.« — Will einer oder dessen Erben von seinem Theil oder Herrschaft Etwas veräussern oder verpfänden, so soll er es erst dem Andern anbieten, um so viel, als der Fremde dafür oder darauf geben möchte und soll der andere Theil dazu näher stehen. Endlich heisst es: »Were oock, dat vnse oder vnser Eruen welke ohne Mannes Eruen van Dodes wegen afgingen, dar Gott vor sy, so scholde de Herschop weder fallen an den, oder de, de dan beleueden, **vnd dar en scholde desse Delinge nicht to schaden.**«

⁵⁶⁾ Urk. v. 23. Novbr. 1432 bei Erath S. 54 f. Es kehren darin die gemeinschaftlichen, oder auf die fortdauernde Rechtsgemeinschaft mit Lüneburg, den bevorstehenden Anfall von Göttingen, das Näherrecht bei Veräusserungen u. s. w. bezüglichlichen, Bestimmungen des Theilbriefs von 1428 grossentheils wörtlich wieder: ganz wörtlich insbesondere auch der Vorbehalt des Wieder-

An diesem, nach Erbrecht eintretenden, Wiederanfall der, ohne männliche Leibeserben absterbenden, Zweige wurde auf das Strengste festgehalten und jedem Versuch, sey es auch innerhalb des Gesammthauses, die Familien-Successionsrechte durch Sonderverträge zum Nachtheil Anderer zu beeinträchtigen, trat man mit Entschiedenheit entgegen. Ein solcher Versuch begegnet uns in dem Verträge, welchen der alte Herzog Bernhard (von Lüneburg) und seine Söhne, Otto und Friedrich einer Seits, mit dem Herzog Heinrich dem Friedsamem (von Braunschweig), zum Nachtheil des Bruders des letztern, des Herzogs Wilhelm des Siegreichen, im Jahre 1433 am Sonntage Invocavit errichteten und durch welchen der Anfall der Herrschaft Braunschweig an Bernhard und seine Söhne kraft eines gegenseitigen Scheinverkaufs und einseitiger Erbhuldigung gesichert werden sollte ⁵⁷⁾. Es war natürlich, dass Herzog Wilhelm bei diesem, sowohl für ihn und seine Descendenz als für das ganze fürstliche Haus so verhänglichen, Verträge, nachdem er davon Kunde erhalten, nicht ruhig blieb, sondern dessen Aufhebung mit allen Kräften betrieb. Diess Ziel erreichte er auch im Jahre 1442, wo der von allen damaligen Gliedern des mittlern braunschweigischen und lüneburgischen Hauses beschworne Vertrag zu Stande kam. In demselben wird zunächst jener Kauf und Gegenkauf von 1433 für null und nichtig erklärt und versprochen, „dass sie sich alle sollen und wollen ihre Lande und Leute, wie sie von ihren Eltern erblich an

anfalls der Besitzung des andern, ohne männliche Descendenz abgehenden, Theils. — Diese Theilung bestätigten die Herzoge von Lüneburg, Friedrich der Aeltere und seine Söhne Bernhard und Otto, in einem Recess von 1460.

⁵⁷⁾ S. das Nähere und die beiderseitigen Verkaufsurkunden bei Erath, histor. Nachricht. S. 59 f.

sie gefallen und gekommen seyen, wie sie ein jeder Part hat und besitzt, unter einander huldigen lassen in dieser Weise: Wäre es, dass ein Theil ohne Leibes-Mannes-Erben von Todeswegen abginge, dass dann des Toden Lande und Leute an die oder den Lebenden, nach Erbesrechte, wie sich nach der Sippzahl und nach Rechte gebührt, fallen und kommen sollen und dass dieselben Lande und Leute den oder die dann für ihren Herrn haben und halten sollen. So lange aber ein solcher Erbanfall nicht eingetreten ist, soll sich kein Theil in die Regierungs-, Vormundschafts- und andere Sachen der andern, kraft der bestehenden Theilungsrecesse abgesonderten, Herrschaften einmischen ⁵⁸⁾. — Gleichzeitig wurden in einem andern, noch weit ausführlicheren, Vertrage ⁵⁹⁾ verschiedene Verhältnisse des Gesammthauses geordnet, gewisse Prinzipien über Aussteuer der Töchter, Witthum u. s. w. festgestellt, die fortdauernden Communionsverhältnisse anerkannt und namentlich auch versprochen: „Auch sollen und wollen wir alle diejenigen, die in unserem Rathe sind, und unsere Canzler und Schreiber, die wir jetzt haben oder in Zukunft nehmen werden, uns Allen geloben und schwören lassen, unser Aller und unser Herrschaft Bestes zu rathen und zu thun“; und, um dem festgehaltenen Prinzipie, dass ihre gesammten Lande im Grunde ein Ganzes bilden und bleiben sollen, noch einen bestimmteren Ausdruck zu geben, so folgt noch die ausdrückliche Erklärung, dass sie sich mit allen ihren Landen und Leuten, Mannen, Städten und Untersassen, die einem Jeden zu seinem Theile zugefallen seyen, als fest vereinigt und verbunden betrachten, — „*hebbe*

⁵⁸⁾ Erath a. a. O. S. 64 f.

⁵⁹⁾ Erath a. a. O. S. 66 f.

wy uns to hope gesattet und setten uns so in Crafft düsses Breves“; eine Formel für die Anerkennung des Gesamteigenthums und der Gesamtgewehre, die uns auch in andern Hausverträgen, z. B. in einer Urkunde der drei Grubenhagenschen Fürsten Heinrich, Ernst und Wilhelm von 1324, begegnet.

Im Widerspruch mit jenem Hausvertrag von 1442 und den, schon früher über die Erbhuldigung des Fürstenthums Göttingen getroffenen, Vereinbarungen machte dann zwar Herzog Wilhelm nebst seinen Söhnen den Versuch, unter Benutzung der besondern, durch die zerrütteten Finanzverhältnisse der Göttinger Linie veranlassten viel nähern Beziehungen zu letzterer, sich das Göttingische Fürstenthum mit Ausschluss der lüneburger Vettern zuzueignen. Sie stiessen hier aber auf Widerstand selbst bei den dasigen Ständen, insbesondere dem Rathe von Göttingen, welche, zugleich in eigenem Interesse, das Recht des Hauses vertraten. Auf die verschiedenen Stadien, welche der Streit über die, mit dem Tode Otto's des Einäugigen 1463 eröffnete, Göttinger Erbschaft durchlaufen hat, näher einzugehen, würde uns über unsern Zweck hinausführen ⁶⁰⁾. Es genügt die Bemerkung, dass das lüneburger Haus zunächst vorläufig (1491) und später 1512 durch den Vertrag zu Münden (oder Minden?) definitiv auf sein Mitsuccessionsrecht verzichtete und dafür entschädigt worden ist. Zu den Entschädigungsobjecten gehörte unter Anderem auch, dass den lüneburgischen Fürsten die alleinige Huldigung der Stadt Lüneburg zugestanden wurde; auch erhielten sie den Göttinger Antheil an den geistlichen Lehen zu

⁶⁰⁾ S. das Nähere darüber und die darauf bezüglichen Verträge bei Erath a. a. O. S. 84 f. S. 113 f. S. 123 f. u. Zeitschrift des histor. Vereins f. Niedersachsen Jahrg. 1860. S. 176 f.

Braunschweig, das Schloss Jühnde und die Eberstein'schen geistlichen und weltlichen, im Lande Göttingen belegenen, Lehen ⁶¹⁾.

Auf die übrigen, in den beiden Branchen des mittleren braunschweig-lüneburgischen Hauses und zwischen ihnen errichteten, Verträge brauchen wir hier nicht näher einzugehen, da sie in eine Zeit fallen, wo die Gesamtbelehrung dem Reiche gegenüber geordnet und das Erbrecht zwischen ihnen, ohne Rücksicht auf die bisher stattgefundenen Sonderbelehrungen, anerkannt war. Bemerkenswerth ist aber immerhin, dass in allen diesen Verträgen und gegenseitigen Ueberweisungs - Urkunden immer die Erbhuldigung und der Wiederanfall der Lande, Hoheiten und Rechte, beim Erlöschen eines Zweiges des Hauses ohne männliche Leibeserben, vorbehalten worden ist ⁶²⁾. Denn, wie überhaupt alle bei den

⁶¹⁾ Der Vergleich ist datirt v. Freitag nach Michaelis 1512. Erath a. a. O. S. 114. 115. 123. Andererseits verzichteten die Lüneburger wieder in einer besondern Urk. *de eod. d.* auf ihre Rechte an der Stadt Hannover.

⁶²⁾ So z. B. auch bei der weitem Theilung im Braunschweigischen Hause zwischen Heinrich d. Aelteren und Erich d. Aelteren a. 1495. (Erath a. a. O. 101 f.) wo es heisst: „Up dat ok de Förstendome vnd Lande vnuerrückt vund by beiden vnsen Sönen vnd ören Ernen erflickten bliuen, so schüllen desuluen vuse Sone ein itlick in sinem Dele dem andern Erfhuldunge doin laten, van allen ören Vndersaten in beiden Delen beseten, vnd schüllen de Lande van Römischen Kaisern vnd Königen to sambden Lene empfangen, vnd also erflickten in samden Lehnen besitten. Vund schal altidt de Eldeste vunder vnsen Sönen, edder ören Eruen, wen des Noit is, de Lehne empfangen.“ Und bei der Ueberlassung des braunschweigischen Antheils an Herzog Heinrich d. Aelt. (Erath a. a. O. S. 108.) sagt Erich, dass die Unterthanen in seines Bruders Antheil ihm forthin zur Erbhuldigung verpflichtet seyen.

frühern Theilungen gemachten Bestimmungen und Vorbehalte zwischen beiden Häusern Braunschweig und Lüneburg in den Jahren 1487 und 1489 von sämmtlichen Fürsten, insbesondere Heinrich dem Mittleren von Lüneburg, Heinrich dem Aelteren von Braunschweig und Erich dem Aelteren, feierlich beschworen worden waren ⁶³⁾, so wurde insbesondere bei der Ueberlassung des Landes Göttingen an die Braunschweigische Linie ausgesprochen ⁶⁴⁾:

„dass diese erbliche Ueberlassung, wie sie ein Theil dem andern vorbeschriebener Maasse oder sonst in andern Erbtheilungen gethan habe, ihnen allen, an ihren hergebrachten fürstlichen Titeln und erblichen An- und Wiederfällen, auch Sammtlehen ganz unschädlich und unabbrüchig seyn solle.“

§. 11.

Alle diese, dem älteren und mittlern braunschweig-lüneburgischen Hause angehörigen, Hausverträge und

⁶³⁾ S. die drei Urkunden bei Erath a. a. O. S. 83. 84. Die Fürsten bekennen und schwören zu den Heiligen mit leiblichen Fingern, dass sie die Erbverträge, welche ihre seligen Eltern und lieben Vettern in den Zeiten, da sie ihre Lande erblich getheilt haben, mit einander machten, unverbrüchlich halten wollen.

⁶⁴⁾ Erath a. a. O. S. 116. — Eben so heisst es in den Ueberweisungsurkunden wegen der Verpflichtung der Unterthanen von 1512 (Erath S. 122. S. 123.) in Betreff des Landes Göttingen, der Stadt Hannover und der Stadt Lüneburg, dass sie mit allen Gerechtsamen dem andern Theil überwiesen würden, „allen vorbehalten den erfflicken An- und Wederfall, effte vuse Veddern sonder Mannsliues Eruen. dat Gott gnedigen fristen wolle. affgingen.“

Erbtheilungsrecesse, so wichtig sie für ihre Zeit als Regulatoren der Verhältnisse der verschiedenen Zweige des Gesamthauses waren, haben nun freilich für die spätere Zeit, wo sich das Recht des Gesamthauses wieder in einer Linie, der lüneburgischen, von Herzog Ernst dem Bekenner descendirenden, Branche, concentrirte, keine unmittelbar normgebende Kraft mehr; nur ein leichtsinniges und oberflächliches Absprechen über die Rechtsverhältnisse des Gesamthauses und deren historische Entwicklung könnte ihnen aber deswegen alle rechtliche Bedeutung entziehen wollen. Sie waren und sind noch die kräftigsten Documente über das, im gesammten welfischen Hause herrschende und in übereinstimmendem, sechshundertjährigem Herkommen sich bekundende, Rechtsbewusstseyn. Sie sind redende Zeugen für unsern, an der Spitze dieser historischen Erörterung aufgestellten und nun zur Genüge bewiesenen, Hauptsatz, dass durch die Theilungen im Gesamthause seit 1267 die Rechtsgemeinschaft der Glieder des Hauses und die rechtliche Einheit der Lande nach Aussen hin niemals gebrochen worden ist. Eine weitere Bestätigung erhält dieser Grundsatz auch dem Reiche gegenüber durch urkundliche Anerkennnisse von Kaiser und Reich und durch die Geschichte der, allmählig eingeführten und alle Glieder des Hauses umfassenden, Reichsgesammtbelehnung, zu deren Betrachtung wir uns demnächst wenden müssen: wobei denn auch die, in die Geschichte derselben eingreifenden, kaiserlichen Expectanzen gewürdigt werden sollen, bevor wir die, den Abschluss des historischen Entwicklungsprocesses bildenden, neuern Hausgesetze und landesgrundgesetzlichen Bestimmungen über die Erbfolge im Gesamthause und in den beiden noch vorhandenen Linien desselben ins Auge fassen werden.

Hier mag nur noch, unter Erinnerung an die allgemeinere Bemerkung über die rechtliche Natur der Hausverträge im braunschweig-lüneburgischen Hause ⁶⁵⁾, insbesondere die Bedeutung der, sich stets wiederholenden, auch in den weitem Verzweigungen der Speciallinien vorkommenden, Successionsvorbehalte ⁶⁶⁾ hervorgehoben

⁶⁵⁾ Vergl. oben S. 20.

⁶⁶⁾ Zu den schon angeführten Beispielen solcher Successionsvorbehalte gehört z. B. auch derjenige, welcher in dem Verträge v. 10. Septbr. 1569 (vom Kaiser Max II. confirmirt am 21. Febr. 1570) enthalten ist, welcher in der Lüneburgischen Linie zwischen den Söhnen Ernst des Bekenners, Heinrich (von Dannenberg), dem Vater des Stifters des neuen Hauses Braunschweig und seinem jüngern Bruder Wilhelm, dem Stifter des neuen Lüneburg-Hauses errichtet wurde. Durch diesen (nach mancherlei Streitigkeiten im Jahr 1592 erläuterten und in Betreff der Abfindung Heinrichs erweiterten) Vertrag (beide Verträge bei Spittler, Gesch. des Fürstenth. Hannover. Th. II, unter den Beilagen Nr. I. II.) cedirte damals Herzog Heinrich, der eine Zeit lang (nach dem Tode des ältesten Bruders Franz Otto † 1559) mit Wilhelm gemeinschaftlich regiert hatte, seinen Antheil, Recht und Gerechtigkeiten an und in dem Fürstenthume Lüneburg, mit Allem was dazu gehört, nichts im Geringsten davon ausgenommen, als was hernach beschriebener Massen ihm zur Abtheilung folgen solle (Ant Dannenberg und Kloster Scharnebeck) und ausgenommen den erblichen Anfall, wann Herzog Wilhelm und dessen Mannsstamm ausginge. Heinrich trat dadurch eigentlich in das Verhältniss eines apanagirten oder paragirten Prinzen, zugleich unter ausdrücklichem Vorbehalt einer Vergrößerung des Paragiums für den Fall näher bezeichneter Erwerbungen durch Herzog Wilhelm oder dessen Erben, und es liegt in diesem Vertrag der Hauptgrund für die mehr und mehr hervorragende Stellung der jüngern oder Wilhelm'schen Linie des Braunschweig-Lüneburgischen Hauses. Doch wurde in diesem Verträge (*l. os.* 13.) ausdrücklich bestimmt: „Wenn das Fürstenthum Braunschweig durch tödtlichen Abgang derer Vettern anfallen würde, dasselbe solle Herzog Heinrich und dessen männliche Erben gleich

werden. Diesen Vorbehalten ihre wirklich conservatorische Kraft abzusprechen, würde sich nur als eine völlige Verkennung der besondern rechtlichen Natur des, durch den Investitur-Vertrag von 1235 begründeten, Reichslehns Braunschweig-Lüneburg qualificiren lassen. Durch seine Constituirung als Erblehen, als *feudum in haeredes filios et filias haereditarie devolvendum*, war ja eben, wie wir gezeigt haben, der Anwendung der Prinzipien des deutschen Lehenrechts ein Riegel vorgeschoben und der Wirksamkeit aller Erbverträge zwischen den Nachkommen des ersten Lehensbesitzers der freieste Spielraum geöffnet, so lange nur keine, in der ersten Investitur nicht begriffene, Person in den Mitbesitz des Lehens aufgenommen oder ein eventuelles Successionsrecht für Dritte begründet werden sollte 67). Hier-

Herzog Wilhelm und seinen Erben geniessen.“ So waren Herzog Julius Ernst und August der Jüngere, die Söhne Heinrichs von Dannenberg vollständig berechtigt zur Mitsuccession in die Erbschaft Friedrich Ulrichs (1634), wobei aber wieder der Aeltere sein Recht dem jüngern Bruder überliess. — Wenn es nöthig wäre, sich jetzt noch auf diesen Vertrag von 1569 zu berufen, so würde er allein schon ein sprechendes Zeugniß für das vollständige Anerkenntniß des gegenseitigen und mit dem Erlöschen eines Zweiges von selbst wirksam werdenden Successionsrechts im braunschweig-lüneburgischen Hause gewähren, und zwar, was besonders zu bemerken ist, ein von Stiftern oder Ahnherrn der beiden neuern Linien ausgegangenes, auch ihre Erben, bindendes Anerkenntniß.

67) Daher hätte z. B. die Erbverbrüderung, welche im Jahre 1389 die Herzoge Friedrich, Bernhard und Heinrich von Braunschweig und Lüneburg mit dem Kurfürsten Rudolph II. und seinen Brüdern Albrecht und Wenzel, Herzögen von Sachsen und Lauenburg, nach abgeschlossenem Friedensvergleich, dahin eingingen, dass gegenseitig nach Erlöschung des Mannsstamms die Erbfolge begründet und für diesen Fall schon im Voraus von den

aus wird dann auch zur Genüge erklärt, weshalb für die im welfischen Hause beliebten Theilungen und für die renunciatorischen, conservatorischen oder in gewissem Sinne constitutiven Erbverträge die kaiserliche Confirmation in der Regel gar nicht nachgesucht worden ist und weshalb man einzelnen Versuchen der Kaiser, sich in die Ordnung der Verhältnisse des Hauses in hindernder oder zwingender Weise einzumischen, keine Bedeutung oder Rechtskraft beigelegt hat. Einen solchen Versuch machte z. B. der Luxemburger Sigismund, indem er im Jahre 1435, als Kaiser, den Herzögen Wilhelm und Heinrich von Braunschweig und Otto und Friedrich von Lüneburg gebot, „weil sie wider ihrer Väter Heinrich und Bernhard Gesammtbriefe (von 1403) die Länder getheilt (1428), woraus viel Unheil erwachsen sey und weil solche Theilung derer Lehne nicht geschehen könne; so sollten sie binnen vier Wochen die getheilten Lande wieder zusammen setzen, oder binnen zwei Monaten die Ursache, aus welcher solches nicht geschehen möge, anzeigen ⁶⁸⁾.“ Es blieb aber trotz dem bei der vorgenommenen Theilung ⁶⁹⁾; und was die Nachsuchung einer

beiderseitigen Landen und Leuten gehuldt werden sollte, wenn sie überhaupt noch in Frage kommen könnte, wegen Mangels der kaiserlichen Bestätigung angefochten werden können. Denn diese sächsischen Herzöge waren auch keine, in der ersten Investitur begriffene, Cognaten des braunschweig-lüneburgischen Hauses. S. übrigens das Document über diese Erbverbrüderung bei Rehtmeyer, br.-lüneb. Chronik p. 682 f.

⁶⁸⁾ Urk. des K. Archivs d. d. Brünn in Mähren *ao.* 1435.

⁶⁹⁾ *Ao.* 1435. Freitag vor Pfingsten, vereinigten sich wegen verschiedener Differenzen, vielleicht auch mit Rücksicht auf das kaiserliche Gebot, die Herzöge Otto, Wilhelm und Friedrich zu Lüneburg über ein Schiedsgericht, welches aus dem Erzbischof von Bremen, dem Bischof zu Verden und den Landständen, Prä-

kaiserlichen Bestätigung der Erbtheilungen und Hausverträge betrifft, so dürfte vor dem von Kaiser Karl V. (1535 und 1539) bestätigten *Pactum Henrico-Wilhelmianum* in der braunschweigischen Linie ⁷⁰⁾ und dem Erbvertrag zwischen Ernst dem Bekenner und seinem Bruder Otto von Harburg (dem Stifter der 1641 erloschenen Harburger Nebenlinie) vom Jahre 1527 resp. dem Note 66 erwähnten Falle im Lüneburgischen Hause ⁷¹⁾, kein Beispiel einer solchen *Confirmatio Caesarea* nachweisbar seyn ⁷²⁾. Dass sie seit dem 16. Jahrhundert

laten, Rittersn und Städten zusammengesetzt wurde, welches unter Anderem rechtlich aussprach: dass die Scheidung, wie solche Landgraf Ludwig zu Hessen (1428) unter den Herzögen zu Braunschweig gemacht habe, gehalten werden müsse.

⁷⁰⁾ S. die kaiserl. Confirmations-Urkunde von 1535 bei Rehtmeier, braunsch. lüneb. Chronik p. 889. Die *Confirm. Caesar.* von 1539 steht bei Lünig, Reichsarchiv *Pars spec.* unter Braunschweig p. 72. Eine neue besondere Bestätigung erfolgte 1582 von Rudolph II. (auch abgedr. bei Lünig l. c. p. 73), sowie auch von ihm das, die Primogenitur ausdrücklich sanctionirende, Testament des Herzogs Julius confirmirt worden ist. S. dass. bei Lünig, Reichsarchiv *Pars spec. Contin. II. (Tom. IX.) p. 286 f.*

⁷¹⁾ Der Vertrag, durch welchen Otto von Harburg in Folge seiner Vermählung mit Meta von Campe gegen die stipulirte Abfindung mit Harburg etc. für sich und seine Erben „nebst seiner Vertrauten“ auf das ganze Land und Herzogthum auf ewig Verzicht leistete (später durch den Sohn Otto II. mit Hülfe romantischer Theorieen mit Erfolg angefochten, s. Pfeffinger, br.-lüneb. Historie Th. II. S. 305; Havemann, Gesch. Th. II. S. 37 f.) — ist von Mittwoch nach *Judica* 1527 datirt; Kaiser Karls V. Confirmations-Urkunde im Königl. Archiv ist erst Brüssel am 7. Juni 1555 ausgefertigt.

⁷²⁾ Erath, histor. Nachricht. bemerkt S. 7.: „Wenn aber Paul Lange in seiner Zeitzischen Chronik vorgeben will, diese Theilung (von 1269) wäre mit Kayserlicher Bewilligung vor-

mehrfach vorkommt, wie z. B. auch bei dem wichtigen Hausvertrag v. 10. December 1636, welcher von Kaiser Ferdinand III. am 27. Aug. 1638 zu Prag confirmirt wurde, erklärt sich wohl zur Genüge aus der inzwischen geordneten und festgehaltenen Form der Gesamtbeilehnung; hat aber auch hier nur die Bedeutung einer nützlichen Clausel, nicht die einer nothwendigen Bedingung der Gültigkeit.

Auf die Hausgesetze und Verträge, durch welche die Untheilbarkeit der Fürstenthümer Braunschweig und Lüneburg und das Primogeniturrecht in den beiden Hauptzweigen begründet wurde, lassen wir uns, um diess ein für allemal zu bemerken, hier nicht näher ein, indem sie für das gegenseitige Successionsrecht zwischen Hannover und Braunschweig keine Bedeutung haben. Im mittlern lüneburgischen Hause bestand jedenfalls, trotz der mehrfach darauf gerichteten, durch spätere hausgesetzliche Normen aber immer wieder vereitelten Versuche, noch kein bindendes Primogenitur-Gesetz, als es zur

genommen, so ist solches wegen der damahligen Zeiten (sc. des grossen Interregnums) und vorhin angeführter Umstände, ganz unwahrscheinlich und hat man übrigens bei den nachherigen Theilungen die Kayserl. Confirmation unnöthig geachtet.“ Vergl. überh. über, *resp.* gegen, die Nothwendigkeit der kaiserlichen Bestätigung der auf fürstlicher Autonomie beruhenden Hausgesetze: J. J. Moser, teutsches Staatsrecht. Th. XIII. S. 469 f. Familien-Staatsrecht. Th. II. S. 1052 f. Pütter's Beiträge zum deutsch. Staats- u. Fürstenrecht. Th. II. S. 179. Häberlin, Hdb. des teutsch. Staatsr. Th. III. S. 521. Leist, Lehrb. des t. Staatsr. §. 37. Gönner, teutsches Staatsr. §. 281. *J. Fr. Runde, de confirmatione Caesarea juris primogeniturae etc.* Gott. 1770. *Chr. Wiederhold, de vi atque efficacia pactorum s. statutorum familiarum illustrium etc.* Marb. 1795. H. A. Zachariä, deutsch. Staats- u. Bundesr. Th. I. §. 72.

Succession in die Lande des, im Mannsstamm erloschenen, mittleren braunschweigischen Hauses (1634) berufen wurde und das *Pactum Henrico-Wilhelmianum* von 1535 konnte, abgesehen von der verfassungsmässig begründeten Untheilbarkeit des Fürstenthums Braunschweig-Wolfenbüttel, die Theilung der von Friedrich Ulrich besessenen Lande zwischen den zur Succession berufenen Lüneburgischen Agnaten, weil es kein sie mit bindender Hausvertrag war, nicht hindern und hat sie, wie der Theilungsvertrag von 1635 zeigt, wirklich nicht gehindert ⁷³⁾. Die Linie des neuern braunschweigischen, mit Herzog August d. J. beginnenden, Hauses hat aber das *Pactum Henrico-Wilhelmianum* adoptirt und als Haus- und Lan-

⁷³⁾ Vergl. die damals zwischen Dannenberg, Celle und Harburg verhandelten Gründe und Gegengründe (für und gegen Primogeniturrecht, *Successio in capita* oder *in stirpes*), zusammengestellt bei Moser, teutsches Staatsr. Th. XIII. p. 87. Cellischer Seits wurde mit vollem Recht geltend gemacht: „Dieses *pactum de ao. 1535* selbst aber gehe nicht auf die Agnaten, binde sie mithin auch nicht, wie dann die Paciscenten (Heinrich d. J. u. sein Bruder Wilhelm) ihre in diesem uralten Reichs- und Stammlen s^uccedirende Agnaten nicht hätten verbinden können, **zumal** sie die Sammt-Belehnung und *Eventual*-Huldigung für sich hätten.“ Man sieht, dass auch hier die Sammtbelehnung und Erbhuldigung nur als adminiculirende Bekräftigung des an sich begründeten Successionsrechts hingestellt wird. — Ganz richtig bemerkt auch Havemann, Gesch. der Lande Br. u. Lüneb. Th. II. p. 696: „So unbestritten die Nachfolge in die Erbschaft von Friedrich Ulrich dem lüneburgischen Fürstenhause zustand, so schwierig war es, das Maass der Berechtigung der verschiedenen Linien festzustellen. In dem Wolfenbüttelschen Fürstenthum war freilich das Recht der Erstgeburt und die Untheilbarkeit des Landes längst zur Geltung gelangt, im Lüneburgischen dagegen den hierauf bezüglichen Verträgen und Verfügungen so vielfach

des Grundgesetz wiederholt anerkannt ⁷⁴⁾, wie es auch ausdrücklich in der erneuerten Landschaftsordnung von 1820 §. 75 und, seinem Hauptinhalt nach, in dem Braunschweigischen Landesgrundgesetz von 1832 §. 114 Bestätigung gefunden hat. Im neuen lüneburgischen Hause wurde, erst nachdem der Anfall von Celle gesichert war, durch die testamentarische Verordnung Ernst Augusts (vom Kaiser Leopold I. 1. Juli 1683 bestätigt) die Untheilbarkeit der Lande und die Succession eines Einzigen nach dem Rechte der Erstgeburt „als ewiges Recht und *statutum familiae*“ fest und unabänderlich begründet ⁷⁵⁾ und, durch die neuern Landesgrundgesetze

zuwider gehandelt, dass sie schwerlich als Grundlage der Entscheidung betrachtet werden konnten.“ (Durch Weglassung des ersten Satzes und Verdrehung des Sinnes völlig in entstellender Weise benutzt in Bohlmann's Denkschrift S. 38.). — Vergl. auch *Rechenberg-Munchhausen, Success. in seren. guelf. dom. II. §. 35.* S. auch unten §. 19.

⁷⁴⁾ Gleich August d. J. stellte im Jahre 1636 (19. Jan.) den Ständen eine Assecurationsacte aus. Später wurde in die landschaftlichen Privilegien von 1710 §. 11 und 1770 §. 9, die Bestimmung aufgenommen, dass die Stände nicht eher zu huldigen schuldig seyen, bis sie über das *punctum primogeniturae*, also über das *pact. Henrico-Wilhelm.*, zur Genüge assecurirt worden. — Eine vorübergehende Ausnahme wurde in Betreff der 1651, nach dem Aussterben der harburger Linie erworbenen, Grafschaft Blankenburg gemacht, welche Anton Ulrich seinem zweiten Sohne Ludwig Rudolph, unter ihrer 1707 vom Kaiser erlangten Erhebung zum Fürstenthum (cf. Lünig, Reichsarchiv *Pars spec.* unter Braunschweig p. 175), mit den Hoheitsrechten überwiesen hatte. Blankenburg hatte aber seine besondere ständische Verfassung und ist erst 1820 incorporirt worden.

⁷⁵⁾ Eine ausführliche Rechtfertigung der testamentarischen Anordnung Ernst Augusts enthält die Schrift des Canzlers v. Hugo: „Von der Succession nach dem Primogenitur-Recht — — insbe-

(Staatsgrundgesetz von 1833 §. 11, und Landesverfassungsgesetz von 1840 §. 12) zugleich als staatsgrundgesetzliches Prinzip anerkannt und bestätigt ⁷⁶⁾).

sondere von solchem Successions-Recht im Hause Braunschweig-Lüneburg Zellischer Linie. Gedr. zu Hannover im Jahr 1691. fol.

⁷⁶⁾ Staatsgr. Ges. v. 26. Septbr. 1833. §. 11.: „Die Krone des Königreichs Hannover vererbt ohne Theilung der Lande. Sie gebührt zunächst dem Mannsstamme des Königlichen Hauses aus rechtmässiger, ebenbürtiger und hausgesetzlicher Ehe. Die Ordnung der Thronfolge wird durch die Lineal-Erbfolge nach dem Rechte der Erstgeburt bestimmt.“ — Landesverf.-Gesetz v. 6. Aug. 1840 §. 12.: „Das Recht der Thronfolge in dem untheilbaren Königreiche gebührt dem Mannsstamme aus rechtmässiger, ebenbürtiger und hausgesetzlicher Ehe. Die Ordnung der Thronfolge wird durch die reine Linealfolge nach dem Rechte der Erstgeburt bestimmt.“

IV.

Die Versuche, das Recht des
welfischen Gesammthauses zu brechen.

Einführung und Ordnung
der Reichs-Gesammtbelehnung.

Nichtigkeit und Unwirksamkeit der
auf die braunschweig-lüneburgischen
Lande ertheilten kaiserlichen
Expectanzen.

§. 12.

Es kann nicht in Zweifel gezogen werden, dass durch die Verwandlung des welfischen Allodialbesitzes in ein Reichslehen, wie sie durch das *pactum investiturae* von 1235 ins Leben trat, im Allgemeinen die lehenrechtlichen Befugnisse und Verpflichtungen auf beiden Seiten, der des Kaisers, als Lehensherrn, und der der Herzoge von Braunschweig-Lüneburg, als Vasallen von Kaiser und Reich, begründet worden sind. Dahin gehörte insbesondere auch die Verpflichtung der, im Besitz des Lehens oder eines Theiles desselben befindlichen, oder zum Mitbesitz gelangenden, Glieder des Hauses zur Lehenserneuerung in den im Lehenrecht bestimmten Fällen, nebst den Rechtswirkungen der Felonie, welcher sich der Einzelne gegen den Lehensherrn möglicher Weise schuldig machen konnte; und so konnte auch der Einzelne im braunschweig-lüneburgischen Hause sein Recht möglicher Weise nach Lehenrecht verwirken

Die, in sich genügende, historisch-rechtliche Basis des Successionsrechts im welfischen Hause, zu welcher

alle spätern Hausverträge, kaiserlichen Versicherungsacte und Gesamtbelehnungen nur im bestärkenden und bestätigenden Verhältnisse stehen, blieb unwandelbar das durch den Investitur-Vertrag von 1235 anerkannte Familienrecht des welfischen Stammes; und sowie einer Seits (cf. oben §. 4.) aus der besondern Natur des braunschweig-lüneburgischen Reichslehens, als eines *feudum in haeredes filios et filias haereditarie devolvendum*, gefolgert werden musste, dass keineswegs die deutschrechtliche gesammte Hand das Rechtsfundament des Successionsrechts der Seitenverwandten im welfischen Hause geworden sey, so konnte anderer Seits zugleich documentirt werden, dass dieselbe in der That zu keiner Zeit zwischen den verschiedenen Zweigen des Hauses gebrochen, durch keine wirkliche Real- oder Todtheilung aufgehoben worden ist (§. 8 f.). Hieraus erklärt sich zur Genüge, weshalb auch die Form einer kaiserlichen Gesamtbelehnung, durch welche ausserdem das Successionsrecht der Seitenverwandten hätte gesichert werden können, bis in das 15. Jahrhundert hinein, gar nicht für erforderlich erachtet und auch seitdem nur der Bequemlichkeit, der mindern Kosten und der Sicherheit halber in Uebung gekommen ist, nachdem man hatte erfahren müssen, dass man doch kaiserlicher Seits den Versuch mache, an die Thatsache der besondern Belehnung der einzelnen Zweige des Hauses die Behauptung des Heimfalls eines Theiles des Gesamtlehens zu knüpfen.

Den ersten Versuch dieser Art machte Kaiser Karl IV. bei dem bevorstehenden Erlöschen des Mannstammes des alten lüneburgischen Hauses. Er betrachtete das Fürstenthum — oder, wie es unrichtiger Weise von ihm bezeichnet wird, — das „Herzogthum“ Lüneburg, mit allen seinen Herrschaften und Zugehörungen, als ein, mit dem Tode Wilhelms dem Reiche anfallendes,

Lehen, ohne Rücksicht auf das Recht des Gesammthauses und das besondere Erbrecht der Braunschweigischen Linie, wie es durch die gegenseitige Erbeinigung und Gemeinschafts-Erklärung zwischen Otto dem Strengen und Albrecht dem Fetten durch Vertrag vom Jahre 1292 gesichert und bestätigt worden war (vergl. §. 9 Note 43); veranlasst vielleicht durch den Schritt, welchen Wilhelm von Lüneburg gethan hatte, um seinem Tochter-Enkel, Albert von Sachsen, die Nachfolge zuzuwenden; jedenfalls sehr geneigt zu einer Begünstigung des sächsischen Kurhauses, mit welchem er in dem freundlichsten Vernehmen stand 77). Zwar wird in der am 3. Octbr. 1355 vom Kaiser zu Prag den Herzögen von Sachsen über die ertheilte Eventual-Belehnung auf das Fürstenthum Lüneburg ausgestellten Urkunde 78) blos auf die *Plenitudo potestatis imperialis* Bezug genommen; in den andern auf diese, in ihren blutigen und verheerenden Folgen für das Land und das fürstliche Haus so traurige Geschichte bezüglichen, kaiserlichen Urkunden, insbesondere in dem Befehl an die Stadt Lüneburg, keinem Andern, als den sächsischen Herzögen nach dem Tode Wilhelms zu huldigen von 1369, und in dem, die eventuelle Belehnung purificirenden, Lehenbrief für die sächsischen Herzoge von 1370 wird der Grund des eingetretenen Heimfalls des Fürstenthums Lüneburg als eines Reichslehens ausdrücklich geltend gemacht 79). Dass auf ein,

77) Vergl. über die Beweggründe und den Zusammenhang der Sache Havemann, Gesch. Th. I. S. 464 f.

78) S. dies. in den *Orig. guelf. Tom. IV. Praef. p. 22. seq.*

79) S. diese beiden Urkunden in den *Orig. guelf. Tom. IV. Praef. p. 35. p. 38 seq.* In der erstern sagt der Kaiser: „Wann wir vormals — das Hertzogthum zu Lünenburg — als ein Anevall und in Anevals Weise verliehen — — — und wann

vor dem agnatischen Successionsrecht der Herzoge von Braunschweig eintretendes, cognatisches Erbrecht des Herzogs Albert, als Enkels Wilhelms von Lüneburg, von dessen ältester Tochter Elisabeth, vom Kaiser Gewicht gelegt worden sey, dafür findet sich keine Andeutung. Auch würde damit die gleiche Belehnung des Kurfürsten Rudolph und seiner Söhne, Rudolph II. und Wenzel, nicht vereinbar gewesen seyn. Hätte jetzt schon das cognatische Erbrecht eintreten können, so konnte nur Albert oder vielmehr dessen Mutter Elisabeth und resp. deren Schwester mit der Erbschaft Wilhelms belehnt werden. Möglich, dass die Meinung von dem jetzt bereits Platz greifenden cognatischen Erbrecht den Herzog Wilhelm selbst beherrschte, oder wenigstens zum Vorwand dienen sollte, als er den Versuch machte, seinem Tochter-Enkel die Nachfolge zuzuwenden ⁸⁰⁾; er kam aber bekanntlich bald von diesem Plan zurück, indem er vernünftigen Vorstellungen gegen den Uebergang eines Theiles des welfischen Erbes in eine andere Sippschaft und der Unvereinbarkeit einer solchen Entäusserung mit dem Familienrecht des welfischen Hauses zweifelsohne Gehör gab und erkannte am 23. Jun. 1355 (also noch vor der Belehnung der sächsischen Herzöge in Prag) zuerst den zum Gemahl der zweiten Tochter

nu von Todeswegen der genannten Otten und Wilhelmen Hertzogen zu Lünenburg, die an (ohne) Mannes Erben gestorben sein, dasselbe Hertzogthum von Lünenburg mit allen seinen Herrschaften und Zugehörung an uns und das Reich verfallen ist.“ — Vergl. übrigens die kritische Beleuchtung der Rechtswidrigkeit der Handlungsweise Karls IV. in den *Origg. guelf. l. c. p. 40 seq.*

⁸⁰⁾ Vergl. *Origg. guelf. l. c. p. 22.* S. auch P. G. Gerkens vermischte Abhandlungen. I. S. 208—216.

Mechtildis erkorenen „Junker Ludwig“, einen Sohn Magnus des Frommen von Braunschweig, welchem Letzterer auch seiner Seits die alleinige Succession in Braunschweig zusicherte, als seinen Erben und noch bei seinen Lebzeiten als seinen Mitregenten an ⁸¹⁾. Ein unglückliches Verhängniss wollte aber die, anscheinend dadurch für die Zukunft zugleich gesicherte, Vereinigung der beiden Lande jetzt noch nicht zulassen. Ludwig starb noch vor Wilhelm im Jahre 1367 und obwohl dieser nun, der frühern eventuellen Bestimmung gemäss, dessen Bruder Magnus Torquatus unter gleichen Bedingungen als seinen Erben und rechtmässigen Nachfolger anerkannte, so sollte doch auch dieser die Sicherung des Lüneburgischen Erbes nicht erleben. Er fiel in den bald entbrennenden blutigen Kämpfen ⁸²⁾ im Jahre 1373 und erst seinen Söhnen Bernhard und Heinrich gelang es, in den ruhigen Besitz der lüneburgischen

⁸¹⁾ S. die betreffenden Urkunden in den *Orig. guelf. l. c.* p. 24 seq. Die Acte des Herzogs Magnus d. d. Braunschweig v. heil. Abend *St. Johann. Bapt.* auch bei Erath, histor. Nachricht. S. 22 f. Auf die Bezeichnung der Herrschaft Lüneburg als Mitgift der Tochter Mechtildis in der einen Urkunde ist kein Gewicht zu legen; und das von Wilhelm anscheinend prätendirte Ernennungsrecht seines Erben in Ermangelung eines eigenen Sohnes, konnten sich Magnus und seine Söhne wohl gefallen lassen, wenn nur der Zweck, Lüneburg im Besitze des Hauses zu erhalten, erreicht wurde. — Dass aber auch Herzog Wilhelm in dem kaiserlichen Lehenbrief von 1235 das auch für die Zukunft massgebende Rechtsfundament erblickte, zeigt der von ihm veranstaltete Vorgang zu Braunschweig am Tage Mariä Lichtmessen 1366. Havemann, Geschichte. Th. I. S. 467.

⁸²⁾ Vergl. die lebendige Darstellung des lüneburg. Erbfolgekriegs bei Havemann, Geschichte. Th. I. Abschn. III. Kap. V. u. VI.

Landen durch den 1388 erfolgten Verzicht der sächsischen Herzöge zu gelangen. Jedenfalls beweist der Fort- und Ausgang des lüneburgischen Erbfolgekrieges, während dessen auch Land und Volk, mit zeitweiser Ausnahme der durch Magnus Torquatus schwer gekränkten grössern Städte ⁸³⁾, das Recht der angestammten Fürsten beharrlich vertrat, dass das alte und verbrieftete Recht des welfischen Hauses stärker war, als die von der andern Seite geltend gemachte, aber hier unanwendbare Theorie vom Heimfall des Lehens wegen mangelnder gesammter Hand.

§. 13.

Wir können es dahin gestellt seyn lassen, ob es wirklich die beim Erlöschen des alten lüneburgischen Hauses gemachten Erfahrungen waren, welche die Herzöge Bernhard und Heinrich bewogen, durch Nachsuchung einer Gesamtbelehnung auf das Herzogthum Braunschweig und Lüneburg, deren Gewährung sie nach der Ermordung ihres, zum römischen Könige designirten, ältern Bruders Friedrich bei Fritzlar (5. Jun. 1400) von dem Gegenkönig Ruprecht von der Pfalz auf dem Tage zu Nürnberg wohl erwarten konnten ⁸⁴⁾, einer zukünftigen ähnlichen Störung des im welfischen Hause bestehenden Successionsrechts zu begegnen. Jedenfalls ist

⁸³⁾ Auch die Stadt Lüneburg war bereit, für den ernannten Erben Wilhelms einzustehen und verlangte nur, dass ihr, den kaiserlichen Strafbefehlen gegenüber, Schutz und Vertretung zu Theil werden. Erst durch das eben so widerrechtliche als unkluge Benehmen von Magnus Torquatus wurde Lüneburg, ebenso wie Hannover, zum Aufstand gegen den Herzog und zur Uebergabe an die sächsischen Herzöge bestimmt. Vergl. das Nähere bei Havemann, Gesch. Th. I. S. 481 f.

⁸⁴⁾ Vergl. Havemann, Gesch. Th. I. S. 554 f.

die vom König Ruprecht am Sonntag nach *Purificatio Mariae* 1403 beurkundete Gesamtbelehnung für die „hoch- Beil. II.
geborenen Bernhardt und Heinrichen, auch Otten und
Wilhelmen ihren Söhnen“ die erste nachweisbare Belehnung dieser Art, und da diese Belehnung gar nicht auf die von ihnen besessenen Theile beschränkt ist, — Göttingen, damals unter Otto Cocles, und Grubenhagen, damals unter Friedrich von Osterode und Erich von Salzderhelden, waren in der Regierung von den Landen Bernhards und Heinrichs getrennt, — sondern das ganze Herzogthum und Fürstenthümer Braunschweig und Lüneburg, mit allen ihren Herrschaften u. s. w. und Zugehörungen „die“, sagte der Kaiser, „von Uns und dem heiligen Reich zu Lehen rühren“ umfasste, so war damit von Reichswegen die gesammte Hand für Bernhard und Heinrich und ihre beiderseitige Descendenz, vorausgesetzt, dass sie nur ferner in allen Lehensfällen dem Kaiser die schuldige eidliche „Huldunge“ thun würden, ausdrücklich anerkannt, und ist auch von Nachfolgern im Reiche nebst allem sonstigen rechtmässigen Herkommen des Hauses ausdrücklich bestätigt worden ⁸⁵⁾.

Dieser Punkt ist, unseres Erachtens, von der gröss-

⁸⁵⁾ Eine solche Bestätigung ist namentlich in der bei Lünig, Reichsarchiv *Pars spec. Contin. II.*, unter Braunschweig (*Tom. IX.*) p. 258. abgedruckten „Kaisers *Friderici III.* Confirmation aller Privilegien derer Herzoge von Braunschweig und Lüneburg d. d. Frankfurt 1442, am Samstage vor S. Marien Magdalenen“ enthalten. Sie gedenkt ausdrücklich der von König Ruprecht und Kaiser Sigismund den Herzögen ertheilten *Privilegia* und Handfesten und confirmirt „mit und auch dazu alle und jegliche ihr alt Herkommen und gute Gewohnheit“; wohin dann zweifelsohne auch die im fürstlichen Hause begründeten Successions-Rechte und Ordnungen gehören.

ten Wichtigkeit und muss bei der Erklärung der das Reichslehensverhältniss betreffenden Urkunden der folgenden Zeit immer im Auge behalten werden. Er wirft insbesondere Licht auf die Vorgänge in Betreff der Gesamtbelehnung in der Mitte und zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts und giebt Aufschluss darüber, warum es sich hier in der Hauptsache nur um eine Aufnahme der Grubenhagenschen Herzoge in die Gesamtbelehnung der übrigen Zweige des Hauses, nicht aber um eine die Succession der letzteren oder der damaligen Herzoge von Braunschweig, Calenberg und Lüneburg in das Fürstenthum Grubenhagen sichernde Gesamtbelehnung handelte. (S. unten §. 15.) Auch kann daraus zur Genüge erklärt werden, weshalb beim Aussterben der Göttinger Linie mit Otto Cocles im Jahre 1463, ungeachtet hinsichtlich dieser selbst die besondere Belehnung vom Reiche fortgedauert hatte ⁸⁶⁾, ohne irgend einen Einspruch des Kaisers der Anfall des Landes an die Vettern von Braunschweig und Lüneburg als eine ganz selbstverständliche Sache, deren Regelung lediglich eine innere Angelegenheit des Hauses sey, betrachtet worden ist.

In Folge der, 1403 erlangten, Gesamtbelehnung auf das ganze Herzogthum Braunschweig und Lüneburg setzten die Herzoge Bernhard und Heinrich in dem schon

⁸⁶⁾ Ein im Namen des Kaisers Sigismund vom Landgraf Ludwig zu Hessen für Herzog Otto Cocles ausgestellter Lehenbrief d. d. Sondershausen, *Feria sexta post d. S. Dionysii Martyr.* 1420, ist abgedr. bei Lünig im Reichsarchiv *Pars spec.* unter Braunschweig p. 10. u. Rehtmeyer, Chronik p. 621. — Frühere, nachweisbare Fälle stattgefundenen, zum Theil *per procuratorem Caesaris* vollzogener, Belehnungen sind angeführt bei Manecke, braunschw.-lün. Staatsrecht §. 21. Note 8.

erwähnten Hausvertrag von 1414 (vergl. oben S. 57 f.) fest, dass der Aelteste von ihnen und ihren Erben für ewige Zeiten, so oft es erforderlich sey, das Fahnlehn und die Herrschaft vom Reiche empfangen solle zu ihrer Beider Händen und Behuf, auch den Lehnbrief auf beider Theile Kosten extrahiren solle. In dem, das folgende Jahr 1415 am Jacobitag zwischen denselben Fürsten errichteten, Erbvergleich (oben S. 58) wird die Bestimmung wegen der Gesamtbelehnung vom Reiche wiederholt, nur mit der Aenderung, dass nicht gerade der Aelteste, sondern „welcher am besten dazu geschikt sey“ das Fahnlehn für sich und die Uebrigen vom Reiche zu empfangen habe. Man wollte sich also an eine strenge Beobachtung des Seniorats in dieser Beziehung noch nicht binden. In Folge hiervon wurden z. B. im Jahre 1420 die Herzoge Otto (Sohn Bernhard's) und Wilhelm (Sohn Heinrichs) in Person vom Kaiser Sigismund, dem sie zu Hülfe gezogen waren, zu Breslau belehnt ⁸⁷⁾; auch kommen später Fälle vor, dass die Reichslehen nicht gerade durch den Aeltesten, sondern von Mehrern zugleich, oder von dem Einen mit für die Andern, empfangen worden sind ⁸⁸⁾. Nachdem dann Maximilian I. römischer Kaiser

87) *Chronicon Luneburg.* bei *Leibnitz Scriptor. rer. brunsvic. Tom. III. p. 198.*

88) Ueber die Belehnung sämmtlicher Herzoge von 1442, wobei der Lehenseid vor dem Kurfürsten von Brandenburg als kaiserlichem Bevollmächtigten abgelegt wurde, s. die Urk. in *Schilter, Script. rer. germ. p. 251. Jung, de jure Salinar. nr. 4. u. 5.* der Beilagen. Koch, pragmat. Gesch. S. 303. — Wahrscheinlich in das Jahr 1483, wo zwischen den Herzogen Wilhelm d. J. und Friedrich dem Unruhigen von Braunschweig und dem Herzog Heinrich d. Mittl. von Lüneburg, unter Vormundschaft der Stände und seiner Mutter Anna v. Nassau, durch beiderseitige Rätthe zu Braunschweig eine Vereinbarung über die vom Kaiser

geworden war, finden wir wieder eine Gesamtbelehnung der damaligen Herzöge von Braunschweig und Lüneburg Heinrich des Aelteren von Br. Wolfenbüttel, Erichs des Aelteren von Calenberg und Heinrich des Jüngern oder des Mittleren von Lüneburg, welche von dem erstgenannten als *Senior* des Hauses empfangen wurde ⁸⁹⁾. Es sind aber dann doch wieder Sonderbelehnungen vorgekommen. Dies ergibt sich aus einem Vergleich zwischen Herzog

zu empfangende Belehnung gemacht worden ist, gehört folgende Urk. ohne Datum: „Von Godes Gnaden wy Wilhelm u. Frederik gebrüder, to Brunswic u. Luneborg hertogen, bekennen openbar in u. mit dessem unsem breve vor uns, unse erwen u. nakomelinge, so also des hochgebornen fursten hern Hinrikes des iungerem (später hiess er der Mittlere) to Brunswig u. Luneborg hertogen, unses leven vettern vormundere u. rede de *reyse to unsem allergnedigsten Heren dem romischen keyser*, unse u. siner herschop Regalia von demsulven *to unser u. siner sanden hand* in entphanginge to irwerwende“ etc.

⁸⁹⁾ Der darauf bezügliche Lehenbrief, d. d. Worms am 28. Juli 1495, findet sich abgedr. bei Lünig, Reichsarchiv *Pars spec. Contin. II.* unter Braunschweig (*Tom. IX.*) p. 402. „— Und haben darum mit wohlbedachtem Muth, gutem Rathe und rechten Wissen Herzog Heinrich dem Aeltern, als dem Aeltesten, anstatt sein selbst und der vorgemelten Erichen seines Bruders und Heinrich des jüngern seines Vetters wegen, die vorgenannten Fürstenthum zu Braunschweig und Lüneburg und Grafschaften und Herrschaften, Eberstein, Wunstorf, Hallermund, Wölpe und Homburg — — — so von uns und dem h. Reich zu Lehen rühren — — in Gemeinschaft und versammelt, zu Lehen gnädiglich verliehen. Leihen ihnen die auch also von Römischer Königlichlicher Macht wissentlich in Kraft dieses Briefes, was wir ihnen von Billigkeit und Rechtswegen daran verleihen sollen und mögen, die nun hinführo in Gemeinschaft und versament, von uns und dem h. Reiche zu rechtem fürstlichen Lehen zu haben, zu halten und zu besitzen“ u. s. w.

Heinrich dem Jüngern von Braunschweig-Wolfenbüttel und Herzog Franz Otto von Lüneburg, dem ältesten Sohn Ernst des Bekenners, welcher dabei auch seine Brüder Heinrich von Dannenberg und Wilhelm den Jüngern (die Stifter des neuen braunschweigischen und neuen lüneburgischen Hauses) vertrat, v. 8. Febr. 1555, des Inhalts: „Weil sich Herzog Heinrich mit seiner Annahme, dass die Gesamt-Reichslehne schon empfangen seyen, geirrt, indem der Rath zu Braunschweig ihm die Briefe vorenthalten habe, so sollten solche annoch von Herzog Heinrich empfangen und die Gesamtbelehrung wieder in Gang gebracht werden.“ In Folge dieser Verabredung wurden bei Karl dem fünften die erforderlichen Schritte gethan; worauf Letzterer die, später von Nachfolgern im Reiche wiederholt bestätigte, besonders wichtige, Declaration über die Gesamtbelehrung im Braunschweig - Lüneburgischen Hause aus- Beil. V. stellte, deren wesentlichen Inhalt wir hier einschalten müssen.

„Die Herzöge Heinrich d. J. und Franz Otto, heisst es darin, hätten vorgestellt, wie es im braunschweig-lüneburgischen Hause ein alter löblicher Gebrauch sey, dass der Aelteste des fürstlichen Stammes für sich und anstatt seiner Brüder und Vettern das Sammtlehen vom Reiche empfangen, in welchem Gebrauch aber durch Missverständniss eine störende Aenderung eingetreten sey, indem in einigen Fällen, namentlich von Herzog Erich dem Aeltern für sich und seinen Bruder Heinrich, auch von Herzog Franz von Lüneburg nur für sich und seinen Bruder, auch beiderseitige Erben, „doch unabbrüchig der Samtlehns-Gerechtigkeit“ die Belehnung empfangen worden sey. Sie müssten aber wünschen, dass der alte Gebrauch des Hauses bei Empfang der Gesamtbelehrung beibehalten und bestätigt werde. Deshalb werde von

Kaiserl. Majestät hiermit declarirt, dass an dem alten Herkommen festgehalten werden, also „dass durch die sonderliche Empfahung der Lehen, davon obgemeldet, keinem Theil an seiner Gerechtigkeit der Sammtlehen präjudicirt“ werden solle. Es solle demnach in zukünftigen Fällen immer der Aelteste der sammtbelehnten Fürsten der Häuser Braunschweig und Lüneburg die Gesamtbelehnung empfangen und für die übrigen den Lehenseid leisten. Wenn sich aber der Fall zutrüge, dass einer oder der andere zur Regierung komme, welcher in die Lehenspflicht weder durch sich selbst noch durch den Aeltesten aufgenommen worden sey, so solle er schuldig seyn, binnen Jahresfrist die Belehnung für sich nachzuholen und diess so gut seyn, als wäre er in der vom Aeltesten erwirkten Lehensempfängniss bereits mitbegriffen gewesen ⁹⁰⁾“.

Durch diese kaiserliche Declaration wird auf das unzweideutigste anerkannt, was wir als Recht des Hauses schon in der ursprünglichen Lehensconstituierung von 1235 enthalten und durch die Theilungen seit 1267 und alle darauf bezügliche Erbvergleiche und Hausverträge bestätigt gefunden haben. Die Eigenschaft der gesammten braunschweig-lüneburgischen Lande als eines Gesamtlehens, in welchem lediglich das durch das *pactum investiturae* bestätigte Familienrecht die Zuständigkeit des Besitzes der zeitigen Familienglieder bestimmt,

⁹⁰⁾ Die Declaration Karls V. ist wörtlich wiederholt in der später zu erwähnenden Urkunde Max II. von 1570 (unten Anl. V.); dann von Rudolf II. in gleicher Weise (*d. d.* Lyntz den 11. Juli 1578) confirmirt, auch bei spätern Belehnungen, z. B. 1667 (Urk. bei Lünig, Reichsarchiv, *Pars spec.* in den *Supplem. ult.* zu Braunschweig (*Tom. V.*) p. 143 f.) wörtlich wiederholt worden.

ohne dass es zur Conservation des Successionsrechtes dem Reiche gegenüber der Form der Gesamtbelehnung bedurfte, hat in dieser Erklärung Karls V. einen, das Recht des Hauses auch dem Lehensherrn gegenüber vollständig sichernden, Ausdruck gefunden und die *unio perpetua* der Bestandtheile des Gesamtlehens konnte und durfte nunmehr durch lehensherrliche Eingriffe um so weniger beeinträchtigt werden, als, wie wir gesehen haben, bereits die Vorfahren im Reich Herkommen und gute Gewohnheit des welfischen Hauses feierlich bestätigt und wenigstens seit 1403 die Glieder des mittlern braunschweigischen und lüneburgischen Hauses, Bernhard und Heinrich und ihre Descendenz mit dem sich über alle braunschweig-lüneburgischen Lande erstreckenden Fahnlehen beliehen worden waren. Hiernach musste es geradezu als eine rechtliche Unmöglichkeit angesehen werden, einen Bestandtheil des einen und in Wahrheit ungetheilten Herzogthums Braunschweig-Lüneburg, unter dem Vorwand einer von Besitzern eines einzelnen Landestheils empfangenen Sonderbelehnung, beim Erlöschen desjenigen Zweiges des fürstlichen Hauses, welchem dieser Theil durch Hausverträge zur besondern Regierung und Nutzung zugefallen war, als ein dem Reiche heimfallendes Lehnstück zu betrachten, oder für den Eintritt eines solchen Falles Expectanzbriefe an dritte, nach dem Successionsrechte des Hauses völlig unberechtigte, Personen zu ertheilen.

§. 14.

So wie wir aber erfahren mussten, dass im 14. Jahrhundert, beim präsumtiven Erlöschen des Mannsstamms des alten lüneburgischen Hauses, Kaiser Karl IV. den Versuch machte, durch eine Eventualbelehnung an die

sächsischen Herzoge dem welfischen Hause einen Theil seines Erbes zu entfremden, so begegnen wir auch zweihundert Jahre später, während welcher doch das Recht des Hauses durch eine Reihe von Fällen sich zum festen Herkommen gestaltet und durch Hausverträge mehr und mehr gesichert worden war, einem zweiten ähnlichen Versuche, der sich nur dadurch von jenem unterscheidet, dass er ganz in der Stille verlaufen und bis auf die neueste Zeit ohne irgend sichtbare Folgen geblieben ist, und dass es sich hier auch nicht um eine Eventualbelehrung, sondern um eine davon wohl zu unterscheidende Anwartschaft handelt. Wir haben hier die Anwartschaft im Auge, welche Kaiser Maximilian II. dem Kurfürsten Joachim II. von Brandenburg auf dessen Ansuchen auf das Fürstenthum Grubenhagen ertheilt und in einer Beil. III. Urkunde *d.d.* Wien den 31. August 1564 verbrieft hat; also die Expectanz, auf welche in jüngster Zeit prioritätische Ansprüche Preussens auf das Herzogthum Braunschweig-Wolfenbüttel zu gründen, ein eben so abentheuerlicher als in sich nichtiger Versuch gemacht worden ist ⁹¹⁾. Die Ertheilung dieser Expectanz erfolgte, wie

⁹¹⁾ cf. Bohlmann's Denkschrift über die priorität. Ansprüche Preussens S. 14 f. Nur eine Hindeutung auf einen, möglicher Weise in Aussicht stehenden, Erwerb von „Braunschweig-Grubenhagen“ für das preussische Königshaus enthält, ohne Erwähnung des Rechtstitels (dem Zusammenhang nach müsste man einen Erbvertrag vermuthen), von Rönne, das Staatsr. der Preuss. Monarchie. Bd. I. §. 36. Note 7. Etwas bestimmter schon früher v. Rohrscheidt, Preussens Staatsverträge. Berlin 1852. S. 31 f., woselbst sich auf S. 258 f. der erste Abdruck der Urkunden von 1564 u. 1574 findet. — Rohrscheidt nimmt auf C. Fr. Pauli's Allgem. preuss. Staatsgeschichte. Bd. III. (Halle 1762) S. 233 Bezug. Auch Pauli's Darstellung lässt aber offenbar die Expectanz von 1564 in der von 1574 aufgehen.

sich von selbst erlassen lässt und auch durch den später zu erwähnenden erweiterten Expectanzbrief von 1574 bekundet wird, nicht *proprio motu* Kaiserlicher Majestät, sondern „auf unterthänig Ansuchen“ des Kurfürsten Joachim, wobei von diesem wahrscheinlich politische Conjunctionen der damaligen Zeit benutzt und durch eine geheime, auf Unterstützung des Hauses Oesterreich bei andern Bestrebungen — namentlich zur Erlangung der polnischen Königskrone — gerichtete, Zusage der Kaiser zur Gewährung des unterthänigen Ansuchens vermocht worden ist. In der Urkunde selbst wird auf die „sondere stäte Affection, Lieb und Zuneigung“ auch die nützlichen und erspriesslichen Dienste des Kurfürsten und seiner Vorfahren für das Reich und das löbliche Haus Oesterreich Bezug genommen, die theils bisher geleistet worden, theils in Zukunft noch zu leisten seyn, wofür dem Kurfürsten denn auch wieder eine „Ergötzlichkeit“ zu Theil werden solle. Diess ist aber jedenfalls nichts Besonderes, sondern ein in allen solchen kaiserlichen *Rescriptis gratiae*, in allen Lehenbriefen u. s. w. sich wiederholender *Stylus curiae*, und höchstens die Betonung der dem Hause Oesterreich zu leistenden Dienste etwas einiger Massen Besonderes. Jedenfalls muss aber dem Kaiser eingeredet worden seyn, dass er als Reichslehnherr befugt sey, über das Fürstenthum Grubenhagen in der verwilligten Weise, für den Fall, dass die dasige Linie des Braunschweig - Lüneburgischen Hauses im Mannsstamm erlöschen sollte, zu verfügen und es ist wohl zweifellos, oder lässt sich wenigstens vermuthen, dass dazu die bisherige besondere Belehnung der Fürsten zum Grubenhagen in geschickter Weise benutzt worden ist. Dass auch dann, wenn diese besondere Belehnung die rechtliche Bedeutung gehabt hätte, welche ihr dabei fälschlich beigelegt worden ist, der Act der

Expectanzverleihung an das brandenburgische Haus gegen die Forderungen der materiellen Gerechtigkeit verstieß, indem dadurch dem, in mehrern andern Linien fortblühenden, welfischen Hause ein Theil des ursprünglich allodialen Besitzthums ihres mit Grubenhagen gemeinsamen Ahnherrn entzogen und einer fremden Sippschaft, die nach allgemeinem deutschen Fürstenrecht durchaus keine Ansprüche darauf hatte, zugewendet werden sollte, — bleibt natürlich, auch abgesehen vom formellen Rechte, ganz unleugbar. Nähere cognatische Beziehungen existirten zwischen dem brandenburgischen und grubenhagenschen Fürstenhause gar nicht. Hätte auf Cognation Rücksicht genommen werden sollen, so wäre die Tochter des Herzogs Ernst von Grubenhagen, Elisabeth, 1567 mit dem Herzog Johann d. J. von Holstein vermählt, welche nicht weniger als 13 Kinder, 7 Söhne und 6 Töchter, gehabt hat ⁹²⁾, vor Allen zur Nachfolge berufen gewesen. Ja selbst in schwägerschaftlicher Beziehung standen die drei Brüder Ernst, Wolfgang und Philipp zum Kurfürsten von Brandenburg nicht. Ihre Gemahlinnen waren aus dem pommerschen, sächsischen und braunschweig-wolfenbüttelschen Fürstenhause. Die einzige Beziehung zu Brandenburg war eine „Fahnenngemeinschaft“, indem Herzog Philipp von Grubenhagen, der letzte seines Stammes, im Besitz einer brandenburgischen Kriegsbestallung war und „Zeit seines Lebens ein ansehnliches Jahrgeld“ von da bezog ⁹³⁾. Sollte vielleicht Joachim II. und sein Nachfolger Johann Georg

⁹²⁾ Rehtmeier's Chronik. Th. I. p. 574. Diese Herzoge von Holstein waren deshalb auch die, von Philipp II. in seinem Testament eingesetzt, Allodialerben desselben. (Koch) pragmat. Gesch. S. 171.

⁹³⁾ Rehtmeier, Chronik. Th. I. p. 579.

geglaubt haben dafür die Expectanz auf das Fürstenthum Grubenhagen als „Aequivalent“ in Anspruch nehmen zu können?! — Von einer alten „Erbverbrüderung“ zwischen Brandenburg und Grubenhagen, von welcher in jüngster Zeit gefabelt worden ist ⁹⁴⁾, findet sich durchaus keine Spur. Wäre sie aber auch nachweisbar, so konnten doch natürlich die einmal begründeten Rechte der braunschweig-lüneburgischen Agnaten dadurch nicht alterirt werden.

Sehr erklärlich ist gewiss, wenn diese Agnaten, falls sie überhaupt von der hinter ihrem Rücken erschlichenen brandenburgischen Expectanz, Kunde erhalten hatten, das Ihrige dazu thaten, um die damit beabsichtigte Verletzung ihres unbestreitbaren Successionsrechts abzuwenden. Lag doch in Wahrheit durchaus nichts vor, was eine solche Verletzung irgend wie hätte rechtfertigen können. Die Fürsten von Grubenhagen waren so wenig wie irgend ein anderer Zweig des welfischen Fürstenhauses aus der Rechtsgemeinschaft desselben herausgetreten. Ueber die Theilung zwischen den Söhnen Albrechts des Grossen haben wir keine Urkunde; der Vater hatte wahrscheinlich noch bei seinem Leben den Söhnen ihre Theile oder Nutzungs- und Regierungsbezirke angewiesen ⁹⁵⁾. Für die Annahme einer Todtheilung zwischen Heinrich dem Wunderlichen, Albrecht und Wilhelm fehlt nicht blos jeder Beweis, sondern es spricht entschieden dagegen: 1) das bei allen sonstigen Theilungen im braunschweig-lüneburgischen Hause festgehaltene Prinzip; 2) der Vertrag zwischen Heinrich dem Wunderlichen und

⁹⁴⁾ Bohlmann, Denkschrift. S. 14. unter Berufung auf ein Mscrpt. des brandenburg. Archivars Zacharias Zwanzig, aber ohne Mittheilung der betreffenden Stelle.

⁹⁵⁾ Erath, histor. Nachricht. S. 8.

Albrecht dem Feisten von 1286, der einen positiven Beleg dafür giebt, dass die schon stattgefundene Theilung keine Todtheilung gewesen seyn konnte (vergl. oben §. 9.); 3) der Umstand, dass auch die Fürsten von Grubenhagen sich fortwährend Herzoge von „Braunschweig“, wie alle übrigen Fürsten des alten braunschweigischen und lüneburgischen Hauses nannten und fortwährend Theil an den ungetheilt bleibenden Stücken des Gesamthauses gehabt haben. Innerhalb dieses Nebenzweiges des alten braunschweigischen Hauses waren auch wiederholt Theilungen vorgekommen; so z. B. gleich zwischen den Söhnen Heinrichs des Wunderlichen, Heinrich, Ernst und Wilhelm (der vierte Sohn Johann war Geistlicher (*paphe*) geworden und hatte nach einer Urkunde von 1325 verzichtet); sie waren aber ganz derselben Natur wie die übrigen Theilungen und lassen sich in keiner Weise in Gegensatz zu den letztern stellen. Auch hier wurde, wenn die Regierung keine gemeinschaftliche blieb, die Fortdauer der Rechtsgemeinschaft der abgetheilten Linien durch Erklärungen und Vorbehalte resp. durch gemeinsamen Besitz (hier des Grubenhagen) gesichert. Abwechselnd kommen gemeinschaftliche und Separatregierungen mehrerer Söhne desselben Vaters vor. Niemals ist aber, wenn ein Zweig, was mehrfach der Fall war, erlosch, bezweifelt worden, dass trotz der stattgefundenen Theilung der Bruder des Bruders oder auch der Vetter des verstorbenen Vettters rechtmässiger Erbe sey⁹⁶).

Fortwährend hatten ferner auch die grubenhagenschen Fürsten, trotz ihrer zeitweise feindseligen oder isolirten Stellung zu andern Gliedern des Hauses und des

⁹⁶) Ueber die Theilung zwischen den Söhnen Heinrichs des Wunderlichen s. Näheres bei Sudendorf, Urkundenbuch. Th. I. Einleitung. p. XXVI seq.

abentheuerlichen Lebens Einzelner, sich als Glieder des welfischen Gesamthauses gefühlt und waren theils mit den Vettern in Braunschweig und Lüneburg wieder in nähere Verbindung getreten, theils hatten sie gelegentlich ihre agnatischen Rechte gegen die andern Linien geltend gemacht ⁹⁷⁾. Kam nun noch dazu, dass seit 1403 auch die Gesamtbelehnungen der Kaiser, wie wir gesehen haben, das ganze Herzogthum Braunschweig und Lüneburg zum Gegenstand hatten und die Declaration Karls V. von 1555 zweifellos auch auf den grubenhagenschen Theil desselben mitbezogen werden musste, so ist wohl zur Genüge erklärt, wie sich durch die Expectanzertheilung an Brandenburg von 1564 die braunschweigischen und lüneburgischen Vettern der damals noch lebenden drei Brüder Ernst, Wolfgang und Philipp II. von Grubenhagen, im lebendigen Bewusstseyn der gemeinsamen Abstammung und des gemeinsamen Erbes verletzt fühlen mussten.

⁹⁷⁾ Urk. *d. d. Petri u. Pauli* Tag 1404. Herzog Erich I., Sohn Albrechts zum Salze († 1384), vergleicht sich mit Bernhard und Heinrich von Braunschweig und Lüneburg über alle zwischen ihnen bis dahin bestandenen Streitigkeiten und verspricht ihnen Beistand zu leisten. — Urk. v. Montag nach Lätare 1421. Neues *pactum unionis* Erichs I. mit den Vettern von Braunschweig und Lüneburg. Einsetzung eines Schiedsgerichts. Auch sollen beiden Theilen alle Schlösser offen stehen. — Eine Urk. vom Dienstag nach Jubilate 1423 beweist, dass Erich von Grubenhagen als Agnat ein Mitsuccessionsrecht für den Fall des Aussterbens der Göttinger Linie mit Otto Cocles in Anspruch nahm, aber bedingter Weise, zu Gunsten der Vettern, der Herzoge Bernhard und Otto von Braunschweig-Lüneburg, darauf verzichtete. — Auch regierte z. B. noch der Letzte des Grubenhagenschen Stammes, Philipp II., als Mitcurator Wilhelms des Jüngern v. 1582—1590 das Lüneburgische.

§. 15.

Nach dem, durch Karl V. anerkannten und bestätigten, Herkommen des Hauses hatten offenbar auch die Fürsten von Grubenhagen ein Recht darauf, in die Gesamtbelehnung beim Reiche mit aufgenommen zu werden. Diess beim Kaiser auf dem eben ausgeschriebenen Reichstag zu impetriren und ins Werk zu setzen, wurde auf einer, zu Braunschweig Anfang März 1566 abgehaltenen, gemeinschaftlichen Conferenz beschlossen. Nur Herzog Erich (geb. 1528) hatte einige Bedenken wegen der Präcedenz im Gesammthause, indem er fürchtete, dass Herzog Ernst von Grubenhagen (geb. 1518), als der Aeltere von Geburt, den Vorrang vor ihm in Anspruch nehmen werde; worüber er jedoch beruhigt wurde. Ueber die getroffene Vereinbarung stellten die Herzoge von Grubenhagen, Ernst, Wolfgang und Philipp, Beil. IV. am 13. März 1566 eine Urkunde aus, welche über die Verhältnisse das vollständigste Licht verbreitet und insbesondere bekundet, dass es sich wesentlich nur um ihre Aufnahme in die Gesamtbelehnung handelte und nicht um die Erstreckung der Belehnung der Vettern von Braunschweig und Lüneburg auf das Fürstenthum Grubenhagen, welches vielmehr in der bisherigen Gesamtbelehnung als Bestandtheil des Herzogthums Braunschweig-Lüneburg schon mitenthaltten war, obgleich man, wie ein von Augsburg aus erstatteter Bericht des Reichstagsgesandten Herzogs Erichs, Andreas Krause, Hofrichters zu Pattensen, vom 23. März 1566 über eine Verhandlung mit dem Canzler Dr. Joachim Mynsinger und dem andern braunschweig-lüneburgschen Bevollmächtigten Dr. Joachim Möller oder Muller bekundet, natürlich auch die Absicht hatte, zugleich die Successionsrechte der braunschweigischen und der

lüneburgischen Linie in Betreff Grubenhagens gegen die mögliche Behauptung eines Heimfalls an das Reich bei Erlöschung des Mannsstamms sicher zu stellen, und zu- Beil. V. gleich die in Aussicht gestellte Verwandelung der Grubenhagenschen, von Quedlinburg abhängigen, Sonderlehen der grubenhagenschen Fürsten in braunschweig-lüneburgische Gesamtlehen gern acceptirte. Besonders bemerkenswerth ist aber dabei, dass die von Braunschweig und Lüneburg zum Reichstag bevollmächtigten Rätthe in übereinstimmender Weise ihre rechtliche Ueberzeugung dahin aussprechen, dass Grubenhagen Theil des Gesamtlehens sey, wenn auch ein auf die Fürsten von Grubenhagen mit ausgestellter kaiserlicher Lehenbrief noch nicht ausgefertigt sey (vergl. oben S. 45 f.). Doch um möglichen Schaden und Nachtheil abzuwenden, sey die Erweiterung der Reichsgesamtlehnung rathsam und wünschenswerth. „Da es nun „noch länger versäumt werden sollte, möchte „es Ew. Fürstl. Gnaden und den andern braunschweigischen und lüneburgischen Herrn, so „sich der Fälle auf dem einen oder andern „Wege zutragen, hochnachtheilig seyn.“

Auf dem damaligen Reichstag zu Augsburg (1566) gelang es zwar noch nicht, die impetrirte Gesamtlehnung, einschliesslich der Fürsten von Grubenhagen, vom Kaiser Maximilian II. zu erlangen. Der Gesamtlehenbrief dieses Kaisers d. d. Augsburg d. 1. Juni 1566 Beil. VI. A. gedenkt nur des Herzogs Heinrich d. J. von Braunschweig-Wolfenbüttel, als des Seniors und deshalb gemeinsamen Lehenträgers, und der Herzoge „Erichen, Otten, Heinrich und Wilhelm ⁹⁸⁾, Gevettern und

⁹⁸⁾ Es ist zweifellos, dass damit Erich II. von Calenberg (geb. 1528 † 1584), Otto der Jüngere von Harburg (geb. 1528

Brüdern, Herzogen von Braunschweig und Lüneburg“; und der Grund davon ist wahrscheinlich kein anderer gewesen, als weil sich Kaiser Maximilian II. durch die zwei Jahre vorher, unbedachter Weise und ohne hinreichende Kenntniss von dem im braunschweig-lüneburgischen Hause bestehenden, durch die besondere Belehnung der grubenhagenschen Fürsten nicht alterirten, Erbfolgerecht, zur Ausstellung jenes Expectanzbriefs auf Grubenhagen an den Kurfürsten von Brandenburg hatte bestimmen lassen. Allein der Sache nach erlangten die braunschweig-lüneburgischen Fürsten schon jetzt Alles, was sie wünschen konnten, indem der Kaiser, der nur in Betreff der Form der Gesamtbelehnung sich noch zu keiner, auch die grubenhagenschen Fürsten umfassenden, Gesamtbelehnung entschliessen mochte, doch auch in Beziehung auf sie, die in der Declaration Karls V. enthaltene Versicherung ertheilte und urkundlich (gleichzeitig mit der Ausfertigung des Lehenbriefs am 1. Juni 1566) verbriefte. Der Kaiser erklärte darin ausdrücklich, dass die sonderliche Empfängniss der Lehen der Fürstenthümer Braunschweig und Lüneburg, allen Herzogen von Braunschweig und Lüneburg, da sie sämmtlich *ab uno stipite* von Herzog Albrecht dem Grossen, abstammten und „von Rechts Natur und Verwandtnuss wegen in eine Sammtbelehnung gehörten“, was nur aus Missverstand bisher nicht vollständig beobachtet worden sey, und zwar sowohl den jetzt vorhandenen Fürsten „als ihren Erben an ihrem habenden *jure agnationis et successionis* unnachtheilig und unverfänglich seyn“ solle⁹⁹).

Beil. VI.
B.

† 1603), Heinrich von Dannenberg (geb. 1533 † 1598) und dessen Bruder Wilhelm d. J. von Lüneburg (geb. 1535 † 1592) gemeint sind.

⁹⁹) Auf der Benutzung dieser archivalischen Urkunde beruht

Ob es dem gelehrten und einflussreichen Herzog Julius von Braunschweig, welcher inzwischen seinem Vater, Heinrich d. J., in der Regierung gefolgt war, einige Jahre später (1570) nur durch besondere Versprechungen gelungen ist, den Kaiser Maximilian II. auch zur Ausstellung eines, alle Herzoge von Braunschweig und Lüneburg umfassenden, Lehenbriefs und gleichzeitig zu einer, die Declaration Karls V. von 1555 wörtlich in sich aufnehmenden und bestätigenden Erklärung, wie sie in der darüber ausgefertigten Urkunde Beil. VII. vom 24. März 1570 vorliegt¹⁰⁰⁾, zu bewegen, können wir ganz dahin gestellt seyn lassen. Jedenfalls würde er, in einer, nicht blos juristisch, sondern auch moralisch vollkommen gerechtfertigten, Weise seinen Einfluss nur zur Vertheidigung und Sicherung der unbestreitbaren Rechte seines Hauses und nicht zur Erzielung eines unlautern Vortheils verwendet haben. Was wir aber besonders hervorheben müssen, ist, dass auch in dieser kaiserlichen Declaration es sich gar nicht um eine Rechtsverleihung oder Erweiterung, sondern nur um eine Bestätigung des historisch begründeten Rechts des braunschweig-lüneburgischen Hauses, unter

die ganz richtige Mittheilung von Koch, pragmatische Gesch. S. 167. 168. Von ihm hat Manecke, braunsch. lüneburg. Staatsr. S. 34. den bezüglichen Passus entlehnt. — Die Beil. VI. B ist nach der Copie eines Transsumtes des Stifts *St. Blasii* vom 13. Febr. 1570 (im gemeinschaftlichen Archiv des Gesamtthauses) abgedruckt.

¹⁰⁰⁾ Von dem Gesamtlehenbrief und der Declaration Kaisers Max. II. finden sich auch beglaubigte Abschriften in einem Copialbuch des Königl. Archivs. Der Abdruck der Declaration in der Beil. VII. beruht auf einer fidemirten Abschrift. Mit dem Gesamtlehenbrief von 1570 stimmt der nächste, ebenfalls im Archiv vorhandene, von Kaiser Rudolf II. v. 11. Juli 1578, ganz überein.

allgemeiner Anerkennung der Form der Gesamtbelehnung für alle Glieder desselben zum Zwecke der Vereinfachung und wohl auch der Verringerung der Kosten der Investitur-Erneuerungen, handelte. Genannt werden als die zeitigen Besitzer des braunschweig-lüneburgischen Gesamt-Reichslehens, welche die Bestätigung von Karls V. Confirmation und Declaration-Brief über die Weise „wie es mit Empfahung beider Häuser Braunschweig und Lüneburg gesammten Lehen und Regalien jederzeit gehalten werden solle“, die „hochgebornen Julius, Erich, Otto, Heinrich, Wilhelm, Wolfgang und Philips Gevettern und Brüder, alle Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg.“ Repräsentirt waren durch die Genannten sämmtliche damals vorhandene Haupt- und Nebenlinien: Braunschweig-Wolfenbüttel durch Herzog Julius; Braunschweig-Grubenhagen durch Wolfgang und Philipp (Herzog Ernst, der noch 1566 genannt wird, war 1567 gestorben); Lüneburg - Celle durch Heinrich und Wilhelm (die Stifter des neuen braunschweigischen und neuen lüneburgischen Hauses); Lüneburg-Harburg durch Herzog Otto den Jüngern. Confirmirt wird aber, unter Erstreckung auf Grubenhagen, Karls V. Declaration ihrem ganzen Inhalt nach am Schlusse des Documents mit den Worten: „Und meinen, setzen und „wollen, dass obbeschriebene Kaiser Karls Confirmation „und Declaration, ihrer der Herzoge zu Braunschweig „und Lüneburg gesammter Lehenempfahung halber, in allen Punkten, Clauseln, Artikeln, Inhalt, Meinung und Begreifungen ganz kräftig und mächtig „seyn, stät und fest bleiben und gehalten auch „dawider nicht gehandelt noch gethan werden „solle in keiner Weise.“

Zugleich ergibt sich hieraus, wie schon aus Kaiser Karls V. Declaration, dass diess nicht bloss eine für

die zeitigen, namentlich genannten Fürsten des braunschweig-lüneburgischen Hauses, in dem grade vorliegenden Lehensfall, eintretende Concession seyn sollte, sondern dass es eine, für alle zukünftigen Zeiten geltende, dauernde Einrichtung war und als solche anerkannt wurde. Es ist daher schon deshalb ganz irrelevant, wenn in der Gesamtbelehnungsurkunde von 1570 nicht auch von den Erben der zeitigen Fürsten die Rede ist, deren überhaupt in den älteren Lehenbriefen, mit Ausnahme des *pactum investiturae* von 1235 nicht gedacht wird. Es muss diess ausserdem aber auch deshalb als ganz unerheblich erscheinen, weil es feststehender lehenrechtlicher Grundsatz ist, dass die gesammte Hand von selbst auf die Descendenz der Gesammthänder als *coinvestiti nati* übergeht und dass dieser die Erneuerung der Gesamtbelehnung vom Lehensherrn nicht verweigert werden kann. Ob also die Fürsten, welche 1570 die Declaration und Gesamtbelehnung vom Kaiser erhielten, zur Zeit des Erlöschens der grubenhagenschen Linie (1596) noch lebten, kann nicht die mindeste rechtliche Bedeutung haben, und vom reichslehensrechtlichen Standpunkte konnte und durfte jedenfalls dem Herzog Heinrich Julius von Braunschweig bei der Besitzergreifung des Fürstenthums Grubenhagen im Jahre 1596 kein Einwand entgegengesetzt werden, wogegen die Frage, wem es innerhalb des Gesammthauses gebühre, eine reine *res domestica* war. Ausserdem ist aber auch die Declaration und Bestätigung des Rechts der braunschweig-lüneburgischen Fürsten auf Gesamtbelehnung, mit den sich von selbst verstehenden Wirkungen derselben, wiederholt von spätern Kaisern in vollständigster Weise renovirt und von Neuem confirmirt worden ¹⁰¹⁾; sowie

¹⁰¹⁾ Namentlich von Kaiser Rudolf II., 11. Juli 1578; von Kai-

es auch an andern directen und indirecten reichslehensherrlichen Anerkenntnissen des ungeschmälerten und unverletzbaren Successionsrechts in das braunschweig-lüneburgische Gesamtlehen Seitens der schon durch das *Pactum investiturae* von 1235 anerkannten agnatischen Lehensfolger ¹⁰²⁾ und an ausdrücklicher reichsoberherr-

ser Ferdinand II., 31. Decbr. 1635; von Leopold I., 12. Octbr. 1667; von Kaiser Karl VI. im Jahre 1733. Der Leopoldinische Confirmationsbrief, welchem auch die Declaration Karls V. von 1555 wörtlich einverleibt ist, steht abgedruckt bei Lünig, Reichsarchiv *Pars spec. (Tom. V.)* unter Braunschweig p. 143—145. Ueber Karls VI. erneuerte Confirmation s. J. J. Moser's Reichsfama Th. XIV. p. 374. S. auch die Nachweisungen bei Manecke, braunschw. lüneb. Staatsr. S. 34. — Die Confirmation der Declaration Rudolfs II. d. d. Lyntz, 11. Jul. 1578 (im Königl. Archiv) stimmt mit der von Max. II. von 1570 völlig überein, bis auf die kleine Abweichung, dass es darin heisst: »Wir . . . bekennen . . . dass Uns der hochgeborne Julius . . . für sich selbst und anstatt der auch hochgebornen Erich, Otten, Heinrichen, Wilhelms, Wolfgang und Philippsen, Gevettern und Brüdern, alle Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg« etc.

¹⁰²⁾ Unter diesen Anerkenntnissen ist besonders hervorzuheben :

Beil. IX.

1. Das Decret Kaisers Ferdinand II. v. 9. Juli 1625, bei Lünig, Reichsarchiv *Pars spec. Contin. II. Supplem.* zu Braunschw. (*Tom. IX.*) p. 1016, des Inhalts, dass »von demjenigen Fürstenthum, Land und Leuten, welche die hochgebornen Fürsten und Herrn, Herzoge von Braunschweig und Lüneburg, vom Reich zu Lehen tragen und anfänglich weiland Herzog Otten zu Braunschweig und Lüneburg, von auch weiland Ihrer Maj. Vorfahren, Kaiser *Friderico Secundo*, christmildester Gedächtniss, Anno zwölfhundert fünf und dreissig zu Lehen aufgetragen worden, nichts dem Reiche zum Nachtheil alienirt oder geschmälert und nichts für sich gehen und gestattet werden solle, was zu sonderem Nachtheil derjenigen, auf welche

licher Annullirung alles dessen, was dem Rechte des braunschweig-lüneburgischen Gesammthaus und der einzelnen Glieder desselben Widersprechendes vorgekommen seyn möchte, nicht fehlt¹⁰³). Ein solches Aner-

vermöge Lehen-Gerechtigkeit künftig dieselbe derivirt und fallen würden, gereichen möchte.“ Offenbar steht dieses Decret mit den Vorgängen unter Friedrich Ulrichs unglücksvollem Regiment im Zusammenhang, und anderer Seits erhält dadurch die einen Monat später (13. Aug. 1625) dem Kurfürsten Johann Georg von Sachsen von demselben Kaiser ertheilte Expectanz auch auf die von Friedrich Ulrich besessenen, aber nicht zum braunsch. lüneburg. Gesammtlehen gehörigen, Reichslehen eine Erklärung. S. dies. Document bei Lünig, Reichsarchiv *Pars spec. Cont. II.* unter Sachsen (*Tom. VIII.*) p. 411 seq.

2. Kaisers Ferdinand III. Lehenbrief für das Fürstl. Haus Braunschweig und Lüneburg v. 20. Jan. 1651 (abgedr. bei Lünig, Reichsarchiv *Tom. IX.* p. 1017), mit welchem alle spätern Gesammtlehenbriefe in der Hauptsache übereinstimmen, und worin wieder der Senior des Hauses, für sich u. sämmtliche Vetter, »die Fürstenthumb Braunschweig u. Lüneburg, mit allen dazu gehörigen Graf- und Herrschaften, Regalien und Gerechtigkeiten, wie sie ihre Vorfordern Fürsten zu Braunschweig und Lüneburg und sie bisher inne gehabt, genossen, gebraucht und hergebracht haben, **nichts ausgeschlossen** — in Gemeinschaft u. versammet zu Lehen gnädiglich verliehen« erhalten. — Niemand wird aber bestreiten können, dass hierin auch das Fürstenthum Grubenhagen begriffen ist, welches nach Erlöschung des Mannsstamms der dasigen Linie im Jahre 1596 von Heinrich Julius in Besitz genommen und dann der lüneburgischen Linie durch Kaiserl. Judicat vom Febr. 1617 zugesprochen worden war.

¹⁰³) »Vergleich zwischen der Röm. Kayserl. Majestät und dem Hochfürstl. Hause Braunschweig und Lüneburg, worin alle Missverständnisse in der Güte beygelegt worden« v. 19. April 1642. Abgedr. bei Lünig, Reichsarchiv *Pars spec. (Tom. V.)* unter Braunschweig p. 126 f. *Pos. 33.* (p. 134) »Soll hochermeldtes »Fürstliches Hauss, und ein jedweeder Fürst absonder-

kenntniss der Rechte des ganzen Hauses und der einzelnen Glieder auf das Gesammtlehen Braunschweig-Lüneburg enthält auch noch der letzte förmliche Kaiserliche Lehnbrief, welcher von Kaiser Karl VI. für den Herzog Ludwig Rudolf, nach dem Tode des Herzogs August Wilhelm, ausgestellt worden ist ¹⁰⁴⁾.

»lich bey seinem fürstlichen *Statu*, Ehr, Würden, *Praeeminenzen*, »Hoheit, *Regalien*, *Privilegien*, *Immunitäten*, Freyheiten, Le- »henschaft, Erbschutz, Land und Leuten, Fürstenthumen, »Stifften, Clöstern, Geistlichkeiten, Graf- und Herrschafften, auch »deren Eigenthum völliger *Administration*, Haab und Niessung »und *in Summa* bey allen hergebrachten Recht und Ge- »rechtigkeiten, *in Ecclesiasticis et politicis*, völlig und ohne eini- »gen Abbruch und Behinderung gelassen, *manuteniret* und erhal- »ten werden; da auch etwa dem zuwider von Kayserli- »cher Majestät etwas *statuïret*, verabschiedet und ange- »ordnet, oder Kayserliche *Edicta*, *Decreta*, *Declarationes*, *Com- »missiones* und Gebots-Briefe erkannt und ausgelassen, oder sonst »Kayserliche *Rescripta*, Begnädigung- und Verschrei- »bungen jemand's ertheilet seyn möchten, **soll solches »alles gäntzlich cassiret und aufgehoben seyn**, »also, dass deren keins zu einiger *Praetension* gebraucht, »noch zur Execution nimmermehr kommen, noch ei- »nigen *Effect* zu ewigen Tagen haben, oder wider den »einen und andern, dessen Ehr und Würdigkeit, Städte, Aemter, »Clöster, Häuser und Güter, Land und Leute jemals angezogen, »oder im unbesten aufgerufen werden solle.«

¹⁰⁴⁾ d. d. Laxenburg d. 16. Juni 1733. »Diess ist der letzte Lehenbrief, der wirklich ausgefertigt ist, indem die nachherigen wirklichen Belehnungen wegen der Titularstreitigkeiten der altfürstlichen Häuser unterblieben sind und man sich mit der Muthung und dem erhaltenen Muthschein begnügt hat.« *Archival. Bemerkung* Die Titularstreitigkeiten waren aber nicht der einzige Grund. Vorwiegend waren es die Streitigkeiten der fürstlichen Häuser mit dem Reichshofrath über Lehensgebühren, Laudemial- und Anfallsgelder, resp. die Bedeutung der Stelle der

§. 16.

Sowie es nicht schwer fallen konnte, den Kaiser Maximilian II. von der Rechtswidrigkeit der dem Kurfürsten Joachim II. auf Grubenhagen ertheilten Expectanz von 1564 zu überzeugen, so konnte sich offenbar auch der Kurfürst von Brandenburg der Einsicht nicht verschliessen, dass durch die Realisirung derselben das unzweifelhafte Successionsrecht der braunschweig-lüneburgischen Agnaten verletzt werden würde und da man den Sperling noch nicht in der Hand hatte, so konnte es dem Nachfolger Joachims, dem Kurfürsten Johann Georg wohl als räthlich bedünken, für die Taube auf dem Dache darauf zu verzichten. Diess ist der Sinn und die Bedeutung der darauf folgenden Expectanzertheilung von 1574, welche von demselben Kaiser Maximilian II. zu Wien am 10. Juni d. J. für den Markgra- Beil. VIII.
fen und Kurfürsten Johann Georg in einer darüber aus-

Wahlcapitulation, Art. XVII, §. 10. (früher §. 19.) in Betreff der Coinvestitren, welche, wie Leist, Lehrb. des t. Staatsr. §. 52, bemerkt, »als eine stark wirkende Ursache der mehr und mehr abkommenden Reichsbelehnungen betrachtet werden müssen.« Vergl. das. die weitem Nachweisungen in Note 7; besonders die ausführliche Darstellung der Streitpunkte in Häberlin's Repertorium des t. Staats- und Lehenrechts. Th. III. S. 159 f. Auf die »rechts- erheblichen Behinderungen, welche der wirklichen Belehnung im Wege ständen«, nimmt auch Carl Wilhelm Ferdinand in der »Lebens-Sinnung an Ihre Römisch Kayserliche Majestät über die Reichslehne des Durchl. Gesammthaus Braunschweig - Lüneburg d. d. Braunschweig v. 17. Mai 1793« — der letzten zur Zeit des Beil. XI.
Reichs vorgekommenen Lehensmuthung — Bezug, indem er dabei die Hoffnung ausspricht, dass die legalen und actenkundigen Umstände, welche der Bitte um Ertheilung der feierlichen Belehnung im Wege seyen, ihre reichsgrundgesetzmässige Erledigung finden würden.

gefertigten Urkunde vollzogen wurde ¹⁰⁵). Diese Urkunde legt den Zusammenhang der ganzen Sache ziemlich klar zu Tage. Sie gedenkt zunächst des dem Kurfürsten Joachim (1564) auf Grubenhagen ertheilten Expectanzbriefs, nimmt dann Bezug auf die dem Herzog Julius von Braunschweig für sich und alle andern Herzoge von Braunschweig-Lüneburg im Jahre 1570 in Betreff aller braunschweig-lüneburgischen Lande, ohne Ausnahme, ertheilte Gesamtbelehnung, erwähnt ferner, dass Kurfürst Johann Georg zwar solche gesammte Hand aller Herzoge von Braunschweig-Lüneburg für die ihm auf Grubenhagen ertheilte Expectanz „etwas präjudicial und nachtheilig“ gefunden, und deshalb die Kaiserliche Majestät (die sich augenscheinlich vermöge der unbeachteten Verwilligung von 1564 in einiger Verlegenheit befand), um eine ihn, entschädigende, Erweiterung der Expectanz gebeten habe. Zur Begründung dieser Bitte sey angeführt:

„Sintemal sein Lieb gedachter von Braunschweig gesamte Belehnung, deren zwischen Seiner und Ihrer Liebden Verwandtnuss und Freundschaft haben ¹⁰⁶), ungern widerfechten“,

und zugleich in Erwägung gestellt:

„— dass durch vorgemeldete allen Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg Versammlung (Ge-

¹⁰⁵) Abgedruckt zuerst bei v. Rohrscheidt, Preussens Staatsverträge, Berlin 1852. S. 259 f.

¹⁰⁶) Kurfürst Joachim war durch seine Tochter Hedwig (Gemahlin des Herzogs Julius v. Braunschw) der mütterliche Grossvater und Kurfürst Johann Georg also der mütterliche Oheim des Herzogs Heinrich Julius von Braunschweig. Dessen väterlicher Grossvater, Heinrich der Jüngere, hatte eine Schwester Joachims I. zur zweiten Gemahlin, und seine Tochter Katharina war mit Joachims II. Bruder. Johann von Küstrin, verheirathet.

sammtbelehrung) die Sachen dahin gekommen, dass Sein Lieb oder Ihre Erben, wenn sie Unserer Begnadung an der Herzogen zu Grubenhagen Landen etwas geniessen sollten, nicht allein der Herzogen zu Grubenhagen, sondern **aller** Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg und **Ihrer aller Erben** tödtlichen Abgang erwarten müssten.“

Deshalb habe Kaiserl. Majestät, — anerwogen „Seiner Lieb fleissig Bitten“ und der, von Sr. Liebden dem Kurfürsten von Brandenburg und dessen Vorfahren dem Reiche und dem Hause Oesterreich geleisteten und noch zu leistenden, „getreuen, angenehmen, nützlichen und erspriesslichen“ Dienste, „zu desto mehrer Ergötzlichkeit derselben“ — sich allergnädigst bewegen lassen,

„mehr gemeldete Anwartschaft auf der Herzoge von Grubenhagen Land zu erweitern und Seiner Lieb und deren Erben auf den Fall, wann **alle** Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg **und derselben Erben** für und für ohne männliche Leibes Lehens Erben abstürben, die Anwartsung an **aller** Ihrer Liebden Braunschweigschen und Lüneburgischen Landen, so viel deren von Uns und dem heiligen Reich zu Lehen rühren, zu bewilligen.

Für diesen Fall, dass der männliche Stamm der Fürsten zu Braunschweig und Lüneburg **ganz und gar abgehen und aufhören** würde, wird dann in der Urkunde wiederholt die Verleihung sämtlicher, beim Reiche zu Lehen gehenden, braunschweig-lüneburgischen Lande zu rechtem Mannlehen zugesagt und alle Nachfolger im Reiche werden für verpflichtet erklärt, diese kaiserliche Zusage und Expectanz zur Erfüllung zu bringen. In derselben Weise sind die

spättern Erneuerungen der kaiserlichen Expectanz von 1574 abgefasst. So heisst es in der betreffenden Urk. v. 24. Septbr. 1661:

„Wenn sich über kurz oder lang zutragen sollte, dass der männliche Stamm der Fürsten von Braunschweig und Lüneburg gänzlich abgehe, so sollen diese Fürstenthümer auf des Kurfürsten Johann Georg ehelich männliche Leibeserben übergehen.“

Kein Unbefangener kann und wird verkennen, dass in der Nachsuchung und zweifellos erfolgten Annahme dieser erweiterten Expectanz ein Verzicht auf das, möglicher Weise durch die frühere beschränkte Expectanz erworbene, Recht, vom Kaiser eintretenden Falls die Belehnung mit Grubenhagen zu verlangen, enthalten war und nur eine sophistische, auf Rechtsverdrehung ausgehende, Interpretation kann die Deutung wagen, Kurfürst Johann Georg habe sich nur vorläufig damit abfinden lassen, und der Kaiser sey im Irrthum gewesen, wenn er die Wirkung der gesammten Hand von 1570 auf die Frustirung der Expectanz von 1564 bis zum Erlöschen des gesammten braunschweig-lüneburgischen Mannsstamms bezogen habe; ein Irrthum, der dann ja durch das eigene Vorbringen des Kurfürsten Johann Georg von Brandenburg gestützt gewesen seyn würde. Von einer brandenburgischen Verwahrung, dieser angeblich irrthümlichen kaiserlichen Auffassung gegenüber, ist durchaus Nichts bekannt. Eine solche müsste aber nothwendig sogleich eingelegt oder durch Nichtannahme des Expectanzbriefs von 1574 bekundet worden seyn, wenn das brandenburgische Haus mit dieser Erklärung nicht zufrieden oder einverstanden gewesen wäre. Dem Kurfürsten Johann Georg die Absicht beizumessen, den für die Zukunft dargebotenen viel grösseren Gewinn zu acceptiren, aber auch mit einer

Mental-Reservation das festzuhalten, wofür die Erweiterung der Expectanz gerade die Entschädigung seyn sollte, involvirt den Vorwurf eines hinterlistigen Rückhalts, der von einem Ahnherrn des Preussischen Königshauses doch billig lieber abgewendet werden sollte. Es würde aber auch ganz irrelevant seyn, wenn nach der unbeschränkten Anerkennung der gesammten Hand der braunschweig-lüneburgischen Fürsten von 1570, der Kaiser, was jetzt keinesfalls mehr *bona fide* geschehen konnte, die brandenburgische Expectanz von 1564 erneuert haben sollte, indem die völlige Nichtigkeit einer solchen wortbrüchigen, die altbegründeten Rechte des welfischen Hauses verletzenden, Ueberschreitung der kaiserlichen Machtbefugnisse auch dem blödesten Auge erkennbar seyn muss.

Nach der Annahme der erweiterten Expectanz von 1574 ist es uns unmöglich, für Brandenburg oder Preussen aus der Anwartschaft von 1564 noch irgendwie Rechte abzuleiten. Einem, darauf gerichteten, Versuche würden auch alle spätern Kaiserlichen Lehenbriefe und andere Kaiserliche Versicherungsacte entgegenstehen, welche nach dem Aussterben des Grubenhagenschen Mannstammes ausgestellt worden sind und den gesammten Besitz der braunschweig-lüneburgischen Fürsten, wie er von ihren Vorfahren auf sie übergegangen und dem Reiche lehenspflichtig war, wie der Lehenbrief von 1651 ausdrücklich und wohl nicht ohne Beziehung sagt, „**nichts ausgeschlossen**“ -- also einschliesslich Grubenhagen — zur gesammten Hand bestätigt haben. Vergl. oben S. 105. Note.

§. 17.

Mag nun auch Johann Georg, Kurfürst von Brandenburg, kurz nachdem Philipp II., der letzte Fürst

von Grubenhagen, 1596 gestorben war, in einem Schreiben an Herzog Heinrich Julius von Braunschweig, welcher sich in den Besitz von Grubenhagen gesetzt hatte, die Expectanz von 1564 in Erinnerung gebracht haben, mit der Erklärung, „er wolle solch habendes Recht nicht je hinten lassen“ ¹⁰⁷⁾, nach der eben nicht schmeichelhaften Abfertigung, die er in dem Antwortschreiben vom 25. Juni 1596 erhalten hatte ¹⁰⁸⁾, ist von einem weitem Anspruch oder Widerspruch, Protestation oder Reservation Brandenburgs keine Rede mehr, so vielfache und dringende Veranlassungen auch dazu forthin gegeben waren, theils in den, Grubenhagen mit umfassenden, Reichs-Gesammtbelehnungen des braunschweig-lüneburgischen Hauses, theils und besonders in dem zwischen der braunschweigischen und der lüneburgischen Linie beim Reichshofrath zu Wien wegen Grubenhagens verhandelten Process, in welchem die letztere, obwohl nur *in possessorio* dergestalt obsiegte, dass Friedrich Ulrich, vermöge des Kaiserlichen Judicats vom 25. Febr. 1617, Grubenhagen im April desselben Jahrs an die Lüneburger Vettern herausgeben musste ¹⁰⁹⁾. Nichts wäre na-

¹⁰⁷⁾ Wie O. Bohlmann, Denkschrift über die priorität. Ansprüche Preussens S. 24 berichtet.

¹⁰⁸⁾ Heinrich Julius antwortete, wie Bohlmann a. a. O. selbst mittheilt: »Kurfürst Joachim II. habe ihn, der von Joachims Tochter im Jahre 1564 geboren worden, in demselben Jahre durch die Expectanz um sein Erbe geschmälert (*rect.* zu schmälern gesucht), und er könne doch wohl erwarten, dass (wenigstens) aus dieser verwandtschaftlichen Rücksicht Johann Georg auf seiner Forderung nicht bestehen werde“.

¹⁰⁹⁾ Von diesen verglichen sich Herzog Christian zu Celle und die Herzoge Julius Ernst und August d. J. von Dannenberg dahin, dass Herzog Christian allein die Regierung und Administration des Fürstenthums Grubenhagen jedoch *com-*

türlicher gewesen, als dass Brandenburg, wenn es überhaupt noch Ansprüche auf die Expectanz von 1564 gründen zu können glaubte, als Principal-Intervenant in diesem Processe aufgetreten wäre. Diess ist aber in keiner Weise geschehen und völlig irrelevant, dass es weder bei dem Process, noch bei den sonstigen Verhandlungen und Vergleichen über die Theilung der Grubenhagenschen Erbschaft „zugezogen“ worden ist. Denn so richtig es an und für sich ist, dass durch *res inter alios acta* seine Rechte nicht alterirt werden konnten, so kommt es doch gar nicht hierauf, sondern nur auf die Thatsache an, dass Brandenburg bei den sich darbietenden, eine dringende Veranlassung zur Wahrung etwaiger Rechtsansprüche involvirenden, Gelegenheiten keine solche Rechtsansprüche erhoben oder angemeldet hat, und dass dadurch sowohl, als durch die gänzlich unterlassene Erinnerung daran bei der neuern Ordnung der europäischen und insbesondere der deutschen Territorial-Verhältnisse, die nahe liegende Schlussfolgerung begründet wird, dass es selbst nicht an die Möglichkeit gedacht hat, solche Rechtsansprüche erheben zu können.

Es liegen aber auch noch einige positive Beweise dafür vor, dass das brandenburgische Haus so wenig wie der Kaiser als oberster Lehensherr an eine fortdauernde Geltung der auf das Fürstenthum Grubenhagen im Jahre 1564 ertheilten Expectanz, oder an

muni omnium nomine führen und der Dannenbergischen Linie jährlich ihre Tertiam herausgeben solle. Vertr. d. d. Juli 1617. Die dritte Tertia hätte der damals noch existirenden Harburgischen Linie gebührt; diese hatte sich aber schon 1603 mit Celle darüber verglichen und gegen Entschädigung darauf verzichtet.

daraus herzuleitende Rechtsansprüche gedacht hat. Ein solches positives Zeugniß entnehmen wir:

1) aus dem bekannten Geraischen Hausvertrag von 1598 und dessen hausgesetzlicher Confirmation *d. d.* Onolzbach den 11. Juni 1603 ¹¹⁰⁾, worin unter den mit der Kur untrennbar verbundenen und dem Primogeniturgesetz der goldenen Bulle unterliegenden Stücken und Rechte auch gedacht wird: „aller erlangten Anwartungen nachfolgender Fürstenthümer, als Pomern, Mecklenburg, Holstein, Anhalt, Braunschweig, Lüneburg und dergleichen.“ Denn es ist klar, dass hierunter nur die erweiterte Expectanz von 1574 verstanden werden kann. Grubenhagen ist nicht speciell erwähnt, und wenn man geglaubt hätte, darauf noch einen besondern, 1596 bereits durch Erfüllung seiner Bedingung realisirbar gewordenen, Rechtstitel zu haben, so konnte diess doch unmöglich unter dem allgemeinen Ausdruck einer Anwartschaft auf „Braunschweig-Lüneburg“, als einem erst in der Zukunft sich möglicher Weise verwirklichenden Rechtsanspruch, begriffen werden. — Ein Gleiches ergibt sich:

2) aus der kursächsischen Expectanz von 1625, indem auch hier nur einer, auf das braunschweig-lüneburgische Gesamtlehen gerichteten, dem Kurfürsten

¹¹⁰⁾ Abgedr. bei Lünig, Reichsarchiv, *Pars spec. Contin. II.* unter Brandenburg (*Tom. IX.*) p. 45. Die Behauptung Bohlmann's (Denkschrift S. 29), dass dieser Vertrag seinem ganzen Inhalt nach die kaiserliche Genehmigung erhalten habe, entbehrt jedes Beweises. J. J. Moser, Teutsches Staatsr. Th. XII. S. 521 sagt ausdrücklich: »Wobey es dann ohne weitere Kayserliche Confirmation gelassen wurde.« Vgl. auch v. Rönne, das Staatsr. der Preuss. Mon. Bd. I. §. 14. S. 54. Nur die im Geraischen Vertrag auch wieder bestätigte *Dispositio Achillea* v. 1473 erhielt durch Kaiser Friedrich III. die kaiserliche Confirmation.

von Brandenburg ertheilten, kaiserlichen Anwartschaft Erwähnung geschieht ¹¹¹⁾).

111) Unter den, dem Kurfürsten Johann Georg I. von Sachsen, zur Belohnung für den dem Kaiser, in Böhmen insbesondere, geleisteten Beistand, von Ferdinand II., zufolge Diploms vom 13. Aug. 1628 ertheilten, Expectanzen findet sich auch eine auf die Reichslehen des Herzogs Friedrich Ulrich von Braunschweig-Wolfenbüttel gerichtete.

Es fragt sich aber, was denn eigentlich der Gegenstand dieser Expectanz gewesen ist? Nach der einen Erklärung, für die allerdings der Abdruck des Diploms bei Lünig Reichsarchiv, *Pars spec. Contin. II. (Tom. VIII.)* unter Chur- und Fürstl. Haus Sachsen p. 411 f. spricht, sollten es alle von Friedrich Ulrich besessene reichslehenbaren Stücke seyn, die »mit ausdrücklichen Worten in der gesammten Hand mit den Herzogen zu Lüneburg und in der auf diese gesammte Hand gerichteten, Kurbrandenburg ertheilten, Expectanz begriffen« seyen.

Hiernach würde es eine erst nach Erlöschung nicht bloß des gesammten braunschw.-lüneburgischen, sondern auch des gesammten hohenzollern-brandenburgischen Mannsstamms wirksam werdende Expectanz gewesen seyn, also eine voraussichtlich leere und nutzlose Anwartschaft.

Schon Schweder (*Theatrum histor.* 1725. *Pars II. p. 460*) giebt die Erklärung, diese sächs. Expectanz beziehe sich nur auf diejenigen Lande, welche Herzog Friedrich Ulrich ausserhalb der gesammten Hand mit seinen Agnaten von Kaiser und Reich zu Lehen trage, — eine Erklärung, die mit dem daselbst *Pars I. p. 491* gethanen Ausspruch, die brandenburg. Expectanz von 1574 könne sich nicht auf alle braunschw.-lüneb. Lande beziehen, weil auch das sächsische Kurhaus im Jahre 1625 eine Expectanz auf br.-lüneb. Lande erhalten habe, keineswegs (wie Bohlmann, Denkschrift S. 72, ausspricht) unvereinbar seyn würde. — Dieselbe Erklärung giebt Moser Reichshofr. Prozess Th. III. Kap. II. §. 29. 32. und, wie Bohlmann a. a. O. berichtet, auch der brandenburgische Archivar Zach. Zwanzig. Endlich stellt auch v. Römer, chursächs. Staatsr. Th. I. S. 554 f. die Sache so dar, mit der Bemerkung, dass hiernach die sächsische

Das Resultat unserer Betrachtung in Betreff der brandenburgischen Expectanzen auf braunschweig-lüneburgische Lande ist mithin:

1. Die Expectanz von 1564 auf das Fürstenthum Grubenhagen war als eine, *in praejudicium tertii* reichende, das unbestreitbare, auch von den Kaisern selbst anerkannte und verbrieftte Recht des welfischen Mannsstamms verletzende, Concession von vorn herein als nichtig und unverbindlich zu betrachten; und das Recht, ihr die *exceptio sub- et obreptionis* entgegen zu setzen, dauert so lange fort, als irgendwie Ansprüche daraus erhoben werden möchten.

2. Sie ist aber auch, wenn nicht formell, doch nach Inhalt der zehn Jahre später ertheilten, erwei-

Anwartschaft auf nicht existirende Lande zu gehen scheine, weil er noch kein einziges Lehensstück Friedrich Ulrichs habe auffinden können, welches nicht in der gesammten Hand der braunsch.-lüneburg. Herzoge begriffen gewesen wäre. In dieser Hinsicht irrt aber v. Römer wenigstens für die Zeit der Ertheilung der Expectanz. Friedrich Ulrich besass 1625 allerdings nicht in der gesammten Hand begriffene Reichs-Lehensstücke, namentlich die Hildesheimischen sog. grossen Stiftsämter, mit welchen er noch 1621 vom Kaiser beliehen worden war. Vergl. oben S. 24. Uebrigens citirt auch v. Römer nur den Abdruck der sächsischen Expectanz bei Lünig; schiebt aber, ohne weitere Bemerkung, in den in Betracht kommenden Satz ein »Nicht« ein: »Ingleichen die Anwartschaft und *Expectanz* auf alle und jede »Stück, so der Hochgebohrne Friedrich Ulrich, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, unser lieber Oheim und Fürst, Lehens- »weiss von Uns und dem heiligen Reich inhält, und (nicht?) mit »ausdruckentlichen Worten in der gesammten Hand mit der Herzogen zu Lüneburg Liebden oder auch der von weyland Kayser »*Maximiliano* dem Andern, Christmildester Gedächtnues, dem »Churfürsten zu Brandenburg gegebenen und auf jetzt »berührte gesambte Hand gerichteten Expectanz be- »griffen.«

terten Expectanz auf alle braunschweig-lüneburgische, den Gegenstand des Reichsgesamtlehens bildende, Lande, als aufgehoben oder beseitigt zu betrachten, und es können daraus, vermöge des, durch die Annahme dieser erweiterten Expectanz Seitens Brandenburgs unzweideutig ausgesprochenen, Verzichts keine Rechte gegen den braunschweig-lüneburgischen Mannstamm, keinerlei prioritätische Ansprüche mehr abgeleitet werden.

3. Auch die erweiterte Expectanz von 1574 ist in soweit nichtig und unverbindlich, als sie auf einer Nichtachtung des eventuellen cognatischen Erbrechts im braunschweig-lüneburgischen Hause beruht. Dieses, durch das alte Familienrecht des welfischen Hauses begründete, durch den kaiserlichen Lehenbrief oder das *pactum investiturae* von 1235 bestätigte und durch kein Hausgesetz, durch keine Vereinbarung und keine entgegenstehende Observanz aufgehobene, eventuelle Successionsrecht konnte auch vom Kaiser nicht willkürlich beseitigt, nicht durch eine, zum Präjudiz des fürstlichen Hauses gereichende Expectanz, weder *titulo oneroso* noch *gratuito*, verletzt oder beeinträchtigt werden.

Die Frage, ob die brandenburgischen Expectanzen, zur Zeit des Reichs, im Uebrigen zu „den *propter bene merita* ertheilten und den damaligen Reichsconstitutionen gemässen Anwartungen“ gehörten, deren Gültigkeit durch die reichsgrundgesetzlich (seit 1653) für die Geltung einer kaiserlichen Expectanz aufgestellten formellen Bedingungen Inhalts der Wahlcapitulation Art. XI. §. 12. nicht alterirt werden sollte, also die Frage, ob nicht durch die dem Kaiser schon seit 1519 verbotene Wiederverleihung heimfallender Reichslehen, „welche etwas Merkliches ertragen“, nicht auch die Ertheilung von Anwartschaften auf zukünftig sich eröffnende Reichslehen ausgeschlossen werden musste, weil

ausserdem jene Bestimmung eine ganz illusorische gewesen seyn würde? — diese Frage wollen wir hier ganz bei Seite liegen lassen.

Die andere viel wichtigere Frage aber, ob kaiserliche Expectanzen nach Auflösung des deutschen Reichs überhaupt noch eine Geltung oder Wirksamkeit in Anspruch nehmen können? — werden wir im Viten Abschnitt einer rechtlichen Prüfung und Beantwortung zu unterziehen haben.

V.

Die Hausverträge zwischen
Braunschweig (Wolfenbüttel) und
Hannover (Celle) seit dem 17. Jahrhun-
dert bis zur Auflösung des Reichs.

§. 18.

Als im vierten Decennium des 17. Jahrhunderts die mittlere braunschweigische Linie mit Friedrich Ulrich ihrem Erlöschen entgegen gieng, herrschte sowohl im braunschweig-lüneburgischen Hause selbst als ausserhalb desselben nicht der mindeste Zweifel darüber, dass die von diesem Fürsten noch besessenen Lande ¹¹²⁾, in soweit sie zu den welfischen Stammlanden oder den damit verbundenen Grafschaften und Herrschaften gehörten und Theil des braunschweig-lüneburgischen Gesamtlebens waren, nach dem uralten, durch die Hausverträge forthin bestätigten und auch im Verhältniss zu Kaiser und Reich durch die anerkannte Ordnung der Gesamtbelehrnung gesicherten, Rechte des welfischen Hauses, der andern, der lüneburgischen, Linie zufallen müssten. Nur über Fragen untergeordneter Natur, wie über die, we-

¹¹²⁾ Verloren hatte Friedrich Ulrich bereits das Fürstenthum Grubenhagen (1617) und das sog. grosse Stift (1629) in Folge reichsgerichtlicher Entscheidungen, jenes an die lüneburgische Linie, dieses an den Bischof von Hildesheim.

gen zweifelhafter Ebenbürtigkeit bestreitbare, Mitberechtigung der damals noch lebenden Glieder der Harburger Linie (der Herzoge Wilhelm † 1642 u. Otto † 1641)¹¹³⁾, über den Einfluss des Erbverzichts und *resp.* Vorbehaltes des dannenbergischen Zweiges der lüneburg-celleschen Linie von 1569¹¹⁴⁾, über ein etwaiges Vorrecht dieses durch August den Jüngern (Sohn Heinrichs von Dannenberg) repräsentirten älteren Zweiges vor der jüngern oder Wilhelm'schen Linie (repräsentirt im Jahre 1634 noch durch die Gebrüder August d. Aelt. († 1636), Friedrich († 1648) und Georg († 1642), über Theilung nach Köpfen oder Stämmen u. s. w. — konnte gestritten werden und ist wirklich gestritten worden¹¹⁵⁾. Als blosse Interna des Gesamthauses und für das Successionsrecht im Ganzen, oder möglichen Prätensionen Dritter gegenüber, völlig bedeutungslos, können aber diese Differenzen so wenig als die nähern Bestimmungen über die Theilung der Friedrich Ulrich'schen Verlassenschaft für den Zweck unserer Darstellung eine besondere Beachtung in Anspruch nehmen.

Die beiden Zweige des mittlern lüneburgischen Hauses Dannenberg und Celle wurden nun die beiden bis auf diesen Tag fortbestehenden Hauptlinien des Gesamthauses Braunschweig-Lüneburg; die ältere, durch August d. J. begründete braunschweig-lüneburgische Linie wolffenbüttelschen Theils und die braunschweig-lü-

¹¹³⁾ S. oben S. 72. Note 71.

¹¹⁴⁾ S. über diesen Vertrag und den spätern v. 1592 oben S. 69. Note 66.

¹¹⁵⁾ Havemann, Gesch. Th. II. S. 696. S. 704. Dasselbst auch das, »gegen das Auseinanderreissen der in ihrem Gesamtleben mit einander verwachsenen Landschaften« protestirende, Memorial der Landstände v. 14. Octbr. 1635.

neburgische Linie celle-calenbergischen Theils, welchen beiden auch die Besitzungen der harburger Linie mit deren Erlöschen im Jahre 1642 zufielen. Celle und Calenberg wurden nach dem Tode des söhnelosen Herzogs Georg Wilhelm von Celle († 1705) in der Hand des ersten Georg mit einander vereinigt und blieben es in Folge der durch Ernst August ¹¹⁶⁾ für seine Descendenz begründeten und (1683) kaiserlich confirmirten Untheilbarkeits- und Primogeniturordnung für alle Zu-

¹¹⁶⁾ Zwar war schon in der celleschen Linie durch den von Kaiser Matthias confirmirten Brüdervergleich der Söhne Wilhelms d. J. v. 15. April 1611 die Untheilbarkeit aller ihnen zugehörigen Graf- und Herrschaften »auch was an Land und Leuten klein oder gross noch mehr dazu kommen wird« festgestellt worden (Jacobi's Landtags-Absch. Th. II. S. 61 f.). Allein, abgesehen von den nach dem Tode Friedrich Ulrichs eingetretenen Landesvertheilungen (zwischen August d. Aelt., Friedrich u. Georg), hatte selbst Herzog Georg, der Vater Ernst Augusts, in seinem Testamente v. 20. März 1640 noch das Nebeneinanderbestehen zweier Landesportionen angeordnet oder zugelassen, wovon die eine aus Calenberg, Homburg und Eberstein, den schaumburgischen Stücken und Göttingen bestehen, die andere dagegen aus Celle, Grubenhagen, Hoya und Diepholz gebildet werden sollte. *Jure optionis* sollte der älteste Sohn, Christian Ludwig, den einen Theil, der jüngere, Georg Wilhelm, die andere Portion erhalten und bei ihnen und ihrer Descendenz untheilbar und nach Primogeniturrecht verbleiben. Für die andern Söhne wurde eine Apanage bestimmt. S. das Testament Georgs, worauf das von Ernst August Bezug nimmt, in Rehtmeiers Chronik Th. III. S. 1653 f. u. danach in H. Schulze, die Hausgesetze der regier. deutsch. Fürstenhäuser. Bd. I. Jena 1862. S. 461 f. Hier auch (S. 474 f.) Ernst Augusts Primogeniturordnung mit der kaiserl. Bestätigung v. 1. Juli 1683. — Ernst Augusts späteres, die Untheilbarkeit, Primogeniturordnung und Unveräusserlichkeit sanctionirendes Testament ist vom 23. Octbr. 1688. Dazu noch Codicill v. 6. Juli 1696. Ernst August starb 1698.

kunft, einschliesslich der später zu machenden Erwerbungen an Land und Leuten ¹¹⁷⁾. In der dannenberg-schen oder nun braunschweig-wolfenbüttelschen Linie war ein Gleiches durch Adoption des sog. *Pactum Henrico-Wilhelmianum* vom 16. Novbr. 1535 in Betreff des ihr zugefallenen und durch spätere Verträge in nicht erheblicher Weise veränderten Besitzthums für die Zukunft gesichert.

Die Verhältnisse der beiden Linien zu einander, als der beiden, in einem Stamm sich vereinigenden, Zweige des Gesamthauses, sind durch eine Reihe von theils provisorischen, theils definitiven Verträgen, Erbtheilungs recessen, Vergleichen und Vereinbarungen über die Gesamthausverfassung, jetzt fast durchgängig unter hinzutretender *Confirmatio Caesarea*, regulirt und näher bestimmt worden. Auf das Detail derselben einzugehen, ist nicht unsere Sache. Uns interessiren hauptsächlich nur die auf die Anerkennung und Sicherung des gegenseitigen Successionsrechts bezüglichen Punkte, einschliesslich der zum Theil bedeutenden, von der einen oder andern Linie zunächst gemachten, aber doch in die fortdauernde Rechtsgemeinschaft beider fallenden, neuen Erwerbungen.

Noch während der Regierung des Herzogs Friedrich Ulrich finden wir die sprechendsten Belege dafür, dass in den beiden, seit dem Ende des 14. Jahrhunderts abgezweigten Linien des braunschweig-lüneburgischen Hauses forthin der Gedanke der rechtlichen Einheit des Gesamthauses, das Bewusstseyn der gegenseitigen agnatischen Berechtigung und die Einsicht von der Zusammengehörigkeit ihrer Lande lebendig gewesen ist. — Nach-

¹¹⁷⁾ Vergl. oben S. 75.

dem der Streit wegen Grubenhagen beendet ¹¹⁸⁾, die Restitution des Fürstenthums an Herzog Christian von Celle (1617) erfolgt, auch hinsichtlich verschiedener damit zusammenhängender Punkte (Erlass der adjudicirten Schäden, Devastationen, Nutzungen und Expensen, mögliche Eviction des Amts Radolfshausen) eine Vereinbarung erfolgt war, schlossen sich die beiden Häuser Lüneburg und Wolfenbüttel wieder näher zusammen. In einem zwischen Herzog Christian und Friedrich Ulrich am 24. Jan. 1618 errichteten Recess wurde namentlich wegen der Lehen stipulirt: Wenn eine fürstliche Linie abgehe, solle die andere überbleibende Linie in alle Lehen der abgegangenen Linie, es seyen Gesamt- oder Sonderlehen, succediren und dazu das Bestreben beider Seits darauf gerichtet werden, dass die Sonderlehen in gemeinsame verwandelt würden. Kein Theil soll des andern Städte in Schutz nehmen, vielmehr dahin getrachtet werden, dass die Schutzgerechtigkeit über fremde Städte ihnen auf ewig gemeinschaftlich verbleiben möge und dass die „bei dem Hause seyende Bisthümer“ mit gutem Willen der Domcapitel bei demselben erhalten, auch noch andere Erz- und Bisthümer dazu gebracht würden. Daran schloss sich eine zwischen denselben Fürsten errichtete Defensiv-Allianz *d. eod. d.* wegen der

¹¹⁸⁾ Später, nach Erlöschen der Harburger Linie, gab es noch einmal einen, auf Grubenhagen bezüglichen, Differenzpunkt, indem die wolfenbüttelsche Linie (Herzog August) prätendirte, dass ein Drittel des Fürstenthums Grubenhagen, welches der harburger Linie nach der Sentenz von 1617 gebührt haben würde, von dieser dann gegen anderweite Satisfaction an die fürstl. cellesche Linie, jedoch ohne Consens der dannenberg'schen Linie, cedirt worden war, mit Land und Leuten in die Theilung kommen solle. Beigelegt wurde diese Differenz durch Vergleich v. 17. Mai 1651.

„überhand genommenen gefährlichen Läufen, Ungerechtigkeiten und Violirung des Religions- und Profan-Friedens“; ferner ein, zwischen Friedrich Ulrich und seinen sämtlichen lüneburgischen Vetter, mit Rücksicht auf den erblosen Todesfall des ersteren abgeschlossener, Vergleich wegen Uebernahme der auf dem Fürstenthum Wolfenbüttel lastenden Schulden vom 24. Juni 1630. Das Successionsrecht der lüneburgischen Linie wurde dabei als etwas ganz Zweifelloses vorausgesetzt, und auf gleicher Voraussetzung beruht ein Vertrag, welchen Herzog Christian von Celle mit den beiden Brüdern harburgischer Linie am 11. Jan. 1630 abgeschlossen hatte. Durch diesen Vertrag übertrugen die beiden Herzoge von Harburg, Wilhelm und Otto, für den (sehr wahrscheinlichen) Fall, dass sie ohne männliche Erben abgehen würden, gegen Uebernahme ihrer auf 146,266 fl veranschlagten Schulden, an Herzog Christian, „alles ihr an der Succession des Herzogthums Braunschweig habendes Recht“.

Als dann Friedrich Ulrich am 11. Aug. 1634 gestorben war, wurde „im Namen und zum Behuf des ganzen hochlöbl. Hauses Braunschweig-Lüneburg“ von dessen erledigten Fürstenthümern und Landen Besitz ergriffen. Eine zu Meinersen am 5. Septbr. 1634 errichtete, jedem der betheiligten Fürsten sein Recht vorbehaltende, Convention giebt davon nähere Kunde ¹¹⁹⁾.

¹¹⁹⁾ Havemann Gesch. Th. II. S. 698. Der Meinersensche Recess ist abgedruckt bei Rehtmeier, Chronik Th. III. p. 1394 und zweimal bei Lünig Reichsarchiv *Pars spec.* (Tom. V.) unter Braunschweig p. 108 u. *Pars spec. Cont.* II. (Tom. IX.) *Supplem.* p. 1016.

§. 19.

Nach längern Verhandlungen ¹²⁰⁾ kam es endlich zu dem, am 14. Decbr. 1635 zu Braunschweig zwischen den Agnaten Friedrich Ulrichs, den Herzogen August, Friedrich und Georg von Celle, Otto und Wilhelm von Harburg und Julius Ernst und August d. J. von Dannenberg, abgeschlossenen Erbtheilungs- 'Recess', genannt Hauptvertrag, durch welchen August d. J. nach dessen Wunsch das ungetheilte Fürstenthum Wolfenbüttel zugesprochen wurde, die übrigen Bestandtheile der Friedrich Ulrich'schen Verlassenschaft aber, abgesehen von der harburgischen Abfindung und unter Vorbehalt genauerer Ausgleichung wegen der Kammerintraden, der celleschen Linie zugesprochen wurde. Die Universität Helmstedt sollte als „ein trefflich *Ornamentum* des ganzen Landes“ gemeinschaftlich bleiben; ebenso die Bergwerke des Harzes u. s. w.; in Betreff der gemeinsamen Stadt Braunschweig aber wurden jedem der fürstlichen Häuser seine Ansprüche vorbehalten ¹²¹⁾. Mit dem Prinzip des gleichen Successionsrechts der dem Herzog Friedrich Ulrich „in gleichem Grade anverwandten fürstlichen Agnaten“, wodurch sieben Kopftheile gegeben waren, hatte man bei der Theilung die Rücksicht zu verbinden gesucht, „dass die Fürstenthümer nicht zerrüttet und dismembriret, sondern ein jedes, sowohl

¹²⁰⁾ Havemann Gesch. Th. II. S. 702 f.

¹²¹⁾ Einen Abdruck dieses Theilungsrecesses lieferte schon Rehtmeier, Chronik Th. III. p. 1400 f.: dann (incorrect) v. Selchow im Magaz. f. d. deutschen Rechte. Gött. u. Lemgo. Bd. I. 1779. S. 5 f.; ferner Ribbentrop, Samml. v. Landtags-Absch. Th. II. S. 86 f. — Das Original der ursprünglichen Ausfertigung (von den fürstl. Räten und ständischen Deputirten unterzeichnet und untersiegelt) befindet sich im Königl. Archive.

das wolfenbüttelsche als calenbergische Fürstenthum in seiner Consistenz, jedoch ohne einiges Präjudiz des fürstlichen Hauses und der Successionen verbleiben und zusammenbehalten werden solle“. Dass hier unter „fürstlichem Hause“ überhaupt das braunschweig-lüneburgische Haus und unter „Successionen“ überhaupt das in demselben begründete Successionsrecht zu verstehen sey, bedarf keines Erweises und der einfache Sinn ist eben kein anderer, als dass aus der Anerkennung der fortdauernden „Consistenz“ eines jeden der beiden Fürstenthümer sonst keine Beeinträchtigung oder Beschränkung des fürstlichen Hauses und der zukünftigen Successionen abgeleitet werden dürfe ¹²²⁾.

¹²²⁾ Vergl. dagegen Bohlmann's Denkschrift üb. die priorität. Ansprüche Preussens u. s. w. S. 40 f., dessen Interpretation soweit wie möglich von dem wahren Sinne der betreffenden Stipulation abirrt. Ueberhaupt beruht die ganze Darstellung des sechsten Kapitels (S. 32—44) auf einer fortlaufenden Verdrehung der Sachlage und der einschlagenden Rechtsprincipien. Dass Heinrich von Dannenberg in dem merkwürdigen, in seinen Motiven noch nicht gehörig aufgeklärten, Vertrag von 1569, auf welchem die dauernde Zurücksetzung der ältern Linie des braunschweig-lüneburgischen Hauses beruht, den bekannten Vorbehalt für den Fall des Erlöschens der mittlern braunschweigischen Linie machte und machen konnte, beweist doch wohl auch zur Genüge, dass man dabei von der begründeten Voraussetzung eines im Gesamthaus zweifellos geltenden Successionsprincips ausging. Die Frage, ob das Pactum von 1355 zwischen Wilhelm von Lüneburg und Magnus von Braunschweig, ferner die von Bohlmann in der Anl. III. G. abgedruckte *Dispositio* des Herzogs Magnus *de eod. anno* ein formell bindendes allgemeines Hausgesetz sey, ist eine ganz missige. Es steht fest, dass die darin angeordnete Untheilbarkeit u. Primogeniturfolge nachher nicht beobachtet worden ist, obwohl das braunschweig-lüneburgische Haus seit 1369 nur noch aus Descendenz von Herzog Magnus bestand. Nur dagegen (wider die allgemeine Geltung von Primogeniturrecht u. Untheil-

Die Absicht, hiermit ein gegenseitiges Successionsrecht der jetzt erst als regierende Hauptlinien dauernd sich scheidenden beiden Zweige des das Gesammthaus nur allein repräsentirenden mittlern lüneburgischen Stammes begründen zu wollen, hat den paciscirenden Fürsten, Brüdern und Vettern von Dannenberg und Celle natürlich so fern wie möglich gelegen. In einem Augenblick, wo sich das auf gemeinsamer Abstammung beruhende, auch in der lehenrechtlichen Form der Coinvestitur dem Reiche gegenüber gesicherte, Erbrecht des fürstlichen Hauses eben in so practischer Weise bethätigt und die Verlassenschaft an Land und Leuten eines entfernt (im 15ten Grade) verwandten Vetters auf sie verfällt hatte, konnten die zusammen succedirenden Söhne der beiden Brüder Heinrich und Wilhelm gewiss nicht daran denken, dass es nöthig sey, zwischen sich und ihrer Descendenz ein sich ganz von selbst verste-

barkeit) sind die Deductionen bei spätern Streitigkeiten (Bohlmann S. 36 f.) und die Stelle aus Havemann's Gesch. II. p. 696 (Bohlmann S. 38) gerichtet, welche vom Verf. der Denkschrift in so entstellender Weise benutzt werden; entstellend auch insofern, als das, was die deutlichste Anerkennung des gegenseitigen Successionsrechts der abgetheilten Linien in sich schliesst, von ihm weggelassen wird. Man vergl. damit die vollständigere Mittheilung der Stelle aus der Celleschen Deduction bei Moser, deutsches Staatsr. Th. XIII. S. 87, woraus sich zugleich ergibt, dass sich die Deduction zunächst auf das uralte Recht des Hauses in Betreff der Succession der Agnaten und nur in zweiter Linie (nicht umgekehrt wie Bohlmann S. 37 will) auf die Sammtbelehnung beruft. — Die betreffende Stelle aus Havemann's Gesch. Th. II. p. 696 s. oben Note 73. Diese Stelle hat sich zu dem Beweise benutzen lassen müssen, der »welfische Historiograph« mache »das Zugeständniss«, dass aus der ältern Zeit, vor Entstehung der beiden jetzigen welfischen Linien kein, beide bindendes, Successionsrecht begründet gewesen sey!!

hendes gegenseitiges Successionsrecht zu stipuliren. Eben so fern ist ihnen aber auch natürlich die Absicht gewesen, durch Vollziehung einer Todtheilung die Rechtsgemeinschaft zwischen sich aufzuheben und das ganz selbstverständlich fortdauernde, gegenseitige, im Falle der Erlöschung der einen oder andern Linie wirksam werdende, Successionsrecht zu beeinträchtigen. Der, wider eine solche Absicht zeugenden, positiven Gegenbeweise liefert theils der Theilungsrecess vom 14. Decbr. 1635 eine Mehrzahl ¹²³⁾, theils werden wir noch in der Folge dergleichen Zeugnissen nicht bloß bis zur Auflösung des Reichs, sondern auch darüber hinaus bis auf die Jetztzeit begegnen. Und an einen Bruch der gesammten Hand durch diese Theilung dem Lehensherrn gegenüber zu denken, war nach der festbegründeten Ordnung der Verhältnisse des Hauses durch die kaiserlichen Declarationen von 1555, 1566, 1570 u. s. w. eine reine Unmöglichkeit. Nur da, wo es nöthig schien, beiden Linien, der dannenbergischen und celleschen, gleiches Recht

123) Schon in der Einleitung dieses Recesses bekundet fast jedes Wort das Bewusstseyn der Paciscenten, dass sie als Glieder »deises uralten hochlöblichen Hauses«, dessen »Wachsthum« ferner zu fördern sey, »von einem fürstl. hohen Stamme entsprossen seyen, dass sie einer verderblichen Trennung ihres Hauses begegnen wollen u. s. w.« Die Annahme des Fortbestandes des fürstlichen Hauses und seiner Gesamtrechte begegnet uns mehrfach, so unter Nr. 6. in Betreff des mit Magdeburg alternirenden Directoriums des niedersächsischen Kreises und des im fürstl. Hause begründeten Seniorats, unter Nr. 7. in Betreff der Universität Helmstedt, bei Nr. 8. hinsichtlich sämmtlicher Ober- u. Unterharzischer Bergwerke, der im Turnus auszuübenden Superiorität über die Bergstädte, unter Nr. 11. wegen Erhaltung des gemeinschaftlichen Archivs zu Braunschweig, gemäss der alten Verträge u. s. w. Alle diese und andere Punkte sind dann durch spätere Verträge näher bestimmt worden.

(wahrscheinlich im Hinblick auf den, auch im Theilungsrecess von 1635 unter Nr. 5 ausdrücklich angezogenen, Vertrag v. 1569) zu reserviren, wird ein Vorbehalt des Successionsrechts für nöthig erachtet. So heisst es unter Nr. 3 in Betreff der den beiden Herzogen von Harburg zur „schuldigen Abfindung“ überwiesenen Grafschaften Hoya braunschweigischen Theils und Reinstein-Blankenburg, auch des vorbehaltenen Residuums: „Es wollen sich aber, sowohl die fürstl. Zellische als Dannenbergische Linie, die *jura agnationis* und Rückfall an gedachten beyden Grafschaften und dem der fürstl. Harburgischen Linie gebührenden *Residuo* ausdrücklich vorbehalten haben.“

Auf gleicher Voraussetzung des, sich forthin ganz von selbst verstehenden, gegenseitigen Successionsrechts der abgetheilten Linien des Gesammthauses beruhen verschiedene Bestimmungen der sog. Hauptverfassung, oder des Erbvertrags, welcher zwischen den regierenden Herzogen von Celle, Calenberg und Wolfenbüttel, Friedrich, Georg und August d. J. zu Celle am 10. Decbr. 1636, unter gleichzeitiger Erneuerung und Bestätigung des Erbtheilungsrecesses v. 14. Decbr. 1635 ¹²⁴⁾, abge-

¹²⁴⁾ Diese Erneuerung des Erbtheilungsrecesses von 1635 stimmt grösstentheils mit der ursprünglichen Stipulation überein. Doch ist Einiges, was 1635 noch ausgesetzt worden war, näher bestimmt, namentlich der Punkt »zum Sechsten« wegen des Seniorats im fürstl. Gesammthause. Es wurde jetzt anerkannt, dass das Kreisdirectorium und die Eigenschaft als »Deputirter-Stand des Reichs« ein untheilbares Gesammtrecht des Hauses sey, welches hinführo jedesmal u. *ipso jure* bei dem ältesten regierenden Herrn Zelleschen, Wolfenbüttelschen und Calenbergischen Theils seyn, stehen und verbleiben solle, aber nicht auf andere Dinge erstreckt werden dürfe. Eingeschoben ist darauf 1636 »vors Siebente« die Bestimmung: »Desgleichen soll es — mit

schlossen wurde ¹²⁵⁾. In diesem Erbvertrag bekennen sich die paciscirenden Fürsten, „die Gott zu Herren eines Vaterlandes gesetzt und von einem Grossvater entspriessen lassen“, zu den schönsten Grundsätzen in Betreff ihrer Verhältnisse zu einander als Glieder eines Stammes, zu Kaiser und Reich, den Mitständen, ihren Landständen und Unterthanen, und sagen sich gegenseitig die innigste Verbindung, Eintracht und Conformität in Rath und That für alle Zeit zu, damit „das Band der von Gott und der Natur unter Uns gepflanzten nahen Blutsverwandtschaft ohne einigen Anstoss bis an Unser allerseits Ende unaufgelöst bestehe und auf Unsere Posterität gleichermassen beständig transferirt, auch Alles zu Unsers Hochfürstlichen Hauses und allerseits Lande und Leute Aufnahme und Wohlfahrt angeordnet und angestellt werde“. Die „zur *Conservation* des ganzen Hauses“ getroffenen Verabredungen selbst sind aber grossen Theils gar nicht neu, sondern nur Wiederholungen Desjenigen, was uns schon in den Hausverträgen

dem Original-Gesamb-Lehen und allen andern unser fürstliches Haus insgemein angehenden Briefen gehalten — — werden«. Dadurch hat die Erneuerung des Theilungsrecesses eine Nummer mehr bekommen. Für diesen erneuerten Theilungsrecess wurde im Namen des gesammten Hauses Braunschweig u. Lüneburg die kaiserliche Bestätigung nachgesucht und vom Kaiser Ferdinand III., unter wörtlicher Einfügung des ganzen Recesses, zu Prag am 27. Aug. 1638 dem gesammten Hause ertheilt. Von dem im Königl. Archive befindlichen Original-Dokument auf Pergament mit dem grossen kaiserlichen Siegel hat jetzt einen Abdruck geliefert: H. Schulze, die Hausgesetze Th. I. S. 445 f.

• ¹²⁵⁾ Das von den drei Herzögen unterzeichnete und besiegelte Original, auf Pergament, im Königl. Archive. Abdruck bei H. Schulze, a. a. O. unter der Bezeichnung als »Accidenzvertrag«, p. 453 f.

des 14. und 15. Jahrhunderts begegnet ist, wie z. B. in Betreff des sog. *Seniums*, der Unzulässigkeit einseitiger Allianzen, *Confoederationes* und Verbündnisse, Nichtigkeit aller verbotenen Veräußerung, besonders von Land und Leuten, Gemeinsamkeit der *Noviter acquisita*. In Betreff der letztern insbesondere besagt der Art. 16. der Hauptverfassung :

„Dagegen zweifeln wir zwar fürs Sechszehnte im „Geringsten nicht, dass ein Jeglicher vor allen An- „dern auf Vermehr- und Verbesserung Unseres Hau- „ses Wohlfahrt und Aufnahme ein Absehen haben „werde; Als jedoch auch deswegen der Nachkom- „men halber nicht zu wohl (sehr) vigilirt werden „kann und von wegen der von Neuem zugeworbe- „nen und zuerlangten Stücke und Güter es nicht „allemaal gleich gehalten, So setzen und verordnen „wir hiermit für Uns und Unsere Erben, Erbneh- „men und Nachkommen, dass die *noviter ac-* „*quisita*, so inskünftig eine oder andere „*linea* erlangen möchte, zwar bei demjenigen „davon sie herbeigebracht und dessen Linie, die Zeit, „die selbige dauern wird, verbleiben, ein Jeglicher „aber gehalten seyn soll, sich dahin zu bemühen, „dass die durch Gottes gnädigen Segen etwa lebende „andere Linien, auf deren Kosten, mit in die „Folge gebracht werden; und wenn etwa die „acquirirende *linea*, Gottes unwandelba- „ren Willen nach, aus- oder abgehen würde, „alsdann die an Blut und Verwandtnuss „nächstfolgende succediren; Dagegen aber „dem Landerben, oder andern vorhandenen Interes- „senten von der ausgegangenen Linie, dasjenige, „was dieselbige auf solche neue Stücke nothwendig

„und nützlich verwendet, der Billigkeit nach, un-
„fehlbar erstatten sollen“.

Dass in dieser, die *noviter acquisita* betreffenden, Stipulation die allerdeutlichste Anerkennung der Fortdauer des gegenseitigen Successionsrechts der abgetheilten Linien überhaupt enthalten ist, liegt klar auf der Hand. Ohne diese Voraussetzung wäre sie geradezu sinnlos gewesen. Auch die gemeinsame „Hausverfassung“ für Braunschweig, Celle und Wolfenbüttel von 1636 enthält mithin eine unleugbare Bestätigung des eventuellen Rück- oder Anfalls von Braunschweig-Wolfenbüttel an die Cellesche Linie und umgekehrt; und manchen andern Anerkenntnissen gleicher Art begegnen wir noch in einer Reihe von Verträgen des 17ten Jahrhunderts, die als Verträge des Gesamtthauses zu betrachten sind, indem sich auch die braunschweig-wolfenbüttelsche Linie daran betheiligt hat ¹²⁶⁾.

¹²⁶⁾ Um aus dem reichen Material nur Einiges hervorzuheben, nehmen wir Bezug: 1) auf den Vertrag der drei Herzöge von Celle, Calenberg und Wolfenbüttel wegen der Wahrung und Geltendmachung der Rechte des Gesamtthauses auf das Stade- und Budjatingerland gegen Holstein-Oldenburg d. d. Celle den 12. Febr. 1650. 2) auf den Vertrag d. d. Braunschweig, den 17. Mai 1651, die Regulirung der über die Succession in die Verlassenschaft der, 1642 erloschenen, harburgischen Linie betreffend. Namentlich glaubte Br.-Wolfenbüttel (Herzog August d. J.), trotz des Vertrags von 1569, verlangen zu können, dass das der harburgischen Linie gebührende, aber von dieser an Celle abgetretene Drittel der grubenhagenschen Erbschaft mit in die Theilung gebracht werde, was Celle nicht concediren wollte. Um die Sache in eins abzumachen, wurde die Grafschaft Blankenburg u. Reinstein in dem Stand, wie sich dieselbe nach Abgang der Reinstein'schen Stücke (welche 1644 dem Grafen von Tättenbach verliehen worden waren) dem Herzog August

Obwohl sich diese Verträge und die darin enthaltenen Vorbehalte ihrem unmittelbaren Gegenstande nach

d. J. mit aller Hoheit und Rechten überlassen, jedoch vorbehaltlich des nach den Erbverträgen eintretenden Rückfalls an die Celle-Calenbergische Linie. S. diesen Vertrag in v. Selchow's Magazin Bd. I. S. 78 f. 3) In einem, vom Herzog August von Braunschweig-Wolfenbüttel und andern Fürsten zwischen den Söhnen Georgs, Georg Wilhelm und Johann Friedrich, nach dem Tode des ältern Bruders, Christian Ludwig († März 1665), vermittelten, Vergleich *d. d.* Hildesheim den 2. Septbr. 1665 (unter Garantie der vermittelnden Fürsten, der Krone Frankreich und Schweden, Kurcöln, Kurbrandenburg, Wolfenbüttel, und Herzog Ernst August vollzogen den 6. Septbr. *resp.* 26. Octbr. 1665), durch welchen Georg Wilhelm das Fürstenthum Celle nebst den dazu gehörigen oder jetzt gelegten Stücken (Hoya und Diepholz, Walkenried u. Schauen, und $\frac{2}{3}$ des Amtes Harpstedt), Johann Friedrich dagegen Calenberg, Göttingen und Grubenhagen erhielt, — findet sich *Pos.* 7. auch die Bestimmung: »Damit auch künftig in diesem fürstlichen Hause die nächsten *Agnati* und Blutsverwandte ihres *in eventum* zustehenden Successionsrechts um desto mehr versichert seyn mögen, ist verabredet und beliebt: dass hinführo sowohl die Homagial- und Lehn- als die Diensteide für jetz- und künftige Räthe und andere vornehme Hof- und Regierungsbediente, wie auch die hohe Kriegsofficier und Commandanten in den festen Posten dergestalt eingerichtet werden sollen, damit gedachte Bediente, Lehnleute und Unterthanen jedes Orts, zwar dem *p. t.* regierenden Landesfürsten vornemlich, daneben gleich wohl auch auf dessen Absterben denen nachfolgenden in der Regierung namentlich, und dessen männlichen Leibes- Lehns- Erben sich gleichfalls verwandt machen müssen, allermassen dann deswegen eine gewisse Formel jetzt verglichen und zu Ende dieses Erbvergleichs annectirt worden«. Auch dieser Recess ist abgedr. bei v. Selchow, Magazin Bd. I. S. 103 f. 4) die Punctation *d. d.* Celle den 6. Mai 1671, welche zwischen Herzog Georg Wilhelm von Celle und Rudolph August von Braunschweig-Wol-

nur auf einzelne Stücke des welfischen Besitzthums und was dazu noch erworben werden möchte (die *noviter acquisita*), beziehen, so beruhen sie doch ebenfalls auf der unbestrittenen Voraussetzung des im Gesamthause begründeten gegenseitigen Successionsrechts und sind eben so viele Bestätigungen desselben. Es fehlt aber auch nicht an ganz allgemeinen und ausdrücklichen Vorbehalten in spätern, zwischen Hannover und Braunschweig-Wolfenbüttel abgeschlossenen

fenbüttel vor der mit vereinigten Kräften erzielten Unterwerfung der, dem Gesamthause untergebenen, Stadt Braunschweig abgeschlossen wurde, und wodurch Georg Wilhelm seinen Antheil an der Stadt und den Stiftern St. Blasii und Cyriaci, auch Kloster St. Aegidii, für den dannenbergschen Antheil an den fünf Aemtern Lüchau, Hitzacker, Dannenberg, Wustrau und Scharnebeck abtrat. Bei beiden Abtretungen wird, um der möglichen Annahme einer Ausscheidung von den braunschweig-lüneburgischen Gesamtlanden zu begegnen, der eventuelle Rückfall vorbehalten. Nr. 3.: »Herrn Herzogen Georg Wilhelm und Ihren fürstl. Successoren in der Landesregierung den Rückfall (der Rechte an und in der Stadt Braunschweig) wann, was Gott verhüte, der jetzige Wolfenbüttelsche Mannsstamm gänzlich erlöschen sollte, vorbehalten«. Nr. 5.: »— wobei jedoch dieselbe (Herzog Rudolph Augusts Durchl.) nicht weniger für Sich und Ihre fürstliche Successoren, den Rückfall, da die fürstl. Zellische Linie, so aber Gott verhüten wolle, abgehen sollte, vorbehalten. Dann tritt (Nr. 13.) Herzog Georg Wilhelm, unter gleichem Vorbehalte, auch noch »das Stift Walkenried mit aller seiner Hoheit, *Juribus* und andern Zubehörungen« an Rudolph August ab. Diese Punctation v. 6. Mai 1671 und die am selbigen Tage errichtete »Nebenpunctation« findet sich in v. Selchow's Magazin Bd. I. S. 114 f. S. 123 f. Dasselbst auch mehrere hiermit im Zusammenhang stehende Verträge von 1671, 1673, 1679 (S. 128, 135. 140), die sich noch durch andere, z. B. auf die Dotation der »*Madame de Haarbours*« bezügliche, aus den Archiven vermehren liessen.

Verträgen, welche auf derselben Voraussetzung beruhen und die wir auch nur als bestätigende Zeugnisse für das an sich begründete, nicht als Titel eines erst jetzt zu begründenden Rechts zu betrachten haben. Ein solches directes und unwiderlegliches Zeugniß enthält:

1) der Recess wegen des bis dahin gemeinschaftlichen Herzogthums Lauenburg und wegen des Amts Campen *d. d.* Braunschweig den 17. Jan. 1706, durch welchen Braunschweig-Wolfenbüttel für Abtretung seines Antheils an jenem Herzogthum und dessen Zubehör abgefunden wurde ¹²⁷⁾, unter gleichzeitiger Beilegung gewisser, in Betreff der Ausübung des *Seniums* entstandenen, Differenzen ¹²⁸⁾. Die hier in Betracht kommende Hauptstelle dieses Recesses besagt:

„Es cediren und überlassen Herrn Herzogen Anton
„Ulrich Durchl. für Sich, Dero Erben und Succes-
„soren, auch ganze Wolfenbüttelsche Linie,
„Höchstgedachten Ihro Churfürstlichen Durchlaucht,
„Dero Successoren, und also dem Durchlauchtigsten
„Hause Braunschweig- und Lüneburg, Hannöver-

¹²⁷⁾ Ein Abdruck dieses Recesses findet sich bei v. Selchow im Magazin für die teutschen Rechte. Bd. I. S. 192 f. Die Rati-
fications - Urkunden des Kurfürsten Georg Ludwig und des Her-
zogs Anton Ulrich sind vom 25. Jan. 1706. Der, am Schluss des
Recesses vorbehaltene, Consens der Agnaten ist, nach Maassgabe
der darüber vorhandenen Acten, erfolgt, insbesondere auch der
Consens des Herzogs Ferdinand Albrecht II. von Braunschweig-
Bevern, dessen Linie (seit 1735) die in Braunschweig regierende
ist. Die Entlassungsurkunde Anton Ulrichs für die Lauenburgi-
schen Stände ist vom 25. Febr. 1706. Sie enthält ebenfalls den
Vorbehalt der gesammten Hand und des Rückfalls *in eventum*.
Vergl. auch Ribbentrop, Beyträge S. 82 f.

¹²⁸⁾ Vergl. Moser teutsches Staatsrecht. Th. XXII. S. 471.

„scher Linie, vorgedachten Ihren Antheil an dem „Herzogthum Sachsen-Lauenburg, mit allen dessen „Zubehörungen und *Juribus*, nichts überall ausgenommen, wie es die vorige Herzoge zu Sachsen-Lauenburg „gehabt, besessen und genossen, oder haben, besitzen „oder geniessen können und sollen, und thun sich „sowohl an solchen Lauenburgischen Landen und was dazu gehört, als aller übrigen von der Hannöverschen Linie itzo besitzenden Landen, weiter überall nichts, „als die gesammte Hand und den Rückfall „*in eventum* vorbehalten. Gleichwie dann „auch andern Theils die Hannöversche Linie nie an denen Wolfenbüttelschen itzo besitzenden Landen sich nichts als vorgedachte gesammte Hand und den Rückfall „vorbehält; jedoch bleibt *via Juris*, in vorfallenden streitigen Fällen, jedem Theile reservirt.“

2) Der Vergleich zwischen König Georg II. und Beil. X. Herzog Karl von Braunschweig d. d. 14. Novbr. 1739, durch welchen die entstandenen Differenzen in Betreff der Gesamtbelehnung, d. h. über die Frage, ob Lauenburg, Bremen und Verden in die vom Senior des Hauses zu bewirkende Reichs-Gesamtbelehnung aufzunehmen seyen, dahin geschlichtet wurden, dass diess in Betreff Lauenburgs der Fall seyn, für Bremen und Verden dagegen, obwohl diess auch Theil des Gesamtlehens sey, der derzeit besitzenden Kurlinie eine besondere Lehensempfängniss zugestanden werde ¹²⁹⁾. In

¹²⁹⁾ S. die genauere Darstellung der entstandenen Differenzen und deren Beilegung nebst Literatur - Angaben bei Manecke braunschweig-lüneb. Staatsr. §. 21. 22. (S. 35 f.), wo aber die Angabe der Daten der Verträge von 1706 u. 1739 unrichtig ist. Ribbentrop,

diesem Vergleich wurden die Erbverträge des Hauses, insbesondere von 1636 und der Recess von 1706 bestä-

Beyträge S. 85 f. Da der Vergleich von 1739 bis jetzt nicht gedruckt ist, so lassen wir ihn unten nach der vom Herzog Karl v. Braunschweig vollzogenen Original-Urkunde folgen als Beil. X, und bemerken hier nur Folgendes:

Als mit dem im Septbr. 1735 erfolgten Tode des Herzogs Ferdinand Albrecht von Braunschweig-Wolfenbüttel das Seniorat des fürstl. Hauses auf den König und Kurfürsten Georg II. überging, erbat sich dieser von Wolfenbüttel die zur Einholung der Renovation der Lehensinvestitur erforderlichen Vollmachten. Diese trafen im Juli 1736 in Hannover ein, wurden aber, weil sie sich auf alle dem Gesamthause zuständigen Herzog- und Fürstenthümer, Graf- und Herrschaften, mithin auch auf die Herzogthümer Bremen und Lauenburg, und auf das Fürstenthum Verden erstreckten, vom kurfürstl. Ministerium mit dem Bedeuten remittirt, dass die letztgenannten Landschaften den zum Senium gehörigen Gesamtlehen nicht beizurechnen seyen.

Aus dieser Controverse erwachsen zwei Deductionen:

- 1) Wolfenbüttelscher Seits: »Ursachen, dass bei vorseyender gesammten Reichs-Belehnung des durchl. Gesamt-Hauses Br. u. Lüneburg die Seniorats-Lehens-Investitur-Renovation auch wegen etc. Bremen, Vehrden und Sachsen-Lauenburg zu nehmen«. 1738 fol.
- 2) Kurfürstlicher Seits; »Ausführung der Ursachen, wesswegen nothwendig *Austregae domus* statt haben, im Fall des Herrn Hertzogs zu Braunschweig-Wolfenbüttel Durchl. auf dero neuerlichen *Praetension* zu beharren vermeinen, dass die Lehens-Empfahung der neu *acquirirten* Sonder-Lehen von dem ältesten Herrn des Hauses Br. - Lüneb. allewege unter dem Reichs-Gesamt-Lehen geschehen muss«. 1738 fol.

Wolfenbüttel gieng dabei von dem Grundsatz aus, dass »jede kaiserl.- und des Reichs Lehen, welche das Gesamthaus besitze, ohne Unterschied der acquirirenden Linie und der Acquisition, nach den bestehenden Hausverträgen und kaiserl. Declarationen, wahre Gesamtlehen seyen und bei Eröffnungsfällen von dem Senior für das Gesamthaus genommen werden müssen«.

tigt und ausdrücklich erklärt, dass auch die Herzogthümer Lauenburg, Bremen und Verden der im Gesamthause begründeten Erb- und Lehensfolge unterliegen und dass überhaupt kein „wirklicher reeller Unterschied, von was Art oder Effect der immer seyn könnte“, zwischen den genannten Herzogthümern und den übrigen braunschweig-lüneburgischen Landen, „sowohl *ratione juris et effectus Senii*, als auch sonsten wegen der Lehensqualität an sich selbst, ingleichen *ratione ordinis, modi et juris succedendi*, des Kirchengebets und der Homagial-Pflichten der Unterthanen“ stattfinden, allein mit Ausnahme der „auf einer blossen Formalität beruhenden separaten Lehensempfängniss“ der Kurlinie für Bremen und Verden.

Schliesslich mag hier noch des westphälischen Friedens und seiner auf das braunschweig-lüneburgische Haus bezüglichen Bestimmungen ¹³⁰⁾ nur insofern gedacht werden, als auch daraus die deutlichste Anerkennung der Verbindung der neuen, kurz vorher entstandenen, beiden Hauptlinien (*moderni Duces Brunsvicenses et Luneburgenses* nennt sie, im Gegensatz zu der mit Friedrich Ulrich erloschenen Linie, *Instr. Pac. Osnabr. Art. XIII. §. 11.*) zu einem Gesamthause, sowie des darin begründeten familienrechtlichen Successionsrechts ¹³¹⁾ hervorleuchtet, eine Anerkennung, deren Bedeutung nach der verschiedenen Eigenschaft des westphälischen Friedens als eines europäischen, völkerrechtlichen Vertrags und eines, von Kaiser und Reich adoptirten, Reichsgrundgesetzes zu ermessen ist.

¹³⁰⁾ *Instr. Pac. Osnabr. Art. XIII. §. 5–14.*

¹³¹⁾ *Art. XIII. §. 9.* spricht von dem *inter Ducum Brunsvicensium et Luneburgensium familias succedendi ordine*.

VI.

Die rechtlichen Folgen der Auflösung
des deutschen Reichs in Betreff des
Successionsrechts im braunschweig-
lüneburgischen Gesammthause.

§. 20.

Die letzte solenne Belehnung des braunschweig-lüneburgischen Gesamtthauses hatte Kaiser Karl VI. am 16. Juni 1733 vollzogen; die letzte für das Gesamtthaus erfolgte Lehensmuthung, unter Ertheilung des impetrirten Muthscheins, fand nach der Wahl Kaisers Franz II. zum deutschen Kaiser im Jahre 1793 statt¹³²⁾. Beil. XI. Sie hatte „das von Kaiserl. Majestät und dem heiligen Römischen Reich lehenrührige Herzogthum Braunschweig-Lüneburg, sammt den dazu gehörigen Fürstenthümern, Graf- und Herrschaften“, dem Herkommen nach, zum Gegenstand, einschliesslich des, nach dem Vergleich von 1706 auch unter die vom *Senior domus* zu erwirkende Sammtbelehnung gehörigen, Herzogthums S. Lauenburg und stellte jedenfalls auch das Fürstenthum Braunschweig-Wolfenbüttel in seinem damaligen Bestande, welcher bekanntlich, selbst nach dem wechselvollen Schicksal der nächsten Decennien fast unverändert geblieben ist, als ein zum Rechte des Gesamt-

¹³²⁾ Vergl. oben §. 15 a. E. Note 104.

hauses gehöriges Object hin. Die einzige neue Erwerbung, welche Braunschweig-Wolfenbüttel nachher — abgesehen von den während des Bestandes des Königreichs Westphalen eingezogenen, in Braunschweig belegenen Gütern des deutschen Ordens, — gemacht hat, waren die Abteien Gandersheim und Helmstädt¹³³⁾, welche ihm durch den Reichsdeputations-Hauptschluss v. 25. Februar 1803 zugewiesen wurden, während „dem Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg“ für verschiedene von ihm aufgegebene, grossentheils von Alters her in die Rechtsgemeinschaft des Gesamthauses gehörige Ansprüche (Grafschaft Sayn-Altenkirchen¹³⁴⁾, Hildesheim, Corvey und Höxter, gewisse Rechte und Zuständigkeiten in Hamburg und Bremen) das Bisthum Osnabrück, auf welches bereits der westphälische Friede¹³⁵⁾ der Descendenz des Herzogs Georg und eventuell des Herzogs August d. J. von Braunschweig-Wolfenbüttel ein, mit einem katholischen Bischof abwechselndes, Besitzrecht zugesprochen hatte, überwiesen wurde. Nach den klaren Bestimmungen der Hausverträge in Betreff der *noviter acquisita* beider Linien des Gesamthauses konnte es nicht dem mindesten Zweifel unterliegen, dass auch diese neuen

¹³³⁾ Hierauf und auf die, auch in Folge des Reichsdep. Hauptschlusses, erfolgte Säcularisation der Stifter in Braunschweig bezieht sich §. 169 des braunschw. Grundgesetzes von 1832: „Die Güter und Gerechtsame der auf den Grund des Reichsdeputationshauptschlusses v. 25. Febr. 1803 aufgehobenen Stifter *St. Blasii et Cyriaci* werden, vorbehältlich der den Präbendarien ausgesetzten Pensionen, dem Kammergute einverleibt, wie solches in Ansehung der Abtei Gandersheim und des Klosters St. Ludgeri vor Helmstedt früher schon geschehen ist.“

¹³⁴⁾ S. darüber Manecke, braunsch.-lüneb. Staatsr. §. 29. S. 50.

¹³⁵⁾ *Inst. Pac. Osnabr. Art. XIII. §. 5. 6.*

Erwerbungen Object des gegenseitigen Successionsrechts wurden und blieben, ohne dass der Umstand, dass sich keine Gelegenheit mehr darbot, sie bei dem, seiner Auflösung entgegengehenden, deutschen Reich „mit in die Folge zu bringen“, irgend einen rechtlichen Einfluss ausüben konnte.

Mit der, durch die Stiftung des Rheinbundes, die Lossagungserklärungen theils der Mitglieder desselben, theils anderer Reichsfürsten und die Abdicationsacte Franz II. sich factisch vollziehenden, Auflösung des Staatskörpers des heil. römischen Reichs deutscher Nation traten auch Hannover und Braunschweig (abgesehen von der französischen und dann preussischen Occupation der Lande der Kurlinie) in das Verhältniss völkerrechtlich unabhängiger oder souveräner Staaten ein. Dass dadurch in dem rechtlichen Verhältniss der beiden Hauptlinien zu einander, wie es durch die gemeinsame Abstammung, die sechshundertjährige Observanz, die Hausverträge und reichsoberhauptliche Anerkenntnisse festgestellt war, nichts geändert wurde, kann hier so wenig einem Zweifel unterworfen werden, als es in Betreff anderer fürstlicher Häuser, die mit ihrer Abtheilung in mehre Speciallinien (Sachsen, Hessen, Anhalt, Schwarzburg, Reuss, Lippe) gleichzeitig souverän wurden, irgendwie bezweifelt worden ist. Wie die, während der Periode der Fremdherrschaft neugebildeten, staatsrechtlichen Verhältnisse, mit Rücksicht auf die Principien über das Verhältniss des legitimen Fürsten zur Zwischenherrschaft zu beurtheilen sind, ist hier nicht zu erörtern. Jedenfalls sind durch die, in Folge des Befreiungskampfes, unter Anerkennung der alliirten Mächte, von selbst eingetretenen, durch die Friedensschlüsse und Congressacten jener Periode vollständig anerkannten, Wirkungen des *jus postliminii* so unleugbar vorhanden, dass

nur Aberwitz die Conclusion aufstellen konnte ¹³⁶⁾, dass der heldenmüthige Friedrich Wilhelm als ganz neuer Erwerber des Herzogthums Braunschweig für ein neues Geschlecht zu betrachten sei. Auf die völkerrechtlichen Anerkennnisse der vollständigsten Wiedereinsetzung der beiden Branchen des braunschweig-lüneburgischen Gesammthauses in den vorigen Stand und die Herrschaft über ihre Erblände werden wir später noch zurückkommen.

Ganz müssig würde es auch sein, die Frage zu erheben, ob die Vervollständigung der Landeshoheit der deutschen Fürsten zur unabhängigen und selbstständigen Staatsgewalt (Souveränität) sich von selbst vollzogen habe, oder ob es dazu einer Art Apprehension der bis dahin noch fehlenden Hoheitsrechte bedurfte; so wie es anderer Seits natürlich eine höchst beschränkte Auffassung bekunden würde, die mit der Auflösung des Reichs sich vollziehende, politische Veränderung auf das Wegfallen des Reichslehensnexus der bisherigen Reichsstände zu beschränken. Der Theorie nach war freilich das deutsche Reich bis zu seiner Auflösung ein wirklicher, zusammengesetzter Staatskörper (*Civitas composita*); die Landeshoheit der Fürsten und anderer Reichsglieder war verfassungsmässig der Reichsstaatsgewalt untergeordnet; diese Reichsstaatsgewalt (Kaiser und Reich) war auch eigentlich unbeschränkt, indem nur den Kaiser, als s. g. Reichsoberhaupt, die reichsgrundgesetzlichen Beschränkungen trafen; in der Wirklichkeit war aber das Reich schon seit Jahrhunderten nur das Schatzenbild einer staatsrechtlichen Organisation und es über-

¹³⁶⁾ Wie es in den Broschüren „Die Regierungsfolge im Herzogthum Braunschweig nach dem Erlöschen des braunschweig-wolfenbüttelschen Fürstenhauses“ und „Braunschweigs Anschluss an Preussen“, Berlin 1861, geschehen ist.

wog bei Weitem die völkerrechtliche Natur des Verhältnisses der Reichsstände zu einander und nach Aussen hin, nachdem der Westphälische Friede ihr *jus foederum ac legationum* anerkannt und damit die Schwäche der Reichsgewalt definitiv besiegelt hatte. Die Entwicklung der reichsständischen Territorien zu „Staaten“ und der Landeshoheit zu einer wirklichen „Staatsgewalt“ hatte sich bereits soweit vollzogen, dass im öffentlichen Leben der deutschen Reichlande mit der Auflösung des morschen Reichskörpers kaum eine Veränderung irgend sichtbar hervortrat und der Gewinn, welchen die nun reichsfreien Fürsten von dem Accresciren der noch übrig gebliebenen exklusiven kaiserlichen Reservatrechte hatten, war ein verhältnissmässig sehr unbedeutender. Der Hauptvorthail lag mehr in der Idee, als in der Wirklichkeit; diese Idee, nun „souverän“ zu seyn, wurde aber allerdings von manchen Fürsten, besonders ihren Ständen und Unterthanen gegenüber, in sehr verletzender Weise ausgebeutet und zu der ganz heillosen und verwerflichen Lehre entstellt, dass es für ihre „souveräne“ Gewalt nun gar keine rechtlichen Schranken mehr gebe, weil alle bisher anzuerkennenden Rechte der Unterthanen, der Stände, einzelner Corporationen und ganzer Klassen von Unterthanen den, wenigstens rechtlich möglichen, reichsoberhauptlichen und reichsgerichtlichen Schutz verloren hatten; — eine Lehre, gegen welche dann der berühmt gewordene Ausspruch der Hannoverschen Note auf dem Wiener Congress vom 21. Octbr. 1814 gerichtet war.

Dass die öffentliche Gewalt der deutschen Fürsten mit dem Bruch der in der Reichsverfassung enthaltenen Schranken und Fesseln eine ganz andere geworden sei, nach Aussen oder nach innen, vermögen wir in keiner Weise anzuerkennen und ebenso wenig können wir zugeben, dass sie jetzt erst aus der privatrechtlichen Sphäre

in die staatsrechtliche übergetreten sey. Dieser Uebergang, soweit überhaupt von einem solchen die Rede sein kann, hatte sich schon längst vollzogen und so wie die von den bisherigen Landesherrn nach Aussen hin, abgesehen vom Verhältniss zum Reichskörper, durch Verträge erlangten Rechte und übernommenen Verpflichtungen mit der Auflösung des Reichs keine Aenderung erfuhren und von keiner Veränderung in Ansehung des Subjects der Verpflichtung oder Berechtigung die Rede seyn konnte, so haben auch die auf Land und Leute, auf die Landes- und Hausverfassung, auf Successionsrecht und Successionsordnung, Untheilbarkeit, Unveräusserlichkeit, Primogenitur u. s. w. bezüglichen Gesetze und Verträge keineswegs in solcher Weise ihren Gegenstand verändert, oder gewechselt, dass von einer Unanwendbarkeit derselben im Allgemeinen oder von der Nothwendigkeit einer neuen Ordnung derselben hätte die Rede seyn können. Der beste Beweis dafür ist, dass in allen souveränen Fürstenhäusern diese älteren Verträge und Gesetze fernerhin als maassgebend betrachtet wurden und jetzt noch werden, in soweit sie keiner Abänderung in rechtlicher Form und Weise unterzogen worden sind; und so können und müssen wir auch für das braunschweig-lüneburgische Haus und das Rechtsverhältniss der beiden regierenden Linien desselben, deren Häupter sich nun als unabhängige Souveräne, wie früher als unabhängige Landesherren, gegenüber standen, als Prinzip festhalten, dass die bestehenden Hausgesetze und Verträge weder aus dem Grunde, weil sie ihren Gegenstand verloren, noch deshalb, weil der Wille der beiderseitigen Souveräne dadurch nicht mehr habe gebunden werden können, ihre rechtliche Geltung und Verbindlichkeit eingebüsst haben. Eben so wenig konnte und kann noch jetzt von einer Befugniss zu einseitiger Abänderung

derselben unter Berufung auf das Souveränitätsrecht und das darin enthaltene *jus eminens* die Rede seyn. Auch der Landeshoheit wurde bereits ein solches *jus eminens* beigelegt, und wenn auch in der Reichsverfassung eine mögliche Remedur gegen dessen Missbrauch gegeben war, so wird sich doch nicht behaupten lassen, dass die Aufhebung dieser äussern Schranke, die Zulässigkeit des Missbrauchs zum Rechte gestempelt habe. Kein *jus eminens* der souveränsten Gewalt schliesst die Befugniss in sich, sich willkürlich über bestehendes Recht und Gesetz hinwegzusetzen und kein Souverän hat das Recht, unter Berufung auf sein *jus eminens*, sich von den für ihn oder den Staat rechtlich begründeten Verpflichtungen loszusprechen! Was der Zustand äusserster Noth entschuldigen und in so fern rechtfertigen kann, ist nur da zu erörtern, wo es sich wirklich um einen staatlichen Nothstand handeln mag. Wir betrachten damit auch die speciellere Frage, ob die Souveräne von Hannover oder Braunschweig, jeder für sich, berechtigt seyn könnten, die auf dem Rechte des Gemmeinthauses beruhende Successionsordnung aufzuheben, oder das gegenseitige Thronfolgerecht beider Linien einseitig abzuändern? als abgemacht und sind nicht gemeint, über diese, durch die Sachlage gar nicht gegebene Frage, auch nur ein Wort zu verlieren.

§. 21.

Es kann nicht unsere Aufgabe seyn, die Frage, welche rechtliche Folgen die Auflösung des deutschen Reichs gehabt habe? nach ihren verschiedenen Gegenstände und Richtungen zu verfolgen¹³⁷⁾. Für uns sind

¹³⁷⁾ S. darüber H. A. Zachariä Deutsches Staats- u. Bundesrecht 2. Ausg. Th. I. §. 37. §. 41.

hier nur zwei Punkte von erheblicherem Interesse, nämlich:

- 1) ob damit die Grundlage oder rechtliche Natur des Successionsrechts in den regierenden deutschen Fürstenhäusern eine Aenderung erfuhr?
- 2) ob alle zur Zeit des Reichs begründeten Titel auch gegenwärtig noch einen Successions-Anspruch zu begründen geeignet sind?

Das allgemeine Prinzip für die Beurtheilung der rechtlichen Folgen der Auflösung des deutschen Reichs lässt sich unseres Erachtens in folgende Hauptsätze zusammenfassen:

I. Das deutsche Reich wurde aufgelöst, aber nicht rückwärts annullirt. Erlöschen musste Alles, was integrierender Bestandtheil des Reichsorganismus selbst war, was zu den Rechten und Pflichten von Kaiser und Reich überhaupt und im Verhältniss zu den Gliedern des Reichs gehörte und was sich nur durch die Subjecte der Reichsgewalt verwirklichen liess, oder als rein obligatorisches Verhältniss mit dem Wegfall des verpflichteten Subjects auch die Bedingung für seine rechtliche Existenz oder Verwirklichung verlor.

II. Alles, was den Character einer selbstständigen oder privativen, wenn auch nicht unabhängigen, Rechtssphäre hatte, d. h. nicht zum staatsrechtlichen Organismus des Reichskörpers selbst gehörte, bestand, mit den dafür geltenden Normen, fort, wenn es auch einer Seits die in der Reichsverfassung enthaltenen rechtlichen Garantien verlor und anderer Seits von den in derselben begründeten materiellen und formellen Schranken befreit wurde. Es veränderte seine rechtliche Natur nur in so weit, als die Veränderung oder Modification mit dem Wegfallen dieser Garantien und Schranken von selbst gegeben war. Denn Rechte hören überhaupt nicht deshalb

auf als solche zu existiren, dass sie die, ihre Realisirung sichernden, Garantien verlieren und der Wegfall des beschränkenden Rechts zieht nicht die Erlöschung des bis dahin beschränkten Rechts nach sich, sondern macht es zu einem schrankenfreien und erhebt es zu derjenigen Vollkommenheit, die es ohne das Daseyn jener Schranke gehabt haben würde.

III. Alle bisher unter dem Schutz oder der Garantie der souveränen Reichsstaatsgewalt bestanden Rechtssphären, selbst wenn sie ganz oder theilweise aus einer Verleihung derselben hervorgegangen oder durch kaiserliches Privilegium begründet worden waren, erlangten, mit der Auflösung des Reichs, entweder den Character der politischen Unabhängigkeit, oder mussten sich einer andern souveränen Macht, in deren Gebiet sie factisch gehörten (z. B. die der Mitglieder der Familie des neuen Souveräns) oder gezogen wurden (wie z. B. die durch die Rheinbundsacte mediatisirten Fürsten, Grafen und Herrn), unterordnen. Auch die schon subjiectirten Rechtssphären bestanden aber in der Ordnung und Gestalt fort, welche sie durch die bisherige historische Rechtsentwicklung erhalten hatten und wurden keineswegs einer willkürlichen Aufhebung oder rechtsändernden Bestimmung der neuen Souveräne Preis gegeben. Nur das mit der Souveränität direct im Widerspruch Stehende oder Unvereinbare musste nothwendig cessiren, oder konnte von den neuen Souveränen auf dem Wege der Gesetzgebung beseitigt oder neu geordnet werden. Was der Souveränitätsschwindel der Rheinbundsperiode dagegen gesündigt hat, kann nicht maassgebend seyn! Jener Schwindel, welcher deutsche Fürsten glauben machte, mit der Auflösung des Reichs hätten sie eine *tabula rasa* vor sich, auf welcher sich die Willkühr des Staatsoberhauptes

ganz frei bewegen könne, war doch kein ganz allgemeiner und die, auf dem Wiener Congress von den deutschen Fürsten ausgesprochenen oder adoptirten und in der deutschen Bundesacte anerkannten, Grundsätze schliessen die vollständigste Desavouirung jener Verwechselung von Souveränität und Absolutismus in sich. Die richtigere Einsicht führte nicht blos zu einer Garantieübernahme für verschiedene, dem Souveränitätsbegriff nicht widersprechende, Einrichtungen, sondern auch zur Aufstellung neuer Schranken in den „besondern Bestimmungen“ des Grundvertrags des deutschen Bundes.

Die speciellere Frage, ob die Grundlage oder die rechtliche Natur des Successionsrechts in den regierenden deutschen Fürstenhäusern durch die Auflösung des deutschen Reichs eine Aenderung erfahren habe? müssen wir hiernach auf das entschiedenste verneinen. Wenn auch in Betreff des Gegenstandes des Successionsrechts und der Stellung der Betheiligten zu einander sich gewisse Modificationen von selbst vollzogen, so waren diese doch nicht von solcher Erheblichkeit, dass irgend wie von Aenderung der Subjecte oder Objecte der Berechtigung hätte die Rede sein können. Denn

1. Das mit der Auflösung des Reichs von selbst eintretende Erlöschen des vasallitischen Verhältnisses der Territorialherren und der auf den Territorien ruhenden Regalien zum „römischen Kaiser“, oder die Verwandlung der Reichsthronlehen in Allodien, resp. die Allodificirung der Lehensherrlichkeit bei Reichsafterlehen, hatte an sich gar keine Veränderung in den innern Verhältnissen der bisher lehnbaren Reichslande im Gefolge. Es cessirte von jetzt an der *nexus feudalis*, die Lehensherrlichkeit und die correspondirende Lehenspflicht der Reichsvasallen und aus dem, der Theorie nach, bisher getheilten Eigenthum gieng mit dem Wegfall

des Subjects des beschränkten Rechts ein volles und unbeschränktes Recht des andern Subjects des Rechtsverhältnisses hervor.— War doch das ganze Lehenwesen, so wichtig und bedeutungsvoll es ursprünglich für eine gewisse Vereinigung und Zusammenschliessung der ganz ungebundenen nationalen Elemente und die Bildung einer Art von geregelter Staatsordnung gewesen war, schon längst nur noch eine Schale ohne Kern, nur noch eine fast inhaltslose Form, durch welche die Bestandtheile der deutschen Nation zu einem s. g. Körper verbunden wurden, welcher kaum noch auf den Namen einer staatsrechtlichen Organisation Anspruch machen konnte! Gerade das Lehenwesen war, nachdem es seinen geschichtlichen Beruf zur Vereinigung nebeneinander liegender Kräfte durch Benutzung des sie beseehlenden Egoismus erfüllt hatte, die Ursache gewesen, dass die oberste Gewalt im Reiche, oder das deutsche Königthum, seines Inhaltes gleichsam entleert und der Kaiser zum *primus inter pares*, bloss zum Haupt der fast unabhängigen und selbstständigen Barone, und dass das, was früher nur der Person als verliehenes Reichsamt zugestanden hatte, ein eigener und erblicher Herrschaftsbesitz geworden war. „*Quilibet Status tantum potest in territorio, quantum Imperator in imperio*“ war seit dem westphälischen Frieden ein beliebter Spruch der deutschen Publicisten, der, wenn er auch nicht völlig zutreffend genannt werden konnte, doch in gewissem Sinne richtig das wahre Verhältniss bezeichnete. — Abgesehen vom Mangel voller politischer Unabhängigkeit entsprach die entwickelte Territorial-Verfassung jedenfalls vielmehr dem Begriff einer staatlichen Organisation, als die Reichsverfassung, und mit der Zerbrechung der, die Unterordnung unter Kaiser und Reich allein noch vermittelnden und bemerkbar machenden, feudalen Form voll-

zog sich von selbst die Erfüllung des Staatsbegriffs nach Aussen hin, während im Innern der Staaten der neuen Souveräne an sich Alles in dem bisherigen Zustande verblieb. Ganz besonders galt dies auch von dem Rechtszustand des regierenden Hauses und der denselben normirenden herkömmlichen und geschriebenen Satzungen und wenn gleich sich unleugbar das Successionsrecht nach den Normen des Lehenrechts und kraft der Reichslehnsqualität der beherrschten Lande gebildet hatte, so war doch diesen Normen zugleich die Eigenschaft eines eigenen Rechts des regierenden Hauses in keiner Weise abzusprechen. So ist es denn auch Niemandem eingefallen, die fortdauernde Geltung der, sey es kaiserlich bestätigten oder nicht bestätigten, Hausgesetze in Zweifel zu ziehen und alle neuern Hausgesetze beruhen auf der stillschweigenden oder auch ausdrücklich ausgesprochenen Geltung der aus der Zeit des Reichs herrührenden Satzungen. Nur soviel war zweifellos, dass ein von Reichswegen möglicher Weise geltend zu machender Nichtigkeitsgrund jetzt keine rechtliche Bedeutung mehr haben oder wenigstens durch eine jetzt ausdrücklich ausgesprochene Ratihabition der Betheiligten beseitigt werden konnte. Eine sehr nahe liegende Analogie für die allgemein herrschende Rechtsüberzeugung von der Fortdauer der gesetzlichen Kraft der Hausgesetze liegt auch im Art. XIV der deutschen Bundesacte. Wenn sie hier von den souveränen deutschen Fürsten selbst in Betreff der s. g. Mediatisirten Anerkennung gefunden hat, so wäre fast absurd, zu meinen, dass die souveränen Häuser für sich selbst nicht von einem gleichen Anerkenntniss ausgegangen wären.

2. Durch die Auflösung der Reichsverfassung wurden die von der Reichsoberhoheit befreiten Landesherrn auch Herrn ihrer Familie in einem ganz

andern und umfassendern Sinne, als sie es zur Zeit des Reichs *de jure* seyn konnten. Denn, abgesehen von den, auch durch das deutsche Privatfürstenrecht anerkannten, Rechten als Gatte, Vater, oder Vormund waren die nicht regierenden Glieder der landesherrlichen Familie keineswegs Unterthanen des regierenden Herrn gewesen, sondern gehörten zu den Reichsunmittelbaren und waren als solche nur der öffentlichen Gewalt von Kaiser und Reich, keineswegs aber der Gesetzgebung, Oberaufsicht und Gerichtsbarkeit des Landesherrn unterworfen ¹³⁸⁾. Auch war man, besonders im Hinblick auf die hausgesetzlichen, den ganzen Inbegriff der Hoheits- und Vermögensrechte für ein unveräußerliches Familien-Fideicommiss erklärenden, Normen, nur zu geneigt, den zeitigen Landesherrn bloß für den Verwalter und Nutzniesser, die Gesamtheit der berechtigten Familienglieder oder die Familie selbst für das Subject des Eigenthums an der Substanz zu erklären. Die im Grunde unleugbare Unrichtigkeit dieser Auffassung können wir hier dahin gestellt seyn lassen; genug, dass die s. g. Agnaten der Haupt- und Nebenlinien der Landeshoheit des regierenden Herrn nicht als unterworfen betrachtet werden konnten und mit privatrechtlich abgegränzter Rechtssphäre ihm gegenüber standen. Hieraus ergab sich zugleich für die s. g. Hausgesetze, abge-

¹³⁸⁾ Vergl. bes. über diese, allerdings nicht ganz unbestrittene, Frage: J. J. Moser, Familien-Staatsrecht. Th. I. S. 361 f. S. 449—457. Auch die Einführung der Primogenitur gab dem Primogenitus kein Recht der Gesetzgebung in Familiensachen, da sie den Apanagierten die Reichsunmittelbarkeit nicht entzog, sie mithin nicht zu Unterthanen des Ersten machte, sondern sie nur von der Regierung über die Unterthanen, bis zum Anfall der Succession, ausschloss.

sehen von dem Rechte des Vaters, seine Descendenz durch testamentarische Verfügungen zu binden, der Vertrag, also auch die Nothwendigkeit der Einwilligung aller zur Zeit lebenden Familienglieder, als unabweisliche und ausschliessliche Form, und das Autonomie-recht des hohen Adels als materielle Grenze.

Hierin trat aber mit der Erlöschung der Reichsgewalt nothwendig eine Aenderung ein. Die Rechte der Staatsgewalt konnten nun jedenfalls nicht mehr als Object privatrechtlicher Berechtigung betrachtet und das schon früher geleugnete Recht der Agnaten, eine Aenderung der Staatsverfassung von ihrer Zustimmung abhängig zu machen, jetzt in keiner Weise mehr begründet werden. Die nicht regierenden Mitglieder der souverän gewordenen Häuser mussten, da sie nicht selbst Souveräne wurden, nothwendig der Souveränität des Hauptes der Familie oder des regierenden Herrn unterworfen werden und wurden sonach, einschliesslich der Gemahlin des Souveräns unvermeidlich zu Unterthanen des Letztern ¹³⁹⁾, also auch der Gesetzgebung,

¹³⁹⁾ Vergl. mein Deutsches Staats- u. Bundesrecht. Th. I. S. 153. — Eine Folge hiervon war insbesondere, dass sie nun auch, wie andere Unterthanen, der bestehenden Gesetzgebung im Gebiete des Straf- u. Privatrechts unterworfen wurden. Die Bestimmung ihres Gerichtsstandes wurde Gegenstand des Gesetzgebungsrechts des Souveräns; eben so Alles, was ihren persönlichen Rechtszustand betrifft, Feststellung des Begriffs der Ebenbürtigkeit, Nothwendigkeit der Einwilligung des Souveräns zu Vermählungen der nicht regierenden Glieder des Hauses, Volljährigkeit, Vormundschaft u. s. w. Auch im braunschweig-lüneburgischen Hause hat sich in einigen dieser Beziehungen ein Gesetzgebungsrecht des Souveräns, zum Theil selbst unter Vereinbarung der Souveräne beider Linien, geltend gemacht, wie wir weiter unten noch sehen werden, und die Verfassungen haben

Oberaufsicht und Gerichtsbarkeit desselben untergeben, ohne dass es die deutsche Bundesacte für nothwendig oder zulässig erachtete, ihre Rechte oder einen gewissen gleichförmigen Rechtszustand derselben, unter die Garantie des Bundes zu stellen. Auch hat man in allen deutschen Staaten diese staatliche Unterordnung der Familienglieder unter den Souverän als ein sich ganz von selbst verstehendes Ergebniss des Wegfalls der Reichsverfassung betrachtet und nur in Betreff des Maasses oder der Grenze, welche die neuen Souveräne ihrer Herrschergewalt für gesteckt erachteten, treten Modificationen hervor; eben so wie auch in Betreff der Einfügung der Agnaten in den neuen Staatsorganismus Verschiedenheiten sichtbar werden. Als allgemeinen Rechtsgrundsatz musste man aber doch festhalten, wie wir ihn auch von den, dem historischen Rechte Rechnung tragenden, deutschen Publicisten festgehalten sehen ¹⁴⁰⁾: Dass die

das Recht des Landesfürsten als Oberhauptes der Familie, die innern Verhältnisse des Hauses durch Hausgesetze zu ordnen, ausdrücklich anerkannt. Hannov. Staatsgrundges. von 1833. §. 26. Landesverfass. - Ges. v. 1840. §. 26. Braunschw. Grundges. v. 1832. §. 23.

¹⁴⁰⁾ So sagt z. B. v. Berg, Abhandl. zur Erläuterung der Rheinbundsacte Hannov. 1808, im Ganzen sehr richtig: „Der Souverän ist zwar Familienhaupt und Oberherr aller Glieder seines Hauses; jenes war er immer, dieses ist er erst durch die Auflösung des Reichsverbandes geworden, indem der Kaiser nie die Landesunterthänigkeit der Familie eines Landesherrn anerkannt hat. Aber auch hier kann die Souveränität kein Recht geben, der Familienglieder wohlerworbene Rechte willkürlich zu verletzen. Es kann indessen bei den jetzigen Zeitumständen einem Regenten nicht schwer werden, zu wahren Verbesserungen in der Hausverfassung und insbesondere in der Erbfolgeordnung, welche vielleicht durch die veränderten Staatsverhältnisse rathsam geworden seyn dürften, die Ein-

Agnaten alle Rechte, welche nach der bestehenden Hausverfassung und *in subsidium* nach Maassgabe des gemeinen Privatfürstenrechts als historisch begründete Individualrechte zu betrachten sind und mit Begriff und Wesen der Souveränität nicht im Widerspruch stehen, forthin behielten. Unter Beobachtung dieser Grenze konnte sich nun auch die gesetzgebende Macht des Souveräns frei bewegen, es konnten von ihm wirkliche Hausgesetze, als Ausfluss der, auch die persönlichen und vermögensrechtlichen Verhältnisse der Familienglieder sich unterordnenden, Souveränität erlassen werden, ohne dass man die Einwilligung der Agnaten als eine allgemein nothwendige formelle Bedingung betrachten dürfte.

Es ist nicht unsere Sache, in die Erörterung der einzelnen Verhältnisse einzugehen, welche durch den Eintritt der regierenden Fürsten in die Souveränität den nicht regierenden Gliedern des Hauses gegenüber eine Modification erfahren haben ¹⁴¹⁾. Genug, dass darin kein rechtlicher Grund gefunden werden kann, um eine Aenderung des Wesens des durch die bisherige historische Rechtsentwicklung begründeten und durch die Hausverträge geordneten Successionsrechts zu behaupten, oder dem Souverän ein Recht willkürlicher Abänderung der bestehenden Thronfolgeordnung beizulegen ¹⁵²⁾, de-

willigung der Familienglieder zu erhalten. Neue Vorschriften in Beziehung auf die Hausverfassung, welche in die älteren Verhältnisse nicht eingreifen, oder zu deren Ausführung und Handhabung abzwecken, ist der Souverän zu ertheilen allerdings b^efügt.“

¹⁴¹⁾ Vergl. Klüber, Oeffentl. Recht des teutschen Bundes u. der Bundesstaaten. §. 248 — 250. Mein Deutsches Staats- u. Bundesrecht §. 94.

¹⁴²⁾ Bei diesem Punkte besonders müssen sich Diejenigen, welche die Souveränität als eine ganz neue, in sich unbeschränkte

ren zugleich staatsrechtlicher Character schon früher nicht verkannt, aber jetzt durch Aufnahme der Hauptbestimmungen in die neuen Verfassungsgesetze oder durch die bestätigende Bezugnahme derselben auf die betreffenden Hausgesetze, verbürgt war. Noch viel weniger konnte bei der vorhandenen Abtheilung eines Fürstenhauses in zwei oder mehre souverän gewordene Zweige das zwischen diesen hausverfassungsmässig begründete Successionsrecht oder die Verfassung des Gesammthauses ein Gegenstand einseitiger Abänderung oder Aufhebung werden, selbst wenn man dem einzelnen Souverän die freieste Hand in Betreff alles dessen zugestehen wollte, was lediglich die Ordnung der Thronfolge innerhalb des eigenen Specialhauses betraf. Denn für die Beeinträchtigung des eventuellen Successionsrechts der andern souveränen Linien fehlte es an jeder staats- oder privatrechtlichen Basis und eben so wenig liess

Gewalt denken, von Denjenigen scheiden, welche anderer Seits die Souveränität mit den durch das historische Recht begründeten Beschränkungen in den Zustand politischer Unabhängigkeit nach Aussen hinübertreten lassen. Der Standpunkt der Erstern führt zu der Consequenz, dass nur die vom Souverän selbst neu gesetzten Schranken oder verliehenen Rechte Anspruch auf Anerkennung haben und negirt mithin auch jedes agnatische, nicht durch neuere Verfassungsgesetze anerkannte, Einwilligungsrecht. Wir sind der Ansicht, dass, wenn auch das Verhältniss zwischen dem regierenden Herrn und den übrigen Gliedern sich nicht unwesentlich geändert hat, in Beziehung auf die Hauptgegenstände des Familienrechtes, Erbfolge und Familiengut, zur Negirung eines Zustimmungsrechts der Agnaten so wenig Grund vorliegt, als zu der, bekannter Massen in der Rheinbundszeit fast zur *communis opinio* gewordenen, Annahme, dass die, wesentlich auch auf privatrechtlicher Grundlage beruhenden, älteren ständischen Rechte durch Verwandlung der Landeshoheit in eine souveräne Staatsgewalt gebrochen seyen.

sich aus dem internationalen und bundesrechtlichen Verhältniss der beiderseitigen Souveräne eines fürstlichen Gesammthauses eine Befugniß dazu ableiten. So konnte z. B. unbedenklich den Cognaten ein eventuelles Successionsrecht beigelegt werden, wo sie es bisher nicht gehabt hatten ¹⁴³⁾, aber die Cognaten konnten nicht, unter Zurücksetzung der successionsberechtigten Agnaten, in die Thronfolgeordnung eingeschoben werden, auch nicht durch Berufung auf das s. g. *jus eminens*, weil dieses jedenfalls nur in Betreff der der eigenen Staatsgewalt unterworfenen Rechtsverhältnisse Platz greifen kann.

Einer Zuziehung der Stände zur Aenderung der Hausgesetze konnte es, nach wie vor, nur in so weit bedürfen, als der Inhalt derselben in die Landesverfassung aufgenommen oder für einen Theil derselben erklärt, oder den Ständen in bestimmten Fällen ein Recht der Mitwirkung verfassungsmässig beigelegt worden war ¹⁴⁴⁾.

¹⁴³⁾ Beispiele liefern: Die bayerische Verf.-Urk. Tit. II. §. 4. 5. Königl. Sächsische Verf.-Urk. §. 7. Württemberg. Grundges. §. 7. Badisches Hausges. v. 4. Octbr. 1817, in der Verf.-Urk. v. 1818 §. 4 bestätigt. Hessen-Darmstädt. Verf.-Urk. §. 5. — In Hannover und Braunschweig wurde auch in Betreff der Successionsberechtigung der Cognaten, wie wir oben S. 30 f. gesehen haben, nur das hergebrachte Recht bestätigt.

¹⁴⁴⁾ Hannov. Landesverf.-Ges. v. 1840 §. 26: „Der König als Oberhaupt der Familie hat das Recht, durch Hausgesetze die innern Verhältnisse des Königlichen Hauses zu bestimmen. Indess dürfen dadurch die Rechte der Regierungsnachfolger nicht gekränkt werden.“ (Das Staatsgrundges. v. 1833 enthielt diesen Zusatz nicht.) „Die Hausgesetze bedürfen der Zustimmung der allgemeinen Ständen nicht. Durch dieselben können jedoch die Vorschriften der gegenwärtigen Verfassungsurkunde nicht abgeän-

§. 22.

Im Hinblick auf den Hauptzweck dieser historisch-dogmatischen Erörterung bleibt uns nur noch eine Frage zur speciellern Betrachtung übrig, welche sich an die Wirkungen anknüpfen lässt, die aus der Auflösung des deutschen Reichsverbandes hervorgiengen. Sie betrifft die eventuellen Ansprüche auf ein reichslehenbares Territorium, welche auf der Ausübung der Reichslehensherrlichkeit des Kaisers zu Gunsten dritter, nicht in der ersten Verleihung oder gesammten Hand begriffener, Personen beruhen, abgesehen von den Successionsrechten, welche auch in der Zukunft für solche Personen kraft besonderer Erbverträge und *in specie* Erbverbrüderungen begründet seyn können. Es ist, wie kaum bemerkt zu werden braucht, die Frage von der fortdauernden Wirksamkeit der kaiserlichen Eventualbelehnungen und Expectanzbriefe, welche reichslehenbare, also auch dem nach Lehenrecht begründeten Heimfallsrecht ausgesetzte, Reichslande oder Territorien zum Gegenstand hatten ¹⁴⁵⁾.

dert werden.“ — Braunschw. Grundges. v. 1832. §. 23. „Die innern Verhältnisse des Herzogl. Hauses werden von dem Landesfürsten, als dem Oberhaupte der Familie, durch Hausgesetze geordnet. Diese bedürfen der ständischen Zustimmung nicht; es können indess durch dieselben keine in diesem Landesgrundgesetze enthaltenen Bestimmungen abgeändert werden.“

¹⁴⁵⁾ Auf die in den kaiserlichen Wahlcapitulationen schon seit Karl V. (s. dessen *Capitul.* §. 24) enthaltenen Verbote der Wiederverleihung heimfallender Reichslehen, welche seit Ferdinand II. ausdrücklich auch auf die Ertheilung von Expectanzen bezogen wurden, jedoch mit dem, noch in der letzten Wahlcapitul. Art. XI. §. 12 vorkommenden, Vorbehalt zu Gunsten der kaiserlichen Erblande und der von den „Vorfahren am Reiche

Die Beantwortung dieser Frage ist allerdings nicht immer eine übereinstimmende gewesen, indem Einige beide für erloschen, Andere beide noch als wirksam haben betrachten wollen, während nach der allein richtigen, von uns schon früher ¹⁴⁶⁾ vertretenen, Ansicht zwischen der Fortdauer des Rechts der Eventualbelehnung und der Expectanz unterschieden werden muss, wenn man theils die Wirkung der Auflösung des Reichsverbandes, theils die verschiedene rechtliche Natur des einen und des andern Hoffnungsrechtes gehörig würdigt. Die Expectanzen auf Reichslehen, ist unser Lehrsatz, sind erloschen oder unwirksam geworden, das Recht der Eventualbelehnten dagegen dauert noch fort.

Die Richtigkeit dieser Ansicht ergibt sich von selbst aus folgender einfacher Erwägung:

Das Reich, oder der Reichsverband, wurde aufgelöst, aber nicht rückwärts annullirt. Daraus folgt mit Nothwendigkeit, dass alle, zur Zeit des Reichs durch Acte der Reichsstaatsgewalt begründete, wohlerworbene Rechte an sich nicht aufgehoben wurden, wenn und insoweit sie ihrer Natur nach unabhängig von Kaiser und

den Ständen *propter bene merita* ertheilten und den damaligen Reichsconstitutionen gemässen Anwartungen“, also auf die, die Berechtigung des Kaisers zur Ertheilung von Anwartschaften betreffende Frage, gehen wir, weil sie über die reichsgesetzliche Gültigkeit der im Laufe des 16. Jahrhunderts ertheilten kaiserlichen Expectanzen kein sicheres Resultat (weder *pro* noch *contra*) gewährt, nicht ein. Vergl. oben S. 117 u. J. J. Moser von der deutschen Lebensverfassung. S. 176 f. Häberlin, Handb. des t. Staatsr. §. 43. Nr. III. Gönner, t. Staatsr. §. 242. u. H. Zöpfel, Grunds. des Staatsrechts. Th. II. S. 151. Note 2.

¹⁴⁶⁾ Deutsches Staats- u. Bundesrecht Th. I. §. 37. S. 157., woselbst auch Nachweisungen über die abweichenden Ansichten. S. auch Klüber, Oeffentl. Recht §. 53. §. 540.

Reich als fortexistirend betrachtet werden konnten. Diess ist bei der Eventualbelehnung deshalb der Fall, weil sie bereits eine Uebertragung des *dominium utile* an den neuen Vasallen involvirt, also ein dingliches Recht, wie die Investitur überhaupt, am Gegenstand der Verleihung constituirt, dessen Wirksamkeit aber von einer zukünftigen Bedingung, der Eröffnung des Lehens durch Tod oder aus einem anderen Grunde, abhängig ist. Tritt diese Bedingung ein, so wird das durch die Eventualbelehnung begründete Recht von selbst wirksam und es bedarf dazu an sich keiner weiteren Handlung von Seiten des Lehensherrn, und der Wegfall der Lehensherrlichkeit verwandelt auch hier das Recht des Beliehenen in ein volles oder ungetheiltes, eventuell wirksam werdendes, Miteigenthum, wie das gegenwärtige beim besitzenden Vasallen.

Völlig anderer Natur ist die Expectanz. Sie enthält keine bedingte Investitur oder Belehnung, sondern nur das Versprechen, dass bei eingetretenem Heimfall die Belehnung mit einem bestimmten Object (Lehen) erfolgen solle ¹⁴⁷⁾. Sie begründet gar kein, auch kein bedingtes, dingliches Recht am Lehen selbst,

147) Die Anwartschaften im Sinne des sächsischen Lehenrechts (Homeyer, Sachsenspiegel II. 2. S. 329 f.) oder s. g. unbenannten Gedinge hier mit einzumischen, wie von v. Rohrscheidt, Preussens Staatsverträge S. 32. Note 1, geschieht, ist ganz ungeeignet oder überflüssig. Dass Anwartschaft auf ein bestimmtes Object und die, ohne ein solches ganz undenkbare, Eventualbelehnung als die beiden Arten des benannten Gedinges zusammengestellt werden, hebt die verschiedene rechtliche Natur der beiden Species nicht auf. Auch kann man zugeben, dass eine Anwartschaft, ebenso wie eine Belehnung, bloss durch ihre Erwähnung in den letzten Lehenbriefen erwiesen werden konnte, ohne dass es nöthig war, den ursprünglichen Expec-

sondern nur ein Forderungsrecht gegen den Lehnsherrn, was gegen ihn und seine Successoren geltend gemacht werden kann, wobei wir die Streitfrage über die Verbindlichkeit der letztern aus Expectanzbriefen der Vorgänger ganz bei Seite liegen lassen. Wo aber gar kein Successor existirt, kann auch kein Uebergang der *Obligatio* von dem ursprünglich Verpflichteten stattfinden. Diess war der Fall in Betreff des Kaisers, als Oberhauptes des deutschen Reichs und Inhabers der Reichslehensherrlichkeit. Das Kaiserthum erlosch und hatte keinen Erben. Weder der deutsche Bund ist in die Rechte und Pflichten von Kaiser und Reich eingetreten, noch sind es die einzelnen souveränen Fürsten und freien Städte Deutschlands. Nothwendig gegeben war hiermit die Appropriation der bisherigen Reichslehen, beziehungsweise bei mittelbaren (Reichsafterlehen) die Erlöschung der Oberlehensherrlichkeit oder die Appropriation der lehensherrlichen Rechte des Reichsvasallen über das mittelbare Reichslehen. Dass sich in mehreren souverän gewordenen Staaten die vom Reichsnexus freige gewordenen Fürsten die Lehensherrlichkeit des Kaisers über die mediatisirten Fürsten und Grafen beigelegt haben, ist Thatsache. Ein wirklicher Rechtsgrund lag aber dafür nicht vor. Es folgt hieraus in unwiderleglicher Weise, dass die kaiserlichen Expectanzen erlöschen mussten und wirklich völlig erloschen sind. Das zu ihrer Erfüllung verpflichtete Subject existirt nicht mehr; die Bedingung, an welche ihre Verwirklichung geknüpft war, der Heimfall des Lehens an das Reich durch Erlöschung der vasallitischen Familie kann gar nicht mehr eintreten und ihr Object ist in so fern unterge-

tanzbrief beizubringen; was aber daraus für die Wirksamkeit der kaiserlichen Expectanzen nach Auflösung des Reichs folgen soll (cf. Rohrscheidt a. a. O.), ist in der That schwer zu begreifen.

gangen, als mit der Auflösung des Reichs von einem Reichslehen, worauf sie ertheilt war, gar keine Rede mehr sein kann.

Dass die Expectanzen auf Reichslehen vom Kaiser als solchem, oder kraft des ihm zuständigen obersten Reichsamtes, nicht von ihm als Individuum ertheilt worden sind, macht offenbar in der rechtlichen Beurtheilung der Sache gar keinen Unterschied ¹⁴⁸⁾. Auch eine amtliche oder von Staatswegen begründete Verpflichtung kann nicht länger existiren, als das Amt oder der Staat selbst; sie geht freilich von selbst auf den Nachfolger im Amte oder in der Staatsgewalt über, wo es aber bei aufgehobenem Amte, bei erloschenem Staatsverband gar keinen Nachfolger giebt, fallen auch alle daran zu knüpfenden Rechtswirkungen von selbst weg. Der Versuch, auf solche Weise den kaiserlichen Expectanzen noch nach Auflösung des Reichs eine Geltung zu vindiciren ¹⁴⁹⁾, ist demnach eben so müssig, als eine Folgerung aus dem Gegenstand der Expectanz, der Landeshoheit über ein Stück Reichsgebiet,

¹⁴⁸⁾ v. Rohrscheidt, Preussens Staatsverträge, S. 32, Note 1 macht die, offenbar gegen die Ausführung in meinem deutschen Staats- und Bundesrecht (1. Aufl. Th. I. S. 99) gerichtete Bemerkung: »Die Regeln des Privatlehenrechts, namentlich des ältern, in ihrer Strenge auf das Reichslehenrecht anwenden wollen, heisst den ganzen Entwicklungsgang des letztern ignoriren.« Ich gestehe gern, dass ich nicht einsehen kann, was damit gesagt seyn soll, da der in der Sache liegende Unterschied zwischen Expectanz und Belehnung, auch der eventuellen, mit dem Unterschied zwischen ältern und neuern Privat- und Staatslehenrecht gar nichts zu schaffen hat.

¹⁴⁹⁾ Vergl. Bohlmann, Denkschrift S. 53 f., insoweit sich überhaupt, bei der völlig unklaren Fassung und den ganz unjuristischen Wendungen, ein irgendwie vernünftiger Sinn in die Deduction bringen lässt.

oder die Behauptung, dass die von Staatswegen eingegangene Verpflichtung des Kaisers bei einer solchen Expectanzertheilung „analog einer Staatsschuld“ fortbestehe. Denn der Staatsschuldner war hier Niemand anders, als der Kaiser oder das deutsche Reich; möge der Gläubiger zusehen, wo und wie er sein Recht gegen diesen Schuldner nach Auflösung des Reichs geltend mache. Die souverän gewordenen Staaten haben die Reichsschulden nicht übernommen und sind nicht die Successoren von Kaiser und Reich geworden. Einige haben sich als Occupanten gerirt von dem, was sie als herrenlos gewordenes Recht betrachten zu können meinten. Das war aber eben nur Thatsache und kein Recht, wie z. B. Preussen selbst anerkannt hat durch die Erklärung, dass es sich die Lehensherrlichkeit des Kaisers über die vormaligen unmittelbaren Reichsvasallen zuzuschreiben nicht für berechtigt erachte ¹⁵⁰⁾. Zu sagen, „die Gegensätze zwischen obligatorischer und dinglicher Befugniss drückten die historische Substanz des Lehensbandes nicht aus“ ¹⁵¹⁾, ist entweder eine völlig nichts sagende Phrase, da Niemand das aus Elementen dinglicher und persönlicher Natur gemischte Wesen des Lehensverhältnisses bestreitet, bei der Expectanz aber noch gar kein „Lehensband“ existirt, oder — eine juristische Absurdität, da es eine, über *obligatio* und *jus in re* hinausliegende, vermögensrechtliche Befugniss gar nicht giebt.

¹⁵⁰⁾ Vergl. Vollgraff, die teutschen Standesherrn. Giessen 1824. S. 247 f. Mein Deutsch. St. u. Bundesrecht. Th. I. S. 158 f. der 2. Aufl. Königl. Preussische Instruction vom 30. Mai 1820. §. 22: »Was diejenigen Lehnverhältnisse betrifft, in welchen ehemals einzelne Standesherrn zu Kaiser und Reich standen, so sind solche bei Vorderlehen der Standesherrn als aufgehoben zu betrachten.«

¹⁵¹⁾ Bohlmann, Denkschrift, S. 53.

Hiermit ist auch über die preussischen Expectanzen von 1564 und 1574 auf Grubenhagen und die gesamten braunschweig-lüneburgischen Lande das Urtheil gesprochen. Auch sie sind, abgesehen von ihrer ursprünglichen Rechtswidrigkeit (oben S. 92 f.) mit der Auflösung des deutschen Reichs völlig unwirksam geworden und völlig nutzlos zur Erzielung eines andern Resultates sind die Wendungen, welche man neuerlich der Sache zu geben versucht hat. Man hat behauptet ¹⁵²⁾, die preussischen Expectanzen seyen eben mehr als blosse Expectanzen gewesen; sie hätten in der That schon den Charakter „einer anticipirten Beleihung“ gehabt, weil sich, nach einer glaubwürdigen archivalischen Nachricht, unter den „favorablen Clauseln,“ die sich in Leopold's I. Lehensbrief für das brandenburgische Haus von 1699 vorfinden, auch die Clausel befinde: „Das Haus Brandenburg werde mit allen bisher erlangten Rechten und Anwartschaften beliehen.“ Diess eine Wort „beliehen“ sey juristisch von der grössten Wichtigkeit. Es beweise, dass an die Stelle der Anwartschaft eine wirkliche Eventual-Belehnung (???) getreten sey. Für den gesunden juristischen Verstand ist es wohl kaum nöthig, hiergegen die Widerlegung zu unternehmen. Er begreift auf der Stelle, dass zwischen einer Belehnung mit einer Anwartschaft, wodurch eben weiter nichts als diese Gegenstand der Beleihung wird, sie selbst aber in ihrer eigenen rechtlichen Natur in keiner Weise verändert erscheint, und womit, wenn die Sache überhaupt einen vernünftigen Sinn haben soll, nichts anderes bezweckt werden konnte, als die ertheilte Anwartschaft für die Nachfolger im Reiche (was ja bestritten war) bindender zu machen und einer, das Lehnsubject

¹⁵²⁾ Bohlmann, Denkschrift, S. 29 f.

selbst erfassenden und in Beziehung auf dieses schon ein dingliches Recht begründenden, Eventualbelehnung, forthin ein grosser Unterschied besteht, und dass mit der Erlöschung der Expectanz selbst auch die Beleihung mit einer solchen ganz ihr Object verlieren musste.

Eben so wenig kann für die Expectanz auf Grubenhagen von 1564, abgesehen wieder von ihrer völligen Rechtswidrigkeit, Nichtigkeit und (eventuell) ihrem Aufgehen in der Expectanz von 1574, dadurch irgend eine rechtliche Stütze gewonnen werden, dass man sagt ¹⁵³⁾: „Die Streitfrage, ob die Auflösung des deutschen Reichs die kaiserlichen Expectanzen, wie hier die Grubenhagensche, ungültig gemacht habe, reiche an das Privilegium (??) von 1564 gar nicht hinan. Der in demselben vorgesehene Fall (Aussterben des grubenhagenschen Mannstammes) sey im Jahre 1596, also mehr als zwei Jahrhunderte vor dem Aufhören des Reichsverbandes eingetreten; Preussen würde also, wenn es jetzt mit Ansprüchen aus der grubenhagenschen Expectanz hervorträte, nur einen Rechtstitel exequiren, hinsichtlich dessen schon 1596 *actio nata* vorlag.“ Hierauf ist ganz einfach zu erwiedern: Es bleibt Preussen ganz unbenommen, gegen den *debitor*, wider welchen 1596 die Klage entstand, diese geltend zu machen, wenn es ihn irgend wo zu fassen vermag. Schuldig war ihm jedenfalls Niemand etwas geworden, als Kaiser und Reich. In keiner Weise war aber durch den Eintritt der Anwartschafts-Bedingung ein den Gegenstand der Expectanz unmittelbar ergreifendes, auch gegen jeden Besitzer wirksames und geltend zu machendes, Recht entstanden.

¹⁵³⁾ Bohlmann a. a. O. S. 26.

VII.

Völkerrechtliche Anerkennnisse
und neuere, das
Recht des braunschweig-lüneburgischen
Gesamthauses
betreffende, Haus- und Staatsgesetze.

§. 23.

Als die Zeit der tiefsten Schmach für Deutschland zu Ende ging, der grosse Befreiungskampf gekämpft und Deutschlands Boden von den fremden Unterdrückern gesäubert wurde, traten, nachdem sich auch in Braunschweig und in den hannoverschen Landen das Volk für Befreiung vom französischen Joch erhoben hatte, die angestammten Fürstenhäuser wieder in ihr altes Besizthum ein und von keiner Seite ist dagegen irgend ein Widerspruch erhoben. Im Gegentheil finden sich gleich in den ersten, zwischen den Alliirten abgeschlossenen, Verträgen die entschiedensten Anerkenntnisse, dass man den Eintritt der Wirkungen des *jus postliminii* für Hannover und Braunschweig als eine ganz selbstverständliche Sache betrachtet und jeden dasselbe beeinträchtigenden Rechtstitel, welcher möglicher Weise aus einem mit Napoleon abgeschlossenen Vertrag (man denke z. B. an die Schönbrunner Convention zwischen Preussen und Frankreich v. 15. Decbr. 1805 in Betreff der hannoverschen Lande) oder einem vorübergehenden Besitzstand (Occupation Hannovers durch Preussen, April bis Octbr.

1806) hätte entnommen werden können, ebenso wie die, nach dem Tilsiter Frieden gemachten, willkürlichen Dispositionen des fremden Eroberers für völlig erloschen ansah. Schon in dem, von Kalisch und Breslau datirten, Allianzvertrage zwischen Russland und Preussen v. 27/28. Februar 1813 waren die Besitzungen „des Hauses Hannover“ ausdrücklich von den Erwerbungen ausgenommen worden, welche für Preussen in Norddeutschland in Aussicht gestellt wurden ¹⁵⁴⁾, und in der s. g. Reichenbacher Convention zwischen England und Preussen vom 14. Juni 1813 wurde die Exemtion auch auf die Erblande der herzoglichen Linie des braunschweig-lüneburgischen Hauses erstreckt ¹⁵⁵⁾.

Der Wiener Congress gieng von der, in den Verträgen mit den Allirten und durch den Pariser Frieden vom 30. Mai 1814 Art. VI. anerkannten, politischen Selbstständigkeit der deutschen Staaten, einschliesslich des zum Königreich erhobenen hannoverschen Staats und des Herzogthums Braunschweig, als etwas ganz Zweifellosem aus und hatte keine Veranlassung, sich um die rechtlichen Beziehungen der jüngern und ältern Linie

¹⁵⁴⁾ *de Martens, Nouv. Recueil de Traités. Tom. III. p. 234. f. Art. I. et secrèt. „— à l'exception des anciennes possessions de la maison d'Hannovre.“*

¹⁵⁵⁾ *de Martens, Nouv. Recueil, Tom I. p. 571 f. Art. I. „— D'un autre côté S. M. le Roi de Prusse, qui dans ses négociations avec la Russie a réservé expressement les droits de la maison de Brunswic-Lunebourg sur Hannovre, coopérera par tous les moyens en son pouvoir pour que la dite maison, ainsi que la maison ducal de Brunswic recouvrent leurs états héréditaires.“* — Dieser Vertrag ist (cf. Art. VIII. dess.) auch andern Europäischen Mächten, namentlich Russland, Oesterreich und Schweden, mitgetheilt und von ihnen stillschweigend anerkannt worden.

des Gesammthauses zu bekümmern. Auch scheint man nicht für nöthig erachtet zu haben, zu den Abtretungen, welche Hannover an Preussen durch den zu Wien am 29. Mai 1815 abgeschlossenen Vertrag ¹⁵⁶⁾ machte und dessen Hauptbestimmungen in die Congressacte vom 9. Juni 1815 Art. 27 *seq.* aufgenommen wurden, namentlich in Betreff der Abtretung des, den eventuellen Successionsansprüchen der wolfenbüttelschen Linie unterliegenden, Herzogthums S. Lauenburg ¹⁵⁷⁾, die Zustimmung und *resp.* den Verzicht des Herzogs von Braunschweig zu erwirken. Dagegen enthält der Art. 26 der Wiener Congressacte, welcher sich auf die Annahme und allgemeine Anerkennung des hannoverschen Königstitels bezieht, doch eine Hindeutung auf die Existenz eines Hauses Braunschweig-Lüneburg und in dem Staatsvertrag v. 29. Mai 1815 liegt eine Anerkennung der eventuellen Rechte Hannovers auf braunschweigisches Gebiet deutlich ausgesprochen ¹⁵⁸⁾. Bald darauf fand die fortdauernde alte Rechtsgemeinschaft der beiden Branchen des braunschweig-lüneburgischen Hauses auch darin eine Anerkennung, dass der Prinzregent von England und nachmalige König Georg IV. die Vormundschaft über die beiden minderjährigen Söhne des bei Quatre-Bras gefalle-

¹⁵⁶⁾ Klüber, Acten des Wiener Congresses Bd. VI. S. 141 f. *de Martens, Nouv. Recueil Tom. II. p. 316.*

¹⁵⁷⁾ Art. 4 des allg. Vertrags u. Art. 29 der Wiener Congressacte.

¹⁵⁸⁾ Im Art. 11 dieses Vertrags verspricht der König von Hannover sich für gewisse Abtretungen braunschweigischer Gebietstheile an Preussen, zum Zweck territorialer Abrundung, zu verwenden, „*et consent d'avance aux cessions desquelles les deux parties (Preussen und Braunschweig) pourraient convenir.*“ Namentlich hatte man dabei die Abtretung von Calvörde und Walkenried im Auge.

nen Herzogs Friedrich Wilhelm von Braunschweig als nächster Agnat übernahm und in dieser Eigenschaft das Herzogthum bis zum Regierungsantritt des Herzogs Karl regierte.

Das grösste Gewicht müssen wir aber auf das ausdrückliche und wiederholte Anerkenntniss der fortdauernden Rechtsgemeinschaft und des gegenseitigen agnatischen Successionsrechts legen, welches Seitens des deutschen Bundes durch sein verfassungsmässiges Organ, die deutsche Bundesversammlung erfolgt ist, — ein Anerkenntniss, welches als ein, zweifellos alle Bundesglieder bindendes betrachtet werden muss. Die Veranlassung dazu bildete die, nach allen Seiten hin mehr und mehr unhaltbar gewordene, Sitte, Recht und Gesetz verhöhnende und mit Füßen tretende, Regierung des Herzogs Karl von Braunschweig, dessen die allgemeinste sittliche Entrüstung erweckendes Gebahren ¹⁵⁹⁾ nur darin die ihm selbst günstigste Auslegung finden konnte, dass man es auf eine Verstandesverrückung zurückführte, und nach der Flucht des Herzogs aus Braunschweig im September 1830, sowie den darauf folgenden, mehr wahnwitzigen als abentheuerlichen, Reactivirungs-Versuchen desselben, die Thatsache seiner absoluten Regierungs-Unfähigkeit und die dadurch begründete Regierungsvacanz zum Ausgangspunkt der rechtlichen Beurtheilung nahm. Freilich fehlte es nach der dermaligen politischen Verfassung Deutschlands an einem oberst-

¹⁵⁹⁾ Eine amtliche Zusammenstellung der die absolute Regierungsunfähigkeit des Herzogs Karl bekundenden Thatsachen wurde von Hannover und Braunschweig mit der Erklärung v. 10. März 1831 der Bundesversammlung übergeben und bildet Beil. 4 des Protocolls *de eod.* zu §. 62. Ein Abdruck davon findet sich in der Schrift: Der Aufstand in der Stadt Braunschweig am 6. u. 7. Septbr. 1830. Leipzig 1858 S. 281 f.

richterlichen Judicat, durch welches jene Thatsache formell festgestellt und die sich daran knüpfende rechtliche Folgerung sanctionirt werden konnte. Denn selbst die deutsche Bundesversammlung konnte nach den Prinzipien des Bundesrechts kein Richteramt über ein souveränes Bundesglied in Anspruch nehmen, was sie auch bei der Behandlung der braunschweigischen Sache niemals gethan hat. Sie war aber berufen, dasjenige zu beschliessen und auszuführen, was sie vom Standpunkt des gestörten Friedens und der bedrohten innern Sicherheit Deutschlands vorkehren zu müssen glaubte¹⁶⁰⁾, und insofern auch die deutsche Bundesversammlung dabei von der notorischen Regierungsunfähigkeit des Herzogs Karl ausgieng, lag darin ein, der Bescheinigung des physischen Todes vergleichbares, Zeugniß der souveränen Standesgenossen über eine Thatsache, deren specielle, rechtliche Folgen zu verwirklichen Sache Derjenigen war, deren Recht mit jener Thatsache von selbst ins Leben trat. Die definitive Ordnung der braunschweigischen Sache konnte nur als eine, nach Maassgabe der concreten Haus- und Staatsverfassung zu regelnde, innere Angelegenheit betrachtet werden.

In diesem Ausgangspunkt stimmten, wie die damaligen Verhandlungen des Bundestags und die über den

¹⁶⁰⁾ Auf diesen Standpunkt stellte sich auch das Commissionsgutachten der Bundesversammlung v. 2. Decbr. 1830, indem darin ausgesprochen war, »dass die willkürliche, ordnungs- und verfassungswidrige Regierung des Herzogs Karl die einzige Ursache des zu Braunschweig Statt gehabten Aufstandes sey;« — »Dass von der Entfernung des Herzogs Karl von der Regierung die Erhaltung der Ruhe im Herzogthume Braunschweig abhange;« — »dass man die Erfüllung eines der Hauptzwecke des Bundes, Erhaltung der innern Sicherheit Deutschlands, mit der Regierung des Herzogs Karl für unvereinbar halte.«

stattgefundenen, diplomatischen Verkehr vorhandenen Urkunden belegen, alle Bundesglieder, auch die beiden einflussreichsten, Oesterreich und Preussen, überein. Nur in Betreff der, an die Thatsache der notorischen Regierungsunfähigkeit des Herzogs Karl zu knüpfenden, rechtlichen Folgen gingen die Ansichten in so fern auseinander, als von der einen Seite nur die Bedingungen zur Anordnung einer Regentschaft, von der andern aber die Voraussetzungen einer wirklichen Thronerledigung und des Eintritts der Regierung aus eigenem angestammten Recht Seitens des nach der bestehenden Successionsordnung zur Thronfolge berechtigten Agnaten (hier des Herzogs Wilhelm), sowie des Ueberganges des Primogenitur-Rechts auf ihn und seine Descendenz behauptet wurden.

Offenbar hatte diese Seite die Grundsätze des deut- Staats- und Fürstenrechts für sich, zufolge welcher absolute Regierungsunfähigkeit den sonst Berechtigten ganz aus- und den unmittelbaren Eintritt des Nächstberechtigten in sich schliesst ¹⁶¹⁾, wobei es gewiss keinen Unterschied machen kann, ob die absolute Regierungsunfähigkeit gleich anfangs vorhanden ist, oder

¹⁶¹⁾ Anerkannt besonders durch die Bestimmungen der goldnen Bulle Kaiser Karls IV. Cap. XXV. §. 3. 4. Mein Deutsches Staats- und Bundesrecht Th. I. §. 70 der 2. Aufl. Auch ein hausgesetzliches und zugleich mit den Ständen pactirtes Anerkenntniss findet sich für Braunschweig-Lüneburg in dem Vertrag der Herzöge Heinrich und Bernhard von 1415 (oben S. 58 f.). Die hierher gehörige, oben nicht besonders hervorgehobene Stelle besagt: »Begäbe es sich auch, dass einer der Fürsten oder ihrer Erben, dem die Regierung gebührte, nicht recht bei Sinnen wäre u. s. w., so solle der Nächstberechtigte zur Regierung kommen.«

erst nach angetretener Regierung eintritt. Demgemäss konnte und musste auch mit Grund Rechtens behauptet werden, dass, wenn auf den Herzog Wilhelm, in Ermangelung legitimer Descendenz des Herzogs Karl, nach Primogeniturrecht die Regierung des Herzogthums Braunschweig *ipso jure* übergieng, damit zugleich der Ausschluss der Linie des Herzogs Karl bis zum Ausgang der nach Primogeniturrecht zur Succession gelangten jüngern Linie definitiv entschieden war. Denn nach den Grundsätzen der Primogenitur-Ordnung, welche keines Wegs ein absolutes Vorrecht der ältern Linie statuirt, sondern immer den Primogenitus im Augenblick des Anfalls der Succession und dessen Descendenz wieder nach Primogeniturrecht beruft, findet kein Zurückspringen der Succession von der regierenden Linie, so lange noch legitime Descendenz von dieser vorhanden ist, auf die aus irgend einem Grunde, z. B. wegen Verzichts des Berechtigten, einmal ausgeschlossene ältere Linie statt, wie diess auch durch Vorgänge aus früherer Zeit im braunschweig-lüneburgischen Hause bestätigt wird¹⁶²). Wäre es anders, so würde das Gesetz der Primogenitur nicht diejenige Bestimmtheit und Sicherheit in der Ordnung der Thronfolge gewähren, welche, nächst der Verhinderung der Landestheilungen, die aber auch in anderer Weise erreicht werden konnte, als ein Hauptgrund seiner Einführung betrachtet werden muss¹⁶³).

¹⁶²) Wir brauchen hier nur an den Hausvertrag vom 10. Septbr. 1569 zwischen den Söhnen Ernst des Bekenners zu erinnern (oben S. 69. Note 66), durch welchen dauernd im Lüneburgischen Hause das Verhältniss der ältern und der jüngern Linie zu einander umgekehrt oder jene gegen diese zurückgesetzt wurde.

¹⁶³) Ganz übereinstimmend mit vorstehenden Grundsätzen hat sich damals auch der berühmte Karl Friedrich Eich-

So wie nun bei der damals jedenfalls thatsächlich in Betreff Braunschweigs vorliegenden Thronerledigung Niemand daran zweifelte, und in Erklärungen von Oesterreich und Preussen auch sogleich in den positivsten Ausdrücken anerkannt wurde, dass die Agnaten des braunschweigischen Hauses zu denjenigen Maassnahmen berechtigt seyen, welche zur Erhaltung der Rechte des Hauses und Herstellung einer gesetzlichen Ordnung erforderlich seyen, so lag es auch nahe genug, dem Herzog Wilhelm, als Bruder des vertriebenen Fürsten, die Ergreifung der Initiative zu ersparen und, da kein anderer näherer Agnat des braunschweigischen Hauses existirte, dem König Wilhelm IV. als Chef der andern Linie des braunschweig-lüneburgischen Gesammthauses den Beruf dazu zuzuerkennen, welcher sich dieser Pflichterfüllung, im Einverständnisse mit dem Herzog Wilhelm, auch auf das Bereitwilligste unterzogen hat.

Schon am 2. December 1830 hatte die deutsche Bundesversammlung auf Grund der ausführlichen Berichterstattung ihres für diese Angelegenheit niedergesetzten besondern Ausschusses, in der Ueberzeugung, „dass die Erhaltung der Ruhe und gesetzlichen Ordnung im Herzogthum Braunschweig eine, durch die Autorität des Bundes sanctionirte, unverweilte Verfügung in Beziehung auf die Ausübung der Regierungsgewalt daselbst gebieterisch erheische und dass eine definitive Anordnung wegen der künftigen Regierung dieses Herzogthums von Seiten der Agnaten nach den Bestimmungen der Hausgesetze und des Herkommens, nicht

horn in einem von ihm eingeholten Rechtsgutachten v. 19. Juli 1831 ausgesprochen. Vergl. auch mein Deutsches Staats- und Bundesrecht. Th. I. §. 84. Note 11.

werde umgangen werden können," der Beschluss gefasst: — „den hierzu berechtigten Agnaten Sr. Durchlaucht des Herzogs Karl von Braunschweig wird anheim gegeben, diejenige definitive Anordnung für die Zukunft, welche bei diesem beklagenswerthen Stand der Dinge die dauernde Ruhe und gesetzliche Ordnung im Herzogthum Braunschweig erheischt, in Gemässheit der Herzoglich braunschweigischen Hausgesetze und des in deutschen und andern souveränen Häusern üblichen Herkommens zu berathen und zu bewirken, so wie auch eine baldige Benachrichtigung über die in solcher Art getroffene Feststellung dem Deutschen Bunde zur Anerkennung vorzulegen.“

Was uns an diesem Bundesbeschluss hier vorzugsweise interessiren muss, ist die darin ausgesprochene Anerkennung der Existenz eines braunschweig-lüneburgischen Gesamthauses oder der berechtigten agnatischen Stellung Hannovers zum Herzogthum und Hause Braunschweig. Denn unter den „berechtigten Agnaten“ mussten, da ausser dem Herzog Wilhelm Niemand in der braunschweigischen Speciallinie da war, nothwendig die der hannoverschen Linie mitverstanden werden und bei den herzoglich-braunschweigischen Hausgesetzen konnte auch nur an die Gesetze des braunschweig-lüneburgischen Gesamthauses gedacht seyn, da besondere Gesetze der braunschweig-wolfenbüttelschen Speciallinie, welche auf diesen Fall hätten Anwendung finden können, nicht existirten. Noch deutlicher wurde aber das agnatische Verhältniss Hannovers und damit zugleich das wechselseitige Nachfolgerecht von Hannover und Braunschweig vom deutschen Bunde dadurch anerkannt, dass die Bundesversammlung die Erklärung Hannovers, dass es sich kraft seines agnatischen Verhältnisses zur Herbeiführung der desiderirten definitiven Regierungsanord-

nung im Verein mit dem Herzog Wilhelm für berufen erachte, ohne Widerspruch entgegen nahm und auch später dem Auftreten des Königs Wilhelm IV. in seiner Eigenschaft als eventuell nächstberechtigter Agnat nicht den leisesten Legitimationszweifel entgegenstellte. Im Gegentheil liess sich die Bundesversammlung, die in Folge des Beschlusses vom 2. Decbr. 1830 zwischen den Chefs der beiden Linien Hannover und Braunschweig getroffene agnatische Disposition ¹⁶⁴⁾ und die Erklär-
 Beil. XII. rung vom 10. März 1831 als solche, nebst der Anzeige über den inzwischen am 20. April erfolgten definitiven Regierungsantritt des Herzogs Wilhelm, durch Beschluss vom 11. Mai 1831 zur Wissenschaft dienen und sie in ihr Protokoll verzeichnen, ein Beschluss, an dessen Bedeutung durch den von Oesterreich durchgesetzten Vorbehalt zu Gunsten der Successionsrechte einer etwaigen Descendenz des Herzogs Karl, wozu die Bundesversammlung gar nicht competent war, nicht das Mindeste geändert wird.

Von keinem der verbündeten Souveräne ist damals das Recht der Agnaten zur Geltendmachung ihrer Rechte, zur definitiven Ordnung der Regierungsverhältnisse des Herzogthums Braunschweig und zur Initiative und Mitwirkung des Königs Wilhelm IV., als des Hauptes der jüngern Linie des braunschweig-lüneburgischen Hauses, entschiedener anerkannt und eifriger vertreten worden, als von Preussen, welches alsbald in einer vertraulichen Denkschrift (vom 4. März 1831) diejenigen Grundsätze und

¹⁶⁴⁾ Diese agnatische Disposition ist später in die Form eines von den Chefs der beiden Linien des braunschweig-lüneburgischen Hauses vollzogenen Hausgesetzes gebracht worden und bildet in dieser Gestalt die Beilage XII.

Ansichten entwickelte, welche in allen wesentlichen Punkten für die Behandlung der Sache im Bundestage und für das weitere Vorgehen bei der Ordnung dieser Angelegenheit Seitens der berechtigten Agnaten zur Richtschnur genommen wurden, und für seine Abstimmungen in der Bundesversammlung ¹⁶⁵⁾ maassgebend gewesen sind. Preussen insbesondere hat damit das Recht Hannovers als des nächsten erbberechtigten deutschen Fürstenhauses für den Fall der Erlöschung der in Braunschweig regierenden Linie auf das Unzweifelhafteste anerkannt und von einem auch nur andeutungsweise gemachten Vorbehalt etwaiger eventueller oder gar prioritätischer Ansprüche des hohenzollernschen Hauses auf die braunschweig-lüneburgischen Lande oder einen Bestandtheil derselben findet sich nirgends auch nur die leiseste Spur.

§. 24.

Im innigsten Einverständniss und im lebendigen Bewusstsein der Rechtsgemeinschaft des hannoverschen

¹⁶⁵⁾ Vergl. bes. die Protoc. der Bundesversammlung vom 14. April 1831 (XIII. Sitz. §. 92) u. v. 11. Mai 1831 (XVIII. Sitz. §. 120). Besonders entschieden erklärte sich Preussen am zuletzt a. O., in völligem Einverständniss mit Hannover, gegen jede richteramtliche Aburtheilung der inzwischen in Vollzug gesetzten agnatischen Disposition und gegen jeden in die Rechtssphäre des fürstlichen Gesamthauses eingreifenden Vorbehalt. Die Majorität beschloss aber dennoch jenen Vorbehalt unter offenbarer Ueberschreitung der Competenz der Bundesversammlung. — Eine förmliche Anerkennung des Herzogs Wilhelm als des wirklich regierenden Herrn von Braunschweig durch die deutsche Bundesversammlung und resp. sämtliche Bundesglieder lag übrigens in der, am 12. Juli 1832 erfolgten, Annahme der vom Herzog Wilhelm auf dessen Bundestagsgesandten ausgestellten Vollmacht.

und braunschweigischen Fürstenhauses, geleitet von der festbegründeten und durch eine vielhundertjährige Geschichte getragenen Ueberzeugung von der fortdauernden Existenz des Gesammthauses, der unbestreitbaren Geltung der ältern Hausverträge und Gesetze, insoweit sie nicht inzwischen in rechtsgültiger Form aufgehoben wurden, oder durch die seit Auflösung des Reichs veränderten Verhältnisse von selbst ihre Anwendbarkeit verloren, haben, nach dem definitiven Regierungsantritt des Herzogs Wilhelm (20. April 1831), die Chiefs der beiden Linien die beiderseitigen Verhältnisse und Beziehungen zum Gegenstand der sorgfältigsten Berathung und Feststellung gemacht.

Die erste Frucht dieses vollständigen Einverständnisses war das „Hausgesetz, betreffend die Vermählungen der nicht regierenden Mitglieder des Durchlauchtigsten Gesammthauses Braunschweig-Lüneburg“, welches, von beiden Souveränen vollzogen ¹⁶⁶⁾ und mit der darauf bezüglichen gleichlautenden Erklärung der Herzoge von Cumberland, Sussex und Cambridge versehen, sowohl in der hannoverschen als braunschweigischen Gesetzsammlung in völlig gleichlautender Weise publicirt worden ist ¹⁶⁷⁾. Für uns hat insbesondere die Einlei-

¹⁶⁶⁾ Eingeleitet war die Sache, die Aufstellung des Entwurfs u. s. w. von König Wilhelm IV. als Senior des Gesammthauses und dessen Regierung. Aus den Verhandlungen mit Braunschweig ergibt sich, dass Herzog Wilhelm, nachdem ihm der Entwurf zur Genehmigung vorgelegt worden war, »die erhabene Fürsorge Sr. Majestät des Königs für das Gesammthaus und insbesondere für die herzogliche Linie desselben auf das dankbarste verehrte.« Schreiben des Herzogl. Braunschweig-Lüneburg. Staatsministeriums v. 19. Septbr. 1831.

¹⁶⁷⁾ Hannov. Gesetzsamml. Jahrg. 1833. No. 1. Braunschweig. Gesetz. u. Verordnungssamml. 1832 No. 37. Ein Ab-

tung ihre Bedeutung. Sie beginnt mit der Erwägung, „dass die seit Auflösung der deutschen Reichsverfassung in den Verhältnissen der deutschen Fürstenhäuser eingetretenen Veränderungen eine Revision der Bestimmungen nöthig machten, welche bisher durch die Hausgesetze und das Herkommen des braunschweig-lüneburgischen Gesammthauses über die Vermählungen der Prinzen und Prinzessinnen desselben festgesetzt gewesen sind“; — gedenkt des Zweckes, „dass das Beste des Gesammthauses erforderte, für dessen beide regierende Linien gleichförmige Bedingungen auszusprechen“, was nur in der gegenseitigen Successionsberechtigung seinen Grund haben konnte, und verkündet den, kraft der ihnen als den Chefs der beiden Linien obliegenden Vorsorge für das Beste des Gesammthauses, gefassten Beschluss, in Beziehung auf dessen beide Linien und deren Verhältnisse zu den zum deutschen Bunde gehörenden Besitzungen desselben ¹⁶⁸⁾, ein jenem Zweck entsprechendes Fami-

druck findet sich jetzt auch in H. Schulze, die Hausgesetze der regierenden deutschen Fürstenhäuser. Bd I. S. 488 f. Der Entwurf desselben war, unter ausführlicher Begründung der Berechtigung der beiden Souveräne zum Erlass eines solchen Hausgesetzes, von K. Fr. Eichhorn gemacht worden und hat nur einige weniger bedeutende Aenderungen und Zusätze erhalten. Die Hauptbestimmungen desselben sind für Hannover in das Hausgesetz vom 19. Novbr. 1836. Kap. III. §. 31. übergegangen, unter wiederholte Bestätigung (§. 8) der Gültigkeit des Familiengesetzes von 1831 für beide Linien des braunschweig-lüneburgischen Gesammthauses.

¹⁶⁶⁾ Auf die Verhältnisse der Mitglieder der jüngern oder hannoverschen Linie zu England und zum Grossbritannischen Throne, wo der ältern oder braunschweigischen Linie auch gar kein Successionsrecht zusteht, konnte das neue Familiengesetz natürlich gar keine Beziehung haben. Dort entscheidet die von Georg III. durchgesetzte *Royal Marriage-Act* von 1772, welche bestimmt,

lien-Gesetz in gegenseitigem Einverständnisse zu errichten. Festgestellt war damit, ohne Berührung der Ebenbürtigkeitsfrage, für eine hausgesetzlich vollgültige Ehe die Nothwendigkeit der förmlichen Einwilligung des regierenden Herrn der betreffenden Linie des Gesammthauses, als Bedingung der Successionsfähigkeit der darin erzeugten Kinder in den zum deutschen Bunde gehörigen Staaten des Gesammthauses und der Befugniss, sich des Ranges, Titels und Wappens des Durchlauchtigsten Hauses zu bedienen. Die Nichtigkeit der Ehe spricht das Familiengesetz nicht aus und vermeidet auch jede Disposition über die sonstigen Verhältnisse oder Ansprüche der Gemahlin und Kinder einer ohne Zustimmung des Souveräns eingegangenen Ehe.

Dass das Familiengesetz zunächst im Hinblick auf die Möglichkeit einer Verheirathung des Herzogs Karl errichtet wurde, bedarf keiner Erwähnung. Specieell auf ihn bezog sich die, ebenfalls im Einverständniss der Chefs der beiden Linien von diesen erlassene und in den beiderseitigen Gesetzsammlung publicirte, agnatische Anordnung vom 5. April 1833, durch welche der Herzog Karl unter eine Familien-Curatel gestellt und ihm die selbstständige Verwaltung seines Vermögens entzogen wurde. Wir gedenken dieser, nach Aussen hin unwirksam gebliebenen, agnatischen Anordnung nur

kein Nachkomme Georgs II., (die Descendenz von Prinzessinnen ausgenommen, welche in ausländische Familien hineingeheirathet hatten) sollte eine Ehe schliessen dürfen, ohne dass der König seine Genehmigung zuvor unter eigener Namensunterschrift ertheilt und im Geheimenrathe ausgesprochen habe. Jede ohne solche Genehmigung eingegangene Ehe sollte nichtig seyn. Vergl. darüber jetzt bes. Thomas Erskine May, die Verfassungsgeschichte Englands seit der Thronbesteigung Georgs III. Uebersetzt von Oppenheim. Leipz. 1862. S. 180 f.

deshalb, weil sie jedenfalls auch ein, die practische Anwendung des Gesammthausbegriffs beweisendes Dokument ist, und das vollste Einverständniss von Braunschweig und Hannover in Betreff seiner Geltung behundet.

Noch mehr und in viel umfassenderer, bedeutungsreicherer Weise wird aber dieses Einverständniss zu Tage gelegt durch das für die königliche Linie publicirte Hausgesetz vom 19. Novbr. 1836 und zwar theils durch die Geschichte seiner Errichtung, theils durch seinen Inhalt; wobei für uns namentlich das vierte Kapitel von der Ordnung der Thronfolge von hervorragender Wichtigkeit ist.

Die nächste Veranlassung zur Errichtung eines Hausgesetzes gewährten die Verhandlungen mit den Ständen über die Grundverfassung, welche nothwendig auch die Ordnung der Thronfolge und der Verhältnisse der nicht regierenden Mitglieder des Hauses zum Souverän in sich aufnehmen musste. Diese Verhandlungen kamen in Braunschweig schon 1832 durch die mit den Ständen vereinbarte Neue Landschaftsordnung vom 12. Octbr. — in Hannover, durch das von König Wilhelm IV. sanctionirte und publicirte Staatsgrundgesetz vom 26. Septbr. 1833 zum Abschluss. Der Aufstellung des Entwurfs gieng voraus die sorgfältigste Prüfung aller in dem Hausgesetz festzustellenden Punkte, des Inhalts der speciellen und gemeinschaftlichen älteren Hausgesetze, der Gränzen der Befugnisse des regierenden Herrn den übrigen Familiengliedern gegenüber, sowie derjenigen Bestimmungen, welche wegen ihrer Beziehung auf die Verhältnisse des Gesammthauses eines Einverständnisses beider Linien desselben bedurften, besonders um für den Fall des Erlöschens der einen auch für die andere succedirende Linie Verbindlichkeit zu haben.

Der ausgearbeitete Entwurf ¹⁶⁹⁾ wurde dem König Wil-

¹⁶⁹⁾ Sowohl die rechtliche Begutachtung der in Betracht kommenden Punkte und Verhältnisse als der Entwurf rührt von Dahlmann her. Aus seinem »Staatsrechtlichen Gutachten über verschiedene, bei Entwerfung eines Königl. Hausgesetzes — zu berücksichtigende Punkte« vom Januar 1833 (Mscrpt.) wollen wir hier nur die vollständige Uebereinstimmung dieser gewiegten Autorität mit den Grundlagen und Resultaten unserer Deduction nebenbei constatiren. Dahlmann sagt S. 28: »Es ist dagegen »der Begriff des Gesamt-Eigenthums dem Hause, auf welches der »ursprüngliche Lehensauftrag lautet, nie verloren gegangen. Die »Verbindungsverhältnisse der Linien zum Gesamthause blieben »unverändert und haben sich während der Dauer des deutschen »Reichs in der Gesamtbelehrung, in der Communion einzelner »Gebiete, im Seniorat, im Huldigungseide und, mit den zeitgemäßen Aenderungen, über die Dauer des Reichs hinaus bis heute erhalten.« Dahlmann erklärt sich ferner mit Entschiedenheit für den Fortbestand des eventuellen Successionsrechts der Cognaten in der Zeit des Reichs und bis in die Gegenwart, betrachtet aber als ebenso gewiss (S. 30), »dass die Succession der weiblichen Linie nicht dann schon eintreten könne, wenn der Mannsstamm einer Linie ausgegangen ist« und sieht es als ausser Zweifel stehend an (S. 46 f.), »dass bei dem frühern Aussterben des Herzogl. »Braunschweig-Wolfenbüttelschen Mannsstammes die Königliche »Linie ebenso gewiss in den Herzoglichen Landen succedirt, als »im umgekehrten Falle im Königreiche die Herzogliche, weil sie »die beiden allein übrigen Zweige desselben Mannsstamms sind, »auf welchen der Lehnsauftrag lautet. Der Inhalt des Lehnbriefes »und in Uebereinstimmung mit ihm sämtliche Haus-Erb-Verträge gestatten nicht, dass eine andere Succession zwischen »die gegenseitige beider Bruderlinien trete. Die einmal in beiden »Linien eingeführte Primogenitur macht es aber unmöglich, dass »einmal wieder vereinigt, beide Stammgüter je wieder auseinander kommen. Das Verhältniss der beiderseitigen Staatsgrundgesetze zu einander bleibt freilich als Gegenstand ständischer »Verhandlung übrig. — — Diese wechselseitige Succession geht, »da keine Todtheilung dazwischen getreten, ohne weiteres aus

helm IV. mit eingehender Berichterstattung vorgelegt und von Allerhöchst demselben gebilligt. Da man aber von der gewiss begründeten Annahme ausgieng, dass für die dauernde Gültigkeit des Gesetzes überhaupt, falls die Wolfenbüttelsche Linie zur Nachfolge gelangen sollte, die Zustimmung des regierenden Herzogs von Braunschweig als wünschenswerth erscheine, und dass rücksichtlich solcher Dispositionen, welche auf bereits bestehende Verhältnisse der Herzoglichen Linie und zu derselben Beziehung haben, wie z. B. das Seniorat (Cap. I. §. 8), das Thronfolge-Recht (Cap. III.) und die Thronfolge-Ordnung (Cap. IV.), wenn auch in denselben lediglich eine Bestätigung und nähere Bestimmung und keine Abänderung der schon bestehenden Rechte enthalten sey, eine Uebereinkunft mit dem zeitigen Souverän des braunschweigischen Hauses als rechtlich nothwendig betrachtet werden müsse, so wurde dieserhalb eine Communication mit der Herzogl. braunschweigischen Regierung (Septbr. 1833) eingeleitet. Diese gieng auf das bereitwilligste darauf ein, unterzog den Entwurf der sorgfältigsten Prüfung und erklärte (30. März 1834) im Auftrag des regierenden Herrn, dass man dortseits, unter dankbarster Anerkennung der stets wachen und weisen Fürsorge Sr. Majestät des Königs für das Wohl des Gesammthaus und der Rücksicht auf die Interessen der herzoglichen Linie desselben, mit den Grundsätzen, von welchen bei Entwerfung des Familienstatutes ausgegangen sey, sich vollkommen einverstanden erkläre und dass die daneben zur Erwägung verstellten Bemerkungen, hauptsächlich

»der gemeinsamen Abstammung von dem ersten Erwerber des
 »Erb-Herzogthums Braunschweig-Lüneburg durch die Belehnung
 »vom Jahre 1235 hervor.«

aus dem Wunsche hervorgegangen seyen, „über die unter allen Umständen unangreifbare Gültigkeit des Gesetzes keine Zweifel zu lassen und diejenigen Bestimmungen, welche möglicher Weise Bedenken erregen könnten, wenn nicht geändert, doch wenigstens einer nochmaligen Prüfung unterworfen zu sehen.“ Zugleich theilte das braunschweigische Staatsministerium einen auf Befehl des Herzogs gemachten, *mutatis mutandis* ganz dem hannoverschen Project entsprechenden, in der Ordnung, dem Inhalt der Bestimmungen und der Wortfassung gänzlich damit übereinstimmenden Entwurf eines Familienstatuts für die Herzogliche Linie mit, und ersuchte das Königl. Hannoversche Kabinetsministerium „die Zustimmung Sr. Majestät des Königs zu demselben erwirken zu wollen.“ Denn dieselben Gründe, welche die Erlassung eines Hausgesetzes für das Königreich Hannover wünschenswerth machten, sprächen auch für die Errichtung eines solchen Statutes für das Herzogthum Braunschweig ¹⁷⁰⁾.

¹⁷⁰⁾ Zum wirklichen Erlass dieses, m. m. identischen Hausgesetzes für die Herzogliche Linie des Gesamthauses ist es, aus hier nicht weiter zu erörternden Gründen, nicht gekommen. Bemerken wollen wir aber ausdrücklich, dass die Bestimmungen dieses Entwurfs, namentlich auch im Vierten Kapitel »Von der Ordnung der Regierungsnachfolge«, gänzlich denen des Hausgesetzes der Königl. Linie correspondiren. Ausdrücklich heisst es insbesondere im zweiten §. des 4. Kapitels: »Erlischt der Mannsstamm der jetzigen Herzoglichen Linie, so geht die Regierung, mit Ausschliessung jeder weiblichen Nachfolge, auf den Mannsstamm der jetzigen Königlich Hannoverschen Linie, und zwar auf den regierenden König über und kann eine Trennung der solchergestalt wiedervereinigten Gesamtlande des Hauses niemals wieder statt haben.«

Es ist nicht unsere Sache, auf das Materielle der Punkte, welche bei der weitem Verhandlung gegenseitig zur Erwägung und Prüfung verstellt wurden, näher einzugehen, sondern nur das erzielte vollständige Einverständniss der Herzoglichen Linie mit dem Entwurf eines Königlichen Hausgesetzes zu constatiren. Ausgesprochen wurde dasselbe schon vorläufig im Allgemeinen in einem Schreiben des Herzogl. Staatsministeriums vom 16. Jan. 1835, worin dasselbe die officiële Mittheilung machte, dass es nunmehr von Sr. Durchlaucht dem Herzog ermächtigt worden sey, „Höchst ihr Einverständniss mit dem Uns gefälligst mitgetheilten Entwurf des Königlichen Hausgesetzes für das Königreich Hannover zu erklären,“ wobei jedoch noch ein paar Modificationen der Fassung beantragt wurden ¹⁷¹⁾. Nachdem auch diese bewilligt waren und König Wilhelm IV. auch Seiner Seits die Genehmigung des Entwurfs des Herzogl. Braunschweigischen Hausgesetzes ausgesprochen hatte, erfolgte die definitive Genehmigung für das hannoversche Hausgesetz durch ein Schreiben des Braunschweigischen Staatsministeriums vom 14. Octbr 1835, worin es heisst:

„Da wir nun auch die von Sr. Majestät sonst
 „noch befohlenen und getroffenen Abänderungen in

¹⁷¹⁾ Sie betrafen 1) die Fassung eines Satzes im Kap. II. §. 3., welcher von der Zustimmung der Stände und der Agnaten zu Abänderungen des Hausgesetzes handelt. Braunschweigischer Seits wurde verlangt, dass anstatt blos »sämmliche Agnaten,« wie der Entwurf lautete, gesetzt werde, »sämmliche stimm- und successionsfähige Agnaten.« Diesem Verlangen ist dann auch entsprochen worden, wie die Fassung des publicirten Königlichen Hausgesetzes bekundet. 2) Ebenso hat auch eine andere Stelle (Kap. III. §. 1) eine dem Wunsche Braunschweigs entsprechende Fassung erhalten. Beide Abänderungen wurden genehmigt durch Königl. Rescript vom 18. Sptbr. 1835.

„diesem Statute völlig unbedenklich finden, so lassen des Herzogs, Unsers gnädigsten Herrn Durchlaucht, Höchsthre Genehmigung „zu denselben hierdurch ertheilen.“

Ebenso sind auch die Abänderungen mehrerer Paragraphen des Entwurfs, welche sich in Folge der mit den allgemeinen Ständen des Königreichs über das Appanagen-Reglement (10. Kapitel des Hausgesetzes) gepflogenen Verhandlungen nothwendig machten und vom König Wilhelm IV. unterm 19. Novbr. 1836 sanctionirt worden waren, ohne allen Anstand von dem Herzog von Braunschweig und dessen Regierung genehmigt worden¹⁷²⁾, so dass die vollständigste Vereinbarung mit Braunschweig über das Hausgesetz im Ganzen und in allen seinen einzelnen Bestimmungen als ein feststehendes und unleugbares thatsächliches Resultat um so mehr betrachtet werden muss, als auch zur Documentirung dieses Einverständniss die Original-Urkunde des im Königl. Archiv aufbewahrten Königlichen Hausgesetzes von Sr. Hoheit dem Herzog von Braunschweig, mit Contrasignatur des Staatsministers von Schleinitz, eigenhändig unterzeichnet worden ist. Es erfolgte nun sofort die Publication des Hausgesetzes in der Gesetzsammlung des Königreichs¹⁷³⁾. Dasselbe ist Brighton, den 19. November 1836 datirt, weil an diesem Tage die schliessliche Sanction des Königs erfolgt war. Der gleich in der Einleitung sich findende Satz, dass dasselbe, „soweit es das Durchlauchtigste Gesammthaus angeht, im Einverständnisse mit

¹⁷²⁾ Schreiben des Herzogl. Staatsministeriums vom 12. Decbr. 1836.

¹⁷³⁾ Gesetz-Samml. I. Abth. No. 37. Ausgegeben zu Hannover den 24. Decbr. 1836.

Sr. Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig“ erlassen sey, ist, wie die vorstehende Entstehungsgeschichte ergibt, vollständig in der Wahrheit begründet, ja das Einverständniss umfasst, was nur bei Erlassung des Gesetzes nicht zu erwähnen war, auch alle übrigen Bestimmungen des Hausgesetzes ohne irgend eine Ausnahme.

Hieraus ergibt sich zugleich die rechtliche Bedeutung der hausgesetzlichen Feststellung des Thronfolge-Rechts und der Thronfolge-Ordnung, im dritten Beil. XIII. und vierten Kapitel des Hausgesetzes. Durch vertragsmässige Willenseinigung der beiden Linien des Gesamtthauses, der königlichen Linie von Hannover und der herzoglichen Linie von Braunschweig, wenn auch nicht in der Form eines Staatsvertrags, ist, dem alten und durch viele Jahrhunderte unverbrüchlich festgehaltenen Rechte des braunschweig-lüneburgischen Gesamtthausesentsprechend, dem gegenseitigen Nachfolgerecht des Mannsstamms beider Linien, mit Ausschluss jeder weiblichen Thronfolge¹⁷⁴⁾, solange noch Mannsstamm einer der beiden Linien existirt, die solennste und erschöpfendste, jeden möglichen Zweifel beseitigende, förmliche Anerkennung zu Theil geworden. Es ist dadurch anerkannt, dass sowohl das

¹⁷⁴⁾ In Beziehung auf das eventuelle cognatische Erbrecht nach Erlöschung des Mannsstamms des Gesamtthauses Braunschweig-Lüneburg wollen wir nur nebenbei nochmals darauf hinweisen, dass dasselbe im §. 4 des vierten Kapitels des Hausgesetzes ausdrücklich auf die älteste Regulirung des Erbrechts der welfischen Familie im Lehenbrief Kaisers Friedrichs II. von 1234 gegründet wird und dass dadurch diejenige Auffassung des cognatischen Erbrechts ausdrücklich bestätigt worden ist, welche oben im 2ten Abschnitt unserer Darstellung (§. 5. S. 24 f.) zu begründen versucht wurde. Vergl. oben bes. S. 31.

Königreich Hannover als das Herzogthum Braunschweig, welche die Staaten des braunschweig-lüneburgischen Gesamtthauses bilden, im Fall der Erlöschung der einen Linie, auf die überlebende andere Linie des Gesamtthauses übergehen müsse und dass, nach erfolgter Vereinigung, „eine Trennung der solchergestalt wiedervereinigten Gesamtlande des Hauses niemals wieder Statt haben“ solle. Uebereinstimmend mit dem allgemeinen Grundsatz sanctionirt der §. 3 des Hausgesetzes ¹⁷⁵⁾:

„Ebenmässig geht das Herzogthum Braunschweig, wenn der Mannsstamm der Herzoglich - Braunschweigisch - Wolfenbüttelschen Linie früher ausstürbe, mit Ausschluss jeder weiblichen Thronfolge, auf **die Königliche Mannslinie, und zwar auf den regierenden König über**, und kann eine abermalige Trennung der wiedervereinigten Gesamtlande niemals wieder Statt haben.“

Also auch diesen Satz hat der Souverän von Braunschweig und derzeit allein berechtigte Repräsentant der ältern Linie des Gesamtthauses durch die Mitunterschrift des Hausgesetzes in der solennsten Weise anerkannt und damit auch förmlich der, freilich an sich schon gar nicht vorhandenen, Befugnis, diesem Successionsrecht durch irgend eine Verfügung entgegen zu treten, entsagt. Hieran wird auch die rabulistischste Deutung nichts zu ändern vermögen. Zugleich ist dadurch anerkannt, dass im Falle des Erlöschens der herzoglich braunschweigischen Mannslinie, das Herzogthum Braunschweig auf den regierenden König von Hanno-

¹⁷⁵⁾ Die ganz correspondirende Bestimmung des Entwurfs des braunschweigischen Hausgesetzes s. oben Note 170.

ver übergeht und dass diese Eigenschaft allein genügt, das Regierungsrecht über Braunschweig zu begründen, wenn seine Legitimität oder sein Successionsrecht auf Grund der Hausgesetze und insbesondere nach Maassgabe des auf Vereinbarung beider Linien beruhenden gemeinsamen Statuts vom 19. October 1831 nicht bestritten werden kann. Dass die Ausübung der Regierungsrechte nur in der durch das Grundgesetz des Herzogthums Braunschweig bestimmten verfassungsmässigen Weise geschehen könne, versteht sich aber ganz von selbst, da die Eigenschaft Braunschweigs als eines selbstständigen staatlichen Organismus mit eigener oder besonderer Verfassung durch das *ipso jure* eintretende Thronfolgerecht des regierenden Königs von Hannover in keiner Weise berührt oder alterirt wird.

§. 25.

Wir haben aber endlich nicht bloß unzweifelhafte hausgesetzliche Anerkennnisse des forthin bestehenden gegenseitigen Successionsrechts der beiden Linien des Gesamtthauses, sondern dasselbe ist auch, wie schon angedeutet wurde, durch die Landesgrundgesetze der die Gesamtlande bildenden beiden Staaten, also staatsrechtlich, festgestellt und in der förmlichsten Weise verbrieft worden. Das gegenseitige Successionsrecht war nun nicht bloß ein integrierender Bestandtheil der Hausverfassung beider Branchen des braunschweig-lüneburgischen Gesamtthauses, sondern auch der Staatsverfassung, welche, nach der Verwandlung der deutschen Territorien in wirkliche Staaten, auch die Anerkennung oder Regelung des Thronfolgerechts und der Thronfolgeordnung, als nothwendige Bedingung einer dauernden monarchischen Ordnung in ihr Bereich ziehen musste. Doch ist diess häufig in sehr einfacher Weise dadurch gesche-

hen, dass das durch Hausgesetze festgestellte Recht der regierenden Familie als das forthin geltende Staatsrecht hingestellt wurde ¹⁷⁶⁾.

Zuerst geschah dies in Braunschweig, wo nach der eingetretenen Regierungsveränderung eine, die Bedürfnisse und Aufgaben der Zeit begreifende und dem vernünftigen Fortschritt, der Entwicklung und Consolidirung des Rechtsstaats huldigende, oberste Staatsverwaltung sich bald mit der verfassungsmässigen Landesrepräsentation über eine umfassende Ordnung der staatsrechtlichen Verhältnisse von Fürst und Volk auf der Basis des Bestehenden verständigte und vereinbarte. Aus den Berathungen des ständischen Ausschusses über den vorgelegten Entwurf einer revidirten Landschaftsordnung v. 30. Septbr. 1831, theils unter sich, theils mit dem herzoglichen Staatsministerium, und den Verhandlungen mit der Ständeversammlung gieng, als umfassendes Grundgesetz des Landes mit einem nicht mehr passenden Titel, die „Neue Landschaftsordnung“ v. 12. Octbr. 1832 hervor. Diese handelt im ersten Kapitel: „Von dem Herzogthum, der Regierungsform und dem Landesfürsten“ und bestimmt hinsichtlich der Regierungserbfolge im §. 14:

„Die Regierung wird vererbt in dem fürstlichen
„Gesammthause Braunschweig - Lüneburg
„nach der Linealerbfolge und dem Rechte der Erst-
„geburt und zwar zunächst in dem Mannsstamme

¹⁷⁶⁾ Eine Mehrzahl der deutschen Verfassungsurkunden begnügt sich mit einer bestätigenden Anerkennung der Prinzipien der bestehenden Hausgesetze in Betreff der Regierungsnachfolge. So z. B. die Preuss. Verf.-Urk. v. 1850. Art. 53, Badische Verf.-Urk. v. 1818, §. 4, Luxemb. Verf.-Urk. Art. 3, Meining. Grundges. §. 3, Altenb. Grundges. §. 13, Anhalt-Bernb. Verf.-Urk. §. 88.

„aus rechtmässiger, ebenbürtiger, hausgesetzlicher
 „Ehe. — Erlischt der Mannsstamm des fürstlichen
 „Gesammthauses, so geht die Regierung auf die
 „weibliche Linie nach gleichen Grundsätzen über.“

Hiermit wurde auch Seitens des Landes und Volkes in Braunschweig und dessen verfassungsmässiger Repräsentation das gegenseitige Successionsrecht der beiden Linien des Gesammthauses Braunschweig-Lüneburg und der Vorzug des Mannsstamms des Gesammthauses vor allen cognatischen Erbensprüchen, wie es das alte Recht des Gesammthauses mit sich brachte, auf eine ausdrückliche, völlig klare und unzweideutige Weise anerkannt. Und wenn es auch für den Bestand und die fortdauernde Geltung dieses Rechts einer solchen Anerkennung rechtlich nicht bedurfte, so wird man ihr doch in sofern einen Werth beizulegen haben, als dadurch das Herrschaftsrecht des fürstlichen Gesammthauses über das Niveau des patrimonialen Principis erhoben und eine übereinstimmende Erklärung von Fürst und Volk über das geltende Recht in Betreff der Regierungs-Erbfolge durch einen in verfassungsmässiger Form vollzogenen staatsrechtlichen Act erzielt wurde.

Dieser verfassungsmässigen Feststellung correspondirt aber auch der Sache nach die Bestimmung über den Erbhuldigungseid im §. 26 der neuen Landschaftsordnung von 1832, welcher besagt:

„Alle männliche Landeseinwohner sind nach zurück-
 „gelegtem 21. Lebensjahre verpflichtet, den Erbhul-
 „digungseid zu leisten. Dieser soll also lauten:

„„Ich schwöre Treue und Gehorsam dem durch-
 „„lauchtigsten Landesfürsten und dessen Nach-
 „„folgern an der Landesregierung aus
 „„dem durchlauchtigsten Hause Braun-
 „„schweig, so wie Gehorsam den Gesetzen““.

Dass hier ¹⁷⁷⁾ unter dem Hause „Braunschweig“ das ganze, auch die königliche Linie umfassende, Haus Braunschweig verstanden werden muss, kann an sich keinem Zweifel unterliegen. Denn wer anders, wenn nicht die Nachfolger aus der königlichen Linie, hätte denn nächst dem regierenden Landesfürsten hier ins Auge gefasst werden können, da zur Zeit der Errichtung der Neuen Landschaftsordnung, nach der Unfähigkeitserklärung des Herzogs Karl, in der herzoglich braunschweigischen Speciallinie gar kein Nachfolger vorhanden war und auch forthin von keinen andern Nachfolgern, als denen der königlichen Linie, hat die Rede seyn können. Ausserdem muss aber auch ganz unleugbar der §. 26 über den Erbhuldigungseid aus dem die Regierungserbfolge bestimmenden §. 14 des Grundgesetzes, wenn es überhaupt nöthig seyn sollte, interpretirt werden. Unter den Nachfolgern aus dem Hause Braunschweig können keine andern Successoren verstanden werden, als diejenigen, welche der §. 14 beruft und hier ist ausdrücklich gesagt, die Regierung werde vererbt in dem fürstlichen Gesammthause Braunschweig-Lüneburg. Die Verschiedenheit in der Ausdrucksweise, die aber an sich keinen verschiedenen Sinn bekundet, erklärt sich einfach daraus, dass in dem, den Ständen am 27. Aug. 1832 vorgelegten, Entwurf der Neuen Landschaftsordnung auch der §. 14 sich des Ausdrucks bediente: „Die Regierung wird vererbt in dem fürstlichen Hause Braunschweig.“ Diess ist dann bei der schliesslichen Redaction des Gesetzes, der noch grössern Deutlichkeit halber, in „Fürstliches Gesammthaus Braunschweig-Lüneburg“ verwandelt und auch in dem zweiten Satze des §. 14 der Satz: „Erlischt der Mannsstamm, so geht die Regie-

¹⁷⁷⁾ Ebenso in der Eidesformel für die Landtagsabgeordneten im §. 132 der N. Landsch.-Ordnung.

rung auf die weibliche Linie nach gleichen Grundsätzen über“, durch die Fassung: „Erlischt der Mannsstamm des fürstlichen Gesammthaus“ etc. noch deutlicher und zweifelloser ausgedrückt worden, was man sagen wollte. Uebersehen wurde aber der Zusammenhang des §. 26 mit dem §. 14; sonst würde man gewiss auch hier die deutlichere Fassung vorgezogen haben. Nimmt man aber noch dazu, dass ja die Verpflichtung der beiden Linien des braunschweig-lüneburgischen Hauses, ihre Unterthanen gegenseitig einander die Erbhuldigung leisten zu lassen, in älteren und neueren Hausgesetzen ¹⁷⁸⁾ ausdrücklich anerkannt war, so kann über die nothwendige Beziehung des im braunschweigischen Grundgesetzes (§. 26 und §. 132) auch auf die Nachfolger aus der andern Linie des Gesammthaus nicht der geringste Zweifel bestehen. Als feststehend dürfen wir daher betrachten: Der hannoverschen Linie des Gesammthaus ist bereits im Herzogthum Braunschweig gehuldigt und alle volljährigen Landeseinwohner und die Stände haben das Nachfolgerecht des hannoverschen Königshauses, auf Grund der Landesverfassung, feierlich beschworen; sie würden sich also durch jede auf Verletzung oder Vereitelung dieses eventuellen Successionsrechts gerichtete Handlung unzweifelhaft eines Eidbruchs schuldig machen.

In völlig correspondirender, nur etwas näher bestimmter, Weise ist dann auch durch die hannoverschen Verfassungsgesetze das im Gesammthause Braun-

¹⁷⁸⁾ Vergl. oben S. 56. Note 50; ferner S. 58. Note 53. S. 62 S. 64. S. 66 mit Note 62. S. 140. Besonders vergl. den Vertrag v. 14. Novbr. 1739 §. 4, worin zugleich eine Bestätigung der älteren Hausverträge in Betreff der gegenseitigen Erbhuldigung ausgesprochen ist. S. übrigens noch Ribbentrop's Beyträge S. 73 f. und Manecke, braunschw.-lüneb. Staatsrecht. S. 95.

schweig-Lüneburg historisch begründete und in den Hausgesetzen bestätigte Successionsrecht als Bestandtheil des geltenden Staatsrechts anerkannt und der eventuelle Uebergang der zum Königreich Hannover vereinigten untheilbaren Lande auf die andere Linie des Gesamthauses Braunschweig-Lüneburg sanctionirt worden.

Der §. 11 des Staatsgrundgesetzes vom 26. Septbr. 1833 bestimmte:

„Die Krone des Königreichs Hannover vererbt ohne Theilung der Lande.“

„Sie gebührt zunächst dem Mannsstamm des königlichen Hauses aus rechtmässiger, ebenbürtiger und hausgesetzlicher Ehe. Die Ordnung der Thronfolge wird durch die Lineal-Erbfolge nach dem Rechte der Erstgeburt bestimmt. Erlischt der Mannsstamm der jetzigen königlichen Linie, so geht die Thronfolge nach Maassgabe der Hausgesetze auf den Mannsstamm der jetzigen Herzoglich Braunschweig-Wolfenbüttelschen Linie, und nach dessen Erlöschen auf die weibliche Linie über.“

Der Sache nach ganz übereinstimmend fasste der §. 12 des Landesverfassungs-Gesetzes vom 6. Aug. 1840 das bestehende oder geltende Recht in einigen Sätzen zusammen, fügte aber zugleich noch nähere Bestimmungen über die Ordnung der Thronfolge im Falle des Eintritts der cognatischen Erbfolge hinzu:

„Das Recht der Thronfolge in dem untheilbaren Königreiche gebührt dem Mannsstamme aus rechtmässiger, ebenbürtiger und hausgesetzlicher Ehe.“

„Die Ordnung der Thronfolge wird durch die reine Linealfolge nach dem Rechte der Erstgeburt bestimmt.“

„Erlischt der Mannsstamm der gegenwärtigen Königlichen Linie, so geht die Thronfolge auf den Mannsstamm der jetzigen Braunschweig-Wolfenbüttelschen Linie und, nach dessen Erlöschen, auf die weibliche Linie, ohne Unterschied des Geschlechtes, über, und zwar dergestalt, dass die Nähe der Verwandtschaft mit dem zuletzt regierenden Könige und, bei gleichem Verwandtschaftsgrade, das Alter der Linie, in der Linie aber das natürliche Alter den Vorzug verschafft“.

„Bei der Nachkommenschaft des neuen regierenden Königlichen Hauses tritt der Vorzug des Mannsstamms mit dem Erstgeburtsrechte und der reinen Linealfolge wieder ein“.

In Uebereinstimmung hiermit wird der, von den Ständen und bei jeder Anstellung im öffentlichen Dienste in Hannover zu leistende, Huldigungseid namentlich auch dem regierenden Herrn der braunschweig-wolfenbüttelschen Linie und dessen successionsberechtigten Nachfolgern geschworen.

Alles diess beruht auf der Voraussetzung, des festbegründeten gegenseitigen Successionsrechts der beiden Linien des Gesamthauses und der fortdauernden Geltung der hausgesetzlichen Erbverträge, in welchen die rechtliche Einheit des Gesamthauses, die *unio perpetua* der braunschweig-lüneburgischen Gesamtlande und der Ipsojure - Anfall der Besitzungen der erloschenen Linie an die übrig bleibende Branche des Gesamthauses wiederholt einen so bestimmten und jede andere Deutung ausschliessenden Ausdruck gefunden hat!

Beilagen.

I.

Lehen-Brief Kayzers FRIDERICI II. Herrn Otten von Lüneburg, über das Hertzogthum Braunschweig ertheilt, Anno 1235.

IN nomine sanctae et individuae Trinitatis FRIDERICUS *secundus* divina favente clementia Romanorum Imperator, semper Augustus, Jerusalem et Siciliae Rex. Gloriosus in Majestate sua dominantium Dominus, qui regna constituit et firmavit imperium, de cujus clementia vivimus, de cujus est munere, quod feliciter imperamus; ad hoc nos supra Reges et regna praeposuit, et in Imperiali solio sublimavit, ut nobis factori nostro gratitudine devota subjectis, pacem et justitiam moderamina nostra contineant, et qui sumus prae filiis hominum ab eo, qui praeminet Orbi terrae, sublimius exaltati, viros dignos honoribus et non immeritos ad solitudinis partem admitti, liberaliter ad decus et decorem Imperii nominis et honoris titulo decoremus. Hinc est ergo, quod per praesens scriptum noverit praesens aetas et futura posteritas, quod cum diu propositi nostri foret, ut dilectum consanguineum nostrum, OTTONEM *de Lüneburgh*, ad fidem

Imperii et devotionem nostram efficeremus arcius obligatum, nec loci vel temporis opportunitas affuisset, quo conceptam erga eum intentionem nostram prosequi nos deceret; contingente causa nostri felicitis adventus in Alamanniam, et pro reformatione totius terrae status indicta Maguntiae curia generali, dictus OTTO ad eandem curiam vocatus accessit. In qua dum assidentibus nobis Principibus nostra Serenitas resideret, de reformando terrae statu disponens, nominatus OTTO *de Luneburch*, flexis genibus coram nobis, omni odio et rancore postpositis, quae inter proavos nostros existere potuerunt, se totum in manibus nostris exposuit, nostris stare beneplacitis et mandatis, et insuper proprium suum castrum Luneburch, quod idiomate Theutonico vocatur *Ëggen*, cum multis aliis castris, terris et hominibus eidem castro pertinentibus, in nostram proprietatem et dominium specialiter assignavit, ut de eo, quicquid nobis placeret, tanquam de nostro proprie faceremus. Nos autem, qui tenemur modis omnibus Imperium augmentare, praedictum Castrum de Luneburch cum omnibus pertinentiis et hominibus suis, quemadmodum ex ejusdem OTTONIS assignatione in proprietatem accepimus, in praesentia Principum in Imperium transtulimus, et concessimus, ut per Imperium infeodari deberet. Civitatem insuper de Brunswick, cujus medietatem proprietatis Domini a Marchione de Baden et reliquam medietatem a Duce Bavariae, dilectis Principibus nostris, emimus, pro parte uxorum suarum, quae fuerunt quondam filiae Henrici de Brunswick, Comitis Palatini Rheni, patruj dicti *Ottonis*, similiter in eadem Curia Imperio concessimus, proprietatem nobis debitam in dominium Imperii transferentes.

Praeterea OTTONE in ipsa generali Curia in manibus nostris connexis palmis super sancta cruce Imperii, quae ibidem tenebatur, praestante fidei juramentum, nos attendentes, quam pura fide, sincera et prona devotione se totum mandato nostro et voluntati commisit, et in proprietatem nostram concessit proprie proprium castrum suum, de quo nemini tenebatur, et humiliaverit se omnibus modis coram

nobis; considerantes insuper, quod nunquam per eum fuerit offensum Imperium, et nec contra honorem nostrum ad suggestionem alicujus voluerit inveniri, dignum et utile vidimus circa statum et augmentum ipsius Imperiali munificentia providere.

Quapropter cum consilio, assensu, et assistentia Principum Civitatem Brunswich et Castrum Luneburch cum omnibus castris, hominibus et pertinentiis suis univimus, et creavimus inde Ducatum, et Imperiali autoritate dictum Consanguineum nostrum OTTONEM *Ducem* et Principem facientes, Ducatum ipsum in feodum Imperii ei concessimus ad haereditatem, filios et filias haereditarie devolvendum, et eum solenniter juxta consuetudinem investivimus per vexilla; de affluentiore gratia concedentes eidem decimas Goslariae, Imperio pertinentes. Ceterum Ministeriales suos in Ministeriales Imperii assumentes, eidem concessimus, eosdem Ministeriales juribus illis uti, quibus Imperii Ministeriales utuntur. Ad hujus itaque concessionis memoriam et robur perpetuo valiturum, praesens privilegium fieri, et bulla aurea, typario Nostrae Majestatis impressa, jussimus communiri.

Hujus rei autem Testes sunt: S. Moguntinus, H. Coloniensis, E. Salzburgensis, T. Treverensis, et . . Bisuntinus, Archiepiscopi. W. Magdeburgensis Electus, E. Papenbergensis, S. Ratisponensis, Imperialis Aulae Cancellarius. H. Constantiensis, S. Augustensis, B. Argentinus, H. Basiliensis, C. Hildensemensis, J. Leodiensis, C. Cameracensis, J. Metensis, . . Tullensis, . . Monasteriensis, E. Nuremburgensis, . . Trajectensis, C. Osenburgensis, R. Pactaviensis, H. Eystediensis, C. Spirensis, E. Merseburgensis, G. Verdunensis, et C. Frisingensis, Episcopi. Frater H. domus hospitalis sanctae Mariae Theutonicorum in Jerusalem Magister . . Morbacensis . . Augensis et . . Elwacensis, Abbates. Otto Dux Bavariae Comes Palatinus Rheni, H. Dux Brabantiae, A. Dux Saxoniae, B. Dux Carinthiae, M. Dux Lotharingiae, H. Landgravius Thuringiae, Palatinus Comes Saxoniae, H. Marchio Misinensis, H. Marchio de Baden, J. et O. Marchiones de Brandeburch,

H. Comes Senensis, H. Comes Barensis, D. Comes Clevensis, H. Comes de Hanalt, et alii quam plures.

Signum Domini Friderici Secundi, Dei gratia Invictissimi Romanorum Imperatoris semper Augusti, Jerusalem et Siciliae Regis.

Ego Sifridus Ratisponensis Episcopus, Imperialis Aulae Cancellarius, Vice Domini . . Maguntini Archi-Episcopi, totius Germaniae Archi-Cancellarii, recognovi. Acta sunt haec Anno Dominicae Incarnationis millesimo ducentesimo tricesimo quinto, mense Augusti, octavae Indictionis, imperante Domino nostro Friderico, Dei gratia Serenissimo Romanorum Imperatore, semper Augusto, Jerusalem et Siciliae Rege, Anno Imperii ejus sexto decimo, Regni Jerusalem decimo, Siciliae tricesimo octavo, feliciter, Amen. Datum Maguntiae Anno, Mense et Indictione praescriptis.

II.

Römischen Königes RUPERTI Lehnbrief Hertzog Bernhard und Hinrichen etc. zu Braunschweig und Lüneburg ertheilet anno 1403.

Wir Ruprecht Von Gots Gnaden Römischer Kunnig, zu allen Zytten merer des Reiches, Bekennen und thun kundt offentlich inn diesem brieue, alle den die Ihn sehent oder hörent lesen, das wir haben angesehen, getrewe vnd geneme Dienste, alss die hochgeborne Bernhardt vnd Heinrich, Hertzogen zu Braunschweig vnd Lüneburg, Vnsere lie-

ben Oheime vnd Fürsten, Vns, vnd dem Reiche oft gethan handt, vnd noch thun sollen vnd mügen, In künftigen Zeiten, Und hierumb haben Wir mit wolbetachtem mute, mit rechter Wissen, den Vorgenanten Bernhardt vnd Heinrichen, Otten vnd Wilhelmen Ihren Sönen die Vorgenanten Hertzogtum vnd Fürstentum Brunswig vnd Lüneburg, mit allen ihren herschafften, freiheiten, gewonheiten, rechten, nutzen, renten, gutern, vnd Zugehörungen, wie die genant sint, die von Vns vnd dem heiligen Reiche zu lehen rurent, gnediglichen geliehen, vnd liehen Ihn auch die, in Krafft diss brieffs, vnd Römischer Kunniglicher macht vnd vollekomenheit, was Wir Ihn, als ein Römischer Kunig, von recht daran liehen sollen, vnd hat Vns der Vorgenanter Vnser lieber Oheimb vnd Fürste, Hertzog Heinrich, an statt sie, des Vorgenanten Hertzog Bernhards sine Bruder, Otten vnd Wilhelm Ihre Sone, mit eiden darumbe huldunge gethan, als einem Römischen Kuninge, Vnd were, das die vorgenanten Hertzogen Bernhardt vnd Heinrich, oder Ihre einer, von dodes wegen abeinge, vnd ihre Son, oder Ihre einer in die herschafft komen würde, So sollen die, oder der Ihre lehen auch alssdan von Vns empfaen, und darumbe Huldunge thun, in der masse als vorgeschrieben stet. Urkunde diss brieues, versiegelt mit Vnserm Kuniglichen Maiestad Ingesiegel, Geben zu Nürnberg off den Sontag nach Vnser Frawen tag Liechtmesse, Purificatio zu latin, In dem Jare, da man zelt, nach Christi Geburte, Vierzehenhundert vnd drey Jare, Vnsers Reichs In dem dritten Jare.

Ad mandatum Dni Regis Vlricus
de Alberk decretor. doctor.

III.

Kaiser MAXIMILIANS II. Expectanzbrief für Brandenburg auf Grubenhagen v. 1564.

Wir Maximilian der Ander von gottes gnaden Erwelter Römischer Kaiser etc. Bekennen für vns vnnd vnser nachkommen am Reiche öffentlich mit disem brieff vnnd thun khundt aller meniglich: Das wir gütlich han gesehen vnnd betracht die sonndere stete affection lieb vnnd zunaigung, damit des Hochgebornnen Joachimen Marggrauen zu Brandenburg etc. vnsers lieben Ohaims vnnd Churfürsten vorfaren vnnd sein Lieb selbs weilennd vnnsern Vorfaren am Reiche Römischen Kaisern vnnd Königen vns vnnd dem heiligen Reiche vnnd vnserm löblichen Hausz Osterreich iederzeit zugethan vnnd verwandt gewest vnnd noch, Auch die getrewen angenehmen nutzlichen vnnd ersprieslichen diennst, so gemelts vnsers lieben Ohaims vnnd Churfürsten vorfarn vnnd sein Lieb selbs weilennd vnnsern Vorfaren, Auch vns vnnd dem heiligen Reich vnnd vnserm löblichen Hausz Osterreich in manigfaltig wege mit sonderm genaigtem vleis vnuerdrossenlich ertzaigt vnnd bewisen, Sein lieb auch hinfüro nit weniger zu thun gehorsamlich vrpittig ist auch wol thun mag vnnd solle Vnnd darumb zu ains thails ergetzlichait gedachts vnsers Oehaims des Churfürsten zu Brandenburg Vorfaren, auch seiner Lieb selbs vnsern Vorfaren am Reich auch vns gelaistet getrewer diennst mit zeitlichem wohlbedachtem mueth, guetem Rath vnnd rechter wissen gedachtem vnserm lieben Ohaimen vnnd Churfürsten Marggrauae Joachimen zu Brandenburg etc. vnnd seiner Lieb mandlichen ehelichen leibs erben diese genedige zusag vnnd vertröstung gethan vnnd Exspectantz gegeben haben — Vnnd thun das hiemit von Römischer Kaiserlicher macht wissentlich in crafft ditz brieues, also da sich über kurtz oder lang zutragen, das der mendlich stam der Jetz Regierenden Fürsten von Braunschweig zum Grubenhagen

gantz vnnd gar abgehen vnnd aufhören wurde, alsdann solch Fürstenthumb mit allen seinen Regalien, Grafschafften, Herrschafften, Manschafften, Lehenschafften, Herrlichaiten, Wildpannen, Ehren, Wirden, Gerichtszwengen, Schlössern, Stetten, Flecken, Merckten, Dörffern und guetern so vil dessen von vns vnnd dem heiligen Reich zu lehen rüert, auch derselben aller Privilegien, Freiheiten, Rechten, gerechtigkeiten vnnd zugehörungen, wie solches obgemelte Jetz Regierende Fürsten zu Braunschweig zum Grobenhagen Innhaben, auf obgemelten vnsern lieben Oehaim und Churfürsten Marggrauē Joachimē zu Brandenburg vnnd seiner Lieb eheliche mandliche Leibs Erben erblich fallen komen. Vnnd Inen so bald sich obgemelter Fall obgehörtē massen zutregt von vns vnnd vnsern Nachkomen am Reiche vor meniglich zu rechten manlehen verliehen vnnd zuegestellt vnnd darüber nottürffige Lehenbrieff wie sich gebürt verfertigt werden.

Vnnd gemelter vnser lieber Ohaim vnnd Churfürst vnnd seiner Lieb Mandliche eheliche leibs erben obberüert Fürstenthumb Braunschweig zum Grobenhagen sambt desselben zugehörigen Grafschafften etc. alsbaldt nach obangetzognem fall auf erlangte vnnser oder vnserer Nachkomen am Reich belehnung einzunemen Vnnd damit als vnserm vnnd des Reichs Eigenthumb vnnd irem Lehen zu thuen vnnd zu hanndlen guet fueg vnnd macht haben Inen auch auf obberührten Fall zur Possession obberürts Fürtentumbs vnnd desselben zugehörigen Grafschafften etc. vor meniglich one allen vertzug oder verwaigerung verholffen werden solle — Wir oder vnserē Nachkomen am Reiche sollen vnnd wellen auch wider dise vnserē Kaiserliche Zusag vnnd Expectantz oder derselben zu nachtail weder aus aigner bewegnus noch auf Jemandts anhalten nichts bewilligen noch ausseen lassen — Da es aber vielleicht aus vergessenhait oder auf Jemandts anhalten oder in andere wege wie das were beschehe,

solle doch dasselb kain crafft noch macht haben, sondern nichtig vnnnd von vnwerden vnnnd villgedachten vnsern lieben Oehaim dem Churfürsten zu Brandenburg vnnnd seiner Lieb mandlichen ehelichen leibs Erben an diser vnnserer Zusage und Expectantz one allen nachtail vnnnd Schaden sein — Dann wir solches alles sovil es diser vnnser Zusage vnnnd Expectantz zuwider sein angetzogen oder gedeutet werden möchte Jetz alsdan vnnnd dann als Jetz für nichtig, crafftlos vnnnd unpündig erkennen ercleren — Dasselb auch für vns vnnnd vnser Nachkomen am Reich aus Römischer Kaiserlicher macht, volkomenhait vnnnd rechter wissen aufheben, cassieren, abthuen vnnnd vernichten. Auch hiemit also aufgehebt, cassiert, abgethan vnnnd vernicht haben wellen etc. — Mit vrkunt ditz Brieues besiglet mit vnserm Kaiserlichen anhangendem Insigl — Geben in vnser Stat Wien den letzten Augusti Nach Christi vnsern lieben Herren vnnnd Seligmachers Geburt 1500 vnnnd im 64., Vnserer Reiche des Römischen vnnnd Hungerischen im Andern vnnnd des Behaimischen im Sechtzehennnden — Jaren.

Maximilian.

IV.

Die Hertzogen zum Grubenhagen werden in die Samptlehen der Fürstenthumb Braunschweig u. Lüneburg genohnen, und sie thun den Hertzogen so herwieder etc., 13. März 1566.

Von Gots gnaden Wir Ernst, Wolfgang und Philips gebrudere Hertzogen zu Braunschweig etc. thun kundt und

bekennen hiemit vor uns und unsere erben. Nachdem weder wir, noch weilandt Her Philips auch Hertzogk zu Braunschweig, unser geliebter her vather Christmiller gedechtnus, noch etliche S. L. vorelterenn, von dem hochgebornen Fürsten, unserm freundlichen lieben vettern, den hertzogen zu Braunschweig und Luneburgk, in die Regalien und Samptbelehrnung itzo erwenter fürstenthumb Braunschweig und Luneburgk von undehtigen zeiten und jaren hero durchauss nicht mitgenomen, sondern daraus bisshero ethwan auss missverstandt ausserlassen, und ess ietzo an dem, dass die lehen ermelten beider loblichen Heusser, wie biss daher ein alter hergebrachter gebrauch gewessen, auff ietzt werendem ReichsTage zu Augspurg von der ietzo key. Maît., unserm allernedigsten Herrn, der Hochgeborner Fürst her Heinrich der iunger hertzog zu Braunschweigk und Luneburgk, alss der eltiste von wegen S. L., und dess auch hochgebornen fursten hern Erichs, hertzogenn zu Braunschweigk und Luneburgk, und auch der gebrudere und vettern zu Luneburgk, zu deroselben und allen Ihren L. L. erben samptliche mit behuff zu empfhahen willens, derohalben wir bey vorhochgedachtem unserm freundtlichen lieben vetteren hertzog Erichen freundlich, und inmassen wir auch bey unserm vetteren hertzog Heinrichen und den hertzogen zu Luneburgk allerseitz thun lassen, irsucht und gebethen S. L. vor sich und ihre erben, in ansehung, das gleichwoll wir mit seiner und ihrer aller L. L. eines Stammes, von weilandt hertzog Albrechten hero ersprossen sein, ihres theils unss in die Samptbelehrnung mit einzunehmen, freundlich willigenn, nachgeben und verstadten wollen. Wiewoll nuhn S. L. dessen allerhandt erhebliche ursachen und bedencken, warumb denselbigen solchs zu verhängen zu abbruch Ihrer L. anererbten gerechtigkeit beschwerlich fallen und sein wolt, gehabt und eingewandt, gleichwol auff die nachfolgende vorbehaltene condition und mitell endlich nicht aüss pflicht, sondern unss samptlichen zu freundtlichen ehren und gefallen freundlich gewilligt haben, für

dieselben gunst und willen wir S. L. mit sonderem vleiss danckbahr, mit erpiettung, es ieder zeidt freuntlich zu verdienen, unvergessen zu sein. Und weill es nun an dem, dass hochermelter unser freuntlicher lieber vetter hertzog Erich mit auch hochgedachtem hertzog Heinrichen dess furstenthumbs Braunschweig wulffenbuttelsches theils, und zwischen Deister und Leina, und landt zu Gottingen, und was dem allendthalben angehorig, ietzo albereith *confeudatorii* und wahre untzertrenliche besitzer sein, derogestalt, des ein theil dass ander, do es ohne leibs lehenserben abgehen wurde, das Godt nach seinen gnaden uff ieder seit friste, die anwartung und erbschaftt auf dess ander, dartzu Ihre L. beide samptlich die *succession* dess erbfals des hauses und furstenthumbs Luneburgk, wie auch die gebruder und vetteren hertzogen zu Luneburg und Ihre L. lehenserben, herwiederumb da dieselben vorgedachte unsere vetteren, hertzogk Heinrichen und hertzogk Erichen sambt Ihre L. lehenserben, dass Godt verhuete, ablebeten, alsdan zu Ihrer L. furstenthumb die negsten erben vnd *successores* ohne mitell vor uns und unsern erben hero sein werden. Dartzu, nach abgang hertzog Heinrichs zu Braunschweigk unsers vetteren, hertzog Erichen unter den fursten zu Braunschweigk und Luneburgk die *prioritet* dess alters zustehet, und darumb S. L. obliegen und gebuhren wirdt, so baldt nach herzog Heinrichs Libbden thodtlichen abgangk die lehne und Regalien bey key. MaIt. zu gesinnen und zu empfaen, und also auch die *session* von wegen deroselben allerseitz furstenthumb im Reich, es sey uff Reichs oder kraisstagen, fur uns hinfuro pleiben und behalten soll. So vorsprechen, *obligiren* und verpflichten wir uns obbemelte gebrudere, des wir davon allendthalben unserm vettern hertzog Erichen nicht in einem noch im andern vorgreifen wollen, noch der *succession* halber Seiner und aller ihrer L. L. lehenserben keine *turbation*, eintragk oder verhinderung thun, zufugen und zufugen lassen, derogestalt dass es mit obangeregtem fahll der lehen ertzelter massen nach wie vor die berurte ordenung

haben und behalten soll, also bescheidenlich, das die gefelle der lehen von hertzog Heinrichen und S. L. lehenserbenn auff unssern vettern hertzog Erichen und Seiner L. lehenserben, *et e converso*, so von hertzog Erichen auff hertzog Heinrich und S. L. lehenserben, item wan der fall an den hertzogen zu Luneburg, das deroselbig an Wolffenbittel und hertzog Erichen samptlichen zu gleicher theilung verfaller, und also wiederumb auff dieselben und dan letztlichen, wan dieselben stemme nicht mehr sein, dess alsdan der letzter fall an und auff uns obgedachte gebruder und unsere lehenserben soll gefellet sein. Und wie sich also die felle zutragen mochten, so soll unser vetter hertzog Erich und S. L. lehenserben die *prioritet* und obristen *sessio* fur uns, unangesehen unsers alters, haben und behalten. Und weil wir nun mehr durch die gewilgte und entpfangene sambthelehnung mit unsern vettern, den hertzogen zu Braunschweig und Luneburgk, einen Titull und wapen fuhren werden, so wollen wir doch unsern vettern hertzog Erichen den sterne, welchen S. L. her vather loblicher gedechtnus durch S. L. etwan der kay. Maît. erzeugte dienste und erwiesene manliche thadten erlangt, allein haben und furen lassen. Wir obgemelte drey gebrudere versprechen und obligiren unss auch vor unss und unssere erben, dass wir mehrhochermeltem unserm freundtlichen lieben vetteren hertzogen Erichen und auch die allerseitz vorgemelte unssere vetteren hertzogen zu Braunschweig und Luneburgk, wofern die obberurte gesambde belehnung der furstenthumb Braunschweig und Luneburgk durch unss bey der Röm. kay. Maît., unserm allernedigsten hern, mit auff uns erhoben, herwiederumb in unsere Regalien und gesambde lehenn unssers furstenthumbs Grubenhagensches theils, auch alle andere unssere lehen und herschafften, alss die herschafft Lutterbergk, die stadt Duderstadt, Gebeldehaussen, die guldene marck, das gericht Bernshaussen und was dern mehr sein muchte, nichts ausgeschlossen, wie wir und unsere voreltern, als hertzogen zu Braunschweigk, solchs alles ersessen und her-

bracht und vor alters darauff verteilt worden, unsers theils nehmen und in crafft diess brieffs wollen genomen haben, wie unsser vetter hertzog Erich neben den andern unsern vettern uns dessen in dem freundlich suchung und furderung thun helfen wirdt. Also und dergestaltt dodurch uns obgemelte gebruder hertzogen zu Braunschweigk und unser aller dreyer leibs lehenserben todtlichen abgangk, welches Godt lange gnediglichen verhuten wolle, unsser furstenthumb mit dessen ein und zugehörungen und gerechtikeidten erlediget, das dan dasselbig, wie sich des der alten Erbtheilung nach eigenet und gepuren will, an unsere vettern obbemelt verfallen sein soll.

Alle diese punct gereden und geloben wir her Ernst, her Wolfgang und her Philips gebrudere, hertzogen zu Braunschweigk, vor uns und unsere erben bey unsseren furstlichen wahren wortten und trewen vielgemeltem unserm freundlichen lieben vettern hertzog Erich und S. L. mit benenden, furstlich, stedt, vhest und unverbruchlich woll zu halten. Dargegen wir uns aller gunst, freiheit und wolthadt der rechte, die uns oder unsern erben hirgegen furtreglich und unsserm vettern hertzogen Erichen nachteilig sein muchten, insonderheit der *exception quod generalis renunciatio non valeat*, es sey dan eine sonderbare vorgangen, begeben haben wollen, uns deren nicht zu behelffen oder zu gebrauchen in keinerley weise oder wege ohne einige list oder gefehrde.

Dessen alle zu urkundt haben wir hertzog Ernst, als der eltist und regierende furst unter uns und unsern gebrudern, unsser furstlich ingesiegell vor uns und ehrmelte unsere gebruder an diessenn brieff hangen lassen, auch mit eigener handt unterschrieben. Welchs wir, Wolfgangk und Philips, hertzogen zu Braunschweigk gebrudere, dess solchs alles mit unsserm wissen und willen geschehen, hirmit bekennen. Dess zu zeugnus haben wir diessen brieff mit unsern eigenen handen unterschrieben. Geben nach Christi

E. h. z. Braunsch. Wolffg. h. z. Braunsch. P. h. z. Braunsch.
m. pp. mein handt. mein handt.

Auszug aus dem Schreiben des nach Augsburg gesandten Andreas Krause, Hofrichters zu Pattensen, an Herzog Erich II.

Es seien der Kanzler Dr. Joachim Minsinger und Dr. Joachim Muller in Augsburg eingetroffen, hätten sich zu ihm in die Herberge begeben und berichtet, dass auf der zu jüngst in Braunschweig gehaltenen Zusammenkunft verabschiedet sei, vom Kaiser die Belehnung zu gesinnen und zu empfangen und die Taxe gemeinschaftlich hierher zu senden; auch seien sie angewiesen, die „Samptbelehnunge von wegen hertzogk Ernst und gebrudere antheils zu suchen, auch S. F. G. hinwider die Samptbelehnunge zu gestaten, in Betrachtung des I. F. G. mit E. F. G. allerseits von einem Stam ehrsprossen“ und hätten hierüber von ihm Erklärung begehrt. Darauf habe er geantwortet, ihm sei am 21sten von seinem herrn die Lehenstaxe zugeschickt, doch trage derselbe aus allerhand erheblichen Ursachen Bedenken, dem hertzog Ernst mit der Samtbelehnung zu willfahren, weil er besorgen müsse, dass, wenn hertzog Ernst in die Samtbelehnung aufgenommen und im Titel und Namen gleich ge-

stellt werde, derselbe als der Aelteste nächst Herzog Heinrich in den Lehenbrief gesetzt und also, falls Letzterer sterbe seinem Herrn vorgesetzt werden und den Lehensträger abgeben werde. Wenn aber, ohne Erichs Bewilligung, Herzog Ernst in die bevorstehende Belehnung, nach dem Willen von Wolfenbüttel und Celle, mit aufgenommen werde, so müsse Erich Bedenken tragen, seinen Antheil an der Lehenware zu geben. Worauf obgedachte Gesandte erwidert, es habe die Samtbelehnung von Herzog Ernst keinen andern Zweck, „dan uff den fahl, wen E. F. G. und desselben mitbelehnte dodes halber, ohne man leihs erben, abgingen, und der wolffenbuttelsche, calenpergische und luneburgische theil sonst dem reich widderumb vorleddigen und heimbfallen werde, das alsdan, und nicht ehe, hertzogk Ernst und S. F. G. gebrudere in diessen reichslehen succediren solten, in massen dan auch der aidt desselben inhalts ist, der hertzogk Heinrichs unterthanen E. F. G., und hinwiderumb E. F. G. unterthanen hertzogk Heinrichen, uff der erbhuldunge geleistet und geschworen haben, und hertzogk Heinrichs lehenleuthe noch heutigtags uff furstl. cantzlei zu wolffenbutel also leisten und schwören. Dargegen aber hette hertzogk Ernst sich erpothen, E. F. G. und desselben vettern gleichergestalt und uff dieselben condition und meinunge in die gesampte belehnunge zu bringen, nicht allein S. F. G. und derselben gebrudere antheil des furstenthumbs Braunschweigk, sondern darzu auch alle dero lehenguthen, so S. F. G. von dem stift Quedlinburg, als ein besonder lehen, zu lehen tragen, wolten auch zu diesser belehnunge ihren antheil der lehenwar alsbalde mit erstatten.“

„Ueber das hat es auch bei den gedachten furstl. braunschw. und luneburg. rethen den verstandt, das hertzogk Ernst und seine brudere mit ihren gnedigen hern und E. F. G. ohne das in samptlehen sitzen und das es allein darahn mangelt, das es in brieffen und siegeln nicht vorsehen. Da es nun noch lenger versaumet werden solt,

„mochte es E. F. G. und den andern braunschw. und lüneb. hern, so sich der felle uff den einen oder den andern weck zutragen, hochnachtheilich sein.“

VI. A.

Käysers MAXIMILIANI II. Lehen-Brieff vor das Fürstliche Haus Braunschweig und Lüneburg, über dero Fürstenthümer, auch einige Graff- und Herrschafften, de Anno 1566.

Wir MAXIMILIAN der andere, erwählter Römischer Kayser etc. Bekennen öffentlich mit diesem Brieff, und thun kundt allermänniglich, wiewohl wir aus keyserl. Hohe und Würdigkeit, darein uns der Allmächtige Gott durch seine göttliche Güte gesetzt hat, und angebohrner Tugend und Mildigkeit, allen und jeglichen unsern und des heiligen Römischen Reichs Unterthanen und Getreuen, Gnade und Gutthat zu erzeugen geneigt; So ist doch unser Keyserl. Gemüth billig mehr gewogen, zu denen die unser und des Reichs vornehme Glieder seyn, unss die Bürden und Sorgfältigkeit desselben helfen tragen, auch stette Lieb und Treu beweisen, Sie vor andern mit unsern Keyserl. Gnaden zu fürsehen. Wann unss nun der hochgebohrne Heinrich der Jüngere, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg etc. unser lieber Oheimb und Fürst, durch seiner Lbd. erbare vollmächtige Pothschafft und Gesandten, die Ehrsamten, Gelehrten, unsere und des Reichs liebe Getreue, Joachimb

Mönsinger von Frondeck, Seiner Liebden Cantzler, und Joachim Möllern, beede der Rechten Doctorn demüthiglich angeruffen und gebetten hat, dass wir ihme, als dem ältesten für sich selber, und an statt der auch Hochgebohrnen Erichen, Otten, Heinrich und Wilhelm, Gevettern und Brüdern, Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg, die Fürstenthumb Braunschweig und Lüneburg, und die nachberührten Graffschafften und Herrschafften mit Nahmen Eberstein, Winssdorff, Holdermund, Wolpe, und Homburg, mit allen Affter-Lehen, Graffschafften, Herrschafften, Lehen und Affter-Lehen gehörende, und ihren Fürstl. Obrigkeiten und Regalien, Gerichten, obersten und untersten, Straffen, Zöllen, Geleit, Nutzen, Bergwercken, allerley Metall, Seufftwercken, Saltzwerck, Zehenden, Wiltbahnen, Landen und Leuten mit allen Ehren, Herrlichkeiten, Privilegien, Nutzungen und Gerechtigkeiten, wie die genannt, und allenthalben an den obgemelten Enden ihr Vorfordern Fürsten zu Braunschweig und Lüneburg, und Sie bisher innengehabt, genossen, gebraucht, und hergebracht haben, nichts ausgeschlossen, so von unss und dem heiligen Reich zu Lehen zu erkennen, und zu empfahen gehühren, in Gemeinschaft und versambt, zu Lehen zu verleihen gnädiglich geruheten; So haben wir demnach angesehen solche demüthige ziembliche Bitt, auch die angenehmen, getreuen, erspriesslichen und nützlichen Dienste, so der genannten unser Oheimen und Fürsten zu Braunschweig und Lüneburg Voreltern, und Sie selbs, weiland unsern löblichen Vorfahren, Römischen Keysern und Königen, unss und dem heiligen Reich oft und dick unterthäniglich erzeigt und erwiesen haben, und Sie hinfüro zu künftigen Zeiten wohl thun mögen und sollen, und darumb mit wohlbedachtem Muth, gutem Rath und rechtem Wissen, demselben Herzog Heinrich dem Jüngern, als dem ältesten, für sich und von wegen obgenannter seiner Vettern, Erichen, Otten, Heinrich und Wilhelm, Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg, die vorgenannte Fürstenthumb Braunschweig

und Lüneburg, auch Graffschafften und Herrschafften Eberstein, Winssdorff, Holdermund, Wolpe und Homburg mit allem Aftler-Lehen, Graffschafften und Herrschafften, Lehen und Aftler-Lehen gehörende, und ihren Fürstl. Obrigkeiten und Regalien, Gerichte, obersten und niedersten, Straffen, Zöllen, Geleiten, Nutzen, Bergwercken, allerley Metallen, Seuffenwerck, Saltzwerck, Zehenden, Wildtbahnen, Landen und Leuthen, mit allen ihren Herrlichkeiten, Würden, Freyheiten, Privilegien, Nutzungen und Gerechtigkeiten, wie die genannt, und allenthalben an den obgemelten Enden ihre Vorfordern, Fürsten zu Braunschweig und Lüneburg, und sie bisher innengehabt, genossen, gebraucht und hergebracht haben, nichts ausgeschlossen, so von uns und dem heiligen Reich zu Lehen rühren, und alle andere Stück und Güther, die ihnen von unss und dem heiligen Reich zu Lehen zu erkennen und zu empfangen gebühren, in Gemeinschaft und versammt zu Lehen gnädiglich verliehen, leihen ihnen die auch also für sich und an statt der obgenannten seiner Vetter von Röm. Keyserl. Macht wissentlich in Krafft dieses Brieffs, was wir von Billigkeit und Rechts wegen daran verleihen sollen und mögen, die nun hinführo in Gemeinschaft und versammt von unss und dem heiligen Reich zu rechten Fürstl. Lehen zu haben, zu halten, zu besitzen und dero zu gebrauchen und zu geniessen, als dann solcher Fürstenthumb, Graffschafften, Herrschafften und Lehen, Recht und Herkommen ist, von allermänniglich unverhindert, doch unss und dem Reich, unsern Nachkommen, und sonst männiglich an seinen Rechten und Gerechtigkeiten unschädlich. Der vorgeannt unser lieber Oheimb und Fürst, Herzog Heinrich der Jünger zu Braunschweig, hat unss auch darauff vor sich und im Nahmen obbestimter seiner Vetter, durch seine vorermelte gevollmächtigte Rätthe und Gesandten, in Krafft der schriftlichen unterschiedlichen besiegelten Gewalt unss von Ihrer Lbd. fürgebracht, Gelübt und Eydt gethan, unss alss einem Römischen Keyser getreu, gehorsamb und gewärtig zu seyn,

unser Bestes zu fördern und zu werben, und Arges zu wenden, und alles gegen unss und dem heiligen Reich zu thun, das getreue Lehens-Fürsten ihrem Lehens-Herrn zu thun pflichtig seyn ohne Gefehrde. Mit Uhrkund dieses Brieffs, besiegelt mit unserm Keyserl. anhangenden Insiegel. Geben in unserm und des heil. Reichs Stadt Augspurg, am ersten Tag des Monaths *Junii*, nach Christi unsers lieben Herrn und Heilandes Geburth, funffzehen hundert und im 66sten, unserer Reiche des Römischen im vierdten, des Hungarischen im dritten, und des Böhmischen im achtzehenden Jahren.

MAXIMILIAN.

V. J. v. Zasius.

Ad Mandatum Sac. Caes. Majestatis proprium
L. Kirchschrager.

VI. B.

Erklerung keyser MAXIMILIANI des anderenn vff die gebethene Sambtbelihunge Hertzogenn Ernestes vnd seiner Bruder mit den anderen ihren geuetterenn Hertzogen zu Braun. vnd Luneb. Anno 1566.

Wir MAXIMILIAN der Ander, vonn Gottes genaden Erwelter Romischer keyser, zu allenn zeitenn mehrer des Reichs, in Germanien, zu Hungeren, Boheimb, Dalmatien, Croatien vnd Schlauonigenn koning etc. Ertzhertzog zu Osterreich, Hertzogk zu Burgundi, Steier, Karnten, Crain vnd Wirtenberch etc. Graue zu Tyroll etc. Bekennenn vor vns, vnd

vnnsern nachkomenn am heiligenn Reich offentlich mit diesem Brieff, vnnnd thun kundt menniglich alss die hoichgebornenn, Heinrich der Junger Erich vnnnd Ernst vor sich vnnnd seiner Liebd. brudern Philipsen vnnnd Wulffgangen, Otto, Heinrich vnd Wilhelm geuettern vnd gebrudern alle Hertzogenn zu Braunschweig vnd Luneburch vnd vndirtheniglich zu erkennen geben habenn, das Ihre Liebd. sambtlich von weilandt Alberten (der gross genandt) Hertzogen zu Braunschweig vnd Luneburch vnnnd also *ab uno stipite* herkemen vnd entsprossenn seien, wie die *genealogia* so vns derenhalben furbracht weiter aussweisett, vnnnd vns darauff undirthenigst ersuchtt, weil von Rechts, natur und verwantnuss wegenn, alle obberurte Hertzogenn in eine sambtbelehnung gehorenn, aber nur ermelte Hertzogenn, Heinrich, Erich, Otto, Heinrich vnnnd Wilhelm darinn allein begriffenn, Ernst vnnnd S. L. bruder auss missuerstandt daraus gelassenn worden seien, das wir J. L. sembtlich hirin nach notturfitt zu uersehenn vnnnd nachzugebenn geruichten, das vmb mehrer richtigkeitt auch einigkeitt willen, der furstlichenn heuser Braunschweig vnnnd Luneburch nun hinfuro Hertzog Ernest, vnnnd S. L. bruder in solliche sambtbelehnung gezogen werden, darmit die sunderliche vnnnd geteilete empfangnus der lehenn ihren liebden vff kunfftige felle zu schaden vnd nachtheill nicht gedeutet, noch angezogenn werden mochte, Wiewoll wir nun I. L. mit besonderenn genaden woll geneigtt, vnnnd ihren liebdenn allerseits was sie *Jure agnationis et successionis* befueget seien, genedigst woll gonnenn, Nachdem wir aber itziger Zeit bedenckenn gehabt, in der empfangnus der lehenn, vnd form der *Inuestitur* newerung einfuhrenn zu lassenn, vnd darauff mehrgemelte Hertzogen durch I. L. abgesante Rätthe, so sie bei vns, vff diesem Ietzigenn Reichsdage zu Augssburgk gehabt, vns weiter undirtheniglichenn ersuchen vnd bittenn lassen, das wir ihrenn liebden, sollicher vnser erklerung genedigsten schein vnnnd verkundt mitteilenn

woltenn, So haben wir angesehen ihre gehorsamb zimblische bitte, Setzen, declariren vnnd wollenn demnach, das die sonderliche empfangkhus der lehenn der Furstenthumb Braunschweig vnnd Luneburch, obberurtenn Hertzogenn zu Braunschweig vnnd Luneborch etc. vnnd ihren erbenn, an ihrem habendem *iure agnationis et successienis*, vnnachtheilich vnd vnuerfenglich sein solle, Mit vrkundt diess brieffs besiegelt mit vnserem kayserlichem anhangendem Insiegell, der gebenn ist in vnser vnnd des Reichs Stadt Augsspurgk am ersten Tage dess Monats *Junii*, nach Christi vnsers lieben Herrn vnnd seligmachers geburt funffzehnhundert, vnd im Sechs vnd sechzigsten, vnserer Reich dess Romischen vnnd Hungerischen im vierten, vnnd des Beheimischen im achtzehenden jahren.

Maximilian etc.

Vice et nomine Reu^{mi} Dni Dni
Archicancellarii Mogunt. etc.

Ad mandatum sacrae caesa^{ao}
Majestatis proprium

V. J. v. Zasius.

Lic. Kirchschlager Mp.

VII.

Gesamtbelehnungsacte, allen Herzogen von Braunschweig und Lüneburg ertheilt durch Kaiser Maximilian II. vom 14. März 1570, mit der Declaration Karls V. vom 19. Juni 1555.

Wir MAXIMILIAN der Annder, von Gottes gnaden Erwelter Römischer Kaiser, zu allen Zeiten Mehrer des Reichs, in Germanien, zu Hungern, Behaim, Dalmatien, Croatien vnnd Sclauonien pp. König, Ertzhertzog zu Oesterreich, Hertzog zu Burgundi, zu Brabannt, zu Steyr, zu Karnten, zu

Crain, zu Lutzemburg, zu Wirtemberg, ober und nider Schlesien, Furst zu Schwaben, Marggraff des hailigen Römischen Reichs zu Burgaw, zu Märhern, ober vnnd nider Lausnitz, Gefurster Graue zu Habspurg, zu Tyrol, zu Pfiert, zu Kiburg, vnnd zu Görtz, Landgraue in Elsass, Herr auf der windischen Markh, zu Portenaw, vnnd zu Salins pp. — Bekennen offentlich mit disem Brieff vnnd thuen khundt allermeniglich, das vnns die Hochgebornen Julius, Erich, Otto, Heinrich, Wilhelm, Wolffgang vnnd Philips geuettern vnnd Brüeder, alle Hertzogen zu Braunschweig vnnd Luneburg, unsere liebe Oheimen vnnd fürsten, ainen Confirmation vnnd Declaration Brieff, von weilandt dem Alldurchlechtigsten Fürsten, Kaiser Carlen dem funfft, vnserm lieben Herrn Vetter, Schwehern vnnd Vorfaren am hailigen Reiche, hochmilder gedechtnusgangen vnnd in sich haltend, wie es mit empfahung beider Heuser Braunschweig vnnd Luneburg pp. gesambten Lehen vnnd Regalien, jedertzeit gehalten werden solle, pp. gehorsamblichen fürbringen lassen, welcher von wortten zu wortten also lautet,

„Wir Carl der Funfft, von Gottes gnaden Römischer Kaiser, zu allen Zeitten Mehrer des Reichs, in Germanien, zu Castilien, Arragon, Leon, beider Sicilien, Jherusalem, Hungern, Dalmatien, Croatien, Nauarra, Grana, Toleten, Valentz, Galicien, Maiorica, Hispalis, Sardinien, Corduba, Corsica, Murcien, Giennis, Algarbien, Algeciern, Gibraltar, der Canarischen vnnd Indianischen Insulen, vnnd der Terrae firmae, des Oceanischen Mörs, Ertzhertzog zu Oesterreich, Hertzog zu Burgundi, zu Lotrigk, zu Brabanndt, zu Steyr, zu Kärndten, zu Crain, zu Limpurg, zu Lutzemburg, zu Gelbern, zu Calabrien, zu Athen, zu Neopatrien vnnd Wiertemberg, p. p. Graue zu Habspurg, zu Flandern, zu Tyrol, zu Görtz, zu Barcinon, zu Arthoys, zu Burgundi, Pfaltzgraue zu Henigaw, zu Holanndt, zu Seelandt, zu Pfiert, zu Kiburg, zu Namur, zu Rossilion, zu Ceritania, vnnd zu Zutphen, Lanndtgraff in Elsass,

„Marggraff zu Burgaw, zu Oristani, zu Gociani vnnd
 „des heiligen Römischen Reichs Furst zu Schwaben,
 „Catalonia, Asturia, pp. Herr in Frieslanndt, auf der
 „windischen Marck, zu Portenaw, zu Biscaia, zu Molin,
 „zu Salins, zu Tripoli, vnnd zu Mecheln, pp. — Bekhen-
 „nen offenntlich mit disem Brieff, vnnd thuen khunndt
 „allermeniglich — Alss vnns die Hochgebornen Hain-
 „rich, vnnd Frantz Otto geuetlern, Hertzogen zu Braun-
 „schweig vnnd Luneburg, pp. vnserer liebe Oheim vnnd
 „Fursten vndertheniglichen furbracht, vnnd zuerkennen
 „geben, wie das bei den heusern Braunschweig vnnd
 „Lunenburg, ein alter löblicher prauch gewesen vnnd
 „herbracht, das alletzeit der Eltist des Fürstlichen Stam-
 „mens die Lehen, so oft sich die Felle zuetragen, von
 „einem Römischen Kaiser oder Kunig, vnnd dem hei-
 „ligen Reiche, fur sich als der Eltiste, vnnd an statt
 „seiner Brüeder vnnd Vettern, in das samtlehen ge-
 „hörig, gesonnen, empfangen, vnnd geburliche Lehens-
 „pflicht gethan hab, wie das mit vilen alten lehen-
 „briueu vnnd sonderlichen mit etzlichen Briefen, So
 „weilant vnser lieber herr vnnd Anherr, Kaiser Maxi-
 „milian hochlöblicher gedechtnus, so damals den El-
 „tisten Fürsten anstatt der andern, sambt belehenten
 „Fursten gegeben, zu bescheinen, in welchem gebrauch
 „aber verschierer Zeitt durch allerhanndt ingerissnen
 „missverstantt etwas enderung eingefallen, Also das
 „weilandt Erich der Elter Hertzog zu Braunschweig
 „vnnd Luneburg, pp. Ir Vetter fur sich, vnnd anstatt
 „sein Hertog Hainrichs, vnnd Irer baiderseits Erben, die
 „Lehen alain empfangen, vnnd weilanndt Hertzog Frantz
 „zu Braunschweig vnnd Luneburg, pp. fur sich vnnd
 „seinen Brueder vnnd Irer baidere Erben, aus vnserm
 „Beuelche von dem Allerdurchleuchtigsten Grosmech-
 „tigsten fursten Herrn Ferdinanden Römischen zu Hun-
 „gern vnnd Behaim Königen, Ertzhertzog zu Oester-
 „reich, Hertzog zu Burgundi, pp. vnserm freundtlichen

„lieben Bruedern zu Wienn, doch vnabpr̃tichig der
 „sambtlehengerechtigkeit belehent worden, vnnd sie
 „aber nichts liebers wolten, dann das der alte ge-
 „brauch so bis hero in empfenknus der Lehen, wie ge-
 „meldet, gehalten worden, fürter vnverendert beleiben
 „möcht. — Vnnd vnns derwegen diemuetiglich ange-
 „rueffen vnnd gebetten, das wir sölchen alten löbli-
 „chen geprauch, so bey empfangung der sambtbe-
 „lehnung in den Heusern Braunschweig vnnd Lunen-
 „burg, von alters, als obsteht, herbracht vnnd gehalten
 „worden, zu bestetigen vnnd zu Confirmirn, vnnd ferr-
 „er zu declariern, vnnd zu ercleren geruechten, das
 „es hinfuro darbei beleiben, vnnd also, wie von alters
 „hergebracht, gehalten werden, Also das die sonder-
 „liche empfangung der Lehen, dauon oben gemeldet,
 „kainem tail an seiner gerechtigkeit der sambtlehen,
 „preiudiciert, auch obgemelter Hertzog Frantz Otto,
 „auch seine Brüeder vnnd vettern in solcher belehnung
 „mit begriffen sein, In allermassen, als weren Sie
 „darinnen Nambhafftig vnnd austrucklich benennet, vnnd
 „belehnet worden, vnnd wann sich konfftiglich die
 „felle zuetragen, das die Sambtlehen sollen gesunnen,
 „vnnd empfangen werden, das alsdann der Eltist der
 „sambtbelehneten Fursten, der Heuser Braunschweig
 „vnnd Luneburg, die belehen, wie sich geburet, vnnd
 „von alters der gebrauch vnnd gewonhait gewesen, ge-
 „sinnen vnnd empfangen solle, Des haben wir angese-
 „hen sölch der gedachten vnser lieben Ohaim vnnd Fur-
 „sten, diemuetig zimlich bitt, Vnnd darum mit wol-
 „bedachtem muett, guetem Rath vnnd rechter wissen de-
 „clariert vnnd erclärt, Declariern vnnd erclären auch
 „hiemit wissentlich, in krafft dieses Briefes, Also das
 „es bey obberuertem alten gebrauch vnnd herkommen
 „hinfuro beleiben, Vnnd wann sich kunfftiglich die
 „fäll zuetragen, das die sambtbelehen sollen gesunnen
 „vnnd empfangen werden, das alsdann der Eltist der

„Sambtbelehenter Fursten, der Heuser Braunschweig
 „vnnnd Lunenburg, die Lehen wie sich geburet, vnnnd
 „von alters der gebrauch vnnnd gewonhait gewesen,
 „sinnen vnnnd empfahe sollen. Doch dergestalt, so
 „offt sich der fall yetztgehörter massen zuetregt, das
 „der Eltist die Lehen fur sich vnnnd die andern Jüngere
 „alle, so in der sambtlichen belehnung begriffen sein
 „wöllen, empfahe, das Er auch also, von denselben
 „desshalben Gwalt einpringen, vnnnd den gewondlichen
 „Furstlichen Lehen Ayde erstatte, Item, wo sich mittler
 „Zeitt, vnnnd ehe sich der fall der empfangnus zue-
 „trüege, begeben, das ainer von den Fursten, so vormalts
 „die Lehenspflicht durch sich selbst, oder durch den
 „Eltisten (wie obsteht) nit gethan, an die Furstliche Re-
 „gierung treten wurde, das derselb nicht desto we-
 „niger schuldig sein solle durch sich selbst, oder durch
 „seine volmechtige, in Jarssfrist, vnns oder vnsern Nach-
 „kommen am Reich, Römischen Kaisern vnnnd Kunigen,
 „oder dem, so wir oder Sy dartzu verordnen werden,
 „sölche Lehenspflicht zu erstatten, vnnnd es dardurch
 „disen verstandt hab, das derselb, alsdann in der sambt-
 „lichen Lehen schafft nit weniger, als ob es in Zeitt
 „des Eltisten Lehen empfangnus beschehen were, be-
 „griffen sein, Mit vrkhundt dissz brieffs besiegelt mit
 „vnserm Kaiserlichen anhangenden Insiegel, Geben in
 „vnser Statt Brussel in Brabant, am Neuntzehenden
 „tag des Monats Juny, Nach Cristi vnsern lieben Herrn
 „geburde funffzehenhundert vnnnd im funff vnnnd funff-
 „tzigisten, vnsern Kaiserthumbs im funff vnnnd dreissigis-
 „ten, vnnnd vnserer Reiche im vierzigisten Jaren,“

Vnnnd vnns darauff diemuetiglich angerueffen vnnnd ge-
 betten, das wir seiner Lieb denselben Confirmation vnnnd
 Declaration Brieff zu ernuern, zu Confirmiern vnnnd zu be-
 stelten, genediglich geruechten, Des haben wir angesehen
 söch obernanntes vnsern lieben Oheimen vnnnd Fursten
 Hertzogen Juliussen zu Braunschweig vnnnd Lunenburg

von sein vnnd bemelter seiner Lieb geuettern weegen beschehen vnderthenig zimlich bitte, auch die angennen, steten, getrewen vnnd nutzlichen diennst, so Irer Liebden voreltern vnnd Sy, weilandt vnsern löblichen Vorfaren, Römischen Kaisern vnnd Kunigen, auch vnns vnnd dem heiligen Reiche, vilfaltig vnverdrossenlich ertzeigt vnnd bewisen haben, vnnd Sy hinfuro nit weniger gehorsamblich zu thuen vrbietig sein, auch wol thuen mügen vnnd sollen, Vnnd darum mit wolbedachtem muett, guetem Rath vnnd rechter wissen obeingelebten weilandt vnsern lieben Herrn Veters vnnd Schwehers Kaiser Carls des funfften Brieff, mit seinem Inhalt, genediglich ernewet, Confirmirt vnnd bestettet, Ernwen, Confirmiern vnnd bestetten denselben auch von Römischer Kaiserlicher macht vollkommenheit hiemit wissentlich in kraft dises Brieffs, was wir Inen daran von pilligkeit vnnd Recht wegen zu Confirmirn vnnd zu bestäten haben, Vnnd mainen, setzen vnnd wöllen, das obgeschribne Kaiser Karls, Confirmation vnnd Declaration, Irer der Hertzogen zu Braunschweig vnnd Lunenburg gesambter Lehenempfang halber in allen puncten, Clausuln, Articuln, Inhalt, Mainung vnnd begreiffungen, gantz krefftig vnnd mechtig sein, steht vnnd vest bleiben, vnnd gehalten, auch darwider nicht gehandelt noch gethan werden solle, in kain weis — Mit vrkhundt dits Brieffs besigelt mit vnserm Kaiserlichen anhangendem Insigel, Der geben ist auf vnserm Kuniglichen Schlossz zu Prag den viertzehenden Tag des Monats Martij, Nach Cristi vnsern lieben Herrn geburde funffzehen hundert vnnd im Sibentzigisten, vnserer Reiche des Römischen im achten, des Hungerischen im Sibennnden, vnnd des Behaimischen im zwaivnndtzwantzigsten Jharen. , .

Maximilian.

Vice et nomine R^{mj}: dni, dni
Archicancellarij Moguntinij.

Vt. Zas.

Ad mandatum sacrae Caes.^a

M———tis ppm.

A. Ersenberger Vt.

VIII

MAXIMILIANS II. Expectanzbrief für Brandenburg
auf die braunschweig-lüneburgischen Lande
vom. 10 Junius 1574.

Wir MAXIMILIAN, der Ander, von Gottes gnaden Erwelter Römischer Kaiser zu allen Zeiten mehrer des Reichs, Inn Germanien, zu Hungern, Behaimb, Dalmatien, Croatien vnnd Slavonien etc. König, Ertzherzog zu Oesterreich, Hertzog zu Burgundt, zu Brabant, zu Steier, zu Khärndten, zu Crain, zu Lutzemburg, zu Wirtemberg, Ober- vndt Nieder-Schlesien, Fürst zu Schwaben, Marggraue des heiligen Römischen Reichs, zu Burgaw, zu Märhern, Ober- vnnd Nieder-Lausnitz, Gefürster Graue zu Habspurg, zu Tyrol, zu Phierdt, zu Kiburg vnnd zu Görtz etc., Lanndtgraue zu Elsas, Herr auf der Windischen Markh, zu Portenau vnnd zu Salins etc. — Bekhennen für vnns vnnd vnnsere Nachkhomen am Reich, öffentlich mit diesem Brief. — Nach dem wir hievor auf vnnderthenig ansuchen weilandt den Hochgeborn unnserm lieben Ohaim Schwager unnd Churfürsten Markgraf Joachim zu Brandenburg mit dem Anfall an dem Hertzogthumb Grobenhagen Allergenedigist begnadigt, darüber auch Seiner Lieb gepürlichen Schein mitgetheilt — Vnnd sich aber dar sider verschines der ringern zall Sibentzigsten Jahrs zugetragen, Das der Hochgeborn Julius Hertzog zu Braunschweig vnnd Lünenburg, vnnser lieber Ohaim, Guatter vnnd Fürst von sein vnnd aller anderer Hertzogen zu Braunschweig vnnd Lünenburg wegen mit den Fürstenthumben Braunschweig vnnd Lünenburg, wie dieselben Ire vorfordern, Fürsten zu Braunschweig vnnd Lünenburg vnnd Sy biszhero Inngehabt, genossen, gebraucht vnnd herbracht, nichts ausgeschlossen, so von vnns vnnd dem Heiligen Reich zu Lehen rürret, In gemeinschafft vnnd versamblet empfangen, — Dessen sich aber der auch Hochgeborn Johann Georg Marggraf zu Brandenburg, zu Stettin,

Pommern, der Cassuben und Wenden Hertzog, Burggraf zu Nurnberg vnnnd Fürst zu Rugen, des heiligen Römischen Reichs Ertz-Cämmerer, vnnser lieber Ohaim vnnnd Churfürst, bei vnns etlicher massen beschweret, mit vermeldung das solshe gesampte Hanndt aller Hertzogen zu Braunschweig, Seiner Lieb an obangeregter anwartung zu dem ~~Hertzogthumb~~ Grobenhagen, etwas präjudicials vnnnd nachtheillich fallen wolffe, Vnnnd darauf gehorsams vleis gepetten, Sintemal Sein Lieb gleichwohl gedachter von Braunschweig gesampte Belehenung, deren zwischen seiner vnnnd Irer Liebden verwandtnus vnnnd Freundschaft halben, vngern widerfechten, Herwider aber auch das vnzweifelich vertrauen zu vnns trüegen, das wir Seiner Lieb vnnnd dero Voreltern wolerlangte Privilegien, Freyhaiten vnnnd gerechtighaiten, vilmehr zu mehren, dann zu schmelern genaigt weren, Wir geruechten Seiner Lieb zu genaden vnnnd guetem vnnnd In erwegung das durch vorgemelte aller Hertzogen zu Braunschweig vnnnd Lünenburg versamblung, die Sachen dahin kommen, das Sein Lieb oder Ihre Erben, wann Sy vnnserer Begnadung an der Hertzogen zu Grobenhagen Lannden etwas geniessen solten, nicht allain der Hertzogen zu Grobenhagen, sonnder aller Hertzogen zu Braunschweig vnnnd Lünenburg vnnnd Irer aller Erben, Thöttlichen Abgang erwarten muesten, mehr gemelte anwartschaft, auf der Hertzogen zu Grobenhagen Landt allergenedigist zu erweitern vnnnd Seiner Lieb vnnnd deren Erben auf den fahl, Wann alle Hertzogen zu Braunschweig vnnnd Lünenburg vnnnd derselben Erben, für vnnnd für, one Manliche Leibs Lehens Erben absturben, die anwartung an aller Irer Liebden Braunschweigischen vnnnd Lünenburgischen Landen, so vil deren von vnns vnnnd dem heiligen Reich zu Lehen rüeren, zu bewilligen. — Das wir demnach guetlich angesehen solch Seiner Lieb vleissig pitten, Auch die getrewen, angenehmen, nutzlichen vnnnd erspriesslichen dienst, So Sein Lieb vnnnd weilendt dero Vorfordern Marggrauen vnnnd Churfürsten zu Brandenburg, weilendt vnnsern vorfahren am

Reich, Römischen Kaisern vnnd Königen, vnns vnnd dem heiligen Reich vnnd vnserm löblichen Hauss Oesterreich In manigfeltig weeg mit sonnderm genaigten willen vnnd gehorsamb vnuerdrossenlich erzaiget vnnd bewisen, Sein Lieb auch hinfüro nit weniger zu thun erprietig ist, Auch wol thuen mag vnnd soll. — Vnnd darumb zu desto mehrer ergetzlichkait derselben mit zeitlichem wolbedachtem mueth, guetem Rath vnnd Rechter wissen, gedachtem vnnserm lieben Ohaim vnnd Churfürsten Marggraf Johann Georgen zu Brandenburg etc. vnnd Seiner Lieb Mannlichen Ehelichen leibs Erben Diese genad vnnd Expectantz gegeben haben — Thuen das hiemit von Römischer Kaiserlicher macht wissentlich In Chrafft ditz Briefs, Also, da sich vber khurtz oder laנג zutragen, das der Mänlich Stamm der Fürsten zu Braunschweig vnnd Lünenburg, gantz vnnd gar abgehn vnnd aufhören wurde, das alsdann solch Fürstenthumb mit allen vnnd Jeden Jren Regalien, Graffschaften, Herrschaften, Manschaften, Lehenschaften, Herrligkhaiten, Wildt-pannen, Ehren, Wirten, Gerichtzwengen, Schlössern, Stetten, Fleckhen, Märkhten, Dörffern vnnd guettern, souil deren von vnns vnnd dem heiligen Römischen Reich zu Lehen ruert, Auch derselben aller Privilegien, Freyhaiten, Rechten, gerechtighaiten vnnd Zugehörungen, wie solches obgemelte Jetz Regierende Fürsten zu Braunschweig vnnd Lünenburg Innhaben, auf obgemelten vnnsern lieben Ohaim vnnd Churfürsten Marggraf Johan Georgen zu Brandenburg vnnd Seiner Lieb Ehliche Manliche leibs Erben oder derselben Erbens Erben Erblich fallen, kommen, vnnd Jnen, so baldt sich obgemelter fahl, obgehörter massen, zutregt, von vnns vnnd vnnsern Nachkhomen am Reiche, vor meniglich zu Rechten Mannlehen verlihen vnnd zugestellt, vnnd darüber nottürfftige Lehenbrief, wie sich gepürt, verfertigt werden, vnnd gemelter vnnser Oehaim der Churfürst vnnd Seiner Lieb Mannliche eheliche Leibs Erben oder dero Erbens Erben obberüerte Fürstenthumb Braunschweig vnnd Lünenburg mit derselben zugehörigen Grafschaften, Herr-

schafften, Schlössern, Stetten, Fleckhen, Märckten, Dörffern, Privilegien, Rechten, gerechtighaiten vnnd Zugehörungen, wie obsteet, Alsbaldt nach obangezogenem fall auff erlanngte vnnsere oder vnnserer Nachkhomen am Reich belehnung einzunehmen, vnnd damit, als vnnsern vnnd des Reichs Aigenthumb vnnd Ihrem Lehen zu thuen, vnnd zu handeln, guet fueg vnnd macht haben, Jnen auch auf obberuerten fall zu Possession obberuerts Fürstenthumbs vnnd desselben zugehörigen Grafschafften, Herrschafften, Schlössern, Stetten, Fleckhen, Märckten, Dörffern, Privilegien, Rechten vnnd gerechtighaiten vor meniglich one allen verzug oder verwaigerung verholffen werden solle — Wir vnnd vnnsere Nachkhomen am Reich sollen vnnd wollen auch wider diese vnnsere Kaiserliche Zuesag vnnd Expectantz oder derselben zu nachtail, weder ausz aigner bewegnus, noch auf Jemants anhalten, nichts bewilligen noch auffgehen lassen, Da es aber vielleicht aus vergessenhait oder auf Jemants anhalten, oder in andere weege, wie das were, beschehe, solle doch dasselbig khain Chrafft, noch macht haben, sondern nichtig vnnd von Unwirden vnnd vilgedachtem vnnserm Oehaim dem Churfürsten zu Brandenburg vnnd seiner Lieb Mannlichen Ehelichen Leibs Erben, an dieser vnnserer Zusag vnnd Expectantz one allen nachtail vnnd schaden sein. Dann wir solches alles souil es dieser vnnserer Zusag vnd Expectantz zuwider sein, angezogen oder gedeytzt werden möchte, Jetzt alszdann, vnnd dann als Jetzt, für nichtig, Crafftlos vnnd vnpündig erkennen, ercleren dasselb auch für vnns vnnd vnnsere Nachkhomen am Reich aus Römischer Kaiserlicher macht volkhomenhait vnnd Rechter wissen, aufheben, Cassieren, abthuen vnnd vernichten, auch hiemit also aufgehebt, Cassiert, abgethon vnnd vernicht haben wollen. — Doch Inn annder weeg vnns vnnd dem heiligen Reiche an vnnsere Obrighaiten vnnd Rechten, der Anschleg vnnd anders halben, vnnd sonnst meniglich an seinen gerechtighaiten vnuergriffen vnnd vnschedlich, Auch also, das vilgemelter vnnsere lieber Ohaim der Chur-

fürst zu Brandenburg vnnnd Seiner Lieb Eheliche Mannliche Leibs Erben auf obangezogenen fall obberüerte Fürstenthumb Braunschweig vnnnd Lünenburg, sambt derselben zugehörigen Grafschafften, Fleckhen, Märckhten, Dörffern vnnnd anddern seinen Rechten vnnnd gerechtigkeiten, souil deren von vnns vnnnd dem heiligen Reich zu Lehen rueren, Wann vnnnd so oft das zu fellen kombt, von vnns vnsern Nachkommen vnnnd dem Reich zu Lehen zu erkennen vnd zu emphahen. Vnnnd derwegen gewonlich Phlicht, vnnnd alles anders, das sich dauon gepurth, vnnnd von alter herkommen ist, zu thun schuldig sein sollen. — Mit vrkhundt ditz Brieffs besigelt mit vnserm Kaiserlichen Anhangennden Inn-sigel. Geben in vnser Statt Wienn, den zehenden Tag des Monats Juny, Nach Christy vnnsers lieben Herren gepurdt, fünffzehnhundert vnnnd Im vier vnnnd sibentzigsten. — Vnserer Reiche des Römischen Im zweiffen, des Hungarischen Im Aindlfften, des Beheinischen im Sechs und Zwaintzigsten Jaren.

Maximilian.

IX.

Käysers FERDINANDI II. Decretum, dass dem Fürstlichen Braunschweig - Lüneburgischen Reichs-Lehen nichts zu Nachtheil vorgehen solle, de Anno 1625.

Demnach die Röm. Kays. Majestät, auch zu Hungarn Böheimb Königliche Majestät unser allernädigster Herr, bey diesen in dem Nieder-Sächsischen Creyss sich erregenden

Umbständen, nicht in unzeitigen Sorgen begriffen seynd, dass von demjenigen Fürstenthumb, Land und Leuten, so die Durchleuchtige Hochgebohrne Fürsten und Herren, Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg, von höchstgedachter Kays. Mayt. und dem heiligen Römischen Reich zu Lehen tragen, und anfänglich weyland Herzog Otten zu Braunschweig und Lüneburg, von auch weiland Ihrer Mayt. Vorfahren, *Kayser Friderico secundo*, Christmildester Gedächtnüss, Anno zwölf hundert, fünf und dreyssig, zu Lehen aufgetragen worden, durch allerhand *alienation* und Veräusserung nicht zu geringer des heiligen Röm. Reichs, und dessen zustehenden Eigenthumbs Schmelierung vorgenommen, und ins Werck gesetzt, auch inskünftige noch weiter an die Hand genommen werden möchten, und dann höchstgemelter Kays. Mayt. Krafft dero tragenden Kays. Ampts in alle Wege obliegen und gebühren will, hierwider zeitliches Einsehen und Abstellung fürzuwenden, und nichts fürgehen, und gestatten zu lassen, was zu Abbruch dero und des heiligen Reichs Lehen und Gerechtigkeit an obbemelten Braunschweig- und Lüneburgischen Fürstenthumben, und dazu gehörigen Land und Leuten, auch zu sonderbaren Nachtheil derjenigen, auff welche, vermöge Lehen-Gerechtigkeit, künfftig dieselbe derivirt und fallen würden, gereichen möchte; Als haben höchstgedachte Kays. Mayt. unser allergnädigster Herr, damit obbesagte Braunschweigische Lüneburgische Fürstenthumb und deroselben zugehörige Land und Leute in ihrer Integrität verbleiben, sie alles dasjenige, so gedachten Lehen zu Nachtheil *alienando*, oder in andere Wege fürgen, oder inskünftig vorgehen, auff was Weise es auch geschehen möchte, aus Kays. Maj. Macht und Gewalt jezt als dann, und dann als jetzt, gänzlich cassiret, auf gehobet, null, nichtig, und ungültig erkannt und gesprochen, ihnen auch solches hiemit und in Krafft dieses Ihres Kays. Decrets, vorbehältlich derjenigen Straffen, in welchen, den Lehen-Rechten nach, diejenige fallen, so ohne des Lehen-Herrens Consens die Lehen zn alieniren sieh unterstehen dörfen, Im

Fall aber jemand etwas von obbesagten Lehen, unter dem Fürwand und Titul, dass es Allodial-Güter wären, davon zu eximiren gedächte, ist demselbigen solches ordentlich auszuführen, und den Titul den Rechten gemäss zu ediren vorbehalten. *Signatum* zu Wien unter Ihrer Kays. Mayt. aufgetrucketen Secret-Insigul den 9. Julii *Anno* 1625.

(L. S.)

Peter Heinrich von Stralendorff.

Johann Söldner. D.

X.

Vergleich, welcher zwischen König Georg II. und Herzog Carl wegen der zu nemenden Belehnung mit dem Herzogthum Bremen und Fürstenthum Verden geschlossen ist. d. a. 1739.

Kund und zu wissen sei hiemit: Nachdem in dem Durchlachtigsten Gesamt-Hause Braunschweig und Lüneburg seit wenig Jahren eine unverhoffte Misshelligkeit darüber entstanden, dass, als in denen von denen Durchlachtigsten Herzogen Wolfenbüttelscher Linie ausgestellten Vollmachten, zum Behuf der von Sr. jetztregierenden Königlichen Majestät von Gross-Britannien und Chur Fürstl. Durchlaucht zu Braunschweig Lüneburg, als dermaligen *Seniore*, nach Absterben Weyl. Sr. Durchl. des Herrn Herzog *Ferdinand Albrecht* zu nemenden, und bis daher noch rückständigen Braunschweig-Lüneburgschen Gesamt-Belehnung, der Herzogthümer Lauenburg, Bremen und Vehrden, Nah-

mentlich gedacht worden, solche Vollmachten in der Maasse Chur-Braunschweigscher Seits nicht angenommen werden wollen und daher Fürst. Braunschweigischen Theils die Intention darauf, dass diese Herzogthümer wahre Kaiserl. Reichs-Gesammt-Lehne des Durchlauchtigsten Gesammt-Hauses Braunschweig-Lüneburg seyn, und dahero zu denen Seniorats-Belehnungen gehören, gesetzet, Chur-Braunschweigschen-Theils aber *Singularitas tituli acquisitionis*, und dass dahero solche Lehne nicht zu denen Seniorats-Belehnungen gehören, angeführet worden; Und dann beyde Hohe Theile nicht nur darin mit einander vollkommen verstanden sind, dass, denen Erb-Verträgen ihres Hauses gemäss, alle dergleichen *Nova acquisita* und *in futurum acquirenda*, sogleich des Durchlauchtigsten Gesammt-Hauses Gesammt-Lehen werden, sondern auch wohl eingesehen haben, dass Deroselben wahres gemeinsames Interesse, nebst der Anverwandtschaft, anrathet, in gutem freundschaftlichem Vernehmen mit einander zu stehen, und solches in allen und jeden Angelegenheiten, Inhalts der Erb-Verträge, bestmöglichst zu unterhalten, Höchst-Dieselbe auch zu Erreichung dieses Endzwecks, und Hinwegräumung alles dessen, was selbigem hinderlich seyn könnte, sich einander mit gleicher Begierde entgegen gegangen;

Dass dannenhero unter Göttlicher Verleihung, und auf zugelegte gütliche Handlung, zwischen vor Höchstgedachtem dem Aller-Durchlauchtigstem, Grossmächtigstem Fürsten und Herrn, Herrn Georg dem Andern, Könige von Gross-Brittanien, Frankreich, und Irland, Beschützern des Glaubens, Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg, des Heil. Römischen Reichs Ertz-Schatz-Meistern und Chur Fürsten pp, an einer, und dem Durchlauchtigsten Fürsten und Herrn, Herrn Carl, jetzt regierenden Herzoge von Braunschweig-Lüneburg etc. etc. als dermaligem Haupte ihres Hauses, an der andern Seite, sämmtlich vor sich, ihre Folger an der Regierung, auch Erben und Nachkommen, obgedachter Differenz halber

nachfolgender Freund - Vetterlicher Vergleich geschlossen worden.

4.

Declariren und bezeugen Se. Königliche Majestät von Gross-Britannien und Chur-Fürstl. Durchl. zu Braunschweig-Lüneburg hiedurch zuörderst nochmals, dass, soviel den bisherigen Vorgang betrifft, Höchst Dieselbe die Absicht nicht gehabt haben, das Fürstl. Wolfenbüttelsche Haus an der gesammten Hand und eventuellen Lehn-Folge, und dem, was dazu gehörig, in besagten Herzogthümern Lauenburg, Bremen und Vehrden, wie solches durch die Erb-Verträge, insonderheit den wegen Sachsen-Lauenburg *de dato et ratificato* den 17. und 25. Januar 1706 imgleichen dem vom 10. December 1636 §. 16 *) und durch die Kaiserliche Lehn-Briefe und Resolutiones festgestellt, zu benachtheiligen, noch einen wirklichen reellen Unterschied, von was Ahrt oder Effect der immer seyn könnte, unter den sämmtlichen Braunschweigischen Lehen einzuführen, noch auch das *Jus* und den *Effectum Senii*, wie solche in denen Erb-Verträgen und der *Sanctione Carolina de Anno 1555* festgestellt sind, in dem geringsten zu alteriren. Höchstdieselbe sind auch

2.

Damit gänzlich enig, dass das Herzogthum Lauenburg in der von dem jedesmaligen *Seniore* des Durchlauchtigsten Gesamt-Hauses zu nehmenden Belehnung, beständig bleibe und gelassen werde.

3.

Geben Se. des regierenden Herzogen Durchl. Kraft dieses zu, und lassen Ihro aus vor Sr. Königlichen Majestät habenden Verehrung, und zu Erhaltung Dero Königliche Gewogenheit, gefallen, dass die Herzogthümer Bremen und Vehrden, von der Kaiserl. Reichs-Gesamt-Belehnung des

*) Im Original steht unrichtig Juni 1706 u. 16. Decbr 1636.

Senioris Domus solchergestalt eximiret und ausgenommen seyn sollen, dass künftighin solche von Seiner Königlichen Majestät und dero Nachfolgern an der Regierung des Churfürstenthums zu Lehn empfangen werden, demenach dann ferner nachdem Kaiserl. Majestät zu Dero allergnädigsten Lehnsherrlichen Genehmhaltung und Approbation beyde hohe Theile von diesem Vergleich die Anzeige zu thun sich vereinbaret haben, des regierenden Herzogen Durchl. behuf dessen, was in diesem Articulo also verglichen worden, sich erklären und verbinden, die bey dem Kaiserl. Reichs-Hofrath *ad acta* angenommene anfangs gedachte Lehns-Vollmachten zurück zu begehren, und Seiner Königlichen Majestät Geheimen-Räthen zu Hannover nunmehr andere diesem Vergleiche gemässe und gefasste Volmachten zukommen zu lassen.

4.

Gleich wie die beregte beyde Herzogthümer Bremen und Vehrden ausser der jetztgedachtermaassen verglichenen und nunmehr auf einer blossen Formalität beruhenden separaten Lehns-Empfängniß, sowohl *ratione juris et effectus Senii*, als auch sonsten wegen Lehns-Qualität an sich selbst, imgleichen *ratione ordinis, modi et juris succedendi* denen übrigen Braunschweig-Lüneburgischen Kaiserlichen Reichs Gesamt-Lehen gleich zu achten sind, und gleich geachtet, auch in solchen Herzogthümern, in Ansehung des Kirchengebets und der Homagial-Pflichten es eben so gehalten werden solle, wie eine Linie des Durchlauchtigsten Hauses in dero Landen gegen die andere Linie solches hält, und die Verträge es erfordern; Also sind auch

5.

Seine Königliche Majestät willig und bereit, die auf die Acquisition solcher Herzogthümer gewandte und bey einem etwanig künftigen in Gottes Händen stehenden, nach Abgang dero Männlichen Stammes erfolgenden Anfall, nach

Massgebung schon angezogenen Erb-Vertrages, der wegen der Brem- und Vehrdischen Belehnung unterm 24. April 1731 ergangenen Kaiserlichen Resolution und derer von der Herzoglich Wolfenbüttelschen Linie 1732 ausgestellten Reverse, von jetzt Hochgedachter Linie an Seine Königliche Majestät Allodial-Erben zu erstattenden Kosten ohne Anstand liquidiren, und einem oder mehreren dazu zu ernennenden Bevollmächtigten die dahin gehörige Quittungen und Belege originaliter vorlegen zu lassen.

6.

Haben beyde hohe Theile sich überhaupt einer gegen den andern *reciprocce* dahin erkläret, dass ferner vorjetzo und künftig zu ewigen Zeiten kein Unterschied zwischen den Braunscheig-Lüneburgschen Lehen statuiert und gemacht, sondern vielmehr wie alle jetzige, also auch künftige Lehen, welche die eine oder die andere Linie des Durchlauchtigsten Hauses *quocunque vel communi vel singulari titulo*, acquiriren mögte, denen Erb-Verträgen gemäs, und in deren Ordnung *pro acquisitis* vor das ganze Haus gehalten und *eodem jure et eadem qualitate* Gesamt-Lehne des Gesamt-Hauses, wie die übrige bleiben und seyn, und, ausser Bremen und Vehrden, von dem jedesmaligen Seniore zu Lehn empfangen werden sollen. Zu welchem Ende

7

Die in dem Durchlauchtigsten Gesamt-Hause subsistirende, zum Theil schon oben angezogene Erb-Verträge, *in specie* von 1636 und *Reversales*, sowol hierinnen als auch in Ansehung der vor das Durchlauchtigste Gesamt-Haus versehenen und gehörigen jedesmaligen Acquisitionen hiemit ausdrücklich und dermassen, als ob sie wörtlich eingeführt wären, *sub hypotheca omnium bonarum* bestätigt und agnosciret worden; Und wie übrigens

8.

beide hohe *Paciscentes* diesen mit Ihren Wissen und Willen von denen Ihrigen verhandelten Vergleich, wovon

demnächst zwey *Originalia* verfertigt und gegen einander ausgewechselt werden, als einen verbindlichen Erb- und Haus-Vertrag und *Regulam futuri*, ohnverbrüchlich und getreulich halten, auch von Ihren Erben, Nachkommen und Folgern an der Regierung und Landen gehalten wissen wollen; Also hat ein jeder Hoher Theil zu Urkund dessen ein Original eigenhändig unterschrieben und besiegeln lassen.

So geschehen von Uns *Carl etc.* in Unserer Vestung Wolfenbüttel den 14. Novembris 1739.

Carl H. z. B. u. L.

v. Cramm.

XI.

Serenissimi (des Herzogs Karl Wilhelm Ferdinand als des *Senior domus*) Lehns-Sinnung an Ihro Römisch Kayserl. Maj. über die Reichslehne des durchl. Gesammthausen Braunschweig - Lüneburg.

Allerdurchlauchtigster etc.

Das nach dem unerforschlichen Rathschlusse des Höchsten erfolgte Ableben des weyland Allerdurchlauchtigsten, Grosmächtigsten und Unüberwindlichsten Römischen Kayserers und Herrn, Herrn Leopold des Zweiten, Glorwürdigsten Andenkens, legt mir, dem Herkommen nach, die Pflicht auf, das von Ew. Kayserl. Maj. und dem heiligen Römischen Reiche lehrnührige Hertzogthum Braunschweig - Lüneburg samt den dazu gehörigen Fürstenthümern, Graf- und Herrschaften, wie auch das Hertzogthum Lauenburg für Mich und

Meine in der Mitbelehnsschaft stehenden Bruder und Vettern, sämtliche Hertzoge zu Braunschweig-Lüneburg allerunterthänigst hinwiederum zu gesinnen und zu empfangen. Ich lege daher Ew. Kayserl. Maj. meinen allerunterthänigsten Wunsch und Bitte, dass es Allerhöchstdemselben allergnädigst gefallen möge, meine Lehns-Muhtung für Mich und Meine Lehns-Verwandte wegen allerunterthänigst gedachten Reichslehne, wie solche zu gebührender Zeit hiedurch geschieht, in Gnaden anzunehmen und die allergnädigste Reichs Oberhauptliche Belehnung darüber zu ertheilen, zu Allerhöchstderoselben Füßen. Ich schätze mich glücklich Ew. Kayserl. Maj. hiemit die Empfindungen der tiefsten Devotion und der Pflichtvollsten Gesinnungen wiederhohlend darlegen zu können, die ich bey Allerhöchstderoselben glorreichsten Thronbesteigung in meinem allersubmissen Glückwunsche Ew. Kayserl. Maj. bereits zu erkennen zu geben mir in Unterthänigkeit die Erlaubtnis nehme.

Ich würde auch schuldigst nicht verfehlen, um Allerhöchstgefällige Anberaumung der Zeit und Mahlstatt zur wirklichen Ertheilung solcher Kayserl. feyerlichen Belehnung Allerhöchstdieselben schon jetzt allergehorsamst anzurufen, wenn nicht zu meinem schmerzhaftesten Bedauern diejenigen Rechtserheblichen Behinderungen und Umstände noch fortwährend obwalteten, die Mich und andere Meiner Alt-Fürstl. Reichs-Mitstände von der Genügend einer, jedem getreuen Reichs-Vasallen so theuren als unverletzlichen Pflicht zurückhielten und welche Allerhöchstdero verewigten Herrn Vorwesers, Kayser Joseph des Zweiten Majestät Glorwürdigsten Gedächtnisses, zu seiner Zeit von verschiedenen Meiner Reichs-Mit-Stände im Jahre 1767 *) allergehorsamst vorstellig gemacht sind.

*) Hiermit ist das Promemoria gemeint, welches die altfürstlichen weltlichen Häuser im Jahre 1767, jedes insbesondere, zu Wien übergeben liessen. Man findet es in J. J. Moser's Tractat von der teutschen Lehensverfassung S. 296.

Bey diesen so legalen als Actenkundigen Umständen und Verhältnissen, die zum Theil allererst aus den erwünschten Wirkungen des 17 Art. §. 17 *) Allerhöchstderoselben Kayserl. Wahl-Capitulation ihre Reichs- Grundgesetzmässige Erledigung erwarten, halten Ew. Kayserl. Maj. es Mir zu Gnaden, wenn ich allerdevotest bitten mus, bis zur bevorstehenden Wegräumung der angezielten Hindernisse, die würlkliche feyerliche Empfahung Meiner vorerwähnten altfürstl. Reichslehne vor dem Kayserl. Thron, einstweilen hinaus zu setzen, im mittelst aber diese Meine allergehorsamste Lehns-Muthung allerhuldreichst aufzunehmen und darüber Mir einen gewöhnlichen Muhtschein ertheilen zu lassen.

Geruhen Ew. Kayserl. Maj. allergnädigst versichert zu seyn, dass ich alles dasjenige, was Mir dieser Lehns-Empfängniss halber, den Reichs-Gesetzen und dem Herkommen nach, gebühren wird, zu leisten nicht ermangeln, und unter den heissesten Wünschen für die allerbeglückteste Erhaltung Ew. Kayserl. Maj. und Höchstderoselben glorreichen Kayserl. Regierung bis auf die spätesten Zeiten, mit aller, einem getreuen Reichs-Fürsten und Vasallen obliegenden schuldigen Lehnstreue in unverbrüchlichster Devotion Zeitlebens beharren werde

Ew. Kayserl. Maj. etc.

C. W. F. Hrzg.

M. F.

Braunschweig, den 17. May 1793.

Es erfolgte hierauf folgendes Reichshofraths-Conclusum:

Lunae 2. September 1793.

Zu Braunschweig und Lüneburg Herr Herzog Carl Wilhelm Ferdinand zu Braunschweig *proprio et agnatorum nomine sub dato* 17. Mai *et praes.* 17. Juni *a. curr.* überreicht *in litteris ad Imperatorem* durch Matolay allerun-

*) Muss heissen Art. XVII. §. 19, oder nach der letzten Wahlcapitulation, Art. XVII. §. 10.

terthänigste *requisitionem feudi, annexo petito, pro impertienda desuper recognitione.*

Imo, Ponatur des Herrn Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg in *litteris ad Imperatorem* beschehene allerunterthänigste Lehensrequisition *ad acta.*

II^{do}, *Detur desuper petitus extractus protocolli.*

J. N. v. Schwabenhausen.

XII.

Agnatische Disposition von 1831.

Wir von Gottes Gnaden WILHELM der Vierte, König des vereinigten Reichs Grossbritannien und Irland, auch König von Hannover, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg etc. etc. etc. und Wir, von Gottes Gnaden WILHELM Herzog zu Braunschweig und Lüneburg etc. etc. etc. fügen hiemit zu wissen:

Nachdem Wir, als die hiez zu berechtigten Chefs der älteren und jüngeren Linie des Durchlauchtigsten Hauses Braunschweig-Lüneburg zur Feststellung der Regierungs-Verhältnisse im Herzogthume Braunschweig die der deutschen Bundesversammlung am zehnten März dieses Jahrs übergebene Anordnung berathen und getroffen haben, welche wörtlich folgendermassen lautet:

„Seine Majestät der König von Grossbritannien und Hannover und Seine Durchlaucht der Herzog Wilhelm

von Braunschweig-Lüneburg-Oels, durchdrungen von der Nothwendigkeit, die Regierungs-Verhältnisse der Herzoglich-Braunschweigschen Lande definitiv festzustellen, und in Gemässheit des Beschlusses des Durchlaughtigen Deutschen Bundes vom 2ten December 1830 haben, auf vorgängige Berathung, nach den Bestimmungen der Herzoglich-Braunschweigschen Hausgesetze und des Herkommens, die nachfolgende Anordnung getroffen:

Art. 1.

Seine Majestät der König von Grossbritannien und Hannover, durch die, dem Durchlaughtigen Deutschen Bunde bei der Fassung des oberwähnten Beschlusses vorgelegenen notorischen Thatsachen, so wie durch die Ergebnisse einer deshalb angestellten Untersuchung, zu der reiflichen Ueberzeugung von der absoluten Regierungsunfähigkeit Seiner Durchlaucht des Herzogs Carl von Braunschweig-Lüneburg gelangt, erklären hierdurch, dass die Regierung im Herzogthum Braunschweig als erledigt anzunehmen sey.

Art. 2.

Seine Durchlaucht der Herzog Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg-Oels treten dieser Erklärung in ihrem ganzen Umfange bei.

Art. 3.

Seine Majestät der König von Grossbritannien und Hannover, und Seine Durchlaucht der Herzog Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg-Oels erklären ferner, dass die, durch diese absolute Unfähigkeit des bisherigen rechtmässigen Regenten als erledigt zu betrachtende Regierung des Herzogthums Braunschweig nunmehr, unter Aufrechthaltung der über die Primogenitur in dem Fürstlichen Hause Braunschweig-Wol-

fenbüttel bestehenden Verträge und des *Pacti Henrico-Wilhelmiani*, so wie der auf solchen sich gründenden Successions-Rechte, definitiv auf Seine Durchlaucht den Herzog Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg-Oels, in Höchst ihrer Eigenschaft als nächster Agnat, mit allen verfassungsmässigen Rechten und Pflichten eines regierenden Herzogs von Braunschweig übergegangen sey.

Art. 4.

Seine Durchlaucht der Herzog Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg-Oels übernehmen demnach die Höchsthnen anheim gefallene Regierung der Herzoglich-Braunschweigschen Lande, unter der, im §. 79 der erneuerten Landschaftsordnung für das Herzogthum Braunschweig, *d. d. Carlton-House* den 25. April 1820., enthaltenen Bestimmung; auch werden Höchstdieselben, nach Erfüllung dieser landesgesetzlichen Verpflichtung, die Huldigung der Unterthanen in gewöhnlicher Form empfangen, imgleichen von sämmtlichen Civil- und Militär-Behörden und Beamten, unter Aufhebung aller früheren Verpflichtung derselben, gegen den Regierungsvorfahren, den Diensteid entgegen nehmen.

Art. 5.

Durch eine gemeinschaftlich niederzusetzende Commission soll für Seine Durchlaucht den Herzog Carl von Braunschweig-Lüneburg eine, den Landes-Einkünften angemessene, möglichst standesmässige Sustentation, jedoch unter Berücksichtigung des in Höchstdesselben Händen bereits befindlichen Staatsvermögens, ausgemittelt werden; sowie auch auf eine verhältnissmässige Erhöhung des fraglichen Beitrags für den Fall einer etwaigen aus legitimer und standesmässiger Ehe entsprungenen Descendenz Höchstdesselben, demnächst Rücksicht genommen werden wird.“

so haben Wir dessen zur Urkunde das gegenwärtige Document auszufertigen befohlen, solches mit Unserer eigenhän-

digen Unterschrift vollzogen und demselben Unser Staats-
siegel anhängen lassen.

So geschehen *Windsor-Castle* den Vier und zwanzig-
ten October Eintausend Achthundert Ein und Dreissig und
Braunschweig den achtzehnten December Eintausend
Achthundert Ein und Dreissig.

(L. S.) **William R.**

(L. S.) **Wilhelm Hzg.**

L. v. Ompteda,

v. Schleinitz.

Nachdem die Unterzeichneten in den vorstehenden —
von Seiner Königlichen Majestät im Einverständniss mit Sei-
ner Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig für das
Beste des Durchlauchtigsten Hauses getroffenen Anordnungen
einen Beweis Allerhöchst- und Höchst-Ihrer Fürsorge für
das wahre Wohl desselben mit Dank anerkennen müssen;
so haben Sie nicht unterlassen wollen, solches, wie hiedurch
geschiehet, durch Ihre ausdrückliche Erklärung, mittelst Ih-
rer eigenhändigen Unterschrift und begedruckten Wappens
feierlich zu bezeugen.

So geschehen London den 26. October 1831. und
Hannover den 10. December 1831.

(L. S.) **Ernst.** (L. S.) **Augustus Frederik.** (L. S.) **Adolphus.**

XIII.

Königliches Hausgesetz für das Königreich Hannover.

Brighton, den 19. November 1836.

Wir WILHELM der Vierte, von Gottes Gnaden König des vereinigten Reichs Grossbritannien und Irland etc., auch König von Hannover, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg etc. etc.

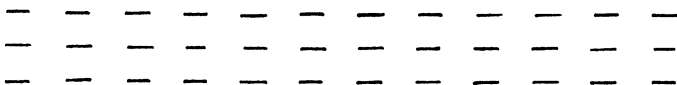
haben in Erwägung, dass die seit Auflösung der deutschen Reichsverfassung wesentlich veränderten Verhältnisse der Mitglieder der deutschen regierenden Häuser zu ihrem Oberhaupte und nunmehrigen Souverain einer nähern Bestimmung bedürfen;

in Erwägung ferner,

dass die in Gefolge der Einführung des Staats-Grundgesetzes in Unserem Königreiche Hannover angeordneten neuen Einrichtungen im Staatshaushalte eine Revision des Apanagenwesens eben so sehr erfordern, als solche neben anderen wichtigen Bestimmungen auch insbesondere für den Fall unerlässlich erscheint, dass eine Trennung der Krone Hannover von der Grossbritannischen einträte;

beschlossen, nach vorgängiger sorgfältiger Prüfung der älteren Hausverträge und auf der Grundlage derselben ein Königliches Hausgesetz für das Königreich Hannover zu errichten, in demselben unter Berücksichtigung alles Anwendbaren, veraltete Ordnungen aufzuheben, neue Vorschriften an deren Stelle zu setzen und überall künftigen Zweifeln und Irrungen möglichst vorzubeugen.

Wir verordnen daher und zwar, so weit es das Durchlauchtigste Gesammthaus angeht, im Einverständnisse mit Seiner Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig, auch, so viel die zur ständischen Mitwirkung geeigneten Punkte betrifft, unter verfassungsmässiger Zustimmung Unserer getreuen Stände des Königreichs Hannover, wie folgt:



Drittes Capitel.

Vom Thronfolge-Rechte.

§. 1.

Die Fähigkeit zur Thronfolge setzt Gemeinschaft des Bluts und die Geburt aus rechtmässiger, ebenbürtiger und hausgesetzlicher Ehe voraus.

§. 2.

Als ebenbürtig werden diejenigen Ehen betrachtet, welche Mitglieder des Hauses entweder unter sich abschliessen, oder mit Mitgliedern eines andern souverainen Hauses, oder aber mit ebenbürtigen Mitgliedern solcher Häuser, welche laut Art. 14 der deutschen Bundes-Acte den Souverains ebenbürtig sind.

§. 3.

Hausgesetzlich geschlossen ist die Ehe, welche von einem Mitgliede des Hauses mit des Königs förmlich ertheilter Einwilligung geschlossen ist.

§. 4.

Die Beurtheilung der Frage, ob Gründe, die Einwilligung zu versagen, vorhanden sind oder nicht, steht dem Könige in jedem Falle ausschliesslich zu.

§. 5.

Die Einwilligung wird in einer schriftlichen Urkunde ertheilt, welche von dem Könige eigenhändig vollzogen und mit dem Staatssiegel, sowie mit der gewöhnlichen Contrainsignatur versehen ist.

§. 6.

Eine Ehe, welche ohne förmlich erfolgte Einwilligung des Königs eingegangen ist, überträgt auf die darin erzeugten Kinder weder ein Successionsrecht noch die Befugniss, sich des Ranges, Titels und Wappens des Hauses zu bedienen.

§. 7.

Ohnedies sind die Prinzen und Prinzessinnen des Hauses verbunden, zu den Ehen, welche sie einzugehen beabsichtigen, die Einwilligung des Königs nachzusuchen, welche übrigens bei ebenbürtigen Ehen ohne etwa eintretende besondere Gründe nicht versagt werden wird.

§. 8.

Die in den vorstehenden §§. 3—7. enthaltenen Vorschriften haben für beide Linien des Braunschweig-Lüneburgschen Gesammthauses, in Hinsicht auf dessen zum Deutschen Bunde gehörende Besitzungen, unabänderliche Gültigkeit, Kraft des von beiden regierenden Herren unterm 24sten und 19ten October 1831 errichteten und hiedurch seinem ganzen wesentlichen Inhalte nach in das gegenwärtige Gesetz aufgenommenen Familiengesetzes.

§. 9.

Wenn der König eine ungleiche Ehe einzugehen beschliessen sollte, so wird Er solche für morganatisch in einer doppelt auszufertigenden Urkunde erklären, welche vom Könige eigenhändig vollzogen, mit der Contrasignatur des Gesamt-Ministerii versehen und in des landesherrliche Archiv, wie in das Archiv der allgemeinen Stände-Versammlung niedergelegt wird.

Viertes Capitel.

Von der Ordnung der Thronfolge.

§. 1.

Die Krone des Königreichs Hannover vererbt auf ein einziges Haupt nach dem hausgesetzlichen Grundsatz der Untheilbarkeit und Primogenitur.

§. 2.

Sie vererbt im Braunschweig-Lüneburgischen Gesamt-hause, und zwar zunächst im Mannsstamme der jetzigen Königlichen Gesamttlinie. Die Ordnung der Thronfolge ist die reine Lineal-Erbfolge nach dem Rechte der Erstgeburt. Erlischt der Mannsstamm der jetzigen Königlichen Gesamttlinie, so geht die Krone, mit Ausschliessung jeder weiblichen Thronfolge, auf den Mannsstamm der jetzigen Herzoglich-Braunschweig-Wolfenbüttelschen Linie, und zwar auf den regierenden Herzog über, und kann eine Trennung der solchergestalt wiedervereinigten Gesamtlande des Hauses niemals wieder Statt haben.

§. 3.

Ebenmässig geht das Herzogthum Braunschweig, wenn der Mannsstamm der Herzoglich-Braunschweig-Wolfenbüttelschen Linie früher ausstürbe, mit Ausschluss jeder weiblichen Thronfolge, auf die Königliche Mannslinie, und zwar auf den regierenden König über, und kann eine abermalige Trennung der wiedervereinigten Gesamtlande niemals wieder Statt haben.

§. 4.

Wenn der Fall einträte, dass der Mannsstamm des Gesamtthauses Braunschweig-Lüneburg erlöschte, möge nun die Königliche Mannslinie oder die Herzoglich-Braunschweig-Wolfenbüttelsche die zuletzt erlöschende seyn, so geht die Thronfolge, in Gemässheit des ursprünglichen Erb-Lehnbriefes Kaiser Friedrichs II. vom Jahre 1235 auf die weibliche Linie ohne Unterschied des Geschlechts in der Masse über, dass mit Ausschluss jeglicher Regredient-Erbschaft allein die Nähe der Verwandtschaft mit dem zuletzt regierenden Könige, und bei gleichem Verwandtschafts-Grade, das Alter der Linie, und in der Linie das persönliche Alter den Vorzug giebt. Es tritt aber bei der Descendenz des neuen alsdann regierenden Königlichen Hauses sofort mit dem

Rechte der Erstgeburt und der Lineal-Erbfolge auch der Vorzug des Mannsstammes wieder ein.

§. 5.

Um jeden Zweifel über die Ordnung der Thronfolge unter den jetzt lebenden Mitgliedern des Gesamtthauses Braunschweig-Lüneburg zu beseitigen, setzen Wir hiemit, in Uebereinstimmung mit den in diesem und im vorigen Capitel aufgeführten Bestimmungen, noch überdies ausdrücklich fest, dass auf den Fall Unseres, des regierenden Königs, Ablebens ohne successionsfähige männliche Leibes-Erben, die Thronfolge im Königreiche Hannover zunächst auf Unseren Herrn Bruder, den Königlichen Prinzen **Ernst August**, Herzog von Cumberland, und dessen Mannsstamm vererbt werden; wenn aber auch dieser ausginge, auf Unseren Herrn Bruder, den Königlichen Prinzen **August Friedrich**, Herzog von Sussex, für seine Person, eventuell aber auf dessen Mannsstamm aus einer etwa künftig einzugehenden ebenbürtigen und hausgesetzlichen Ehe; wenn aber auch dieser Mannsstamm ausginge, auf Unseren Herrn Bruder, den Königlichen Prinzen **Adolph Friedrich**, Herzog von Cambridge, und dessen Mannsstamm; wenn endlich auch dieser ausgehen sollte, die Krone an des regierenden Herrn Herzogs Wilhelm von Braunschweig Durchlaucht fallen soll.

§. 6.

Die Prinzessinnen des Hauses haben nach vollendetem sechzehnten Jahre und jedenfalls vor ihrer Vermählung Verzichts-Urkunden auszustellen, in welchen sie für sich und ihre Erben der Staats-Succession bis auf den ledigen Anfall entsagen, nicht minder erklären, dass sie für sich und ihre Erben in Hinsicht auf die Privaterbschaft ein Mehreres nicht in Anspruch nehmen, als ihnen dieses Hausgesetz ausdrücklich zuspricht.

Dieses ausgestellten Verzichtes ist in den Ehepacten
der Prinzessinnen zu erwähnen.

— — — — —
— — — — —
— — — — —

Wir erklären dieses Hausgesetz für allgemein verbindlich, sowohl für die Mitglieder Unseres Hauses, als für alle Einwohner Unseres Königreichs, und ist solches durch die Aufnahme in die Gesetz-Sammlung des Königreichs zu publiciren.

So geschehen *Brighton*, den neunzehnten November im Jahre Eintausend achthundert sechs und dreissig, Unseres Reichs im Siebten.

W i l l i a m R.

Ompteda. Stralenheim. Alten. Schulte.

J. C. v. d. Wisch.

Die erste Gruppe der Aufgaben ist die, die die
 Aufgaben der ersten Gruppe der Aufgaben ist die, die

Die zweite Gruppe der Aufgaben ist die, die die
 Aufgaben der zweiten Gruppe der Aufgaben ist die, die

Die dritte Gruppe der Aufgaben ist die, die die
 Aufgaben der dritten Gruppe der Aufgaben ist die, die

Die vierte Gruppe der Aufgaben ist die, die die
 Aufgaben der vierten Gruppe der Aufgaben ist die, die

Die fünfte Gruppe der Aufgaben ist die, die die
 Aufgaben der fünften Gruppe der Aufgaben ist die, die

Die sechste Gruppe der Aufgaben ist die, die die
 Aufgaben der sechsten Gruppe der Aufgaben ist die, die

Die siebte Gruppe der Aufgaben ist die, die die
 Aufgaben der siebten Gruppe der Aufgaben ist die, die

Die achte Gruppe der Aufgaben ist die, die die
 Aufgaben der achten Gruppe der Aufgaben ist die, die

Druck der Universitäts-Buchdruckerei von E. A. Huth.

